Donnerstag, 24. Februar 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 7,50 dkr. Frankreich 6,00 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 46 - 8.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Pts. Kanarische Inseln 125 Pts.

POLITIK

Stagniert die Zahl der Arbeitslosen?

AP, Nürnberg

Die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland stagniert gegenwärtig bei rund 2,5 Millionen. Wie gestern aus Kreisen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg bekannt wurde, hat sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland, die Ende Januar 2 487 000 betrug, im Laufe des Monats Februar nur wenig verändert. Wahrscheinlich werde die Zweieinhalb-Millionen-Grenze erreicht und geringfügig überschritten werden. Arbeitsmarkt-Experten wiesen darauf hin, daß gerade im Februar Voraussagen stets besonders schwierig seien. In diesem Jahr sei der Winter erst im Februar streng und kalt geworden, was möglicherweise seine Auswirkungen haben werde, hieß es. Zu einer Konjunkturwende sei es nicht gekommen, so daß ein leichtes Steigen oder Fallen der Arbeitslosenzahl im wesentlichen vom Wetter abhängen werde. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, wird die neuen exakten Arbeitslosenzahlen – noch vor der Bundestagwahl – am 3. März in Nürnberg bekanntgeben.

WIRTSCHAFT

ÖTV will fünf Prozent und 30 Tage Urlaub

rtr, Stuttgart

Die Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr fordert für die etwa 2,6 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes in der bevorstehenden Lohnrunde eine Erhöhung der Gehälter um fünf Prozent. Die Erhöhung soll mindestens jedoch 110 Mark betragen. Wie die Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulf-Matthies, gestern in Stuttgart sagte, sollen darüber hinaus die Ortszuschläge für Angestellte um fünf Prozent und die Sozialzuschläge der Arbeiter entsprechend erhöht werden. Außerdem verlangten die ÖTV und die fünf anderen DGB-Gewerkschaften eine Erhöhung des Urlaubs auf 30 Arbeitstage für alle und die Abkoppelung der Urlaubsdauer von der Einkommenshöhe. Die Forderung gilt vom 1. März an mit einer Laufzeit von zwölf Monaten. Ziel ist es nach Worten von Frau Wulf-Matthies, mindestens einen Ausgleich der zu erwartenden Preissteigerungen zu erreichen und den Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung zu sichern. Seite 2

Reagans Vorstoß für Genf war mit Kohl abgestimmt

US-Präsident nennt vier Verhandlungsprinzipien / Antwort an Andropow

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Grundsatzerklärung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zu den Abrüstungsverhandlungen in Genf, in der Reagan eine flexible und für Zwischenlösungen offenere Position bezogen hat, war in einem intensiven Briefwechsel mit Bundeskanzler Helmut Kohl abgestimmt worden. Die letzte Korrespondenz, die Reagan und Kohl darüber austauschten, stammt vom 21. und 22. Februar, also unmittelbar vor der Rede des Präsidenten.

Dieser enge Konsultationsprozeß hat seinen direkten Niederschlag gefunden in Formulierungen des Präsidenten. Reagan erklärte, die Null-Lösung – die USA blieben als die verhandlungsführende Macht bei diesem Standpunkt – sei das „beste und moralischste Ziel" in Genf. Aber die USA, die im guten Glauben verhandelten, nähmen dabei keine Position des „alles oder nichts" ein. Fast wortgleich hatte in den vergangenen Wochen die von Kohl geführte Bundesregierung ihre Position zu den Verhandlungen in Genf beschrieben. Als Kriterium für ein faires Übereinkommen nannte er eine Regelung, „die den USA und der Sowjetunion gleiche Rechte zuspricht und gleiche Begrenzungen auferlegt".

Die ebenfalls vom amerikanischen Präsidenten in seiner Rede vor dem Veteranenverband, der „American legion", genannten vier Verhandlungsprinzipien sind aus der Sicht des Bundeskanzlers so abgefaßt, daß daraus der Wille der USA an Lösungen in Genf deutlich wird, Washington also keinesfalls eine Erschwerung der Verhandlungen wolle. Dies sei auch der Aussage von Reagan zu entnehmen, er habe Chefunterhändler Paul Nitze beauftragt, in Genf jede vorgeschlagene Lösung zu prüfen.

SEITE 2:
Reagans Klarstellung

Neben der „Gleichheit von Rechten und Begrenzungen" für beide Seiten nannte Reagan als „logische Folge des Gleichheitsprinzips", daß die britischen und französischen Waffensysteme ihrer Definition nach nicht in die Verhandlungen in Genf einbezogen werden können. Diese Festlegung ist identisch mit der Position der Regierungen in London und Paris. Die vom sowjetischen Parteichef Andropow in Aussicht gestellte Verlagerung von Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 in den asiatischen Teil der Sowjetunion kann nach den Worten Reagans „nicht als vernünftig angesehen werden". Bundeskanzler Kohl hat ebenfalls eine Verlegung der Raketen als nicht befriedigend bezeichnet.

Als viertes Prinzip hatte Reagan erklärt, wie auf allen Gebieten der Rüstungskontrolle „wird es unabdingbar sein, daß ein Abkommen wirksame Maßnahmen für seine Verifizierung vorsieht". Der Präsident bezeichnete es als das „Endziel" der Sowjets, Europa zur „Anpassung" an sowjetische Interessen und Bedingungen zu zwingen. „Wir sollten alle wissen, wie diese Bedingungen aussehen. Wir brauchen nicht weiter als bis zur Berliner Mauer und zum Eisernen Vorhang zu blicken."

Das besondere Anliegen von Bundeskanzler Kohl war es seit

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Güterabwägung

HEINZ HECK

Dem neuen Innenminister Friedrich Zimmermann ist es gelungen, der neuen Bonner Opposition ein Schnippchen zu schlagen. Hatte die SPD fest damit gerechnet, unter ihm würden die Umweltschutzauflagen allmählich „aufgeweicht", so sieht sie jetzt, daß das Gegenteil der Fall ist. Der Unterschied zu seinem Vorgänger Baum liegt in der Berechenbarkeit seiner Entscheidungen, nicht so sehr in der Härte der Auflagen.

Das Tempo, mit dem jetzt Umweltschutzbeschlüsse fallen, hat natürlich mit Wahlkampf zu tun, der kein gutes Klima für langfristig angelegte Entscheidungen liefert. Dennoch blieb Zimmermann keine andere Wahl, da der – ebenfalls wahlkampfbedingte – Vorwurf umweltpolitischer Untätigkeit ihm, seiner Partei und der Regierung sonst ins Gesicht geblasen hätte. Mit der jetzt eingeschlagenen Politik liefert Zimmermann zumindest einer ernst zu nehmenden Opposition keine Angriffsflächen. Die Grünen kann er ebenso wenig befried(ig)en, wie seine Vorgänger oder Gegenspieler dies gekonnt hätten.

Wird diese Profilierung nun auf dem Rücken der Wirtschaft, noch dazu mit langfristigen Folgelasten, ausgetragen? Das Kabinett hat gestern eine Verordnung verabschiedet, durch die das Bundesimmissionsschutzgesetz nicht aufgehoben wird, also auch nicht dessen Paragraph 17, der Nachrüstungen für Altanlagen („nachträgliche Anordnungen") unter anderem dann verbietet, wenn sie für den Betreiber „wirtschaftlich nicht vertretbar" sind.

Kein Zweifel: Die finanzielle Belastung der Wirtschaft nimmt zu. Das ist der Preis für eine saubere Umwelt. Zugleich muß die Ursachenforschung zum Thema „saurer Regen" massiv und beschleunigt vorangetrieben werden, wie Forschungsminister Riesenhuber bereits angekündigt hat.

Bei aller berechtigten Unruhe über die sich mehrenden Anzeichen des „Waldsterbens" sollte aber nicht unter neuen Auspizien die Belastbarkeit der Wirtschaft geprobt werden. Es geht nicht nur um die eingangs erwähnte politische, es geht mehr noch um die wirtschaftliche Güterabwägung. Umweltverschmutzung kommt etwa zur Hälfte über die Landesgrenzen. Nicht nur, aber auch deshalb können Alleingänge nicht zum Erfolg führen.

ZITAT DES TAGES

»Bei der Volkszählung braucht kein Bürger zu befürchten, daß seine personenbezogenen Daten mißbraucht werden.«

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Hans-Peter Bull, nachdem vor allem von linksgerichteten Kreisen in den vergangenen Wochen zum Boykott der Volkszählung aufgerufen und die Angst vor dem „gläsernen Bürger" geschürt wurde. JUPP DARCHINGER

Wirtschaft in Sri Lanka

Mit einer an westlichen Vorbildern orientierten freien Marktwirtschaft will Präsident Jayewardene Sri Lanka in eine stabile und wirtschaftlich gesunde Zukunft führen. Das Volk zeigt Vertrauen in diesen Kurs, wenn auch Kritiker meinen, daß westliche Vorbilder nicht zu der Insel im Indischen Ozean paßten. Von der Bundesrepublik Deutschland erwartet Jayewardene eine Führungsrolle bei der Entwicklung seines Landes und hofft auf deutsche Investoren. Seiten I bis VI

Skepsis in Israel über Reagans Angebot

„Garantien" für die Nordgrenze des Landes auch kontroverses Thema in den USA

TH. KIELINGER, Washington

Eine lebhafte Debatte hat sich in Washington an der Frage entzündet, was Präsident Reagan mit seinem Angebot gemeint hat, die USA würden die Sicherheit der Nordgrenze Israels nach einem israelischen Truppenabzug aus Libanon garantieren.

Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, hatte unmittelbar nach Reagans Rede vor amerikanischen Kriegsveteranen versucht, die Bemerkung zu Israels Nordgrenze herunterzuspielen. Der Präsident habe nur Bekanntes wiederholen wollen: daß die USA sich für Israels Sicherheit „verpflichtet" fühlten. Aus dem inneren Beraterkreis des Weißen Hauses verlautete, Reagan selber habe die Implikationen seiner Äußerung relativiert; Garantien – das sei „nur so ein Wort", soll er in einer Stabsbesprechung ergänzt haben.

Die wahrscheinlichste Lesart ist, daß das Weiße Haus sich dafür einzusetzen bereit wäre, die 5000 Mann starke internationale Friedenstruppe aus Amerikanern, Franzosen und Italienern, die gegenwärtig in und um Beirut Dienst tut, beträchtlich zu verstärken. Diese Truppe könnte dann auch in der umstrittenen Region im Süden Libanons, an Israels Nordgrenze, Stellung beziehen, wo die Israelis ihre Sicherheit durch mögliche neue terroristische Infiltration besonders gefährdet sehen.

Es ist vor allem dieser Punkt, der die Truppenrückzugsgespräche zwischen Libanon, Israel und den USA bisher nicht hat weiterkommen lassen. Jerusalem besteht auf einem bilateralen Sicherheitspakt mit Libanon und der Präsenz von mindestens 750 seiner eigenen Sicherheitskräfte im Süden Libanons.

In diesem Sinne, das heißt ablehnend, hat Jerusalem auch auf die Äußerung Präsident Reagans über neue amerikanische „Garantien" reagiert. „Darum ersuchen wir nicht", meinte Außenminister Shamir in einem Interview mit dem israelischen Rundfunk. „Wir wollen ein Abkommen zwischen uns und Libanon. Das Prinzip unserer Sicherheitsüberlegungen ist eine enge Kooperation zwischen uns und dem Libanon. Amerikanische Garantien können von erheblichem Nutzen sein, aber sie können eine solche Kooperation nicht ersetzen".

Das Konzept einer israelischen Sicherungspräsenz im Süden Libanons, über den Zeitpunkt eines generellen Truppenrückzugs hinaus, ist von der libanesischen und der amerikanischen Regierung bisher immer abgelehnt worden. So auch von Außenminister Shultz in einem kürzlichen Fernsehinterview, als er sagte: „Vorschläge zu einer permanenten israelischen militärischen Präsenz in Libanon sind kaum vereinbar mit der Idee der libanesischen Souveränität."

Im Grunde vermutet Washington hinter den israelischen Vorschlägen eine langfristige Taktik, die Autonomie-Gespräche über die Palästinenser-Frage im Westjordanland so weit wie möglich hinauszuschieben aus Opposition zum Reaganschen Friedensplan vom vergangenen Jahr.

Zimmermann: Entschwefeln löst Investitionsschub aus

Kohl spricht von wichtigem Schritt gegen das Waldsterben

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann haben angekündigt, daß durch die gestern im Kabinett verabschiedete Großfeuerungs-Anlagen-Verordnung in den kommenden zehn Jahren Industrie und öffentliche Hand rund 12 Milliarden Mark für die Rauchgas-Entschwefelung einsetzen müßten.

Kohl bezeichnete vor der Bundespressekonferenz die Maßnahme als einen „wichtigen Schritt nach vorn, um die Gefahren des Waldsterbens abzubauen". Für die künftige Koordination von Umweltschutz-Maßnahmen gebe es im Innen- und im Landwirtschaftsministerium gute Voraussetzungen.

Jahrelange Versäumnisse müßten angesichts des Waldsterbens schnell ausgeglichen werden, sagte der Kanzler weiter. Er sei glücklich, daß man schon in wenigen Monaten seiner Regierungszeit sowohl mit der „Technischen Anweisung Luft" als auch mit der Großfeuerungs-Anlagen-Verordnung zu „befriedigenden Ergebnissen" gekommen sei. Beim EG-Gipfel am 6./7. Juni in Stuttgart will Kohl den Regierungschefs Fakten vorlegen, die beweisen sollen, „wie eilbedürftig europäische Maßnahmen zur Rettung der Wälder sind".

Zimmermann erklärte, die Milliarden-Investitionen würden einen „gewaltigen Investitionsschub" auslösen. Sie seien von den Betroffenen „in dem vorgesehenen Zeitraum" durchaus selbst zu finanzieren. Er sei davon überzeugt, daß der in der Verordnung vorgesehene Maßnahmen-Katalog „greifen" werde. Das Ganze sei eine „Aufgabe für den Rest des Jahrhunderts", man werde dabei „keine Halbheiten akzeptieren".

Das von der SPD vorgelegte „Notprogramm" zum Umweltschutz kritisierte Zimmermann, weil unter anderem die sozialdemokratischen Vorschläge darauf hinausliefen, daß der Einsatz deutscher Steinkohle zurückgehe, daß sechs bis sieben Schachtanlagen an der Ruhr geschlossen werden müßten und daß es damit rund 30 000 arbeitslose Bergleute mehr geben werde. Es sei bemerkenswert, so meinte der Minister weiter, daß gerade in den SPD-regierten Ländern Hamburg und Bremen kein einziges Kraftwerk entschwefelt werde.

Zu dem hessischen Vorschlag zur Entschwefelung sagte Zimmermann, in diesem Bundesland könne man so reden, weil in Hessen fünfzig Prozent der Strom-Kapazität aus Kernkraftwerken komme und nur 25 Prozent aus der Kohle. Auch bei der Einleitung ungeklärter Abwässer in Flußläufe hielten gerade diese Länder Hamburg und Bremen mit 20 und 14 Prozent einen Rekord und lägen damit weit hinter anderen Bundesländern. Das „Notprogramm" der SPD nannte er ein „Programm der Argumentationsnot", denn „die Herren kommen sehr, sehr spät. Mehr, als wir jetzt in dieser Sache umgesetzt haben, ist nicht möglich."

Zimmermann: „Ich kann die Energieversorgung der Bundesrepublik nicht plötzlich auf Null drehen – das geht nicht." Die jetzige Regelung sei wesentlich schärfer als die anderer Länder, und wesentlich schärfer, als es die deutsche Industrie erwartet habe.

Handel mit „DDR"

rtr, Wiesbaden

Die Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland in die „DDR" und Ost-Berlin sind 1982 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um fünf Prozent gestiegen. Die Bezüge aus der „DDR" waren um zehn Prozent höher als im Vorjahr. Wie das Amt in Wiesbaden gestern weiter mitteilte, hat der Wert der Lieferungen 6,382 Milliarden Mark und der der Bezüge 6,639 Milliarden Mark betragen.

In der Haft erblindet

DW. Frankfurt

Der jugoslawische Regimekritiker Professor Vjenceslav Cizek (54) ist nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in der Haft erblindet. Cizek lebte seit 1972 als Asylant in der Bundesrepublik Deutschland. 1977 wurde er nach Jugoslawien entführt und im August 1978 vom Kreisgericht in Sarajevo wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit" und „illegaler Einreise" zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Ifo: Hoffnungszeichen

rtr, Frankfurt

Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hält es für verfrüht, aus der Verbesserung des wirtschaftlichen Klimas in jüngster Zeit bereits auf eine konjunkturelle Wende zu schließen. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gäben allerdings „durchaus Anlaß zur Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung im Verlaufe dieses Jahres", erklärte das Institut in einem gestern veröffentlichten Bericht zur Frankfurter Frühjahrsmesse. Seite 11

USA: Beziehungen zu Peking nicht zu Lasten Taiwans

AFP, Washington

Die USA wollen, so eine Ankündigung Präsident Reagans, die Waffenlieferungen an Taiwan fortsetzen. Gute Beziehungen zur Volksrepublik China dürften „nicht auf Kosten Taiwans" gehen.

In einem Interview der Wochenzeitung „Human Events" bemühte sich Reagan, Bedenken gegen das amerikanisch-chinesische Kommuniqué vom August 1982 auszuräumen. Konservative Kreise hatten der Regierung vorgeworfen, sich darin indirekt zu einer allmählichen Einstellung der Waffenhilfe für Taiwan verpflichtet zu haben.

Reagan sagte, die USA hätten „keinen Fingerbreit nachgegeben". Sie hielten sich weiter an den „Taiwan Relations Act", nach dem sie Taiwan bei seiner Verteidigung helfen müssen. China habe damals zugesagt, sich um eine friedliche Lösung des Taiwan-Problems zu bemühen.

AKP-Staaten nach Berlin eingeladen

Co. Bonn

Die nächste Sitzung des Paritätischen Ausschusses und der Beratenden Versammlung der 63 mit der EG assoziierten Entwicklungsländer Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) soll in Berlin stattfinden. Dazu hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, im Namen der Bundesregierung die derzeit in Kingston (Jamaica) tagenden AKP-Staaten eingeladen.

Die im Paritätischen Ausschuß vertretenen deutschen Europaabgeordneten der CDU/CSU, SPD und FDP haben die Initiative der Bundesregierung und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, unterstützt. Als Vertreter der deutschen EG-Präsidentschaft unterstrich Mertes gestern den Willen Bonns, die am 1. März 1985 ablaufende Assoziation der AKP-Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft fortzusetzen und zu erneuern.

Fahrtkosten zur Demonstration werden erstattet

dpa, Kassel

Der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat einer Sozialhilfeempfängerin die Fahrtkosten zu einer Demonstration in Bonn zugesprochen. Der 9. Senat des Verwaltungsgerichtshofes bestätigte damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Kassel, das den Landkreis Kassel verurteilt hatte, der Frau einen Teil des Fahrgeldes zu erstatten.

Die Richter sahen in der Teilnahme an der Demonstration, bei der es um die Anrechnung von Kindergeld auf die Sozialhilfe ging, ein „persönliches Bedürfnis des täglichen Lebens", das von der Sozialhilfe gedeckt werden müsse. Die Teilnahme sei von dem Paragraphen zwölf des Bundessozialhilfegesetzes gedeckt gewesen, da sie in vertretbarem Umfang eine „Pflege der Kontakte zur Umwelt" dargestellt habe. (Az.: IX OE 67/80)

Truppenabzug?

AP/DW. Paris

Die politischen Führungen aus Vietnam, Laos und Kambodscha haben nach Angaben des vietnamesischen Botschafters in Paris einen teilweisen Abzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha vereinbart. Die Entscheidung sei auf einem Gipfeltreffen in Vientiane gefallen, sagte Botschafter Mai Van Bo gestern. Wieviel vietnamesische Soldaten abgezogen werden sollen, wollte der Botschafter nicht mitteilen. Erst im Januar hatten die vietnamesischen Truppen in Kambodscha eine Großoffensive gegen die nicht kommunistisch kontrollierten Gebiete unternommen und dabei Tausende von Zivilisten in Flüchtlingslagern getötet und Lazarette zerstört.

Termin für Stahl

rtr, Köln

Ein „Grob-Konzept" für die Sanierung der deutschen Stahlindustrie muß nach den Worten von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bis zum 30. März stehen. In einem Interview des Deutschlandfunks erklärte der Minister gestern, in seinen Gesprächen mit Kommissionspräsident Gaston Thorn habe dieser bekräftigt, daß nur bis zu diesem Tag Anträge für EG-Beihilfen bei der EG-Kommission eingereicht werden könnten. Weiter sagte Lambsdorff, daß von einem Scheitern der Idee einer Ruhr-Gruppe (Hoesch, Klöckner, Peine-Salzgitter) bisher nicht gesprochen werden könne. Seite 11

Unverändert

DW. Essen

In ganz Deutschland weiterhin sonnig und trocken bei Tagestemperaturen um 3 Grad, in Bayern minus 2. In der Nacht im Westen um minus 4, in den übrigen Gebieten bis minus 12 Grad.

Aktien gut behauptet

DW. Frankfurt

Am Aktienmarkt konnten sich die Kurse gestern überwiegend gut behaupten. WELT-Aktien-Index 116,5 (116,3). Am Rentenmarkt verlief das Geschäft in ruhigen Bahnen. Dollar-Mittelkurs 2,4236 (2,3960) Mark. Goldpreis je Feinunze 470,25 (485,50) Dollar.

Heute in der WELT

Golfstaaten drohen der übrigen Opec

Über Öl-Preissenkung einig / Nur begrenzte Auswirkungen für Verbraucher erwartet

DW. Riad/Bonn

Die Ölförderländer am Golf haben sich grundsätzlich darauf geeinigt, ihre Rohölpreise so weit zu senken, „daß sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig" bleiben.

Die Ölminister Saudi-Arabiens, Kuwaits, Qatars, der Vereinigten Arabischen Emirate und Iraks haben sich auf ihrer Sitzung in Riad über den genauen Umfang der Preisreduzierung allerdings noch nicht geeinigt. Sie haben eine Dringlichkeitssitzung der Opec für die kommende Woche gefordert, auf der dann eine gemeinsame Preissenkung beschlossen werden soll. Die offizielle Nachrichtenagentur von Qatar kündigte für gestern abend eine weitere Sitzung in Riad an.

Der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mana Said Al-Oteba, drohte den übrigen Opec-Ländern an, daß die Golfländer ihre Preise noch weiter als geplant senken würden, falls es zu keiner Einigung mit den übrigen Staaten der Organisation über einen neuen Richtpreis komme. Derzeit beträgt der offizielle Preis für ein Faß Öl (159 Liter) 34 Dollar.

*

JAN BRECH, Hamburg

Die Voraussagen der Beobachter am Ölmarkt über das Niveau, auf dem sich der neue Ölpreis einpendeln wird, schwanken zwischen 20 und 30 Dollar je Barrel. Die Preise in Rotterdam, dem wichtigsten Ölmarkt der Welt, haben bislang allerdings nur schwach auf die von Großbritannien, Norwegen und Nigeria vollzogene Preissenkung reagiert.

Ein Faß Rohöl kostet fast unverändert 28 bis 29 Dollar und liegt damit unter dem noch für die meisten Anbieter geltenden offiziellen Listenpreis. Eine Tonne Superbenzin wurde Anfang der Woche mit 685 Mark gehandelt. Normalbenzin mit 635 Mark und leichtes Heizöl mit 570 Mark.

Auch wenn sich die Käufer am Rotterdamer Spot-Markt in Erwartung weiter sinkender Preise noch zurückhalten, geht der Handel davon aus, daß der Preiskrieg auf dem Rohölmarkt den Rückgang der Benzin- und Heizölpreise forcieren wird. Ein Preiseinbruch im gleichen Maß wie beim Rohöl wird allerdings für ausgeschlossen gehalten. Denn immerhin sind am deutschen Markt seit Herbst 1982 die Preise für Benzin schon um rund zwölf Pfennig je Liter, für Diesel um zehn und für leichtes Heizöl um 13 bis 14 Pfennig zurückgegangen. An SB-Tankstationen kostet Super heute in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt 1,38 Mark je Liter, Normal 1,30 Mark. Leichtes Heizöl schwankt zwischen 60 und 70 Pfennig pro Liter plus Mehrwertsteuer bei Lieferung von 3000 bis 5000 Litern frei Haus.

Dieses Abbröckeln der Preise hat nach Angaben der Esso seit dem Herbst zu Erfolgsschmälerungen von 130 bis 140 Mark je Tonne geführt. Ein allgemeiner Preisrutsch bei Rohöl um drei bis sechs Dollar je Barrel würde die Tonne für die deutschen Ölfirmen um etwa 50 bis 75 Mark verbilligen und damit den größten Teil der Verluste abdecken.

Spekulationen über große Preissenkungen hält die Branche auch deshalb für unwahrscheinlich, weil rund 40 Prozent der benötigten Mengen zu Spot-Bedingungen importiert werden. Und diese Preise bewegen sich seit Monaten schon zum Teil sogar unter den jetzt von England, Norwegen und Nigeria neu festgelegten Listenpreisen. Aber die Tendenz zeigt auf dem Preisbarometer nach unten, die Branche erwartet, daß die Opec-Staaten versuchen werden, ihre Einnahmen bei sinkenden Preisen über steigende Mengen zu decken.

Priester der CSSR sollen gegen den Papst auftreten

Verschärfte Auseinandersetzung um „Pacem in terris"

KNA, Preßburg

Zur öffentlichen namentlichen Abstimmung über ihre Einstellung zu der regimetreuen Priesterbewegung „Pacem in terris" wird der Klerus in der Tschechoslowakei gezwungen.

Da die Zugehörigkeit zu dieser Organisation den katholischen Geistlichen durch das Dekret der vatikanischen Kleruskongregation vom 8. März 1982 verboten wurde, muß sich jetzt jeder Priester einzeln und öffentlich in Dekanatsversammlungen, die von den örtlichen Behörden einberufen und von diesen geleitet werden, für oder wider den Papst bekennen. Wie aus Preßburg eingetroffene Nachrichten besagen, sind derartige Veranstaltungen bereits in den slowakischen Diözesen Kaschau (Kosice) und Zips (Spis) abgehalten worden.

Nach der Veröffentlichung des Dekrets hatte sich die Auseinandersetzung um „Pacem-in-terris" verschärft. Kardinal Frantisek Tomasek (Prag) und einige andere Oberhirten wollen die Organisation auflösen, die dem Staat als Instrument zur Kontrolle des kirchlichen Lebens dient. Zahlreiche kirchliche Schlüsselpositionen sind mit „Pacem in terris"-Priestern besetzt, die von ihren Posten nur mit behördlicher Genehmigung abberufen werden können.

In den Versammlungen wiesen die Regierungsvertreter zunächst darauf hin, daß sich „Pacem in terris" um ein gutes Verhältnis zwischen Kirche und Staat bemühe. Demgegenüber wollten die Gegner der Organisation das Klima der Staat-Kirche-Beziehungen vergiften. Sodann wurden die Priester in alphabetischer Reihenfolge aufgefordert, ihr Votum abzugeben. Da eine Kritik an der vom Staat geförderten Bewegung weitreichende Folgen für den einzelnen Geistlichen haben kann, ist eine negative Stellungnahme für ihn außerordentlich schwierig. Dennoch verlaufen die Versammlungen, wie aus dem Bericht hervorgeht, nicht immer im Sinne der Veranstalter. In Kosice erklärte ein Geistlicher: „Die Kirche hat auch gelebt, als wir noch nicht da waren und es kein ‚Pacem in terris' gab. Unsere Aufgabe ist es heute, für die Einigkeit mit dem Oberhaupt der Kirche zu leben und zu arbeiten."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Marler Sezession

Von Peter Philipps

Der Düsseldorfer Innenminister Schnoor hat die Gemeindeverwaltungen Nordrhein-Westfalens regelrecht angewiesen: Wenn irgendwelche Außenstehende – Grüne, Friedensbewegte, wie immer sich das nennt – den Antrag einreichen, die jeweilige Gemeinde zur „atomwaffenfreien Zone" zu erklären, dann seien die Bürgermeister „verpflichtet", solche Anträge auf die Tagesordnung ihrer Gemeinderatssitzung zu setzen. Hier betätigt sich also der Verfassungsminister eines Bundeslandes gesetz- und verfassungswidrig.

Etliche Stadt- oder Gemeinderäte haben diesen Unfug nicht nur auf der Tagesordnung gehabt, sie haben ihn sogar zum Beschluß erhoben. Es bedarf keiner ausführlichen Belege, um diese Umtriebe als Verstöße gegen die Artikel 30, 70 und 73 Nr. 1 des Grundgesetzes (und speziell gegen Paragraph 2 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung) nachzuweisen. Außen- und Sicherheitspolitik sind Sache des Bundes, nicht der Länder oder gar der Gemeinden. Was wird die Stadt Marl als nächstes unternehmen – vielleicht den Beitritt zum Warschauer Pakt?

Schnoor gab die flotte Deutung, daß Diskussionen über Fragen von derartig existentieller Bedeutung „nicht von oben totgemacht" werden dürften. Kein Mensch macht Diskussionen tot, bloß weil er sie nicht an unzuständiger Stelle einführt. Dabei erfaßt die CDU-Warnung, daß beispielsweise beleidigende oder nicht ernst gemeinte Anträge nicht auf die Tagesordnungen der Gemeinden gehören, noch nicht die ganze Dimension des Skandals.

Wenn Schnoor einwendet, daß ein Beschluß wie in Marl ohnehin „keine rechtliche Wirkung hat und haben wird", so verkennt er die außerrechtlichen Wirkungen solcher Beschlüsse – falls er sie verkennt; man weiß ja wirklich nicht, was in manchen Köpfen vorgeht. Viele „gewaltlose" *Gewalttäter kündigen heute schon offen* an, daß sie derartige Beschlüsse als „Rechts"-Grundlage für „Aktionen" nehmen wollen. Diese Vorhaben fördert der Schnoor-Erlaß.

Fünf-Prozent-Klausel

Von Günther Bading

Fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt will die ÖTV *und* wollen die übrigen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Lohnrunde für Angestellte und Arbeiter bei Bund, Ländern und Gemeinden fordern. Aber ähnlich wie in der schon laufenden Tarifrunde der Metallindustrie wird diese Forderung gleich relativiert mit der Erklärung, eigentliches Ziel der Lohnrunde '83 sei, einen Ausgleich für die zu erwartende Preissteigerung zu erreichen.

Der Abschluß wird im öffentlichen Dienst vielleicht nicht bei jenen zwei Prozent liegen, die das Parlament für die Beamten auszugeben bereit war. Aber er wird auch nicht annähernd die Höhe der jetzt erhobenen Fünf-Prozent-Forderung erreichen. Die zu erwartende Begründung der öffentlichen Arbeitgeber für eine ebenso zu erwartende harte Haltung – die sinkende Preisrate, die übers Jahr nur eine Drei vor dem Komma haben dürfte – wird gleichsam vorweg übernommen. Die Erklärung der neuen ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies, daß man in den internen Berechnungen von einer Inflationsrate von fünf Prozent ausgehe, ist sicherlich nicht mehr als Balsam für die Seelen der Mitglieder.

Ein Erschwernis allerdings könnte das Verlangen nach der sozialen Komponente durch einen Sockelbetrag von monatlich 110 DM sowie die Forderung nach Urlaubsverlängerung sein. Hier entstünden weitere Kosten, die die öffentlichen Arbeitgeber, allen voran die Gemeinden, nicht bezahlen können.

Eine „harte" Runde muß es 1983 nicht werden. Denn die eigentlichen Verhandlungen werden erst nach der Bundestagswahl beginnen. Bis dahin allerdings dürfte sich der Preisanstieg noch weiter abgeflacht haben, so daß vernünftigen Unterhändlern auf beiden Seiten wohl ein Kompromiß einfallen könnte.

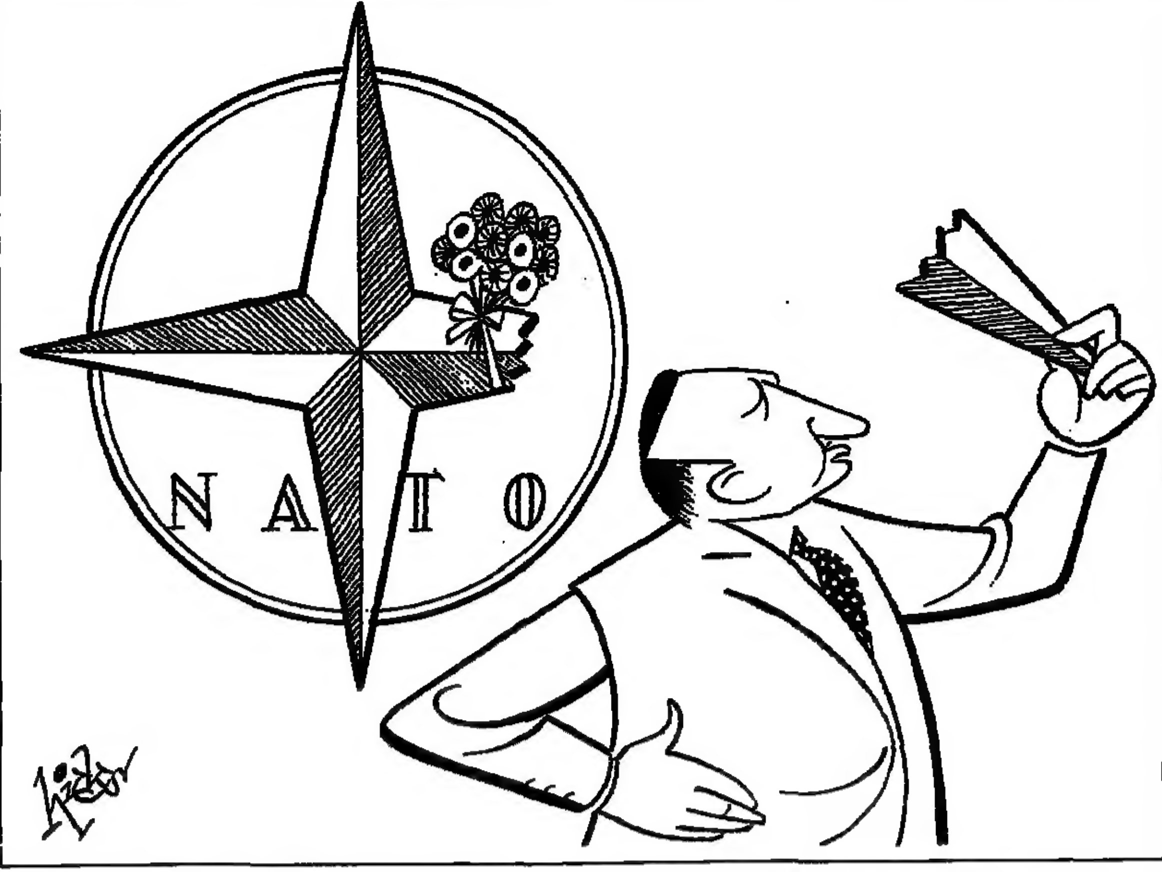
Hebel oder Knebel?

Von Enno v. Loewenstern

Was hält uns auf?" fragt Jurij Andropow. Der Mann, in dem viele bei seinem Amtsantritt einen möglichen Reformer sahen, will jedenfalls die Wirtschaft reformieren. Das muß wohl sein. Als Breschnew 1964 an die Macht kam, wurden von Kossygin die „Liberman-Reformen" gestartet. Daraus ist nichts geworden. Kurz vor seinem Tode spekulierte Breschnew über eine Landwirtschaftsreform. Auch daraus ist bisher nichts geworden.

Vor Breschnew kamen die Reformen Chruschtschows. Und ganz am Anfang kam Lenins „Neue ökonomische Politik" (NEP). So steht jedem neuen Machthaber sein Versuch oder auch seine Versuchsreihe zu. Andropow fing erst einmal mit dem eisernen Besen der Antikorruptions- und Einschüchterungskampagnen an. Inzwischen spricht er betreten von der Notwendigkeit „realistischer Schritte" und, statt administrativer Verordnungen, „ökonomischer Hebel". Man hört sie da capo klatschen, von Lenin bis Liberman.

Dabei hat das System eben noch mitgeteilt, daß es immer noch Wachstumsraten habe. Freilich, wenn eine Fabrik nicht zehntausend Traktoren ausstößt, sondern zehntausendfünfhundert, so ist das Wachstum. Wenn aber von diesen nicht mehr, wie bisher, dreitausend liegen bleiben, um zum Flottmachen der übrigen ausgeschlachtet zu werden, sondern viertausend, ist das auch eine Art von Wachstum. „Warum erzielen wir aus unseren Kapitalinvestitionen nicht den entsprechenden Gewinn?", wundert Andropow sich. Weil ein System, das Freiheit und Wettbewerb verbietet, bestenfalls Quantität produzieren kann, nicht aber Qualität – das hat Sklavenarbeit so an sich. Wenn Andropow wieder nur an ein neues Gefüge von Prämien und Anreizen denkt, kann er sich die Mühe sparen. Wenn er an echte Reformen denkt, dann wird das eine andere Republik (bzw. Union von Republiken). Daß Andropow in dieser Richtung denkt, während er die 39. Raketenstellung für SS-20 ausbaut, ist immerhin ein bemerkenswertes Zeichen. Hier wäre am allerehesten ein Lösungsansatz zu finden.



„Gegen ostwärts gerichtete Spitzen ist der Kreml mit Recht empfindlich!"
ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Reagans Klarstellung

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Immer wieder bemächtigt sich der Wahlkampf des Raketen-Themas, doch die Polemik erhellt das breite Publikum nicht, sondern verwirrt es. Ohnehin kann den Bürgern nicht abverlangt werden, sich im Eigenstudium zu Experten der Rüstungstechnik auszubilden. Aber auch die gängigen politischen Schlagworte wie „Null-Lösung", „Zwischenlösung" oder „die Nachrüstung überflüssig machen" verdecken den konkreten Sachverhalt nur.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß jetzt auf der Seite des Atlantischen Bündnisses Ronald Reagan persönlich, also mit letzter Autorität der westlichen Führungsmacht, klargestellt hat, was zu gelten hat. Diese Klärung ist nicht zuletzt mit einem ebenso vertrauensvollen wie intensiven Briefwechsel zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten erreicht worden. Hier haben zwei Staatsmänner von Amts wegen *in einer Weise korrespondiert*, die das Schreiben Hans-Jochen Vogels an Reagan als das erscheinen läßt, was es ist: Da der Titel Kanzlerkandidat keineswegs ein Amt ausweist, sondern nur eine Wahlkampfposition, hat Vogel mit dem gleichen Recht geschrieben, das sich jedermann nehmen kann, um einen Brief an den US-Präsidenten, den Kreml-Chef, den Papst *oder auch an seine eigene* Schwiegermutter zu richten.

Kehren wir zum politischen Grundsachverhalt des Raketenwirrwarrs zurück. Seit Jahrzehnten ist es die leicht zu verstehende, weil erfolgreiche Philosophie der NATO, durch militärische Abschreckung den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Zu Zeiten des Bundeskanzlers Helmut Schmidt hat sich dafür im*mer mehr der klassische Begriff* „Gleichgewicht" eingebürgert, der den politischen Willen zum Verzicht auf militärische Überlegenheit ausdrückt. Gleichwohl hat auch er die Abschreckung als Instrument der Friedenspolitik zum Inhalt.

Vor den Verträgen zur Begrenzung der interkontinentalen Waffenarsenale (SALT I und II) konnte man davon ausgehen, daß eine globale Überlegenheit der USA eine regionale Unterlegenheit, zum Beispiel der NATO in Europa, ausgleichen könne. Nach den SALT-Verträgen, deren Zweck es ja ist, eine globale Rüstungsbalance herzustellen, sticht dieses Argument nicht mehr. Das war für Schmidt Grund genug, Alarm zu schlagen, als die Sowjetunion 1977 begann, sich mit dem Aufmarsch der SS-20-Raketen eine bedrohliche Rüstungsüberlegenheit in Europa zu verschaffen.

Der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 hat das Ziel, das Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen. Er enthält eine verbindliche Entscheidung der NATO-Staaten zur Stationierung moderner Gegenwaffen zur sowjetischen SS 20, er besagt aber auch, daß der Nachrüstungsbedarf im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft wird. Das soll Ende dieses Jahres geschehen.

Der NATO-Doppelbeschluß ist unverändert die Geschäftsgrundlage der Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa. Er deckt – je nach Bereitschaft der Sowjetunion, auf ihre Vorrüstung ganz oder teilweise zu verzichten – die „Null-Lösung" ebenso ab wie jede denkbare Abstufung einer „Zwischenlösung". Vorausset*zung jedes Abkommens* ist allerdings, daß in Europa bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen das Rüstungsgleichgewicht zurückgewonnen wird.

Dazu hat Reagan jetzt kraft seines Amtes vier Bedingungen formuliert, die wir zuvor schon in Berlin von seinem Vizepräsidenten Bush mit anderen Worten, aber gleichem Inhalt gehört hatten. Es sind die Bedingungen, die für jedes Rüstungskontroll-Abkommen gelten müssen, wenn eine faire Vereinbarung zustande kommen soll.

Der monatelange homerische Streit um eine absolute „Null-Lösung", wie auch um die Auflösung dieser Maximalforderung im Sinne irgendeiner „Zwischenlösung", bezog sich ausschließlich auf die Frage, mit welcher Verhandlungsposition die Amerikaner in Genf den Sowjets gegenübertreten sollten. In der Sache konnte es überhaupt nicht darum gehen, ein bestimmtes *konkretes Verhandlungsergebnis* vorwegzunehmen oder auszuschließen. Ob die „moralische" Position der „Null-Lösung" oder nur irgendeine Zwischenstufe erreicht wird, hängt nicht von den USA oder der NATO ab, sondern von der Konzessionsbereitschaft Moskaus. Welches Ergebnis in Genf auch herauskommt, in Europa muß die friedenserhaltende Abschrek*kung wieder lückenlos sein*. Das ist die klare Haltung des deutschen Bundeskanzlers und des US-Präsidenten.

Nicht ganz so klar, aber von Tag zu Tag deutlicher schält sich die Haltung der SPD heraus. Egon Bahr, und in seinem Schlepptau Kanzlerkandidat Vogel, hält ein militärisches Gleichgewicht in Europa für verzichtbar. Er sieht in der lückenlosen *Abschreckung keine unabding*bare Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens. Bahr setzt auf den politischen Prozeß, der seinen Niederschlag schon noch in Verträgen finden werde. Bahr glaubt, die Komponente militärisch abgesicherter Machtpolitik vernachlässigen und sich voll auf den guten Willen Moskaus verlassen zu können.

Das bedeutet: Unter dem Ein*fluß Bahrs will die SPD* jede Nachrüstung der NATO verhindern – auch um den Preis, daß Moskau in Europa ein Raketenmonopol behält. Sie will dem NATO-Doppelbeschluß nicht nur den politischen Boden, sondern auch den Inhalt entziehen. Die SPD strebt an, die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa mit denen über die interkontinentalen Waffen zu verbinden. *Das* vorhersehbare Ergebnis wäre, daß diese Verhandlungen endlos dauern, während die NATO nicht nachrüsten darf. Folglich könnte die Sowjetunion auf unabsehbare Zeit unangefochten ihre Vorrüstung mit SS-20-Raketen in Europa aufrechterhalten oder sogar ausbauen.

Damit wären die NATO und die sie überwölbende Atlantische Allianz der militärischen und damit auch ihrer politischen Substanz beraubt. Bahr und Vogel verleumden Helmut Kohl als Raketenkanzler. Sie reden vom Frieden. In Wirklichkeit wollen sie ein ganz anderes Europa. Es wäre nur noch vorübergehend ein freies Europa.



Vertrauen ins Ungleichgewicht: Bahr FOTO: POLY-PRESS

IM GESPRÄCH Daniel Mayer

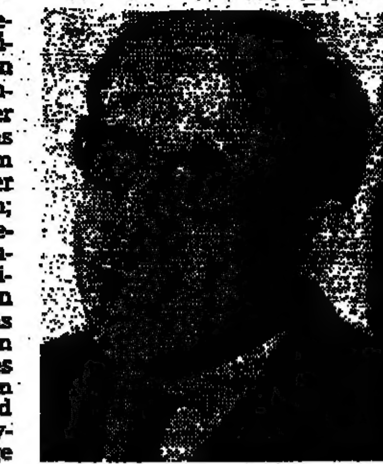
Wende im Verfassungsrat

Von August Graf Kageneck

Er ist klein, drahtig, von ungewöhnlich jugendlicher Erscheinung mit seinen 74 Jahren und von verblüffender geistiger Spannkraft. Sein prüfender Blick hinter randlosen Brillengläsern kann das Unbehagen des Prüflings vor dem Professor einflößen. Er kann aber auch gütig und humorvoll blicken; viel Menschenkenntnis und Lebenserfahrung steht in diesen Augen. Präsident Mitterrand hat seinen alten Freund und politischen Kampfgefährten Daniel Mayer als Nachfolger von Roger Frey zum Vorsitzenden des Verfassungsrates ernannt. Am 4. März wird der Sohn eines jüdischen Kaufmannes und einer Lehrerin seinen Eid im Elysée Palais leisten; vierzehn Tage später tritt er sein Amt an.

Einem Gaullisten folgt ein Sozialist – ein Sozialist nicht nur der ersten Stunde, sondern ein Mann, der nie einen Hehl aus seinen sehr weit links gehenden Neigungen gemacht hat. Man durfte erwarten, daß die erste Volksfrontregierung in Frankreich seit 1936 einen Mann an die Spitze der neun Verfassungshüter beruft, der den „Wandel" auch gegen alle oppositionellen Ansprüche abschirmt. Der bisher mehrheitlich rechte Verfassungsrat hatte in einer denkwürdigen Entscheidung im Herbst 1981 das Gesetz zur Verstaatlichung von Industrie und Banken als nicht verfassungsgemäß ans Parlament zurückverwiesen, das daraufhin seinen Text abmildern mußte. Es gab einen Sturm bei Sozialisten und Kommunisten, der nur knapp vor der Beleidigung dieser höchsten Instanz der Republik haltmachte.

Daniel Mayer wird sein Amt mit eiserner Hand und scharfem juri*stischem* Verstand verwalten und er wird ihm eine zusätzliche Komponente geben: die Pflege der Menschenrechte, die ein altes und inniges Anliegen des Linkspolitikers sind. Viele Jahre lang leitete der ehemalige Widerstandskämpfer und Untergrund-Journalist die



Neuer Präsident des Conseil d'etat: Mayer FOTO: AFP

französische Menschenrechtsliga, älteste und geachtetste unter den vielen Ligen Frankreichs, 1898 zur Verteidigung des zu Unrecht verfolgten jüdischen Hauptmanns Dreyfus gegründet und seitdem, wenn auch mit klar linksäugiger Optik, in vielen Fällen von Menschenrechtsverletzungen vor die Tribunale getreten.

Als Mitglied des Vorstandes der Liga gegen den Antisemitismus und Rassismus verteidigte Mayer ebenso engagiert jüdische wie arabische Opfer des Rassenhasses. Unvergessen ist seine Warnung vor Spuren eines spezifisch französischen Rassenwahns in den Veröffentlichungen der „Neuen Rechten", die am Ende der siebziger Jahre heftige Polemik in Frankreich auslöste. Sein Temperament mag freilich ein wenig leiser brodeln als in den Tagen, da er als junger Abgeordneter der Sozialistischen Partei in den Wirren der Abrechnung mit der Kollaboration nach dem letzten Kriege im Parlament ausrief: „Es hat zwar einige geschorene, aber zu wenig abgeschnittene Köpfe bei uns gegeben!"

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Neue Presse

Zur weiteren Vorrüstung der Sowjets meint das Blatt:

Natürlich hätte die Sowjetunion getrost im vergangenen Jahr die Installierung neuer SS 20 stoppen können. Ihre Überlegenheit auf diesem Sektor war bereits groß genug. Statt dessen rüstet sie weiter, auf die Gefahr hin, des Wortbruchs bezichtigt zu werden. Das Motiv dazu kann nur sein, daß Andropow glaubt, die Stationierung immer neuer SS 20 erhöhe die Furcht in manchen deutschen Kreisen derart, daß sie es den Amerikanern zu verwehren trachteten, ihrerseits einigermaßen nachzuziehen. So also scheint die sowjetische Einschätzung des westdeutschen NATO-Bündnispartners zu sein. Man treibt das böse Spiel mit den Nerven der Deutschen bis zum Exzeß, man braucht auch gar keine Entschuldigung mehr im Kreml, denn es gibt keine mehr.

Allgemeine Zeitung

Den „zweiten Arbeitsmarkt" der SPD kommentiert das Mainzer Blatt:

Es soll sich um die vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen in den sozialen Diensten, im Umweltschutz und in der Land- und Forstwirtschaft handeln. Derartige Tätigkeiten sind aber nur in bescheidenem Umfange volkswirtschaftlich sinnvoll, selbst wenn man unterstellt, daß ein Großteil der Kosten bei der Arbeitslosenversicherung wieder eingespart werden kann. Die Zahl der Arbeitnehmer auf Zeit gegenüber dem derzeitigen Stand zu verzehnfachen überfordert überdies die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ... Dem Zuschauer soll wohl die Vision vermittelt werden, Arbeitsplätze ließen sich wie mit dem Zauberstab aus dem Nichts schaffen. Tatsächlich hätten die Bürger, wollten sie den Sozialdemokraten folgen, solche Illusionen bitter zu bezahlen: mit höheren Staatsschulden, höheren Steuerlasten, schwindender Wettbewerbsfähigkeit und niedrigeren Erträgen.

SVENSKA DAGBLADET

Das Vorgehen von Ministerpräsident Palme in der Frage der atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa hat Schwedens Ansehen geschadet, meint die Zeitung:

Die schwedische Initiative in der Zonenfrage hat einen deutlichen Beigeschmack einer bestellten Arbeit. Sie war darauf abgestellt, in Egon Bahrs Debattenpläne zu passen, die wiederum Teil der derzeitigen westdeutschen Wahlkampagne sind. Von Regierungsseite in Bonn ist die schwedische Regierung ganz berechtigt beschuldigt worden, sich in die westdeutsche Innenpolitik einzumischen .. Der schwedische Vorstoß ist auf eine aufsehenerregende, unbedachte Weise lanciert worden. Wenn nur Olof Palmes persönliches Prestige Schaden erlitten hätte, wäre das vielleicht kein Anlaß, Tränen zu vergießen. Aber es ist schlimmer. Ein guter Gedanke ist unmittelba[r] nach dem Stapellauf gekenter[t]. Und es wird schwer sein, Schwedens internationales Ansehen wiederherzustellen.

Fuldaer Zeitung

Zum Verfassungsschutzbericht 1982 merkt das Blatt an:

Wenn die Bürger nicht mehr da[r]über hinwegsehen, weil es sie j[a] nicht betrifft, daß „nebenan" etwa[s] geschieht, was nicht mit rechte[n] Dingen zugeht – wenn die Menschen hellhörig werden und berei[t] sind, ihre Beobachtungen der Polizei mitzuteilen, wozu vielleicht ei[n] wenig Überwindung und Mut gehören: dann sind das positive Zeichen. Sie beweisen nämlich, da[ß] die Demokratie fest verankert is[t] im Denken und Fühlen, fester jedenfalls, als es den Terroristen lie[b] sein kann. Denn die Sicherheitsbehörden sind beim besten Willen nicht in der Lage, alles zu erfassen. Sie brauchen „Nachbarschaftshilfe".

Die PLO: Feldherren ohne Heer und ohne Einsicht

Algier beweist, daß weiter kein Interesse am Frieden besteht / Von Peter M. Ranke

Mit einem hörbaren Krach warf er die Tür zum PLO-Kongreßsaal in Algier hinter sich zu und schimpfte: „Wenn die furchtbare Tragödie in Libanon, wenn die schreckliche Niederlage ein Sieg der Palästinenser war, dann brauchen wir noch ein paar solche Siege und finden uns auf den Fidschi-Inseln wieder."

Der „gemäßigte" Issam Sartawi mußte den Kongreß verlassen, weil er vorher die Anerkennung Israels gefordert hatte. An seine Stelle trat der Terrorist Abu Daud. Der Krieg soll weitergehen, wie ausdrücklich gesagt wurde. Die Auslöschung des „zionistischen Gebildes" bleibt das Ziel, wie die Billigung des Fes-Planes in Algier beweist. Diese acht Punkte des saudischen Königs Fahd vom August 1981 stellen nur Vorbedingungen, ohne Verhandlungen, Frieden oder die Anerkennung Israels zuzusichern. Die PLO bleibt, was sie war.

Ihre Einheit aber konnte sie nur mühsam aufrechterhalten. Weil keiner der fett gewordenen Funktionäre des Terrors auf sein reiches Einkommen und die Macht verzichten will, auch wenn Arafat die leeren Kassen beschwor. So können Habasch und Hawatmeh weiter für Syrien und die Sowjets wirken, Jebril für Libyen. Wer aber wirkt für die Palästinenser?

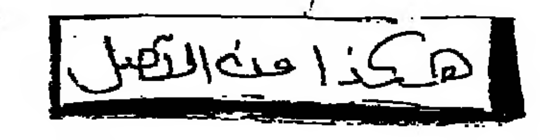
Diese Versammlung von Berufsrevolutionären mit hohen Bankkonten weiß nicht, wie es weitergeht. Sie haben durch den von ihnen selbstträgerisch heraufbeschworenen Krieg ihre Basis und ihren Zusammenhalt verloren. Auch wenn Arafat in Algier ein Fallschirmjäger-Regiment der Palästinenser besichtigt – die Israelis haben seinen Plan vom großen arabischen Krieg mit einer „Nationalarmee" der PLO rechtzeitig zerschlagen. Seither sind sie Feldherrn mit Mikrophonen, aber ohne Heer.

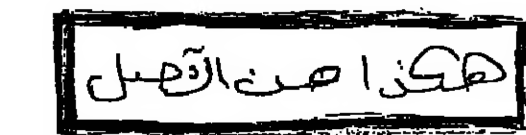
Nur das Nein und die Verweigerung und der Ruf nach der Restauration „Palästinas" zu arabischen Bedingungen sind geblieben. Seit 35 Jahren geht das so, seit der arabischen Niederlage von 1948. Ihren Staat hätten die Palästinenser damals und auch später haben können. Sie wollten ihn nicht, sie wollten die Juden ins Meer treiben.

Manche Politiker und Medienpropheten suchen der Öffentlichkeit einzureden, daß die PLO-Chefs verzweifelt seien und daß die „Rückgabe" Palästinas das wichtigste Weltproblem sei. Sie verbreiten die Drohungen der PLO von Kriegsgefahr und blutiger „Explosion" des Nahen Ostens. In Wahrheit leben palästinensische Flüchtlinge, von arabischen Regierungen in Lager gesperrt, dank westlicher Hilfe besser als afghanische Vertriebene oder ägyptische Fellachen. Mehr als vierzigtausend Palästinenser finden Arbeit und soziale Sicherheit in Israel, die sie in einem eigenen Mini-„Staat" von genau 6350 Quadratkilometern verlieren würden.

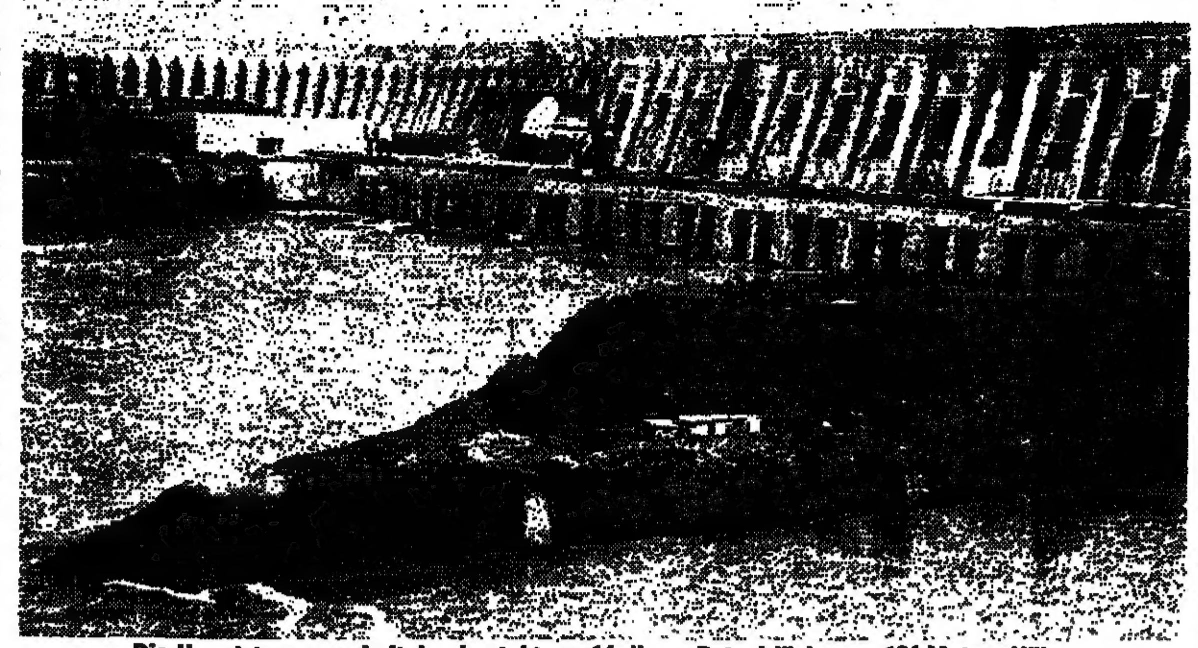
Die 1,2 Millionen Palästinenser in den israelisch besetzten Gebieten sollten nach dem Kongreß in Algier nicht länger auf die PLO warten, sondern aus den schon bestehenden „Dorfräten" heraus politische Parteien entwickeln, wenn sie Israel anerkennen und von Israel Zugeständnisse erlangen wollen. Dutzende von einflußreichen Palästinensern haben die PLO beschworen, Israel anzuerkennen und auf die Autonomie-Zusage einzugehen, um dann die Selbstverwaltung politisch auszubauen. Vergeblich. Dabei ist Autonomie doch nicht so schlecht, es wäre ein Anfang. Die Deutschen in Südtirol haben auch nur Autonomie, auch wenn Kreisky Selbstbestimmung für die Palästinenser fordert.

Es ist verdienstvoll, daß Reagan für die Sicherheit der israelischen Nordgrenze garantieren will und von den Arabern direkte Verhandlungen und Anerkennung Israels fordert, wie am Dienstag geschehen. Aber die PLO hat das in Algier abgelehnt, was vorauszusehen war. Aussichtsreicher für eine Friedenslösung wäre es, wenn die Amerikaner zu dem Autonomie-Versprechen von Camp David zurückfänden und mit Israel zusammenarbeiteten, anstatt weiter auf das arabische Kartenhaus zu setzen und gar noch auf eine Billigung König Husseins zu warten. Washingtons Äußerungen gegen Israel, seine Rücksichtnahme auf arabische Forderungen haben nicht das geringste eingebracht. Der PLO-Kongreß in Algier lieferte den Beweis.





Der Paraná, mit 4000 Kilometern siebtgrößter Fluß der Erde, ist in seinem Verlauf zwischen Brasilien und Paraguay zu einem 1460 Quadratkilometer großen See gestaut worden. 29 Milliarden Kubikmeter Wasser drücken seit Oktober 1982 auf die acht Kilometer langen Staudämme. 12 Millionen Kubikmeter Beton wurden verbaut, genug für eine 14 Meter breite Autobahn von Moskau nach Lissabon. Hier entsteht das größte Wasserkraftwerk der Erde. Im März soll der erste Generator arbeiten, bis 1989 sollen es 18 sein, die 12 600 Megawatt Elektroenergie erzeugen können.



Die Hauptstaumauer in Itaipu besteht aus 16 dieser Betonblöcke von 196 Metern Höhe FOTO: DIETRICH LANGE

Es donnert am „Singenden Stein“

Von DIETRICH LANGE

Der junge Nestor – sein Großvater hatte noch in Deutschland das Licht der Welt erblickt – lenkt den Linienbus von Foz de Iguazu über eine holprige Straße durch kleine, selbstvergessene Kolonistendörfer, vorbei an Scheunen voll trocknenden Tabaks, nach Santa Helena, einem Städtchen am östlichen Seeufer 80 Kilometer flußaufwärts. Wie der blonde knabenhafte Schaffner mag er den See nicht, an dessen Ufer sein Endhaltepunkt liegt.

Auch im Gasthaus mitten im Städtchen – ein rollmopsgefülltes Glas auf der Theke verrät die Herkunft des Besitzers – klagen die noch alle des Deutschen kundigen Gäste, man hätte den Stausee doch nicht gerade hier bauen sollen. Und wem er denn nütze?

„Das beste Land von Brasilien haben wir verloren“, schimpfen zwei grauhaarige Brüder am Ufer des durch Rückstau vom See auf dreifache Breite angeschwollenen Flusses São Francisco. Sie zeigen ihren Familien noch einmal die versinkende alte Heimat. Ihr neuer Hof ist viele Kilometer von hier entfernt.

Die alte vertraute Brücke über den Fluß haben die braunen Fluten unter sich begraben, eine Fähre setzt die Busfahrgäste ans andere Ufer über, wo bereits der Anschlußomnibus wartet. 500 Meter weiter ragt eine neue riesige Brücke über das Flußbett, viel größer und breiter als ihre Vorgängerin. Auch eine neue breite Straße wird kommen, dieses Gebiet zu erschließen. „Doch davon profitieren andere“, grämen sich die beiden Männer.

In Brasilien wurden durch das Projekt Itaipu 25 000 Hektar fruchtbarsten Landes überschwemmt, das vorwiegend deutschstämmige Kolonisten aus der von ihren Vorfahren bevorzugten Einwanderungsprovinz Santa Caterina und neue Einwanderer urbar gemacht hatten, die vor den Wirren des Zweiten Weltkrieges und der Not der darauf folgenden Jahre nach Brasilien geflohen waren.

40 000 von ihnen mußten in den letzten vier Jahren wieder umsiedeln. Die junge, bereits in Brasilien geborene Generation wagte auf neuem Land einen neuen Anfang, ihre Eltern mochten aber nicht immer die liebgewordene Heimat am Paraná verlassen. Familienbande rissen auseinander, genau wie vier Jahrzehnte zuvor beim Aufbruch der Siedler in dieses Gebiet.

Die 40 000 Umsiedler fanden zu 86 Prozent eine neue Existenz in ihrem Bundesstaat Paraná, neun Prozent erwarben Land im benachbarten Mato Grosso. Weniger als ein Prozent, so besagen Untersuchungen von „Itaipu Binacional“, zog es jeweils in die großen Industriestädte oder die Urwaldprovinzen Amazoniens.

Wer nicht bald nach Zahlung der Entschädigung für sein überflutetes Land neues kaufen konnte, dem zerrann das Geld bei einer jährlichen Inflation von 100 Prozent und zunehmender Grundstücksspekulation ungenutzt zwischen den Fingern. Manch einer mußte sich schließlich mit weniger und noch dazu unfruchtbarerem Land zufriedengeben. Unzufriedenheit entstand, die sich die linke Oppositionspartei PMDB und die Demokratische Arbeiterpartei PDI bei den Gouverneurswahlen Ende 1982 mit Anti-Itaipu-Parolen zunutze machen wollten. Den Sieg brachte es ihnen nicht.

Ein Prozent der Umsiedler wanderte nach Paraguay aus, wo heute bereits rund 400 000 Brasilianer leben oder zumindest Land besitzen. Geringere Inflation, niedrige Steuerlasten und politische Stabilität locken nicht nur europäische Kapitalanleger in dieses Land.

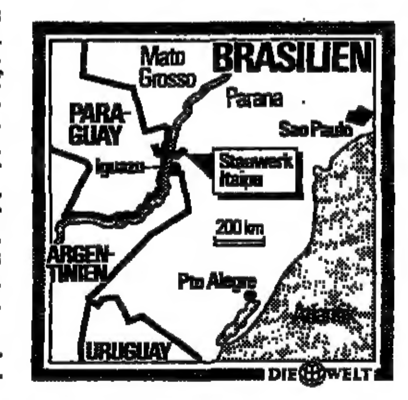
Sorgsam haben Expertenteams sich bemüht, die reiche Tier- und Pflanzenwelt am Paraná zu erhalten. Gut 10 000 Tiere wurden auf den im steigenden Wasser stehengebliebenen Inseln vor dem Ertrinken gerettet. Die Uferzonen sollen als Vogelreservate weitgehend vor menschlichem Zugriff geschützt werden. Keine Rettung gab es für die gigantischen Wasserfälle von Sete-Quedas am Nordrand des Sees, doch waren sie zuvor auch nur ein Geheimtip für Touristen und schwer zugänglich gewesen.

Dafür ist Itaipu selbst zu einer Attraktion geworden, die nicht nur Techniker aus aller Welt zu Studienzwecken anlockt, sondern auch pro Monat mehr als 1500 Touristen einen Besuch wert ist. Dieses Interesse langfristig wirtschaftlich zu nutzen ist das Ziel kühner Planer, die Itaipu dereinst zu einem Touristenzentrum mit Wassersport, Freizeitfischerei und Hotels auf den Inseln und den malerischen Punkten machen wollen.

Der Legende nach gab ein alter Guarani-Häuptling einst der Insel an der Stelle des heutigen Staudammes wegen des murmelnden Flusses den Namen Itaipu, was „Singender Stein“ heißt. Dieses Singen ist Baustellenlärm und dem Getöse von zigtausend Kubikmetern Wasser gewichen, die pro Sekunde durch die Hochwasserabflußanlage stürzen. Und werden alle Pläne Wirklichkeit, verdrängt bald der Lärm der Zivilisation auch die Ruhe an den Ufern des großen Sees.

Bis 1989 sollen die 18 Generatoreinheiten fertiggestellt sein, die einmal 12 600 Megawatt Elektroenergie erzeugen können. Im März dieses Jahres geht die erste Einheit in Betrieb, drei bis vier weitere werden dann pro Jahr folgen.

Zur Realisierung dieses Projektes gründeten Brasilien und Paraguay 1974 die Gesellschaft „Itaipu Binacional“. Zwei Drittel des Stausees liegen auf brasilianischer Seite, der weitaus überwiegende Teil der Finanzierung wurde von Brasilien aufgebracht, doch in der Gesellschaft und bei der späteren Nutzung sind beide Länder gleichberechtigt. Paraguays Energieanteil aus dem Kraftwerk Itaipu deckt den Strombedarf des bevölkerungsarmen Landes für Jahrzehnte, in Brasilien fließt die Energie später in die Industriezentren des Südens und Südostens.



Auch der südliche Nachbar zieht Nutzen aus Itaipu. Der Stausee wird laut Vertrag mit Argentinien den Wasserstand des Parana in seinem dortigen Verlauf so hoch halten, daß Schiffahrt wie bisher möglich bleibt. Die gesamten Verhandlungen über das Projekt und seine Auswirkungen zwischen den drei traditionell nicht eben befreundeten Staaten waren ein Meisterstück der Diplomatie, das den Leistungen der Techniker beim Bau nicht nachsteht.

Zwischen der durch die Wasserfälle des Paraná-Nebenflusses Iguazu bekannten Stadt Foz do Iguazu und der riesigen Baustelle ist eine neue Stadt entstanden. 9500 Häuser errichtete „Itaipu Binacional“ für die zeitweise bis zu 40 000 am Projekt arbeitenden Menschen. Da viele ihre Familien mitbrachten, wurden unter anderem auch vier Krankenhäuser und Schulen für 16 000 Kinder gebaut.

Es wurde eine Siedlung, die auch nach Ende der Bauzeit keine Geisterstadt wird, sondern neben dem Personal für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung des Projektes auch durch die Planung verdrängte alte Siedler beherbergen soll, die sich für einen Neuanfang anderswo im Land zu alt fühlen.

Die technischen Superlative haben den Verantwortlichen von Itaipu zwar nicht den Blick auf die Probleme für Mensch und Natur versperrt, doch standen die Bemühungen um Lösungen unter dem unerbittlichen Zeitdruck, den der Baufortschritt ihnen auferlegte. Menschliche Härten ließen sich nicht vermeiden.

Auf paraguayanischer Seite mußten einige hundert Guarani-Indianer ihre Jagd- und Fischgründe wechseln. Die Flut fremder Arbeitskräfte und danach von Touristen nach Itaipu schuf ihnen andererseits einen Absatzmarkt für ihre kunsthandwerklichen Erzeugnisse, doch brachte sie ihnen auch Alkohol und neue Krankheiten.

Der Unternehmer ist nicht mehr das Ekel der Nation

Von PETER GILLIES

Die immer unverhohlener werdenden Drohungen aus dem Unternehmerlager“ gefährden die Demokratie, meint der DGB. Und Willy Brandt ergänzte kürzlich in Dortmund, das „große Geld mobilisiert gegen die Arbeitnehmer.“ Wahlkämpfer entdecken den deutschen Unternehmer als Watschenmann der Nation wieder. Sie blasen ihn zu ihrem beliebtesten Punchingball auf. Die Taktik hat freilich einen Haken: die Bevölkerung denkt – demoskopisch durchleuchtet – anders darüber.

Schon lange ist der Gärtner im Fernsehkrimi nicht mehr der Mörder. Die Zuschauer sind gut beraten, erst einmal auf den Unternehmer als Täter zu tippen. Die Drehbuchschreiber enttäuschen hier selten. Dem öligen „Dallas“-Ekel J. R. Ewing traut man alles zu, dem deutschen Unternehmer noch ein wenig mehr.

Die hübsche Lebensweisheit: „Der Arbeiter arbeitet, der Chef scheffelt“ (aus einem deutschen Schulbuch) erfreut sich bildungspolitisch allergrößter Beliebtheit. Die wirklichen oder selbsternannten Intellektuellen sind nicht zimperlich, die Manager und Bosse über den Leisten ihres wirtschaftspolitischen Sachverstandes zu schlagen. Die Vokabeln sind bekannt, sie wabern zwischen der Inkarnation des Teufels und des Raubtiers.

Die Bürger denken anders über „den Unternehmer“. Gewiß, für sie ist er noch lange keine Positiv-Figur, niemand himmelt ihn an und vermutet, er sei edel, hilfreich und so weiter. Aber sein Image ist stetig besser geworden. Es unterliegt zyklischen Schwankungen – wie die Konjunktur –, ist auch stark verbesserungsbedürftig, aber das im Wahlkampf beschworene Ekel ist der Unternehmer in den Augen von Herrn und Frau Normalverbraucher nicht. Erstaunlicherweise ist die Jugend anderer Meinung als viele Schulbücher, mit denen sie erzogen wurde (freilich nicht immun gegen sie).

Das Unternehmerbild hat sich gewandelt, trotz oder wegen konjunktureller Schwächen, wenngleich der Boß nie zum Liebling der Nation wurde. In drei Jahrzehnten begannen sich die Vorurteile jedoch zu „normalisieren“: 1950 meinten 60 Prozent der Bürger, die Unternehmer dächten nur an ihren Gewinn. Lediglich 16 Prozent billigten ihnen auch eine soziale Einstellung zu. Unter Schwankungen wandelte sich das Bild. 1976 übertraf die soziale Einstellung mit 39 Prozent bereits das Negativimage des Gewinnsüchtigen. 1980 hielten sich die beiden Maßstäbe mit 38 und 41 fast die Waage.

Allensbach fand weiter heraus, daß die Neigung von Arbeitnehmern, mit dem Chef zu tauschen, im Laufe der Jahre stetig abnahm. Zwei Drittel verspüren dazu keine Lust, nur ein Viertel findet die Selbständigkeit erstrebenswert. Die Demoskopen stellten auch fest, daß bei jungen Leuten die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung steigt, je höher ihre Schulbildung ist, was den Rückschluß zuläßt, daß die Lehrer in Sachen Ökonomie wohl noch etwas nachzuholen haben.

Das Bild vom profitgierigen Zyniker, vom Ausbeuter und Playboy, vom schlicht unangenehmen Patron, der sich über demokratische wie menschliche Interessen grob hinwegsetzt, ist selbst bei der Jugend nicht zu spüren. Befragt wurden junge Menschen zwischen 15 und 19 Jahren jeweils in den Jahren 1973 und 1979. Mit einigen Daten hätte man wohl nicht gerechnet:

- Die Unternehmer tragen ein hohes Risiko, meinten 1979 rund 66 Prozent; 1973 glaubten dies nur 53 Prozent.
- Die Aussage, daß Unternehmer viel verdienten, aber auch mehr leisteten als andere, fand damals zu 35 Prozent Zustimmung, sechs Jahre später bejahten dies 45 Prozent.
- Auf die Frage, ob Unternehmer ihre Lage deshalb so schlecht darstellten, damit sie keine so hohen Löhne zahlen müssen, antworteten seinerzeit 56 Prozent mit Ja, 1979 nur 41 Prozent.



„Irdisches Wohlergehen“ nannte Karl Rössing 1930 seine Unternehmer-Karikatur

Es verbleibt ein hohes Maß an Skepsis unter der Jugend. Sie zieht zwar die Marktwirtschaft der Planwirtschaft vor, ihre Funktionsweise bleibt ihr jedoch weitgehend verschlossen.

Am Gewinn wird dies deutlich. Im Sommer 1981 ergab eine Befragung von 1000 Bürgern, daß der Gewinn eines Industrieunternehmens auf 36,4 Prozent des Umsatzes geschätzt wird. Tatsächlich liegt er zwischen 1,0 und knapp 2,0 Prozent. Selbst Studenten der Betriebswirtschaft (!) glaubten noch an Umsatzrenditen von 23,4 Prozent, lagen also meilenweit und peinlich neben der Wirklichkeit.

Das Klischee vom Ausbeuter, der heute die Rolle des mittelalterlichen Teufels übernimmt, ist in Jahrhunderten gewachsen und liebevoll gepflegt worden. Aber es gab Nachdenklichkeiten: Als Unternehmen, die keine „Profite“ mehr machten, den Mitarbeitern kündigen mußten, hießen die „Profite“ mancherorts wieder „Gewinne“. Überhaupt: Was sich aus der Ferne gesellschaftspolitischer Überschau so trefflich-verwerflich ausnimmt, schaut aus der Nähe viel nüchterner aus.

Die Einschätzung des eigenen Bosses unterscheidet sich erheblich vom Bild des allgemeinen, weit entfernten Prototyps „Unternehmer“. 73 Prozent von 2000 Befragten (Infratest) hatten 1979 ihre Geschäftsleitung als „sympathisch“ bezeichnet. 1981 bestätigte dies eine andere Umfrage: Fast 70 Prozent aller Beschäftigten haben eine gute bis sehr gute Meinung von ihrem Management.

Die mediale Darstellung verkürzt den Unternehmer auf den „Konzernboß“, allenfalls den Bankier mit Stresemann, Bowler und Zigarre über dem feisten Doppelkinn. Die Masse der Unternehmerschaft, die kleinen und mittleren Chefs, die Selbständigen mit der 60-Stunden-Woche und der vollen Haftung kommen in dem Klischee nicht vor. Mittelstand verwirrte die vorgefaßten Urteile.

Auch international gehört der Unternehmer zu den Angesehensten nicht. Ein Zehn-Länder-Vergleich setzt ihn an die elfte Stelle von 16 Berufen. Unangefochten rangiert der Arzt an der ersten Stelle, gefolgt vom Pfarrer, dem Anwalt, dem Hochschulprofessor und dem Volksschullehrer.

Die Hauptschwierigkeit, das Unternehmerbild in die Nähe der Realität zu rücken, ist die weitverbreitete Ansicht, Gewinnorientierung und soziale Gesinnung schlössen sich aus. Daß nur Sozialpolitik betreiben kann, wer Gewinne macht, stößt auf Verständnisschwierigkeiten. Alle Umfragen beweisen eines: das falsch belichtete Unternehmerbild kommt durch Desinformation zustande. Je mehr Informationen die Befragten erhalten, je näher sie dem betrieblichen Geschehen stehen, desto realistischer wird ihre Einschätzung vom Boß.

Die Wiederbelebung bestimmter Schlagworte zwecks Beheizung des Wahlkampfes verspricht in den Wählerschichten, auf die es ankommt, deswegen kaum Erfolg. Der Bürger hat in seinen demoskopischen Einschätzungen deutlich gemacht, daß die Mottenkiste des Klassenkampfes keine Öffnung wert ist.

Die interessante Frage, ob der Boom den Unternehmer sympathischer macht als die Rezession, ist derzeit nicht zu beantworten. Für beide Einschätzungen gibt es Anzeichen: In der Hochkonjunktur gilt der Unternehmer als „nett“, weil er Arbeitsplätze sichert und hohe Löhne (aus hohen Gewinnen) zahlt. In Zeiten hoher Wachstumsraten gab es aber auch den Umkehrschluß, daß der Unternehmer Lohnerhöhungen und Sozialleistungen verweigere, obgleich er sie doch angeblich mühelos finanzieren könne.

In der Rezession entdecken die Bürger gewiß den Zusammenhang zwischen Gewinn, Investition und Arbeitsplatz. Das schließt jedoch nicht aus, daß sie vielleicht dem Boß die Alleinverantwortlichkeit für unvermeidliche Entlassungen anlasten.

„Es ist heute schwerer denn je zuvor, ein Unternehmer zu sein.“ Dieser Seufzer stammt – nein, nicht von Flick – sondern vom ehemaligen DGB-Chef Heinz Oskar Vetter. Auch die Unternehmen und Unternehmer der Neuen Heimat sind Teil des reflektierten Unternehmerbildes. Ein Stück Information, das wohltuende Nüchternheit zu verbreiten geeignet ist.

Auf Distanz zum Ökumenischen Rat der Kirchen

X.-H. KUO, Stuttgart

Die evangelische württembergische Landeskirche ist zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) in Genf auf Distanz gegangen. Die Landessynode in Stuttgart verabschiedete mit großer Mehrheit (von den 91 Synodalen stimmten nur drei gegen, zwei enthielten sich der Stimme) eine Entschließung, die eine „selbständigere" Haltung der württembergischen Kirche gegenüber dem ÖRK in Genf vorsieht.

So können Opfermittel der evangelischen Landeskirche in Württemberg, die zu den Gründungsmitgliedern des ÖRK gehört, mit einer „Zweckbindung" versehen werden. Bei Haushaltsmitteln behalte sich die Kirche vor, „auf eine Zweckbindung hinzuwirken".

In dem Entschluß wird ferner die Absicht bestätigt, daß Vertreter der württembergischen Kirche in den Entscheidungsgremien des ÖRK als Beauftragte dieser Landeskirche zu gelten haben: „Sie sollen ihr Mandat in Absprache mit der Kirchenleitung wahrnehmen und ihr umfassend berichten." Auch fordert die Synode, daß künftig Informationen aus Genf „unmittelbarer und rascher" als bisher nach Stuttgart übermittelt werden.

In den vergangenen Jahren hatte es vor allem in der pietistisch geprägten württembergischen Kirche erhebliche Kritik an der politischen Einseitigkeit des Genfer Rates gegeben.

Dohnanyi sieht Gefahr für Hamburger Hafen

hs, Hamburg

Der Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals mit den erwarteten Verkehrsverlagerungen von Hamburg nach Rotterdam kann die Hansestadt nach Einschätzung von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) „in einen gefährlichen Windschatten" bringen. Bei der Vorlage seiner Regierungserklärung sprach Dohnanyi auch von einer Gefährdung der deutschen Binnenschiffahrt durch osteuropäische und sowjetische Frachtraten.

In der Regierungserklärung wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – sie liegt in Hamburg gegenwärtig bei zehn Prozent – als wichtigste politische Aufgabe des Jahrzehntes bezeichnet. Dohnanyi forderte als Abhilfe „möglichst kostenneutrale Schritte der Arbeitszeitverkürzung". Mit der vom Senat anvisierten Wirtschaftspolitik will Hamburg durch verbesserte Rahmenbedingungen neue Arbeitsplätze schaffen, das Konzept eines zweiten Arbeitsmarktes weiter entwickeln und zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen. Zur Abwehr der „tödlichen Bedrohung" für die deutschen Werften forderte Dohnanyi ein Konzept zur Sicherung des Schiffbaues, das die Küstenländer *gemeinsam mit der Bundesregierung* erarbeiten sollen.

SED setzt ihre Kampagne fort

dpa/DW. Berlin

Ost-Berlin setzt seine Kampagne für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa fort: Die SED-Zeitung „Neues Deutschland" widmete gestern ihren Leitartikel diesem Thema. In einem in derselben Ausgabe veröffentlichten Bericht über eine Rede des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker wird der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, mit der Ablehnung eines solchen Vorschlages „wiederum eine Chance verpaßt zu haben, dazu beizutragen, den Frieden in Europa sicherer zu machen".

Atomwaffenfreie Zone oder Der Sinneswandel von Schnoor

Nordrhein-Westfalens Innenminister will Entscheidung Gemeindeparlamenten überlassen

WILM HERLYN, Marl

Die sich häufenden Beschlüsse von Gemeindeparlamenten, ihre jeweilige Kommune zur „atomwaffenfreien Zone" zu erklären, haben den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor zu einer Anweisung an die Bürgermeister veranlaßt, entsprechende Anträge auf die Tagesordnung zu setzen. Er begründete diesen Schritt mit seiner Überzeugung, daß in demokratischen Gemeindewesen politische Aktionen und Willenskundgebungen „nicht durch Verwaltungsakte abgewürgt" werden dürften. Diskussionen über Fragen von derartig existentieller Bedeutung dürften nicht „von oben totgemacht" werden. Er sagte weiter, den Gemeindeparlamenten bliebe ja die Wahl zwischen Ablehnung und Zustimmung.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch einen Beschluß der Stadt Marl am 30. September 1982, in dem Marl zur „atomwaffenfreien Stadt" erklärt worden war. Inzwischen haben zahlreiche Kommunen in der Bundesrepublik ähnliche Beschlüsse gefaßt. Daraufhin reagierte das Innenministerium mit einem Erlaß vom 21. Oktober, in dem es noch hieß, daß der Rat seinen Zuständigkeitsbereich mit dieser Erklärung nach Paragraph 2 der Gemeindeordnung überschritten habe. Diese sehe nämlich vor, daß Beschlüsse nur für den örtlichen Geltungsbereich gefaßt werden können. Die Verteidigung der Bundesrepublik falle aber ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundes.

Dennoch meinte Schnoor damals, die Kommunalaufsicht – also Regierungspräsident und Innenministerium – sei nicht zwingend verpflichtet einzugreifen. Er schrieb: „Die erforderliche Abwägung führt dazu, von einem Tätigwerden der Aufsichtsbehörden abzusehen, weil der außerhalb jeglicher Zuständigkeit gefaßte Beschluß des Rates der Stadt Marl keine rechtliche Wirkung hat und haben wird."

Das neuerliche Schreiben Schnoors an die Bürgermeister, Anträge zur „atomwaffenfreien Zone" – die zumeist von Friedensbewegungen und den Grünen, unterstützt durch die SPD-Fraktionen, gestellt werden – zuzulassen, stößt auf heftigen Widerspruch der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU. Sie erklärte jetzt, daß die Rechtsauffassung Schnoors unrichtig sei und von der KPV in Übereinstimmung mit dem nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund zurückgewiesen werde. Nach der „eindeutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 1958 erstrecke sich das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht nur auf Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Die Gemeinden und ihre Organe sind deshalb nicht befugt, Beschlüsse zu fassen über Angelegenheiten, die den örtlichen Wirkungskreis überschreiten und allgemeine politische Fragen betreffen."

Bei dieser eindeutigen Rechtslage – bis dahin auch von Schnoor geteilt – könne der Bürgermeister aber nicht verpflichtet werden, Beschlußanträge, die allgemein zur atomaren Rüstung Stellung nehmen, in die Tagesordnung aufzunehmen. In einer Stellungnahme heißt es weiter: „Wenn schon der Bürgermeister nach der einhelligen Meinung in der juristischen Literatur Tagesordnungspunkte beleidigenden Inhalts oder nicht ernst gemeinte Beschlußanträge zurückweisen muß, so muß er erst recht Tagesordnungspunkte zurückweisen, die nach einer Entscheidung der obersten Kommunalaufsichtsbehörde zu objektiv rechtswidrigen, gegebenenfalls sogar zu nichtigen Ratsbeschlüssen führen."

Als vorerst letzte Kommune hat sich Oberhausen den Status einer „atomwaffenfreien Stadt" gegeben. Dabei geriet Oberbürgermeister Friedhelm van den Mond in die Schußlinie seiner eigenen Partei und der CDU. Noch vor zwölf Monaten hatte er mit seiner Unterschrift den „Dattelner Aufruf" unterstützt, der sich für eine gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West einsetzt.

Der Oppositionschef im Düsseldorfer Landtag, Professor Kurt Biedenkopf, erklärte zu dem Erlaß von Schnoor: „Diese von Herrn Vogel und Herrn Rau geförderten Initiativen gefährden die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und seiner Bundeswehr. Sie stellen eine parteipolitisch und ideologisch motivierte Anmaßung verteidigungspolitischer Zuständigkeiten dar, die allein dem Deutschen Bundestag und der deutschen Bundesregierung vorbehalten bleiben müssen. Zugleich zerstören sie die Autorität der Selbstverwaltung unserer Städte und Gemeinden."

Für eine neue Bereicherung dieser Diskussion sorgte jetzt der Stadtrat von Saarbrücken auf Initiative von Oberbürgermeister Oskar Lafontaine (SPD). Mit den Stimmen der SPD-Mehrheit beschloß der Rat der Stadt am Dienstag, an die Bundesregierung die Aufforderung zu richten, unverzüglich „eine Politik zur Sicherung des Friedens weiterzuentwickeln".

Seite 2: Marler Sezession

Hustensaft weiter auf Krankenschein

Krankenkassen und Ärzte lehnen „Negativliste" für Bagatellkrankheiten ab

PETER JENTSCH, Bonn

Die von Ärzten, Krankenkassen und Pharmaindustrie heftig kritisierte Arzneimittel-Negativ-Liste, die Medikamente für bestimmte Indikationsgebiete von der Erstattungspflicht durch die gesetzliche Krankenversicherung ausnehmen soll, wird es in dieser Form nicht geben. Die Liste war von der Regierungskoalition beschlossen worden mit dem Ziel, vom 1. April an Medikamente zur Therapie von Reisekrankheiten, Verdauungsstörungen, Entzündungen der Mund- und Rachenschleimhaut sowie von Erkältungskrankheiten bzw. grippalen Infekten nicht mehr auf Krankenschein, das heißt auf Kosten der Kassen, zu verordnen. Die Bundesregierung versprach sich von dieser Maßnahme Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Mark für die Krankenkassen.

Die Spitzenverbände der Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) haben sich jetzt in einer gemeinsamen Erklärung darauf geeinigt, für keines der Indikationsgebiete der Liste eine enumerative Auflistung der betroffenen Präparate, also einen Index, zu erstellen.

Vielmehr sollen in Anlehnung an die Begründung der gesetzlichen Vorschrift bei Erkältungskrankheiten bzw. grippalen Infekten Arzneimittel nur dann nicht mehr zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden, wenn es sich um eine „Befindlichkeitsstörung" im Einzelfall handelt. Anstelle der bisher verordneten Präparate soll in diesen Fällen – so der Appell an die Kassenärzte – allenfalls auf bewährte Hausmittel verwiesen werden. Stellt der Arzt jedoch ausgeprägtere Krankheitssymptome fest (z. B. Fieber, Husten), können die als medizinisch notwendig erachteten Grippe-, Schnupfen- oder Hustenmittel weiter wie bisher auf Kassenrezept verordnet werden.

Mit dieser Empfehlung folgten die Verbände den Warnungen namhafter Mediziner, daß sich die Negativ-Liste im ärztlichen Alltag nicht ohne eklatante Rechtsunsicherheit umsetzen lasse. Denn für das Indikationsgebiet „Erkältungskrankheiten" gibt es weder eine exakte wissenschaftliche Definition, noch eine klare Abgrenzung und infolgedessen auch keine klare Bestimmung der Medikamente, die auf den Index zu setzen sind. Wo etwa ist die Grenze zu ziehen zwischen einer einfachen Erkältung, einer beginnenden Lungenentzündung oder einer Nebenhöhlenvereiterung? Was ist mit einem kreislaufschwachen Patienten, der bei einem grippalen Infekt auch ein Kreislaufmittel benötigt?

Die Lösung, die die Spitzenverbände des Medizinbetriebs jetzt gefunden haben, nimmt den Kassenärzten die Sorge, entweder hohe Arzneimittelregresse zu riskieren, wenn sie sich über die Liste einfach hinwegsetzen würden und zu Lasten der Kassen verordnet hätten, oder aber die Patienten zu Unrecht mit Arzneimittelkosten zu belasten.

In der Frage der beiden anderen genannten Indikationsgebiete der Negativ-Liste, den Mund- und Rachentherapeutika und den Abführmitteln, haben sich die Verbände geeinigt, diese Medikamente nahezu vollständig aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen auszuschließen. Diese Arzneimittel können vom 1. April an nur noch auf Privatrezept verordnet werden, der Patient muß diese Mittel dann aus eigener Tasche bezahlen.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung geht davon aus, daß der Gesetzgeber die Erklärung der Verbände „stillschweigend akzeptiert". Dies um so mehr, so KBV-Hauptgeschäftsführer Eckart Fiedler, „als inzwischen deutlich geworden ist, daß auch bei Realisierung der ursprünglich beabsichtigten Liste nicht 500 Millionen Mark eingespart worden wären, sondern allenfalls zwischen 100 und 200 Millionen Mark".

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) hat unterdes die „Fragwürdigkeit pauschaler Eingriffe in die auf den Einzelfall ausgerichtete medizinische Betreuung Kranker" kritisiert. Nach Ansicht des BPI wäre es deshalb am besten, die Negativ-Liste noch einmal zu überdenken.

Auf der Suche nach einem sachlichen Dialog

Botschafter Ruth erläutert in Moskau die Bonner Position

BERNT CONRAD, Bonn

Der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Friedrich Ruth, beginnt heute in Moskau zweitägige Konsultationen mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Viktor Komplektow. Während der Kreml Tag für Tag mit massivem Propagandafeuer den „Raketenwahlkampf" in der Bundesrepublik anheizt, will sich Ruth um einen sachlichen und fundierten Dialog über alle Aspekte der Rüstungskontrollpolitik bemühen.

Eine Verabredung darüber hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Mitte Januar mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko in Bonn getroffen. Zweifellos verbinden beide Seiten damit höchst unterschiedliche Absichten: Moskau wird seine Bemühungen fortsetzen, Westdeutschland aus dem NATO-Doppelbeschluß herauszubrechen – die Bundesregierung hingegen will die Sowjets von dem übereinstimmenden Abrüstungswillen der westlichen Bündnispartner auf der Basis eben jenes Doppelbeschlusses zu überzeugen suchen.

Thematisch wird es bei Ruths Gesprächen keineswegs nur um die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) gehen. Die Tagesordnung reicht von den chemischen Waffen über die Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) bis zum Madrider KSZE-Folgetreffen und dem dort angestrebten Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz. Aber es liegt auf der Hand, daß die INF-Probleme den Schwerpunkt der Diskussion bilden werden. Dabei wird der Bonner Abrüstungsbotschafter nicht etwa neue „Signale" übermitteln, sondern so detailliert wie möglich westliche Positionen erläutern, um möglicherweise gefährlich werdenden sowjetischen Fehlurteilen vorzubeugen. Dazu wird der nachdrückliche Hinweis gehören, daß die amerikanischen Verhandlungspositionen in Genf in engster Abstimmung mit allen NATO-Partnern, also auch der Bundesrepublik, ausgearbeitet worden sind und weiter entwickelt werden.

Nulloption kein „Alles oder nichts"

Ruth selbst hat die ursprünglich von deutscher Seite den USA empfohlene Null-Option, das heißt den vollständigen Verzicht auf Mittelstreckenraketen in Ost und West, von Anfang an als die plausibelste und am leichtesten zu verifizierende Lösung betrachtet. Doch er wird seine sowjetischen Gesprächspartner, wenn sie größere Kompromißbereitschaft des Westens fordern sollten, auf Präsident Reagans Feststellung verweisen können, die Null-Option bedeute kein „Alles oder Nichts". Und er wird daran erinnern, daß die im *NATO-Doppelbeschluß* erhobene Forderung nach gleichen Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau manche Regelung denkbar erscheinen läßt – nur nicht die Festschreibung des sowjetischen Mittelstrecken-Monopols, wie es der Kreml gegenüber den Amerikanern immer noch im Sinn hat.

Der französische Außenminister Claude Cheysson hat unmittelbar vor Ruths Visite in Moskau erfahren müssen, wie wenig sich KP-Chef Andropow davon beeindrucken läßt, daß Paris und London eine Anrechnung ihrer Raketenpotentiale in Genf strikt ablehnen. Gerade deshalb wird der Beauftragte Bonns unbeirrt das besondere deutsche Interesse an der nuklearen Garantie Amerikas hervorheben, die durch französische oder britische Raketen niemals ersetzt werden könnte.

Der 56jährige Schwabe Friedrich Ruth ist für heikle Diskussionen dieser Art genau der richtige Mann. Seit er – nach dem Jurastudium im amerikanischen Atlanta und in Heidelberg sowie diplomatischen Posten in Moskau, Chicago und Washington – 1973 die erste Bonner Delegation bei den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) leitete und 1977 das Amt des Abrüstungsbeauftragten übernahm, beherrscht er jedes Detail der weltweiten Rüstungskontrollproblematik

Im Westen geschätzt, im Osten respektiert

Exaktes Fachwissen, gepaart mit schneller Reaktionsfähigkeit, rhetorischer Überzeugungskraft und menschlicher Kontaktbereitschaft haben Ruth im Westen zu einem hochgeschätzten und im Osten zu einem respektierten Gesprächspartner gemacht. Von der internationalen Abrüstungsszene ist er kaum noch wegzudenken. Dabei unterscheidet er sich von manchen selbsternannten oder tatsächlichen Experten dadurch, daß er einen stark entwickelten Sinn für militärische und machtpolitische Realitäten hat. Das heißt, Ruth hängt keinen Utopien nach, sondern geht von den Fakten aus. Die Sicherheit der Bundesrepublik, basierend auf der Einbindung in das atlantische Bündnis und auf der engen Partnerschaft mit Amerika, ist für ihn die unverrückbare Voraussetzung jeder Regelung zur Rüstungskontrolle oder Abrüstung.

Mit dieser Einstellung – und politisch der CDU nahestehend – vermochte der stets gelassen argumentierende Diplomat in den Jahren der SPD/FDP-Regierung durchaus mit den sicherheits- und abrüstungspolitischen Zielen Helmut Schmidts und Hans-Dietrich Genschers zu harmonieren. Gegen Ende der Koalition allerdings bereiteten *ihm* sozialdemokratische Abweichungen vom NATO-Konzept zunehmend Sorgen. Die Übernahme des Kanzleramtes durch Helmut Kohl hat ihm wieder freie Bahn verschafft.

Das ist befriedigend, aber verringert keineswegs die immense Arbeitsbelastung. Auf ein Privatleben hat der Abrüstungsbeauftragte schon seit Jahren weitgehend verzichten müssen. Ruth: „Ich kann das nur, weil meine Familie (Ehefrau, Tochter und Sohn) das versteht."

Wird einem Mann, der klassische Musik und Literatur liebt und der auch den angenehmen Seiten des Lebens prinzipiell durchaus positiv gegenübersteht, die spröde Abrüstungsmaterie nach so vielen Jahren nicht allmählich zuwider? Der Botschafter winkt lächelnd ab: „Das ist für mich weiterhin eine faszinierende Aufgabe. Ich habe weder Geduld *noch Engagement* verloren. Und ich bin optimistisch, daß es in Genf bei gutem Willen möglich sein wird, in relativ kurzer Zeit zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen."

AL-Abgeordnete in Berlin legt Mandat nieder

hrk., Berlin

Auf dem Hintergrund starker ideologischer Differenzen zwischen den „Grünen" im Bund und der Berliner „Alternativen Liste" legte gestern die Abgeordnete Ursula Schaar ihr Abgeordneten-Mandat nieder und trat aus der AL aus. Einer der Berliner Mitbegründer, der frühere Wahlkampfmanager und Pressesprecher Ernst Hoptlitschek, kündigte außerdem seinen AL-Austritt an.

Frau Schaar, Konrektorin einer Grundschule, begründete ihren Schritt mit der unentschlossenen Haltung der AL zur Gewaltfrage und mit der Vernachlässigung ökologischer Themen. In der AL-Führung herrschen seit Monaten erhebliche Spannungen wegen des ungelösten Problems, ob sich die AL als Landesverband der „Grünen" oder als eigenständige Partei verstehen solle.

Nach dem Rücktritt von Urusula Schaar besteht die AL-Fraktion vorübergehend nur noch aus acht Mitgliedern. Für die Pädagogin rückt ein Ersatzbewerber nach. Die „Alternativen" wollen in diesem Sommer ohnehin nach dem Rotationsprinzip sämtliche neun Mitglieder austauschen.

Genscher warnt vor „Scharmützeln"

hey/lz, Bonn/München

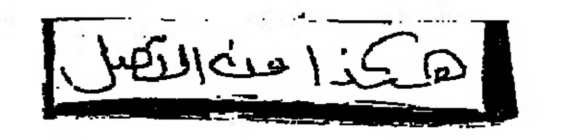
„Wachstumsverweigerung und Massenarbeitslosigkeit, Austritt aus der NATO, Selbstisolierung der Bundesrepublik Deutschland" hat der FDP-Vorsitzende, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, als Folgen einer rot-grünen Bundesregierung nach dem 6. März beschrieben.

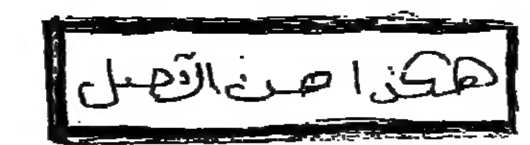
In einem Brief an die Funktionsträger der FDP schrieb Genscher jetzt: „Wir wollen keinen Kanzler der Grünen". Eine von den Grünen abhängige SPD-Bundesregierung würde nicht nur „eine andere Republik" bedeuten: „Das wäre auch ein anderes Europa." Mit Blickrichtung auf die Union betonte Genscher, daß sich die FDP „nicht zu Scharmützeln mit dem Koalitionspartner hinreißen" lassen dürfe, sondern ihre „verantwortungsvolle Linie" bis zum Wahltag „konsequent durchhalten" werde. Die Bürger erwarteten, daß man gemeinsam den Blick nach vorne richte.

Die CSU hat ihre Kritik an der FDP gestern verstärkt. Nachdem der Landesvorstand am Montag noch einstimmig die Fortsetzung der „Regierung der Mitte" als wünschenswert bezeichnet hatte, schrieb der CSU-Fraktionsvorsitzende Gerold Tandler jetzt im Parteiorgan „Bayernkurier": „Deutschland in Ordnung bringen kann man mit der FDP so, wie sie sich heute immer noch darstellt, nicht."

Die Freien Demokraten hätten sich von der „fehlerhaften Entwicklung" der vergangenen 13 Jahre in der Innen- und Rechtspolitik noch nicht freimachen können. „Politisch unerträgliche" Pläne des früheren Innenministers Baum würden immer noch weiter verfolgt. Die FDP sei zur notwendigen geistigen Wende nicht fähig.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.





Sachlich, kühl und ein wenig bayerisch derb

6000 kamen im Sauerland zum Wahlkämpfer Strauß

WILM HERLYN, Brilon

Die knapp hundert Zuhörer, die im bitteren Frost vor der Schützenhalle der „St. Hubertus Bruderschaft von 1417" ausharren, verlieren sich bald. Denn der eigens aus Bonn herbeigekarrte Lautsprecherwagen überträgt ihnen nur dünn in die Frostkälte die Stimme von Franz Josef Strauß, nicht Ersatz genug für das Original. Doch drinnen in der überfüllten Halle brüllt kein bayerischer Löwe im Wahlkampf, sondern ein Wirtschafts-Fachmann reiht „Zahlen und Fakten aneinander, und ich verlange nicht, daß man mir glaubt, sondern nur, daß man diese Tatsachen bedenkt und gegenüberstellt". Ein Politiker, so nannte die SPD ihn, der wie ein Wolf Kreide frißt und das Volk mit sanfter, verstellter Stimme täuscht.

Doch Brilon, der kleine Kurort im Hochsauerland, erlebt am späten Dienstag einen CSU-Vorsitzenden, der schlicht Vergleiche anstellt, der Mißstände anprangert, kühl und mit Sachlichkeit, fast leidenschaftslos. Um dann aber doch vor dem Auditorium bayerisch-griffig zu formulieren. Da jubeln die knapp 6000, die noch Einlaß gefunden haben. Eigentlich dürfen nur 4000 Zuhörer hinein, aber trotz sparsamer Plakatierung ist der Saal hoffnungslos überfüllt.



Die halb sitzenden, halb stehenden Zuhörer drängeln nicht, fangen nicht an zu stoßen, unruhig zu werden. Sie werden von diesem Franz Josef Strauß in Bann gezogen. „Aus eigener Kraft", so prophezeit er, „kann die SPD es nicht schaffen. Und so schauen Brandt und Vogel – 360 Grad herum – nach Partnern und finden neue, linke Mehrheiten in den Grünen. Und wie mischt sich Grün und Rot? In ein schmutziges Graubraun – das letzte, was wir brauchen können!"

Da nicken die Stadt- und CDU-Honoratioren an ihren weiß gedeckten Tischen auf der Bühne und das dichtgedrängte Volk darunter jubelt. Natürlich, der örtliche CDU-Kandidat Ferdi Tillbach ist sich seiner Sache sicher in Brilon und seine Konkurrenten von der SPD – Franz Müntefering – und von der FDP – Dieter-Julius Cronenberg – brauchen hier schon eine sehr gute Absicherung auf ihren Landeslisten, um eine Chance für einen Sitz im nächsten Bundestag zu haben. Aber auch der politische Gegner kann nicht einfach so abstreiten, was Strauß feststellt: „Die Grünen sind eine chaotische Bewegung, die die Farbe Grün mißbraucht." Diese Mischung, fährt der bayerische Ministerpräsident fort, „ist nicht nur eine Katastrophe für unser Land, sondern auch unerträglich für unsere Nachbarn".

In den Beifall hinein ruft Strauß: „Der Vogel weiß ja selbst, daß die SPD höchstens 41 Prozent bekommt nach den demoskopischen Untersuchungen – vielleicht mit einer Fehlermarge von einem Prozent plus oder minus." Doch das dürfe die Union nicht beruhigen, sondern vielmehr kämpferischer machen. Und die Zuhörer merken auf, als er sagt, was Jochen Vogel – „den kenn ich ja lang genug aus Münchner Zeiten" – wirklich will, nämlich über die Kanzlerkandidatur Willy Brandt im Herbst als SPD-Parteivorsitzender ablösen. Die Freien Demokraten streift er nur. Schon 1980 habe er in seinen Analysen festgestellt, daß die FDP in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik ähnliche Standpunkte vertrete wie die Union: „Sie muß aber klarstellen, daß sie in der Koalition mit uns bis zum letzten Abgeordneten zur Stange hält."

Wahlkampfzeit ist, da müssen auch derbe Sprüche fallen: „Die Sozialdemokratie hat keine Dummheit vergessen und keine Weisheit dazugelernt" oder „Die SPD hat ihren wirtschaftspolitischen Verstand an der Garderobe abgegeben und den Schlüssel versteckt". Aber es stimmt die Zuhörer schon bedenklich, wenn er die Arbeitslosenzahlen der 60er Jahre denen von heute gegenüberstellt. Oder wenn er sagt: „Ich war der letzte Finanzminister dieses Jahrhunderts, der keine Mark Schulden in einem Jahr aufgenommen hat, aber 1,3 Milliarden Mark Schulden zurückgezahlt hat." Überheblichkeit? Besserwisserei?

Die Briloner spüren, daß es Strauß nicht um Rechtfertigung geht, nicht um den Blick in die heile Vergangenheit. Sie merken, wie ernst es Strauß ist. Ernst darum, wie es sein wird nach dem 6. März, wie es weitergehen soll. Und darum nimmt er auch die Unternehmer in Schutz, die bei ihren Investitionen eine Vorbehaltsklausel zum 7. März formulieren. „Denn wer soll in einem rot-grünen Chaos nutzlos investieren? Daß das so ist, haben die Sozialdemokraten selbst verursacht", urteilt Strauß.

„Ökonomisch brachte das neue Jahr bisher nur gute Nachrichten"

WELT-Gespräch mit Regierungssprecher Stolze über die wirtschaftliche Entwicklung

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Erwartung, daß die Bundesrepublik Deutschland vor einem Wirtschaftsaufschwung steht, wird nach Auffassung von Regierungssprecher Diether Stolze durch die aktuellen Wirtschaftsdaten bestätigt. Sie zeigten, „daß wir aus der Talsohle herauskommen", sagte Stolze gestern in einem WELT-Gespräch. Das Jahr 1983 habe bisher „ökonomisch nur gute Nachrichten gebracht": Die Zinsen seien auch aufgrund der soliden Haushaltspolitik der neuen Regierung gefallen, die Aufträge im Wohnungsbau „nehmen zu, es werden mehr Autos verkauft, und die Preise steigen langsamer". Die Ausländer, so betonte Stolze, „kaufen in Mengen deutsche Aktien". Auch international gebe es „Anschauungsunterricht" dafür, wie gut Marktwirtschaft funktioniere. „Weil die großen Industrieländer ihren Energieverbrauch durch technologischen Fortschritt einschränken konnten, wurde das Opec-Kartell in die Knie gezwungen. Die Erdölpreise fallen."

Die Befürchtung, daß die Zahl der Arbeitslosen im März, also wenige Tage vor der Bundestagswahl, auf drei Millionen ansteigen werde, ist nach Einschätzung von Stolze nicht gerechtfertigt. „Drei Millionen Arbeitslose werden wir weder Ende Februar noch sonst im Laufe dieses Jahres erleben", aber zweieinhalb Millionen seien schon eine erschreckend hohe Zahl. „Diese Entwicklung war nicht nur vorhersehbar", sondern Bundeskanzler Kohl habde schon in seiner Regierungserklärung am 13. Oktober darauf hingewiesen, „daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit noch vor uns liegt".

Scharf kritisierte Stolze, daß den Sozialdemokraten „nichts anderes einfällt als die Ankündigung, durch neue Milliardenschulden Beschäftigungsprogramme zu finanzieren, deren Wirkungslosigkeit sich Jahr für Jahr aufs neue erwiesen hat". Wenn der SPD-Kanzlerkandidat Vogel im Falle eines Wahlsieges die Schaffung von 1,8 Millionen neuer Arbeitsplätze ankündige, „dann drängt sich doch die Frage auf, warum die SPD mit solch segensreichen Vorhaben gewartet habe, bis sie auf den Bänken der Opposition sitzt", betonte Stolze. Es gebe nur einen Weg, um Arbeitslosigkeit – „nicht schnell, aber stetig" – zu beseitigen: Die Wirtschaft „muß endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden." Dazu habe Bonn die Voraussetzungen geschaffen.

Nach der Wirkung der Tarifabschlüsse befragt, antwortete Stolze, die Abschlüsse „schlagen als Kosten zu Buche und haben einen wesentlichen Einfluß auf die Preise und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens". Er vertraue darauf, daß beide Seiten in diesem besonders schwierigen Jahr „ihrer Verantwortung gerecht werden"; schließlich müsse die „Pleitewelle" gebrochen werden. Die Bundesregierung wolle durch „flankierende Maßnahmen" (Vermögenspolitik) „Lohnabschlüsse der Vernunft" erleichtern, sagte Stolze.

Gelassen, vornehm und kompetent

Der Historiker darf sich niemals zum Richter über die Toten der Vergangenheit aufwerfen. Er zeigt, wie alles und warum alles so gekommen ist, und er steht dabei in der Spannung zwischen der eigenen Fehlbarkeit und der Kunst, die Gestalten der Geschichte lebendig werden zu lassen." Dieses Zitat von Walter Görlitz, der heute siebzig Jahre alt wird, ist ein Schlüsselsatz: Er wirft ein klares Licht auf den Mann, auf seine gelassene Vornehmheit wie auf seine wissenschaftliche Akuratesse und Skrupelhaftigkeit. Nichts könnte ihn besser charakterisieren.

Görlitz hält wenig von den methodischen Gedankengebäuden, die von außen an die historische Forschung herangetragen werden, und er mißtraut auch intuitiven Parforceritten und einer Umwandlung der Geschichtsschreibung in schöne Literatur. Genaues Quellenstudium, penible Auswertung aller verfügbaren Dokumente, ein klarer, schmuckloser Schreibstil und größte Zurückhaltung bei der moralischen Be- und Verurteilung geschichtlicher Vorgänge und Persönlichkeiten – das sind die von ihm bevorzugten Arbeitsmittel, und sie haben ihm sowohl in der Zunft als auch bei seinen vielen Lesern hohe Achtung verschafft. Nicht zufällig wird er immer wieder gebeten, bedeutende Nachlässe zu sichten, auszuwerten und der Wissenschaft zu erschließen.

Einige seiner wichtigsten Publikationen galten der Vorstellung



Walter Görlitz

solcher Nachlässe, so die beiden Bücher über den Chef des Marinekabinetts im Ersten Weltkrieg, Admiral von Müller, das Buch über Hindenburg oder der Band „Paulus – Ich stehe hier auf Befehl". Im übrigen bevorzugt Görlitz, seinem Temperament entsprechend, die literarische Form der „life and letter"-Biographien, die er glänzend zu handhaben versteht. Die lange Reihe der Titel reicht von Hannibal und Marc Aurel bis zu Stresemann, Karl Dönitz und Feldmarschall Model. Sein Werk über die Geschichte des deutschen Generalstabs machte international Furore und steht in allen Bibliotheken rund um den Erdball.

Bei alledem ist und bleibt Walter Görlitz natürlich in erster Linie Journalist. Dieser gebürtige Pommer aus alter preußischer Arztfamilie war stets daran interessiert, die Ergebnisse seiner Forschungen „unmittelbar an den Mann" zu bringen und ein breites Publikum für die Geschichte zu begeistern. Seit Jahrzehnten der Redaktion der WELT aufs engste verbunden, mischte er sich in diesem Sinne in die Kulturpolitik ein und war ein Fels in der Brandung antihistorischer Rahmenrichtlinien. Sein allwöchentlicher „Griff in die Geschichte" ist aus dem Geistesleben nicht mehr wegzudenken, und so mag es noch lange bleiben.

GÜNTHER ZEHM

Die Militärs verlangen Freibrief für die Zukunft

Zweiter Anlauf zur Demokratie jetzt mit Zivilisten

MANFRED NEUBER, Bonn

In Uruguay wollen die Militärs in den nächsten Tagen erste Gespräche mit den bürgerlichen Parteien über eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie aufnehmen. Der kleine Agrarstaat am La Plata (knapp drei Millionen Einwohner) wird seit zehn Jahren autoritär regiert.

Alle Macht in Montevideo geht von der politischen Kommission des Heeres aus. Die Streitkräfte beanspruchen auch für die Zukunft maßgeblichen Einfluß auf die Politik des Landes. Ihre Mitsprache soll in einem Nationalen Sicherheitsrat institutionalisiert werden.

Als die Kommandeure im November 1980 den Entwurf einer neuen Verfassung vorlegten, die ihre dominierende Stellung im Staate verankert hätte, stimmten in einem Plebiszit mehr als 65 Prozent der Uruguayer dagegen. Jetzt wird gemeinsam mit den alten Politikern ein neuer Versuch gestartet.

Die Generale bestehen auf der Garantie, daß Repräsentanten des Militärregimes von einer künftigen Zivilregierung nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Als Generalleutnant Gregorio Alvarez, der Staatschef Uruguays, kürzlich einräumte, seinem Nachfolger könnten die Hände nicht im voraus gebunden werden, wurde er von der Heeresführung zurückgepfiffen.

Nach dem Zeitplan der Machthaber in Montevideo wird im November 1984 über einen neuen Verfassungsentwurf entschieden und gleichzeitig ein einziger Präsidentschaftskandidat akklamiert, der dann im März 1985 die Regierung übernehmen soll. Ob es zu einer Beschleunigung des „Demokratisierungsprozesses" kommt, dürfte auch von der Entwicklung in Argentinien abhängen.

Die drei zugelassenen Parteien, die Blancos, die Colorados und die kleine Unión Civica, haben in den vergangenen Wochen ihre Führungsgremien gewählt, die nun mit den Militärs über die Modalitäten eines geordneten Regierungswechsels verhandeln werden. Sie fordern als erstes die Aufhebung der Ächtung vieler Politiker.

Führende Köpfe, wie der im US-Exil lebende frühere Parlamentspräsident Wilson Ferreira Aldunate und der populäre José Batlle, aus alter Präsidenten-Familie, unterliegen dem politischen Bann. Ferreiera wird des Hochverrats bezichtigt, andere Funktionäre wurden wegen Korruption und „Zersetzung der Demokratie" politisch entmündigt.

Das Vertrackte ist: Bei den Wahlen im November, in denen die Bevölkerung die Delegierten für die Konvente der drei erlaubten Parteien aussuchen durfte, siegten durchweg die Kräfte, die dem Militärregime kritisch gegenüberstehen. Marxistische Parteien und die Christlichen Demokraten sind in Uruguay weiter verboten.

Ein prominenter Blanco-Politiker erklärte neulich: „Was die Teilhabe an den Geschicken unseres Landes angeht, so bleibt das Volk in einer verschwindenden Minderheit." Wie zur Bestätigung sagte Oberst Nástor Bolentini, Mitglied des Staatsrates, die derzeitige Regierung lasse sich nicht von den Parteien zu einem schnellen Wechsel drängen. General Yamandu Trinidad wurde noch deutlicher: „Die Freiheit war in Uruguay immer etwas Exzessives."



Auf den politischen Frühling der internen November-Wahlen folgte im Hochsommer am La Plata wieder eine Frostperiode: Politische Versammlungen im Freien sind verboten, und die Parteilokale dürfen nicht durch Schilder kenntlich gemacht sein. Sogar loyale Zeitungen verstecken ungünstige Nachrichten im Innern des Blattes. Ein Magazin erhielt Erscheinungsverbot.

Stärker als Kritik aus den Parteien könnte die ungünstige Wirtschaftsentwicklung die Stellung der Militärs unterminieren: Die Arbeitslosenrate ist auf 14 Prozent gestiegen, das Wachstum um zehn Prozent gefallen. Die Löhne wurden für ein Jahr eingefroren und die Steuern und Sozialabgaben drastisch angehoben. Dennoch hat sich das Defizit im Staatshaushalt erhöht. Wirtschaftsminister Valentin Arismendi trat zurück und wurde durch den Technokraten Walter Lusiardo Aznarez ersetzt.

Um wieder zu einer rechtsstaatlichen Ordnung zu gelangen, braucht Uruguay wirtschaftliche Stabilität. Obwohl die Generale die einschlägigen Ressorts zivilen Experten überließen, ist das derzeitige Regime – wegen der weltweiten Rezession – nicht in der Lage, den Aufschwung herbeizuführen. Der Wohlfahrtsstaat Uruguay (mit Acht-Stunden-Tag und Sozialversicherung vor europäischen Ländern!) ist am La Plata nur noch eine schöne Erinnerung . . .

Spanien will sowjetische Präsenz reduzieren

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Die übertriebene und unkontrollierbare Präsenz der Sowjetunion in Spanien" will die spanische Regierung nunmehr auf das „ursprünglich vereinbarte Maß reiner Handelsbeziehungen" zurückschrauben. Wie die spanische Nachrichtenagentur Europa-Press unter Berufung auf Regierungskreise meldete, wird diese Absicht *mit einem hohen Maß an Spionage*tätigkeit und politischen Aktionen begründet, die von sowjetischen und sowjetisch-spanischen Unternehmen ausgingen.

Seitdem im Jahre 1977 Moskau und Madrid volle diplomatische Beziehungen aufnahmen, mußten mindestens 12 sowjetische Wirtschaftsfunktionäre und Diplomaten des Landes verwiesen werden. Unter ihnen der dem KGB angehörende Direktor der sowjetisch-spanischen Holding Sovhisphan mit dem Hauptsitz in Las Palmas, Jurj Bitschkov. Wie die WELT dazu erfährt, beschäftigt das Unternehmen allein in seiner Zentrale in Las Palmas 250 Angestellte. Sie betreuen die sowjetischen Fischereistützpunkte in Puerto de la Luz auf Gran Canarias und im Hafen von Santa Cruz de Tenerife. Beide Stützpunkte werden regelmäßig von etwa 350 Fischereifahrzeugen mit ihren Mutter- und Werkstattschiffen und zusammen etwa 15 000 Mann Besatzung angelaufen. Die Häfen, sind aber auch als logistische Basis für militärische Operationen der Sowjetunion im Atlantik. So übernahm der sowjetische Transporter „Shota Rustaveli" *im Jahre 1980 unter der Flagge* der Handelsmarine mit 750 Mann kubanischer Truppen auf dem Wege von Äthiopien nach Kuba in Puerto de la Luz Treibstoff und Verpflegung. (SAD)

Deutsche von Hilfe ausgeschlossen?

JGG. Düsseldorf

Das Sozialwerk der Oberschlesier hat alle „christlichen Gläubigen" in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, an die in Oberschlesien verbliebenen Landsleute zu denken und Pakete zu verschicken, die eine „persönliche Adressierung" tragen.

Unter Berufung auf „zuverlässige Quellen" berichtete das Sozialwerk, daß „die nicht persönlich adressierten Hilfsgüter" in den polnischen Machtbereich „grundsätzlich nicht an Deutsche ausgeteilt werden". Es habe inzwischen sogar Fälle gegeben, „daß Deutsche Pakete erhielten, die mit Steinen und Papier gefüllt waren und daß Deutsche, *die einen Aussiedlungsantrag* gestellt hatten, von den – meist kirchlichen – Verteilerstellen nicht bedacht wurden".

Marschall Ye tritt zurück

dpa/AP, Peking

Der bevorstehende Rücktritt des Marschalls Ye Jianying (85) als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (Parlamentspräsident) ist gestern in Peking offiziell bestätigt worden.

Ein Sprecher des Außenministeriums teilte mit, Ye werde auf der am Freitag beginnenden Tagung dieses Komitees seinen Verzicht auf eine Kandidatur für den nächsten Volkskongreß und damit für den Vorsitz bekanntgeben. Die meisten Aufgaben des sehr gebrechlichen Marschalls, der auch formell als Staatsoberhaupt fungierte, werde der stellvertretende Vorsitzende Peng Zhen (81) übernehmen. Während Ye der Reformpolitik des einflußreichen chinesischen Politiker Deng Xiaoping teilweise kritisch gegenüberstand, gilt Peng als Gefolgsmann Dengs, dessen Position jetzt noch stärker wird.

Auch die Amerikaner müssen mit Haddad in Südlibanon rechnen

Die Milizen des Majors kontrollieren die von Israel beanspruchte Sicherheitszone

PETER M. RANKE, Beirut

„Wir werden meine Truppe zu einer Division von zwölf- bis fünfzehntausend Mann ausbauen. Alle kommen aus Südlibanon und werden später in die Armee eingegliedert." Das erklärte der stämmige Major Saad Haddad (45), Befehlshaber der christlich-schiitischen Miliz in Südlibanon, der vor drei Jahren mit israelischer Hilfe im Grenzgebiet einen „freien Libanon" ausrief.

Der stämmige Haddad, ein Christ aus Mardschajoun und Vater von fünf Töchtern, hielt vorige Woche in Saida und Nabatiye eine „Parade" ab. Doch beantwortete er Fragen nach einer Ausweitung des „freien Libanon" nur mit dem Hinweis auf die Reorganisation seiner Truppe. Tatsächlich hatte Haddad *schon im vorigen Sommer* sein Hauptquartier in Sidon aufgeschlagen. Er und seine gutdisziplinierte Truppe, die in Südlibanon besser für Ruhe und Ordnung sorgt als die multinationale „Friedenstruppe" in Beirut, beherrschen zwischen Meer und der *Bekaa-Hochebene* praktisch ein Viertel des Staatsgebietes. Das Haddad-Gebiet ist fast identisch mit der von Israel geforderten Sicherheitszone.

Haddad spielt daher eine wichti*ge politische Rolle in den Verhand*lungen zwischen Libanon und Israel um die Sicherung der israelischen Nordgrenze. Da die Israelis hinter Haddad stehen und auch seine Truppe ausrüsten, will die libanesische Regierung den als „abtrünnig" bezeichneten Major nicht wieder in die Armee aufnehmen, sondern nur seine früheren Soldaten. Dabei hatte das Oberkommando 1975 Haddad selbst in den Süden geschickt und bis 1979 seinen Sold bezahlt.

Auch die Amerikaner kommen um Haddad, seine Miliz und deren Verankerung in den israelischen Sicherheitsinteressen nicht herum. Bisher bestärkte Washington die libanesischen Unterhändler, Haddad abzulehnen und auf weitere Anwesenheit der UNO-Truppe (Unifil) im Süden zu setzen. Wollen die Amerikaner nun selbst eine „Friedenstruppe" schicken oder nur die von Israel geforderten drei *Überwachungsposten besetzen?*

Der gut Englisch sprechende Major Haddad wäre ein Partner für die USA, wenn das Verhältnis zwischen den Amerikanern und Israelis besser wäre. So hält Haddad wie die Israelis aus vierjähriger Erfahrung überhaupt nichts von einem weiteren Verbleiben der UNO-Truppen im Süden. Er ist auch nicht begeistert von der jetzigen Überwachungstätigkeit der amerikanischen Marines in Beirut. Ohne *wirkliche Kontrollfunktionen* und ohne Kontakte zur Bevölkerung führen die Marines, die im September landeten, Patrouillenfahrten in Beirut durch. Sie dürfen aber nur die libanesische Armee unterstützen und dürfen nicht einmal be*waffnete „Zivilisten" aufhalten.*

„Haddads Miliz mit ihren 1800 Mann war die einzige Truppe in Südlibanon, die gegen die Terroristen der PLO kämpfte, nicht etwa die Unifil", betonen israelische Offiziere im Hauptquartier von Babdaa. Ihnen sind die Haddad-Leute freilich lieber als die christlichen „Lebanese Forces", die zwar für einen Friedensvertrag und ein freundschaftliches Verhältnis mit Israel eintreten, aber dabei vor al*lem eigene nationale Interessen im* Auge haben.

Haddad und israelische Kommandeure sind übereinstimmend der Ansicht, daß eine Kontrolle Südlibanons und der israelischen Nordgrenze durch die Marines oder eine andere ausländische Truppe ebenso wenig funktionieren würde wie die Überwachung durch die „Blaumützen" der UNO. Die PLO-Terroristen würden sofort wieder einsickern.

Auf christlicher Seite in Beirut spricht sich vor allem Ex-Präsident Camille Chamoun für Haddad und seine Rückkehr in die Armee aus. Er nannte ihn erst am 21. Februar in Kairo einen „guten Patrioten". Auch Haddad betont seine angeblich guten Beziehungen zu Präsident Amin Gemayel, doch ist er bisher nicht mit ihm zusammengetroffen. Mit dem ermordeten Bruder des Präsidenten, Beschir Gemayel, hatte Haddad noch im August 1982 in Ost-Beirut eine Begegnung. Die Beziehungen zum christlich-maronitischen und orthodoxen Lager in den anderen Landesteilen sind wichtig für ihn, denn in Südlibanon sind die Christen in der Minderheit.

Deshalb sucht der Major gute Beziehungen zu den Schiiten und ihrer Amal-Miliz und zu den Drusen. Auch das liegt im Interesse Israels. In Haddads Miliz „dienen" schiitische Freiwillige aus den Dörfern um Nabatiye, wo Haddad kürzlich in der Moschee herzlich von den Geistlichen und den Amal-Offizieren begrüßt wurde.

Zu den Drusen im Schuf-Gebirge hat sich das Verhältnis erst in *den letzten Wochen entspannt*, seitdem die Drusen dort nicht mehr fürchten, die israelischen Truppen würden gemeinsame Sache mit den christlichen „Lebanese Forces" machen und die drusischen Dörfer entwaffnen. Haddad weiß jedoch, daß sein Verhältnis zu Schiiten und Drusen von den Beziehungen der libanesischen Regierung, aber auch der Israelis zu jenen starken Religionsgruppen mitbestimmt wird. Haddad ist ein einfacher Mann, aber mit seiner Bauernschläue hat er bisher auch politisch schwierige Situationen gemeistert. (SAD)

Immer mehr Atomraketen in den Tiefen der Ozeane

Moskaus größtes U-Boot „Taifun" auf Erprobungsfahrt

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Sowjetunion verlegt ihre Atomraketen interkontinentaler Reichweite zunehmend in die bislang kaum oder gar nicht kontrollierbaren Tiefen der Ozeane. Dazu dient das größte Unterwasserschiff der Welt, das in diesem Frühjahr einsatzbereit wird.

Das Fahrzeug mit der NATO-Bezeichnung „Taifun", das mit einer Wasserverdrängung von mehr als 20 000 Tonnen die Maße gewöhnlicher U-Boote weit überschreitet, trägt Atomraketen des Typs SS-N(X)-20 mit einer Reichweite knapp unter 10 000 Kilometer. Bei entsprechender Position kann dieser „Kreuzer" unter Wasser mit seinen Waffen jeden Punkt der Erde bedrohen.

Das Schiff lief Ende September 1980 auf der Werft Sweredowinsk an der Küste des Weißen Meeres vom Stapel. Seitdem hat es beständige Erprobungs- und Ausrüstungsfahrten in diesem Teil des Nordmeeres unternommen, der fast ganz von sowjetischen und damit „freundlichen" Küsten umschlossen ist. Ein zweites Schiff dieses Typs lief Ende 1982 vom Stapel derselben Werft und hat inzwischen auch die See-Erprobung begonnen.

Im Westen rechnen Experten damit, daß die Sowjetunion von diesen Schiffen wahrscheinlich zehn oder noch mehr bauen wird. Würde sich diese Vermutung als richtig erweisen, hätte Moskau am Ende dieses Jahrzehnts allein auf diesen Seefahrzeugen eine in den Tiefen der *Ozeane* verbergbare *strategi*sche Kampfkraft von rund 1200 Atomsprengköpfen verfügbar.

Die „Taifun" besitzt zwanzig Schächte, in denen je eine SS-N-20-Rakete steckt. Jede dieser Raketen vermag sechs bis neun unabhängig voneinander lenkbare Sprengköpfe (MIRV) zu tragen, die je nach Gewicht der „Nutzlast" von der Rakete auf Entfernungen bis zu 10 000 Kilometer geschleudert werden.

Diese Fähigkeiten hat man im Westen anhand der von dem Unterwasserschiff getätigten Probeschüsse erkannt. Diese Testserie erreichte Ende 1982 ihren Höhepunkt. Anfang September feuerte das Schiff im getauchten Zustand drei SS-N(X)-20-Raketen. Zwei erreichten ein Zielgebiet auf der Halbinsel Kamchatka, die dritte flog in ein Gebiet im nördlichen Pazifik. Am 14. Oktober wurden wieder drei Raketen in dieselben Räume gefeuert.

Am 12. Dezember kam es zu vier Raketenstarts vom ersten „Taifun"-Schiff. Es operierte jeweils in den Gewässern des Weißen Meeres. Die letzten Schüsse vollzogen sich im Abstand von wenigen Sekunden, so daß das Schiff offenbar in der Lage ist, seine gesamte Ladung in einer Salve zu starten.

Das Schiff hat eine Länge von 170 Meter, der Bootskörper dehnt sich in der Breite auf 20 Meter und in der Höhe auf 15 Meter, so daß ein ellipsenartiges Profil des Querschnittes entsteht. Gebaut ist der Körper in drei Hüllen. Aus dieser Tatsache schließen Fachleute, daß das Schiff zu extrem tiefen Tauchfahrten in der Lage ist. Es erreicht Geschwindigkeiten von mehr als 30 Knoten. Die Energie stammt von Kernreaktoren, die auf zwei Schrauben übertragen wird. Das Schiff kann wie die amerikanischen U-Schiffe auch unter den Eiskappen der Pole operieren.

Die Raketen des Typs SS-N-20 sind Weiterentwicklungen der SS 16, bestehend aus drei Stufen, die mit Festtreibstoff angetrieben werden. Die „Taifun" ist weitaus größer als die von den USA gegenwärtig gebauten U-Schiffe der Ohio-Klasse, die getaucht 18 700 Tonnen verdrängen.

Enttäuschung in Athen über Tichonow-Besuch

SAD, Athen

Als weitgehend unergiebig für die griechische Regierung haben sich die Gespräche des sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow in Athen herausgestellt.

Nach Auskunft aus Regierungskreisen gab sich Tichonow, der gestern den offiziellen Teil seines Besuchs abschloß, äußerst zugeknöpft und zurückhaltend. In keinem Punkt, der für Griechenland politisch relevant wäre, konnte er zu einer auch nur halbwegs positiven Äußerung bewogen werden.

Am deutlichsten traten die unterschiedlichen Auffassungen Moskaus und Athens in der Zypern-Frage zutage. Der sozialistische griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou forderte in einer Tischrede den Abzug der türkischen Besatzungstruppen von der Insel. Demgegenüber trat Tichonow für die Entfernung „aller ausländischen Truppen" aus Zypern ein. Offensichtlich waren damit auch die auf zwei souveränen Stützpunkten im Süden Zyperns stationierten Briten gemeint. Seit Jahren plädieren die Sowjets und die Kommunisten Zyperns für eine *Schließung* beider Basen.

Papandreou gelang es auch nicht, Tichonow eine zufriedenstellende Äußerung in der Ägäis-Frage abzuringen. Zum einen verhalten sich die Sowjets seit jeher sehr distanziert im griechisch-türkischen Konflikt, zum anderen liegt es nicht in ihrem Interesse, den griechischen Standpunkt in der Auseinandersetzung um den Kontinentalsockel zu übernehmen, weil sie vergleichbare Probleme mit Schweden in der Ostsee haben.

Auch dem am Dienstag von beiden Ministerpräsidenten unterzeichneten Vertrag über eine zehnjährige Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, wissenschaftlichen und technologischen Bereich wird keine allzu große Bedeutung beigemessen. Das Abkommen ist sehr ungenau formuliert und eine zuweilen wortgetreue Neufassung eines Vertrags von 1979, der nie realisiert worden ist. Nach Auffassung der EG verstieß Athen damit gegen EG-Normen, da es die Partnerländer nicht vorher informiert habe. Neue konkrete Verträge wurden nicht abgeschlossen.

Zu spät erkannten die Assamesen, daß sie nicht mehr Herren ihres Landes sind

Seit Jahrhunderten kamen Invasoren und Einwanderer in das Tal des Brahmaputra

PIERRE SPOERRI, Bonn

Die blutigen Unruhen im indischen Bundesstaat Assam, bei denen es etwa 1000 Tote gab, sind nicht das Resultat einer plötzlichen Explosion. Sie stellten den vorläufigen Endpunkt einer Entwicklung dar, die Jahrhunderte zurückreicht.

Die Assamesen haben eine eigene Sprache, Kultur und Literatur, und sie sind ein stolzes Volk. Chinesische Historiker haben schon im 7. Jahrhundert über „ein großes Königreich" berichtet, das das Tal des Brahmaputra zum Zentrum hatte und Teile Ostindiens und des heutigen Bangladesch einschloß.

Auf das 12. Jahrhundert gehen Berichte über die ersten Invasionsversuche moslemischer Herrscher zurück, die sich in den folgenden Jahrhunderten wiederholten. Dann kamen Eindringlinge aus dem Osten, zunächst aus Thailand, dann aus Birma. Die birmanische Invasion von 1816 wurde mit Hilfe der Engländer bekämpft und schließlich erstickt, allerdings nicht uneigennützig – sie blieben als Herrscher zurück.

Weitere Einwanderer folgten. Sie erlaubten es den Kolonialherren, das Land zu erschließen und zu verwalten. Für die neu angelegten Teeplantagen wurden Arbeiter aus Bihar und Orissa geholt, für die Verwaltung Beamte und Büroangestellte aus Bengalen. Den geschäftsfreudigen Marwaris aus Rajasthan wurde erlaubt, das Geschäftsleben aufzubauen. All diese Arbeitsgebiete lagen den Assamesen nicht besonders. Als sie dann entdeckten, daß sie in ihrem eigenen Land nicht mehr Herr im Hause waren, war es schon zu spät. Mit dem Bau der Eisenbahnlinie aus Kalkutta kamen dann die ersten Wellen moslemischer Bengalen.

Die Zahl der eingewanderten Moslems wurde bereits 1941 auf mehr als 1,3 Millionen geschätzt. Als bei der Teilung Indiens entschieden werden sollte, welche Gebiete zu Indien und welche zu Pakistan gehören würden, forderte Mohammed Ali Jinnah, der spätere erste Präsident von Pakistan, ganz Assam dem neuen Staat einzuver*leiben. Jinnah kündigte an*, er werde die Stadt Shillong – lange Zeit die Hauptstadt von Assam, heute die Hauptstadt des Bundesstaates Meghalaya – zu seiner Sommerhauptstadt machen. Die assamesische Regierung und das Volk des Brahmaputra-Tales lehnten dies aber ab.

Die Frage blieb, wie eine weitere illegale Einwanderung unterbunden werden könnte. Die Ministerpräsidenten Indiens und Pakistans, Nehru und Liaquat Ali Khan, einigten sich schließlich darauf, daß der 31. Dezember 1950 als Stichtag bestimmt werden würde. Das war der erste von vielen solcher Stichtage, die im Laufe der Jahre festgesetzt und von den Ereignissen selbst ausgelöscht wurden. Ähnliche Stichtage wurden später der Anfang des Jahres 1952 und noch später das Jahr 1961. Frau Indira Gandhi schlug als äußerste Konzession der Zentralregierung während der letzten Verhandlungen 1971 als Stichjahr vor. Danach sollten alle seit diesem Datum illegal Eingewanderten deportiert werden.

Die Ereignisse in einem der Nachbar-Territorien von Assam, Tripura, zeigen, wovor die Assamesen wirklich Angst haben. Dort herrschte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine ursprüngliche Stammesbevölkerung. Durch die Wellen von Einwanderern aus dem früheren Ost-Bengalen geriet die ursprüngliche Bevölkerung in die Minderheit; sie stellt heute kaum ein Drittel der Bevölkerung dar. So werden heute Parlament und Regierung von Bengalen beherrscht, und sie bestimmen das politische und wirtschaftliche Leben des Staates. Die Zahl der einheimischen Assamesen wird auf 10 Millionen geschätzt – bei einer Gesamtbevölkerung Assams von 20 Millionen. Hinzu kommen drei Millionen Angehörige von „Tribals", Bergvölkern, die zum großen Teil von christlichen Missionaren bekehrt wurden; eine Million Nepalesen, hauptsächlich Buddhisten; und zwei bis drei Millionen hinduistische (West-)Bengalen und eine ähnliche Zahl von moslemischen Bengalen (aus Bangladesch).

Für die Zentralregierung und besonders für die Kongreßpartei von Ministerpräsidentin Indira Gandhi nehmen sowohl Moslems wie Bengalen eine Schlüsselstellung ein. Die Moslems gehörten schon immer zu Frau Gandhis treuesten Wählern. Sie versuchte auch in den vergangenen Jahren, die in West-Bengalen regierende kommunistisch-marxistische Regierung auszubooten, und wollte es sich deshalb unter keinen Umständen mit den Bengalen verderben.

Die Unruhen der vergangenen Woche haben gezeigt, daß sich weder die eine noch die andere Seite mit ihren maximalen Forderungen durchsetzen kann. Man kann in der heutigen Zeit nicht mehrere Millionen Menschen *einfach deportieren*, besonders wenn das Ursprungsland, das heutige Bangladesch, jede Verantwortung für diese Menschen ablehnt.

Frau Thatchers strikte Lohnpolitik wird brüchig

Wasserwerker setzen Lohnforderungen weitgehend durch

FRITZ WIRTH, London

Der Streik der 29 000 britischen Wasserwerker ist nach 30 Tagen beendet worden, für die Regierung Thatcher bedeutet dies ein Ende mit Schrecken. Ihre bisher so überaus strikte Anti-Inflationspolitik, die in den letzten Monaten Konfrontationen mit den Bergarbeitern, Eisenbahnern und Krankenhausangestellten überstanden hat, droht plötzlich brüchig zu werden, denn die Wasserwerker setzten Lohnerhöhungen durch, die etwa 80 Prozent über der bisherigen Norm liegen.

Die Streikenden hatten ursprünglich 15 Prozent mehr Lohn gefordert. Dem stand ein Angebot der staatlichen Wasserbehörde von zunächst vier Prozent entgegen, das im Laufe des Streiks auf 5,9 Prozent erhöht wurde.

Über das wirkliche Ausmaß der nun vereinbarten Lohnerhöhungen herrscht noch Unklarheit. Die Gewerkschaften behaupten, daß sie 12 Prozent mehr Lohn auf 16monatiger Basis durchgeboxt hätten, die Arbeitgeber beharren darauf, daß es nur 10,4 Prozent seien, die auf Jahresbasis umgerechnet eine effektive Lohnerhöhung von 7,8 Prozent bedeute.

Dieser Nebelschleier der Widersprüchlichkeiten und Verwirrungen ist beabsichtigt. Er erlaubt es beiden Seiten, das Gesicht zu wahren und gibt den Gewerkschaften die Möglichkeit, die Lösungsformel ihren radikalen Mitgliedern leichter zu verkaufen. Zugleich bietet sie den Arbeitgebern die Chance, die Wucht ihrer Niederlage abzuschwächen. Der wahre Pegel dieser Lohnanhebung, der durch komplizierte Produktivitätsvereinbarungen so unübersichtlich geworden ist, dürfte bei neun Prozent jährlich liegen, das ist in der Tat für die Wasserwerker, die zum ersten Mal in der britischen Gewerkschaftsgeschichte die Arbeit niedergelegt haben, ein außerordentlicher Erfolg.

Der Streikausgang ist für die Regierung alarmierend, weil er zum Präzedenzfall werden kann, der das so mühsam in Grenzen gehaltene Lohngefüge in der britischen Industrie ins Rutschen bringt. Die ersten Anzeichen dafür sind bereits erkennbar. Die Wasserwerker hatten ihre Lohnforderungen mit dem Anspruch auf Lohnparität mit den Gas- und Elektrizitätsarbeitern gestützt. Diese haben bereits die Herstellung der alten Lohnkluft gefordert und wissen lassen, daß sie nun in ihren unmittelbar bevorstehenden Lohnverhandlungen Lohngleichheit mit den Bergarbeitern anstreben werden.

Hier deutet sich also eine Kettenreaktion an, die für die Regierung ernste Folgen haben kann. Sie hat nicht zuletzt mit Hilfe ihrer strikten Lohnpolitik in den Staatsbetrieben die jährliche Inflationsrate zum ersten Mal seit über zwölf Jahren unter fünf Prozent durchdrükken können. Dieser Erfolg ist eine der wichtigsten Waffen der Regierung im bevorstehenden Unterhaus-Wahlkampf. Sie wird deshalb mit hoher Sicherheit alles daran setzen, zu verhindern, daß aus dieser Lohnvereinbarung mit den Wasserwerkern am Ende ein Dammbruch in ihrer gesamten Anti-Inflationspolitik wird.

Die direkten Folgen dieser Streiks waren geringer als ursprünglich befürchtet worden war. Insgesamt 90 000 Haushalte waren wegen Wasserrohrbrüchen, die nicht repariert wurden, von der Wasserversorgung abgeschnitten; acht Millionen Briten mußten ihr Trinkwasser vorher abkochen.

Andropow für kreatives Schaffen

rtr/DW. Moskau

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow *hat in der Fortsetzung* seiner massiven Kritik an dem „nicht sehr erfolgreichen" ökonomischen System seines Landes mehr Handlungsspielraum für kreatives Schaffen befürwortet. In einem Beitrag zum 100. Todestag von Karl Marx schrieb Andropow in der theoretischen Zeitschrift „Kommunist", Hauptaufgabe sei es, kontinuierlich Maßnahmen zu verwirklichen, „die den kolossalen kreativen Kräften in unserer Wirtschaft einen breiten Handlungsspielraum geben werden".

Der Parteichef fragte: „Was hält uns auf? Warum erzielen wir aus unseren großen Kapitalinvestitionen nicht den entsprechenden Gewinn? Warum fließen die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik nicht mit zufriedenstellender Geschwindigkeit in die Produktion ein?" Andropow sprach sich dafür aus, an Stelle von administrativen Verordnungen lieber *ökonomische Hebel anzusetzen*. Wenn die neuen Maßnahmen gebilligt werden, dann müßten sie auch voll angewendet werden können. „Man kann nicht auf halbem Wege aufgeben", mahnte Andropow.

Mit diesem Beitrag distanzierte sich Andropow nach Einschätzung politischer Beobachter stärker als bisher von seinem Vorgänger Leonid Breschnew, der sich zwar auch oft kritisch zum sowjetischen Wirtschaftssystem geäußert hatte, jedoch zumeist das Wetter oder menschliches Versagen verantwortlich machte.

Seite 2: Hebel oder Knebel?

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gradmesser für Toleranz

„Ärger um ein Ehrenmal oder die Geschichte einer Verdrängung": WELT vom 3. Februar

Das in Hamburg befindliche Kriegerdenkmal in der Nähe des Dammtor-Bahnhofs erinnert an die Soldaten des ersten Weltkrieges, die einst 1914 in einem Hamburger Traditions-Regiment (76er) in den Krieg zogen. Damals meldeten sich viele junge Deutsche (soweit sie nicht gefallen sind, Großväter und Urgroßväter der heutigen Jugend) freiwillig unter dem Motto „Deutschland muß leben – und wenn wir sterben müssen". Walter Lersch hat das Gefühl jener Kriegsfreiwilligen jedenfalls in diese Worte gefaßt und damit der Haltung der Menschen bei Kriegsausbruch Ausdruck gegeben. Dies ist Realität der Geschichte.

Die Heimgekehrten wollten ihren gefallenen Kameraden ein Denkmal setzen, für das sie bereits 1927 einen Antrag an den Senat stellten. Die verzögerliche Haltung des Senats, dem es schwer fiel, sich zwischen vielen verschiedenen Vorschlägen zu entscheiden, brachte es mit sich, daß die speziellen Wünsche der 76er erst in den 30er Jahren erfüllt wurden und 1936 die Einweihung erfolgte. Für Zeitzeugen ist es kein Wunder, daß die Nationalsozialisten die Einweihung des Denkmals zu einer großen Sache hochstilisierten.

Der Marsch der Soldaten rund um den Block ins „Endlose", d. h. praktisch ins „Nichts" symbolisierte sicher für die Nazis damals etwas anderes, als heute für uns, die wir die schweren Menschenverluste beider Weltkriege als historische Tatsache kennen. Meines Erachtens hat der Künstler des Denkmals, Richard Kuöhl, etwas von dem leidvollen Marsch der Soldaten in der Kolonne gespürt: Niemand konnte aussteigen auf dem Weg in den „Ruhm der Unsterblichkeit" oder dem Marsch ins „Inferno der Materialschlachten". Letzteres ist für uns aus der Kenntnis der Geschichte eine gültige Aussage des Denkmals.

Die große Mehrheit der Hamburger Bürger empfindet das Denkmal in dieser Weise. Dies ist auch ein Zeichen für ihre Mündigkeit, und wir wollen ja auch den mündigen Bürger. Wer ihm vorschreiben will – sogar noch durch ein Gräberfeld – was er zu denken hat, versucht, ihn zu entmündigen.

Die Farbschmierereien an dem Denkmal, von jungen Leuten ausgeführt, zeugen gleichzeitig von historischem Unwissen und Intoleranz.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Neumann,
Hamburg 54

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Hamburger Kultur-Senator Tarnowski (SPD) hat erklärt, daß die Umgestaltung des Denkmals zu einem „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus" eine für alle Bürger akzeptable Lösung darstelle. Diese Behauptung Tarnowskis ist schlicht unwahr.

Es wäre durchaus zu begrüßen, wenn der Hamburger Senat ein Denkmal für die Opfer der faschistischen Massenvernichtung an repräsentativer Stelle der Hansestadt errichten würde.

Hierfür eignet sich das Mahnmal am Dammtor-Bahnhof aber nicht. Dieses Denkmal verherrlicht keineswegs den Krieg. Aus dem Verständnis der Zeit vor und nach dem 1. Weltkrieg drückt das Denkmal in Wort und Bild den Opfermut der Soldaten aus, für eine – zumindest subjektiv als gerecht angesehene – Verteidigung des Vaterlandes ihr Leben einzusetzen.

Übrigens gilt auch heute noch für jeden Bundeswehr-Soldaten sein Gelöbnis, das ihn sinngemäß verpflichtet, sein Leben zum Schutz der Bundesrepublik einzusetzen – „und wenn er sterben muß".

Mit freundlichen Grüßen
Ernst-Wilhelm Lindow,
Köln 41

Gemeinsam erziehen

„Brauchen wir die geistige Wende?": WELT vom 12. Februar

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

Sie weisen mit Recht auf die Verantwortungslosigkeit der „Reformpädagogik" mit dem Ziel des alles madig machenden „kritischen Bewußtseins" hin, wodurch Wehleidigkeit und muffige Verweigerungsmentalität erzeugt wurden. Sie erwähnen die individuelle „Selbstverwirklichung", die Ausdruck eines übersteigerten und radikalen Individualismus ist: So werden der Mitmensch und die Verpflichtung zum Tun für andere vergessen.

Alles das ist entstanden aus einer ideologisch-einseitigen Überbewertung des Intellektes. Die neuen Ideen wurden von vielen Personen und Medien begeistert aufgegriffen, als allein gültig hingestellt und verbreitet.

Die Erfahrungen derer, die lebenslang mit Kindern umgehen – der Eltern und der Lehrer –, wurden außer acht gelassen; sie haben vergeblich versucht, ihre Stimme zu erheben und sich zu wehren.

Heute stehen wir vor einem Scherbenhaufen: Vielen jungen Menschen hat man in der Schule noch nicht einmal die Grundfertigkeiten wie Schreiben und Rechnen in ausreichendem Maße beigebracht; es mangelt weithin beispielsweise an qualifizierten Facharbeitern; nicht ohne Grund hat der Präsident des Zentralverbandes des Handwerks die praxisbezogene Aufwertung der Hauptschule gefordert.

Die Wende ist wohl nicht von oben herab zu erreichen, zumal die Kultushoheit der Länder eine zentrale Steuerung verhindert.

Es geht darum, wieder auf die Eltern zu hören, ihre Lebenserfahrung zu nutzen, ihnen wieder Mut zu machen und in der Erziehung Raum zu geben, damit ihre Lebens- und Erziehungsvorstellungen respektiert werden. Es muß wieder in enger Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern ein Erziehungsfeld geschaffen werden, in dem unsere Kinder zu lebenstüchtigen, leistungsfähigen und selbständigen Persönlichkeiten heranwachsen können.

Mit freundlichen Grüßen
E. E. Walther,
Deutscher Elternverein e. V.,
Frankfurt am Main

Das kategorische Nein

„Unternehmer – Eine Stunde Arbeitszeit kostet 2,5 Prozent Lohn": WELT vom 11. Februar

Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich hat es auch in der Vergangenheit nicht gegeben, wie die Arbeitgeber mit ihrem Kostenargument suggerieren wollen.

Auch durch ständiges Wiederholen des Kostenarguments, wenn es um die Verkürzung der Arbeitszeit geht, sei es Wochen- oder Lebensarbeitszeit, kann niemandem verborgen bleiben, daß es der BDA nur um das nackte „Nein", um die Einhaltung ihres Tabu-Kataloges geht.

Bewußt wird von den Arbeitgebern nur auf eine Seite der Medaille dabei verwiesen, nämlich auf die rein globale und rechnerische Kostenseite. Die Seite der Entlastungen wird verdeckt, nämlich, daß Arbeitszeitverkürzung auch immer eine Produktivitätssteigerung mit sich bringt. Daß ein Teil der Kosten durch betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen, Intensivierung und Umorganisation der Arbeit wieder aufgefangen wird, wird geflissentlich verschwiegen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schätzt, wie inzwischen auch eine ganze Anzahl anderer Institute, daß 50 bis 60 Prozent der Arbeitszeitverkürzungen in Rationalisierungen verpuffen. Mit dem Kostenargument tun die Arbeitgeber aber so, als gäbe es eine hundertprozentige Ersatzeinstellung zu unveränderten betrieblichen Bedingungen.

In der Frage der Verkürzung der Lebensarbeitszeit werden vorhandene Tatbestände, wie beispielsweise das NGG-Tarifkonzept einer Vor-Ruhestandsregelung, einfach ignoriert, weil dieses Konzept nicht in das Konzept des kategorischen Neins der BDA paßt.

Die NGG-Vor-Ruhestandsregelung würde aber sofort 515 000 Arbeitslose in Arbeit und Lohn bringen, ohne daß es zu den von der BDA beschworenen Kosten käme. Aber darum geht es der BDA ganz offensichtlich nicht.

Ronald Graf,
Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hamburg 1

Wort des Tages

„Die nur ganz langsam gehen, aber immer den rechten Weg verfolgen, können viel weiter kommen als die, welche laufen und auf Abwege geraten."

René Descartes, franz. Philosoph und Mathematiker (1596–1650)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 8 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precholt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Karpow führt

Madrid (dpa) – Schach-Weltmeister Anatoli Karpow hat beim Turnier von Linares (Andalusien) durch einen Sieg über den Dänen Bent Larsen mit fünf Punkten die Führung übernommen. Mit einem halben Punkt Rückstand folgen Timman (Holland), Spasski (UdSSR) und Miles (England).

Salnikow noch schneller

Moskau (dpa) – Wladimir Salnikow (22) stellte bei den sowjetischen Schwimm-Meisterschaften in Moskau einen Weltrekord über 1500 m auf. Er drückte seine eigene Bestleistung (14:56,35) auf 14:54,32 Minuten.

Saarbrücken Meister?

Düsseldorf (sid) – Titelverteidiger FSV Düsseldorf kann nicht mehr aus eigener Kraft Mannschaftsmeister im Tischtennis werden. Die Düsseldorfer verloren ihr erstes Heimspiel seit elf Jahren – mit 5:9 gegen Bad Hamm. In der Bundesliga-Tabelle führt jetzt Saarbrücken (25:1 Punkte) mit drei Punkten Vorsprung vor Düsseldorf.

Ski: Heimniederlage

Tärnaby (sid) – Ingemar Stenmark stand beim Weltcup-Slalom in seiner Heimatstadt Tärnaby nur elf Sekunden auf den Skiern, dann stürzte er auf dem Hang, der seit seinen Olympiasiegen von 1980 seinen Namen trägt. Es siegte Andreas Wenzel (Liechtenstein) vor Stig Strand, der ebenfalls in Tärnaby geboren wurde.

Stielike und Maradona

Barcelona (sid) – Der ehemalige Mönchengladbacher Uli Stielike und der Argentinier Diego Maradona wurden von den 18 spanischen Fußball-Trainern der ersten Liga zu den besten ausländischen Profis gewählt. Bernd Schuster wurde von keinem Trainer genannt.

Tour-Sieger gestorben

Brüssel (sid) – Romain Maes, Sieger der Tour de France von 1935, ist in Brüssel im Alter von 69 Jahren gestorben.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom der Herren in Tärnaby/Schweden: 1. Wenzel (Liechtenstein) 1:40,49 Minuten, 2. Strand (Schweden) 1:40,98, 3. Krizaj (Jugoslawien) 1:41,20, 4. Girardelli (Luxemburg) 1:41,52, 5. Edalini (Italien) 1:41,78, 6. Gruber (Österreich) 1:41,91.

TENNIS

Turnier in La Quinta, erste Runde: Noah (Frankreich) – Keretic (Deutschland) 6:1, 6:2. – Damen-Turnier in Oakland, erste Runde: Jordan (USA) – Pfaff (Deutschland) 6:1, 7:5.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Algerien – Jena 4:0, Kuweit – Waterschei/Belgien 2:0

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Saarbrücken – Grenzau 9:1, Düsseldorf – Bad Hamm 5:9, Reutlingen – Jülich 7:9.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, Gruppe Nord, Nachholspiel vom 11. Spieltag: Leverkusen – Stommer 26:8.

Die neuen Amateurbestimmungen am Beispiel Ulrike Meyfarth: Werbevertrag über 20 000 Mark wurde abgelehnt

Athleten und Verbände im Paragraphen-Dickicht

KLAUS BLUME, Bonn

„SWF-Marketing zahlt an den Verband für alle nach diesem Vertrag durch Frau Ulrike Meyfarth zu erbringenden Leistungen die folgende feste Vergütung: DM 20 000. Mit der Zahlung der vorgenannten Vergütung sind alle Leistungen und Verpflichtungen von Maizena und SWF-Marketing abgegolten. Folgende Zahlungsweise wird vereinbart: SWF-Marketing zahlt an den Verband 100 Prozent des nach Artikel 6 vereinbarten Honorars bei Abschluß der Fotoaufnahmen."

Diesen Vertrag über eine Anzeigenserie mit Hochsprung-Weltrekordlerin Ulrike Meyfarth für Dextrose-Produkte unterbreitete die Kölner Werbeagentur „SWF-Marketing GmbH" dem Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV). Der Verband hat ihn jetzt abgelehnt – aus juristischen und steuerrechtlichen Gründen. Aber auch deshalb: „In Gesprächen mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe wurde darüber hinaus die Auffassung vertreten, daß das Honorar (weist keine Mehrwertsteuer aus) zu niedrig sei." Das jedenfalls teilte DLV-Generalsekretär Heiner Henze der Werbeagentur in seinem Antwortschreiben mit. Ein Sprecher der Agentur zur WELT: „Die Fotoaufnahmen mit Ulrike Meyfarth sind abgeschlossen, die geplante Anzeigenserie wird geschaltet."

Was Henze „nach dicker Prüfung" *ausschließen wollte*, nämlich einen Präzedenzfall Meyfarth vor dem Hintergrund des neuen Amateur-Paragraphen, wird es also nun doch geben. Damit wird von den Athleten Druck auf die Fachverbände ausgeübt, die zugestandenen Werbemöglichkeiten zu realisieren. Der Gegendruck – um beim Fall Meyfarth zu bleiben – ist bereits vorhanden. Henze schreibt zum Maizena-Vertrag: „Wir müssen vorsorglich darauf aufmerksam machen, daß jegliches alleiniges Handeln einen Verstoß gegen die Zulassungsbestimmungen darstellt. Wir halten eine Verknüpfung des Abschlusses eines Werbevertrages mit der Fortsetzung der sportlichen Karriere von Ulrike Meyfarth für nicht diskutabel."

Eine Drohung, die nicht aufrechterhalten werden kann. Denn im September 1982 beschloß der Internationale Leichtathletik-Verband (IAAF) in Athen, daß Sportler auch dann nicht mehr ihre olympische Startberechtigung verlieren, wenn sie Werbehonorare oder bei großen Sportfesten Startgelder kassieren. Einzige Bedingung ist eine Kontrolle durch die nationalen Verbände. Die Gelder sollen auf Treuhandfonds so lange verwaltet werden, bis die Sportler ihre Karriere beendet haben. Henze zur WELT: „Damit besteht dieses gültige Regelwerk auch für den Bereich des DLV. Es wurde auch mit dem Nationalen Olympischen Komitee abgeklärt, daß der Sportler auch dann weiterhin für eine Olympiamannschaft aufgestellt werden kann."

Warum dann die Ablehnung des Werbevertrages für Ulrike Meyfarth und die indirekte Drohung mit einer Sperre? Es sind zum einen die juristischen und steuerrechtlichen Probleme, die sich ergeben. Zum anderen steht noch aus, ob das Internationale Olympische Komitee (IOC) im März in Neu-Delhi tatsächlich einer umfassenden Änderung der Zulassungsregel 26 (Amateurparagraph) zustimmt.

Zum ersten Fall: Wenn der Verband für seine Athleten einen Treuhandfonds einrichtet, setzt er damit seine Gemeinnützigkeit aufs Spiel. Denn er betreibt mit der Beratung, der Verwaltung und Anlage ein Geschäft, das der Athlet mit einer Provision seines Honorars bezahlt.

Zum zweiten: Wenn die Osteuropäer in Neu-Delhi ihre Zustimmung verweigern, hätte Ulrike Meyfarth ihre olympische Zulassung verspielt – für rund 3000 Mark Werbehonorar. Denn mehr würden nach Berechnungen der Stiftung Deutsche Sporthilfe von dem 20 000-Mark-Honorar nicht übrigbleiben. Schließlich kassieren mit: die Agentur, die Sporthilfe, der Verband und das Finanzamt.

Noch einmal zur Gemeinnützigkeit der Verbände: Als im vorigen Jahr unter Einschaltung des DLV ein Werbevertrag zwischen Maizena und dem 5000-m-Europameister Thomas Wessinghage zustande kam, wurde das Honorar vom Verband *in aller Stille fest angelegt*. Henze dazu: „Auch damals haben wir unsere Gemeinnützigkeit in die Waagschale geworfen. Weil der Fall Wessinghage aber aus der Zeit vor den Athener Beschlüssen resultiert, ist er kein Präzedenzfall."

Zwölf Fachverbände haben die Stiftung Deutsche Sporthilfe beauftragt, auszuarbeiten, in welcher Form von ihr die zentrale Vertragsabwicklung und Verwaltung der Werbeverträge vorgenommen werden kann. Dazu würde auch der Maizena-Vertrag der Ulrike Meyfarth gehören. Doch die Sache hat einen Haken: Selbst, wenn eine solche zentrale Organisation aus steuerrechtlichen und juristischen Gründen aus der Stiftung ausgegliedert würde, *steht immer noch* die Gemeinnützigkeit der Sporthilfe auf dem Spiel, die rund 2700 Sportler fördert. Die Angelegenheit ist deshalb so heikel, weil sogenannte Vorschaltgesellschaften von Vereinen und Verbänden von den Finanzämtern unter die Lupe genommen werden. Gesellschafter solcher Firmen sind nämlich die gemeinnützigen Verbände, die zum Beispiel auf diesem Wege Fernsehrechte und Werbeflächen veräußern, Anlagefonds bilden oder Verlagsgeschäfte betreiben.

Der Fall Wessinghage sei kein Präzedenzfall, sagt Henze. Im Falle der Sporthilfe-Förderung ist er es aber doch. Anfangs hat Sporthilfe-Chef Josef Neckermann noch gedroht, wer durch Sport nachweislich Geld verdiene, könne nicht obendrein mit Spendengeldern der Sporthilfe unterstützt werden. Neckermann damals zur WELT: „Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen." Nun aber haben die Sporthilfe-Manager einen Dreh gefunden: Weil der Athletenfonds erst nach der aktiven Laufbahn angezapft werden kann, entsteht während der aktiven Zeit keine Doppelförderung.

Die Spitzenathleten sind unruhig geworden, weil sie aus der neuen Amateurregel Kapital schlagen wollen, aber von ihren Verbänden noch immer zurückgepfiffen werden. Wohlgemerkt, es geht dabei um Werbeverträge und nicht um Preisgelder bei Sportfesten oder um Ausrüsterverträge mit Sportartikelfirmen. Die daraus resultierende Problematik – ebenfalls zu schaffende Treuhand- und Anlagefonds – kommt vor allem noch auf den Leichtathletik-Verband zu. Etwa 1000 Athleten schicken in diesen Tagen ihre Ausrüsterverträge zum Gegenzeichnen an den DLV zurück, zum ersten Mal auch mit der Angabe der finanziellen Zuwendungen. Henze: „Da wird das eine oder andere auf uns zukommen."

BIATHLON/WM

Bronze für Angerer

sid, Antholz

Der 23 Jahre alte Peter Angerer vom SC Hammer gewann bei den Biathlon-Weltmeisterschaften in Antholz (Italien) hinter Olympiasieger und Titelverteidiger Frank Ullrich und Frank-Peter Rötsch (beide „DDR") über 20 km die Bronzemedaille. Angerer hat als erstes Mitglied des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) bei einer Biathlon-Weltmeisterschaft in einem Einzelwettbewerb eine Medaille gewonnen.

In 1640 Meter Höhe rechtfertigte Peter Angerer, der Sieger des Weltcup-Rennens von Ruhpolding, das in ihn gesetzte Vertrauen. Bei minus 23 Grad war zuerst fälschlicherweise der Norweger Odd Lirhus als Dritter gemeldet worden. Bundestrainer Seifert: „Da liegt ein Fehler vor. Peter ist Dritter."

EISHOCKEY / Play off

Heimsiege

DW. Bonn

Es spricht alles dafür, daß das Halbfinale der deutschen Eishockey-Meisterschaft erst nach jeweils fünf Spielen entschieden wird und im Finale dann Landshut und Mannheim stehen. Auch in den dritten Spielen der Play-off-Runde (im Finale steht, wer dreimal gewonnen hat) gab es Heimsiege.

Der EV Landshut, der am Sonntag in Köln noch 3:13 unterlag, gewann 6:2, Mannheim benötigte gegen Rosenheim (am Sonntag 6:1-Sieger) eine Verlängerung, um ein 2:1 zu erreichen. Morgen wird in Köln und Rosenheim zum vierten Mal gespielt. Gibt es auch hier Erfolge der Heimmannschaften, folgt die Entscheidung am Sonntag in Landshut und Mannheim.

FUSSBALL / Frühe Absage ans Nationalteam von Holger Hieronymus?

„Das Vertrauen ist nicht mehr da . . ."

DIETER SCHULZ, Lissabon

Montag mittag um zwölf, in der Abflughalle des Frankfurter Flughafens, hat sich Jupp Derwall seinen Kandidaten Holger Hieronymus vorgeknöpft. Mit den Armen hat der Bundestrainer dabei kräftig gerudert, Stellungsspiel und Zweikampfverhalten demonstriert, allesamt Fehler, die er zwei Tage zuvor im Spiel des Hamburger Liberos gegen den Karlsruher SC (2:1) gesehen zu haben meinte. Lang und länger ist das Gesicht des Hamburgers geworden, Derwalls Darbietung war ihm zu publikumswirksam. „Eine Standpauke kann sich Herr Derwall gar nicht leisten", hält Hieronymus jetzt entgegen, „dafür sieht er mich zu selten spielen." Viel wird also von der hängengebliebenen sein von den Bundestrainer-Schelte.

Hieronymus, das ist klar, hat die Nase voll, restlos. Stielike, Schuster, Strack, Hannes: Vier Liberos haben Derwall für das gestrige Länderspiel gegen Portugal absagen müssen, da hat er den Hamburger geholt. Im Training in Lissabon hat Hieronymus noch hinter Karl-Heinz Förster Libero üben und Hoffnung schöpfen dürfen, doch gestern abend hatte der „freie Mann" vom HSV schon wieder frei: Derwall hat ihn auf die Ersatzbank geschickt.

„So kann das nicht weitergehen, wenn das Vertrauen nicht mehr da ist", sagt Hieronymus. Derwalls Entscheidung akzeptiere er zwar, schließlich habe sie dieser zu vertreten, trotzdem empfindet er die eigene Situation als im höchsten Maße „unbefriedigend". Es stellt sich die Frage nach dem Sinn. Achtmal dabei, nur dreimal eingewechselt, und jetzt ist er nicht einmal als fünftes Rad am Wagen gut genug. Bernd Förster, ein simpler Außenverteidiger also, hat gestern in Lissabon den Vorzug als Libero erhalten. Was soll das ganze dann noch?

„Ich habe mir meine Gedanken schon vorher zu Hause gemacht", sagt Hieronymus. Grundsätzliche Gedanken zum Thema Nationalelf und Jupp Derwall sind es gewesen. „Jetzt oder nie", war einer davon. Also nie, Nationalmannschaft adieu.

In den nächsten Tagen wolle er mit Günter Netzer und Ernst Happel, Manager und Trainer beim HSV, entsprechende Gespräche führen, und dann noch einmal mit dem Bundestrainer. Danach wird wohl Feierabend sein für Hieronymus, auch wenn er die Absage jetzt noch nicht formulieren mag: „Ich will keinen Allgöwer-Effekt erzielen." Karl Allgöwer, der Stuttgarter Nationalspieler, hat jüngst ziemlich barsch seine Enttäuschung über Derwall und seinen Verzicht auf diese Art internationaler Ehren artikuliert.

An einem wie Hieronymus werden sich die Geister ständig scheiden. Ein großes Talent ist er ohne Zweifel, das war er immer schon. Doch jetzt ist er 24 Jahre alt, und der Makel „ewiges Talent" beginnt sich festzusetzen. Er hat früh Karriere gemacht beim HSV, die Medien haben ihn hochgejubelt, „zu hoch", wie er meint, „höher als es meine Leistungen rechtfertigten". Dann kam Franz Beckenbauer, gewissermaßen der Über-Libero nach Hamburg, „und damit mein erster Durchhänger". Hieronymus wartete geduldig, bis Beckenbauer schließlich wieder ab und wurde fortan nur noch an ihm gemessen. Der („unbewußte") Versuch, Beckenbauer zu kopieren, mißlang so gründlich wie der Versuch, das von Kritikern längst geprägte Bild des lässig für die Zuschauer-Galerie Spielenden zu verwischen.

„Ich wollte zeigen, daß ich auch kämpfen kann und bin auf dem Platz Amok gelaufen", sagt Hieronymus. Er hat sich nie selbst darstellen können, weil Franz Beckenbauer für ihn mehr Hemmnis als Vorbild war. Und weil er Talent, Ehrgeiz und Selbstkritik niemals auf einen Nenner bringen konnte. „Irgendwann bricht jedes Talent ein", sagt Hieronymus, „dann kommt eine Durststrecke und auf der befinde ich mich derzeit."

So oder so, er ist ohnehin kein Mann für Derwall. Und deshalb wird der Bundestrainer wohl gar nicht so traurig sein, wenn nun der Anruf aus Hamburg kommt.

Sprechstunden – ein Versuch, die Gräben zuzuschütten

Man mag zu ihm stehen wie man will, eines kann dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) niemand absprechen: Hermann Neuberger schätzt die jeweilige Situation und Lage stets realistisch ein. Und so hat der DFB-Chef mit sicherem Gespür ausgemacht, daß nicht alle Wunden vernarbt sind, die die Weltmeisterschaft von Spanien im Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Nationalmannschaft aufgerissen hat.

Deshalb hat Neuberger in Lissabon vor den Spielern noch eine

STAND PUNKT

Rede gehalten. Kern des Inhaltes: „In Spanien ist einiges an Porzellan zerschlagen worden. Alle müssen mithelfen, die Scherben zu beseitigen." Die Rede endete mit dem Appell: „Wir brauchen zur Zeit mehr denn je den Nationalspieler zum Anfassen, nicht den, der den Fans und Journalisten davonläuft."

Soweit die Chef-Worte. Und weil Worte sehr oft nur eine Theorie umschreiben, folgte auch hier eine ganz andere Praxis. Zum erstenmal gab es in Portugal, was in Zukunft die Regel bei allen Länderspielen werden soll: Zeitlich begrenzte Sprechstunden für Journalisten mit den Nationalspielern. Im Vorfeld der ersten Talk-Runden gab es kräftige Kritik. Da war vom Gängeln der Medien die Rede, vom Rückfall in schlimmste Zeiten, in denen beim DFB alles reglementiert worden sei – gleichsam bis hin zum Gang auf die Toilette.

Doch siehe da, die beiden ersten Sprechstunden haben sich recht gut bewährt. Die Nationalspieler gaben sich locker, die Vertreter der Medien bemühten sich ebenfalls, die Atmosphäre zu entkrampfen. Am Ende waren beide Seiten überrascht, wie sinnvoll die Zusammenkunft verlaufen sei.

Genau an dieser Stelle – Friede, Freude, Eierkuchen – könnte alles zu den Akten gelegt werden, wenn nicht offizielle DFB-Vertreter plötzlich ihren ach so tollen Einfall feiern würden. Dabei ist doch diese Sprechstunde wohl nichts anderes als eine Zwischenlösung, die von Journalisten und Spielern gutwillig angenommen wird, weil beide Gruppen spüren, daß es im Sinne der weltmeisterschaftsgeschädigten und deshalb skeptischen Öffentlichkeit nicht so weitergehen konnte, wie es in Spanien geendet hatte.

Wer sich jetzt ob seiner Idee feste Sprechzeiten einzuführen, gleich wieder selbst auf die Schulter klopft, verkennt, daß hier lediglich ein Ansatz gemacht wurde, Gräben zuzuschütten – ein immerhin ehrenwerter Ansatz.

BERND WEBER

FUSSBALL / Junioren

Zielstrebig

dpa, Setubal

Es scheint ein guter Jahrgang zu sein, der in den nächsten beiden Jahren den Deutschen Fußball-Bund als Juniorenauswahl (U 21) vertritt. Die von Berti Vogts neu formierte Mannschaft besiegte Portugal in Setubal mit 3:1. Die Treffer erzielten Reinhold Mathy, bei Bayern München Dauerersatz für Dieter Hoeneß, Herbert Waas und Herbert Winklhofer, die in Leverkusen einen Stammplatz in der Bundesligamannschaft haben.

Berti Vogts' Urteil: „In der Harmonie sind wir weiter als vor zwei Jahren mit dem Team, das schließlich Zweiter der Europameisterschaft wurde." Die drei Treffer waren Ausdruck einer schnörkellosen, immer zielstrebigen Spielweise der deutschen Auswahl, die am 29. März in Albanien zum ersten EM-Qualifikationsspiel antritt.

Personalien

GEBURTSTAGE

Seinen 85. Geburtstag feiert heute Professor **Kurt Tank**, einer der bekanntesten deutschen Flugzeugkonstrukteure. Kurt Tank, Westpreuße, war unter anderem Schüler von **Albert Einstein** im Fach „Theoretische Physik" in Berlin. 1931 wurde er Chefkonstrukteur bei Focke-Wulf in Bremen. Das viermotorige Langstreckenflugzeug „Condor", das 1938 als erste Passagiermaschine nonstop den Atlantik überquerte, war auf seinem Reißbrett entstanden sowie auch gegen Kriegsende der Jäger TA 152. Seine Baupläne für einen Düsenjäger fielen in Berlin in die Hände der Sowjets. Aus ihnen sei die MiG 15 entwickelt worden, sagen bis jetzt deutsche Experten. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute er Düsenjäger in Argentinien und entwickelte auch in Indien ein düsengetriebenes Kampfflugzeug.

*

60 Jahre alt wird heute Dr. **Hans Domcke**, Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. In einem Glückwunschschreiben erklärte Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß**, er wünsche weiterhin eine glückliche Hand im höchstrichterlichen Wirken an der Spitze des Oberlandesgerichts München und des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. „Sie leisten in diesen Ämtern einen hervorragenden Beitrag zum Ansehen unserer Rechtspflege und zur Gewährleistung eines Stücks Ländersouveränität", so Strauß.

ABSCHIED

Der stellvertretende Stadtkommandant und britische Gesandte **Francis R. MacGinnis** hat sich von Berlins Regierendem Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** und von dem Berliner Senat verabschiedet. MacGinnis und seine Frau **Caroline** trugen sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Im Herbst letzten Jahres hatte der Diplomat, der seinen Ruhestand in der französischen Provence und in der Grafschaft Kent in Großbritannien genießen will, vor dem Verein Berliner Kaufleute sein politisches Credo formuliert: „Ich betrachte diese Aufgabe, mich als Treuhänder für die Interessen dieser Stadt und der Berliner einsetzen zu dürfen, als eine ungeheure Ehre und tiefe Verpflichtung." Verabschiedet hat sich in Berlin auch der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa und Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte, Vier-Sterne-General **Frederick J. Kroesen**.

KABINETT

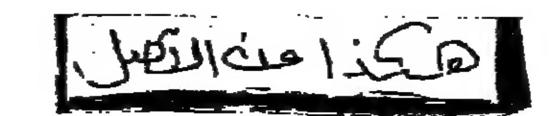
Familienminister **Heiner Geißler**, der für FDP-Parteichef und Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** in Bonn ein Fläschchen Wasser von der Wunderquelle in Rauschbach mitbrachte, überraschte am Mittwoch auch die übrigen Kabinettskollegen mit einem Geschenk aus dem Wallfahrtsort. Jedes Kabinettsmitglied bekam von Geißler zu Beginn der morgendlichen Sitzung drei Flaschen „Ranschbacher Seligmacher", einen Pfälzer Wein. Mit der Gabe hatte Geißler auch einen hübschen Spruch auf Lager: „Lustig gelebt und fromm gestorben, das hat dem Teufel die Rechnung verdorben."

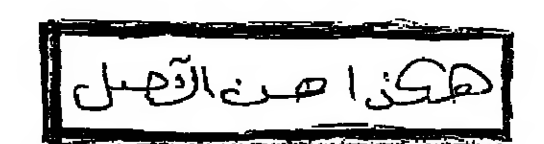
EHRUNG

Friedrich Nowottny, Leiter des Bonner Studios der ARD, ist von den Lesern der Fernsehzeitschrift „Hörzu" zum beliebtesten Bildschirmmoderator gewählt worden. Nowottny wird hierfür die „Goldene Kamera" erhalten. Von mehr als 200 000 Stimmen waren 17,2 Prozent auf Nowottny gefallen, während Peter Scholl-Latour vom ZDF auf 10,1 Prozent kam und Barbara Dickmann vom Hessischen Rundfunk auf 8,6 Prozent. Die erste Goldene Kamera hatte Nowottny 1973 verliehen bekommen.

GESTORBEN

Professor Dr.-Ing. **Heinrich Bub**, Präsident des Instituts für Bautechnik, starb in Berlin im Alter von 58 Jahren. Er leitete diese Behörde seit ihrer Gründung vor 15 Jahren. Diese bundesweite Einrichtung erteilt Prüfzeichen für neue Baustoffe, Bauteile und Bauverfahren. Professor Bub leitete außerdem ehrenamtlich den Ausschuß Bauwesen im Deutschen Institut für Normung und war Träger des Ehrenringes dieser angesehenen Institution.





Ver informiert besser? – Eine Analyse der Nachrichtensendungen „heute“ und „Tagesschau“

Medien-Match zwischen den Stars Kohl und Vogel

s ZDF reagiert in seiner Nachrichtensendung „heute“ schneller die „Tagesschau“. Darüber hinbietet die Redaktion in Wiesba- dem Fernsehzuschauer ein iter gefächertes Nachrichtenanbot als die Konkurrenz aus Hamrg. Dies ist das Ergebnis einer alyse, die der Medienjournalist rst B. Langewand für den Branndienst „medien-telegramm“ tellte. Jeweils 30 Ausgaben der ormationssendungen von ARD 1 ZDF im Dezember 1982 stan- auf dem Prüfstand.

ach vier Wochen Nachrichtenkonsum mit 909 Meldungen in Minuten geht die „heute“-Retion als klarer Sieger durchs l. Die Journalisten um Chefreteur Karl-Heinz Bolle bieten grund längerer Sendedauer ar Meldungen (496) als die Reteure in Hamburg um Günter ggenburg, die es in 430 Minuten 413 Nachrichten brachten. Das F servierte aber vor allem ein ielleres Angebot, das die weitreuten Interessen seiner Zuauer entscheidend mehr ücksichtigt.

ährend das „Tagesschau“–m z. B. nicht einmal die von ionen erwarteten Ergebnisse DFB-Vereinspokals brachte, ündeten die „heute“-Macher h schon mal die Zahlen der rwette. Während sich die ARD 83 „bunten“ Meldungen zufriegab, schraubte das ZDF seinen Anteil „bunter“ Berichte auf 114 Spots hoch.

Beide Nachrichten-Sendungen sind politische Programme. Das ergab die Auswahl der Themen. Dabei steht die Innenpolitik eindeutig im Vordergrund. Bundeskanzler Helmut Kohl im Mittelpunkt. Während das ZDF in den ersten zwanzig Minuten nach 19.00 Uhr den Bonner Kanzler 18mal in Foto/Film nannte, serviert die ARD den Regierungschef in der ersten Viertelstunde nach 20.00 Uhr 25mal im stehenden oder laufenden Bild. Der SPD-Spitzenkandidat um die mögliche Macht im März, Hans-Jochen Vogel, konnte sich zwölfmal im früheren Haus-Sender bewundern, während „heute“ ihn 13mal aus dem Archiv oder von der MAZ ließ.

Niemand aus der immer kleiner werdenden Schar der Politstars vermochte in dieses Duell einzugreifen. Auch in den beiden wichtigsten deutschen TV-Nachrichtensendungen läuft alles auf ein Medien-Match zwischen Kohl und Vogel hinaus. Das bestätigt auch die Rolle von Helmut Schmidt. Der Ex-Kanzler behauptete sich in der deutschen „Top 20“-Liste bundesrepublikanischer Politiker im Beobachtungszeitraum immerhin noch auf Rang neun und war damit hinter Vogel die einzige SPD-Figur in der Spitzengruppe. Ihm folgte als Ergebnis der Hamburg-Wahl Klaus von Dohnanyi auf dem 13. Platz.

Die Sozialdemokraten leiden unter einer schrumpfenden personellen Profilierung. Der Absturz von früheren Stars wie Ehmke, Bahr, Brandt, Matthöfer oder Glotz ist so rapid, daß die drei letzteren schon von der noch um Etablierung bemühten FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer eingeholt wurden: Die Dame schaffte vier Notierungen. So hat dann auch die SPD in der „Top 20“-Liste deutscher Politiker nur noch sechs Namen zu bieten, während die Drei-Punkte-Partei immerhin zwei Stars ins Oberhaus hieven konnte.

Bei dieser Häufung bundesdeutscher Politiker auf dem Bildschirm kann ein Ergebnis nicht überraschen, das vor Jahren noch ins Land der Fabel verwiesen worden wäre. „heute“ und „Tagesschau“ haben die Bundesrepublik entdeckt. Die hochgespielten Reportagen aus exotischen Eckchen gehören der Vergangenheit an. Was im eigenen Land passiert, dominiert.

Erstaunlich, daß in einer Zeit, in der wirtschaftliche Fragen dominieren, die beiden deutschen Fernsehsysteme in ihren Haupt-Nachrichtensendungen Wirtschaftsthemen noch immer mit Zurückhaltung gegenüberstehen. Während die „Tagesschau“ immerhin noch ein Drittel ihres Angebots der Wirtschaft widmete, begnügte man sich bei „heute“ mit gut einem Viertel. Die rein politische Meldung besaß bei beiden Redaktionen nahezu den gleichen Vorrang.

Noch deutlicher treten diese Präferenzen in den Aufmacher-Themen zutage. Die jeweils 30 Schlagzeilen favorisierten nur jeweils sieben mal die Wirtschaft, was einem Anteil von 20 Prozent entspricht. Diese Bilanz ist weiterhin erstaunlich, wenn man die Aktivitäten der Arbeitgeber-Bosse und Arbeitnehmer-Vertreter, sowie ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung notiert. ARD und ZDF offerierten in ihren 60 „Tagesschau“- und „heute“-Sendungen insgesamt 234 Personen namentlich in Foto oder Film. 74 gehören den im Bundestag vertretenen Parteien an. Immerhin 29 Manager(innen) – von Otto Wolff von Amerongen (DIHT) bis zu Monika Wulf-Mathies (ÖTV) den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden.

Die Auswertung von dreißig Tagen „Tagesschau“ und „heute“ ergibt eine weitgehende Übereinstimmung des Nachrichtenangebots. An 21 von 30 Tagen beispielsweise machten beide Systeme mit demselben Thema auf, nur neunmal unterschieden sich „heute“ und „Tagesschau“ in ihren Aufmachern voneinander. Da beide Systeme fast ausschließlich Material der Agenturen verarbeiten, ähneln sich die Texte oft wie ein Ei dem anderen. Die Sprache ist die gleiche glanzlose, öde Agentursprache, ohne jede zuschauergerechte Aufbereitung.

HORST B. LANGEWAND

KRITIK

Von Liebe redet man später

 mußte einmal gesagt werden, und vielleicht sogar zweimal. es nach Philippe Laiks „Louis Réjane“ vom Montag noch t heraus hatte, nach Tom Aspis Komödie „Der Garten“ F) muß er es wissen: Auch Seen schlägt ein Herz in der st.

 geht allerdings weniger um e, sondern um den Sinn des ens, der nicht selten in der Sor- oder dem Dasein – für einen eren liegt. Oder für etwas andebeispielsweise einen Garten. it endet Einsamkeit. Von Lieedet man später. Doch man wohl die ideale Troika haben, dies Spiel behutsam genug anzurichten. Elisabeth Bergner also, die sich so wunderbar darauf versteht, eine adlige Dame zu verkörpern und – mit 86 Jahren, bitte – naiv zu sein wie ein Kind und sich zu freuen, als sei Weihnachten.

Man braucht wahrhaftig auch Gerd Fröbe für die rauhbauzige Mischung aus Miles Gloriosus und Gärtner. Er ist hinreichend diszipliniert, um das Deftige der Figur nie überschwappen zu lassen – und sie zugleich keinem falschen Mitleid auszusetzen.

Der dritte Mann war Wolfgang Liebeneiner, der Regisseur, der alle Arbeit der Schauspieler vergessen ließ und mit leichter Hand und klarem Kopf dafür sorgte, daß es so aussah, als sei das alles selbstverständlich.

KATHRIN BERGMANN

Das nationale Hochgefühl

Von den zwanziger Jahren an bis in die unmittelbare Gegenwart sagte man der Sowjetunion entweder den bevorstehenden Zusammenbruch voraus oder eine glänzende Zukunft. Beide extremen Prophezeiungen haben sich bisher nicht erfüllt, wie wir inzwischen wissen. Rüdiger Proske (**Auf der Suche nach der Welt von morgen**, ARD) hielt sich deshalb an Tatsachen. Er porträtierte die kommunistische Weltmacht so, wie sie ist: ein Vielvölkerstaat – dominiert von den Russen –, der einen nach wie vor größtenteils unwirtlichen, riesigen Raum besiedelt, beherrscht von der Kommunistischen Partei, vom Militär sowie von einer zentral gesteuerten Wirtschaft.

Der Beitrag war ausgesprochen informativ, mit anschaulichem Bildmaterial aufbereitet, und im Mittelpunkt standen die Menschen, wie sie leben, was sie denken und fühlen. Rüdiger Proske stellte klar und unmißverständlich das Wesentliche heraus: Es ist das nationale Hochgefühl der Russen – vergleichbar dem westeuropäischen Chauvinismus des vergangenen Jahrhunderts unseligen Angedenkens –, das den Staat trägt, obwohl er kommunistisch ist, trotz wirtschaftlicher Mißerfolge und bedrückender individueller Unfreiheit. Es ist absolut notwendig, daß wir uns dessen immer wieder bewußt sind: Der nationale Mythos der Russen nährt den Traum von Überlegenheit.

WERNER OBST

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Der Kunstfehler
Fernsehspiel von Daniel Christoff

12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Das Streitgespräch
Ewige Jugend aus dem Schminktopf? Warum sich Frauen schöner machen wollen, schöner machen sollen

17.00 Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Das Testament der Miss Watson

17.25 Wolkenreiter & Sohn (2)
Ein Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
Mit einem fliegenden Teppich und einem Sack feinsten windgemahlenen Mehls machen sich Poldi und sein Freund, der Kater Zabus, auf zu einer langen Reise. Sie wollen einen Tortenbäcker finden, damit Poldis Vater, der Windmüller Danubius Wolkenreiter, wieder Käufer für sein edles Mehl hat.

17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)

20.00 Tagesschau
Anschl.: *Parteien zur Wahl*
Anschl.: Der 7. Sinn

20.18 Deutschland vor der Wahl
Hearing zur Wirtschafts- und Sozialpolitik
Mit Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm (CDU), Manfred Lahnstein und Heinz Westphal (SPD), Otto Graf Lambsdorff (FDP), Theodor Waigel (CSU), Willi Hoss (Grüne) und Prof. Hans-Jürgen Krupp

22.30 Tagesthemen

23.00 Ganovenehre
Deutscher Spielfilm (1966)
Mit Gerd Fröbe, Mario Adorf, Karin Baal, Helen Vita u. a.
Regie: Wolfgang Staudte
Artisten-Orje, ein biederer Geldschrankknacker, wird nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus von seiner Freundin aus dem horizontalen Gewerbe in den Berliner „Sparverein Biene“ eingeschleust. Doch bald bekommt er mit den anderen Ganoven Krach.

00.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Faszinierendes Weltall
Von Werner Büdeler
Letzte Folge: In den Tiefen des Weltraums
Die Astrophysik hat gelernt, das vielfältige Nebeneinander, dem wir uns in der Welt der Sterne gegenübersehen, in ein zeitliches Nacheinander einzuordnen, Sonnen wie unsere, Rote Riesen, Pulsare, Schwarze Löcher – alles das sind Stationen im Lebensweg eines Sterns
Anschl.: heute-Schlagzeilen

16.35 Die Mumins
Heimkehr ins Mumintal

17.00 heute

17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Arabesque

17.50 4 *Hoffmanns und 5 Cupovics*
Was Väter auch nicht ändern können
Regie: Dieter Lemmel
Anschl.: heute-Schlagzeilen

18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Ein höchst geheimer Fall

18.57 ZDF – Ihr Programm

19.00 heute
Anschl:. Parteien zur Wahl

19.30 Der große Preis
Heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke
Gäste: Dieter Hallervorden, Udo Jürgens, Eliot Fisk
Regie: Georg Martin Lange

20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Aktion Sorgenkind

21.00 heute-journal
Anschl.: Parteien zur Wahl

21.20 Jeden Tag Hirsebrei
Von Albrecht Heise
Bericht über Niger, der ein gutes Beispiel ist für eine gelungene Kombination aus Entwicklungshilfe und Selbsthilfe

22.05 Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
Der Riese
Kamera: Frank Stehling, Buch und Regie: Michael Klier

23.25 heute



In der fremden Stadt finden Poldi und Kater Zabus neue Freunde: Nina und den Dackel Wastl – „Wolkenreiter & Sohn“ (2. Teil), ARD, 17.25 Uhr
FOTO: MEILE

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Physik (8)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Straße der Erfolgreichen
US-Spielfilm (1949)
Mit Joan Crawford, Sidney Greenstreet, u. a.
Regie: Michael Curtiz
21.45 Landesspiegel
Schauplatz: Die Jungunternehmer
22.15 Köpfe der Geschichte
Girolamo Savonarola
Von Alexander Cube
23.00 Ein Freiheitsbaum in Deutschland
Die deutschen Jakobiner
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Bauernmalerei
Pflegen und Patinieren
18.45 Follow me
19.15 Arbeitsmarkt
Heute: Das Geschäft mit den Arbeitslosen
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Ich kämpfe um mein Kind
Australischer Spielfilm (1979)
21.40 *Bücherjournal*
Margit Irgang „Unheimlich nette Leute“ / Eine neue alternative Trivialliteratur? / Beziehungskisten
22.25 Karl Jaspers zum 100. Geburtstag
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Begegnung im Juli (2)
Tschechoslowak. Spielfilm
19.15 Der Flug des Kondors (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Heiratsschwindler
Deutscher Spielfilm (1937)
21.35 Drei aktuell
21.50 Kulturkalender
22.20 Reise ins Eis
23.05 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
19.00 Shakespeare:
Heinrich IV.
21.50 Notenschlüssel
Für Baden-Württemberg:
22.35 Zu Gast bei FR 3
Wie sehen uns die Deutschen?
Für Rheinland-Pfalz:
22.35 Magazin regional Sport
23.05 Zugabe
Für das Saarland:
22.35 Grenzlandschaft – ein Stück von meinem Leben

BAYERN

18.15 The Sadzina Project (7)
18.35 Lebensraum für Kiebitze
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Die Affäre Lerouge (1)
20.30 Das historische Stichwort
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Walter Sedlmayr zu Gast bei Joachim Fuchsberger
21.45 Sperrfrist
23.15 Rundschau

Keine Akten über Volksgerichtshof aus der „DDR“

rtr. Berlin

Die „DDR“ hat bisher die Herausgabe einer Liste der noch lebenden Mitglieder des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs verweigert.

Der Berliner Justizsenator Rupert Scholz hat gestern in einer Erklärung zum gegenwärtigen Stand der Ermittlungen gegen ehemalige Mitglieder des Volksgerichtshofs darauf hingewiesen, daß entsprechende Anfragen der Berliner Staatsanwaltschaft an den Generalstaatsanwalt der „DDR“ bisher vergeblich waren. Der größte Teil der Unterlagen über den Volksgerichtshof lagert im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam. Ost-Berlin, das in regelmäßigen Abständen öffentlich eine nicht ausreichende Verfolgung ehemaliger Nationalsozialisten im Westen kritisiert, hat in den vergangenen Jahren über eine Rechtshilfevereinbarung erst Unterlagen gegen 53 Beschuldigte übergeben, die an 317 Verfahren des Volksgerichtshofes beteiligt waren.

Insgesamt waren nach den bisherigen Ermittlungen des Berliner Kammergerichts 565 Personen als Richter und Staatsanwälte am Volksgerichtshof tätig. Gegen 37 der bisher bekannten 89 noch lebenden Betroffenen mußten die Ermittlungen eingestellt werden.

Verzicht auf Robbenfell-Einfuhr

rtr. Bonn

Jungrobbenfelle und Produkte daraus sollen von sofort an nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden. Eine entsprechende freiwillige Verpflichtung der deutschen Pelzindustrie gab Bundeskanzler Helmut Kohl gestern bekannt. Sollte sich die Europäische Gemeinschaft nicht auf einen Importstopp in alle EG-Staaten einigen, plant die Bundesregierung nach Kohls Angaben eigene rechtliche Vorschriften gegen die Importe. Die Verpflichtung der Pelzindustrie geht nach Angaben des Bundeskanzlers auf Gespräche mit den Bundesministerien für Ernährung und für Wirtschaft zurück. Ein Kontrollausschuß, in dem auch die großen Tierschutzverbände mitarbeiten, werde die Einhaltung des Abkommens überwachen, sagte Kohl.

PLO kann sich nicht auf Friedensplan einigen

Israel: Beschlüsse von Algier bieten nichts Neues

dpa/AP, Algier/Jerusalem

Als eine Bestätigung früherer Resolutionen der PLO, in der die Vernichtung Israels gefordert worden war, hat der israelische Außenminister Shamir die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats in Algier bezeichnet.

In einer Rede vor jüdischen Armeeveteranen sagte Shamir gestern in Jerusalem, die Algier-Beschlüsse böten „nichts Neues“. Sie seien vielmehr „als versuchter erster Schritt in die Richtung der Vernichtung Israels zu betrachten“.

PLO-Chef Arafat, der zum Abschluß des neuntägigen Kongresses des Nationalrats, dem „Exil-Parlament“ der Palästinenser, einstimmig in seinem Amt als Chef des Exekutivkomitees der PLO bestätigt worden war, berief gestern eine Sitzung dieses Gremiums ein, um die in Algier gebilligte Strategie näher zu definieren.

Die rund 400 Mitglieder zählende Vollversammlung des Nationalrats hatte eine „politische Entschließung“ gebilligt, die im wesentlichen drei Friedenspläne gegeneinanderstellt, aber keinen völlig ablehnt und keinem voll zustimmt.

So heißt es zum amerikanischen Nahostplan, er biete keine solide Grundlage für eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts, weil er keinen unabhängigen Palästinenserstaat vorsehe.

Der auf dem Arabergipfel von Fes verabschiedete Friedensplan wurde als „Mindestgrundlage für arabisches politisches Handeln“ gewertet, das jedoch durch militärische Aktionen ergänzt werden müsse.

Als Zugeständnis an die „Falken“ innerhalb der PLO wurde eine wohlwollende Einschätzung des Breschnew-Plans in die „politische Entschließung“ aufgenommen. Zu diesem Plan heißt es, er werde „in Erwägung gezogen“, da er Forderungen enthalte, die im Reagan-Plan fehlten: unabhängiger Palästinenserstaat und PLO-Alleinvertretungsanspruch.

Unerwähnt bleibt in der Entschließung das dringlichste Problem des Nationalrats: die Möglichkeit von Friedensgesprächen zwischen Israel und König Hussein von Jordanien unter amerikanischer Ägide. Hussein hat die PLO wissen lassen, daß er beabsichtige, solche Gespräche spätestens am 1. März aufzunehmen, unabhängig von der Haltung des Nationalrats.

Seite 2: Die PLO: Feldherrn ohne Heer und ohne Einsicht

„Libyen bedroht Sudan“

USA weisen vor der UNO Khadhafis Vorwürfe zurück

SAD/dpa, New York

Nachdem die Gefahr eines von Libyen geförderten Umsturzversuches in Sudan schon gebannt schien, hat auf Antrag Libyens eine dringliche Sitzung des UN-Sicherheitsrates stattgefunden.

Auf der Sitzung warf Libyens UNO-Botschafter Treiki den USA Aggression und Einmischung in allen Teilen der Welt vor. Die US-Chefdelegierte Jeane Kirkpatrick hatte gegenüber dem Präsidenten des Sicherheitsrates die libyschen Beschuldigungen als Verleumdung zurückgewiesen.

Vor dem Rat sagte Frau Kirkpatrick, die USA wünschten keine Konfrontation mit Libyen, doch sei die abenteuerliche Politik der Regierung Khadhafi eine ernste Bedrohung der Nachbarstaaten Libyens. Das Khadhafi-Regime biete dem internationalen Terrorismus Zuflucht, unterstütze Guerrilla-Gruppen und benutze den Mord als Werkzeug der Politik. Die USA, so sagte die US-Delegierte, hätten keine Offensivflugzeuge entsandt und den libyschen Luftraum nicht verletzt. Weder der Flugzeugträger „Nimitz“ noch dessen Flugzeuge seien in die von Libyen beanspruchte Hoheitszone im Golf von Sirte eingedrungen.

Treiki: Die USA seien seit 1975 immer wieder in Libyens Luftraum eingedrungen, um zu spionieren und das zivile Nachrichtenwesen zu stören. Mit Hilfe von Stützpunkten und ihrer Flotte verfolge die US-Regierung eine „Strategie der Intervention“. Sudans Delegierter Abdalla dankte den USA für die Hilfe, mit der sie die „aggressiven Aktionen an Sudans Westgrenze und die libyschen Machenschaften“ vereitelt hätten.

Schmidt sieht günstige Perspektiven

PETER GILLIES, Bonn

Eine gemeinsame, wenn auch abgestufte Strategie zur Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise empfiehlt der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den westlichen Industrienationen. Die USA müßten die Führung übernehmen.

In einem Zeitungsartikel, der gleichzeitig in mehreren Ländern erscheint, spricht Schmidt vom „Risiko einer Depression“. Diese Gefahr sei „*deutlich greifbar*“. Über die Krisenursache schreibt er: „Am Beginn des Niedergangs der Weltwirtschaft steht die rapide Geldentwertung der 70er Jahre.“ Es sei an der Zeit, daß die Regierungen auf dem Ende Mai in Williamsburg (USA) stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel in die Offensive gingen. An erster Stelle müßten die Vereinigten Staaten „alle Voraussetzungen für Zinssenkungen schaffen“. Allerdings führten „nachfragepolitische Parforceritte“ zurück in die Weltinflation. Anhaltend hohe Realzinsen bedrohten das System, weil ein Geldanleger höhere Zinsen einstreichen könne als er mit Sachinvestitionen zu verdienen vermag.

Für das Weltwirtschaftstreffen skizziert Schmidt folgende Strategie: Jene Länder, die ihre Inflation und ihre Zahlungsbilanzen sowie Haushaltsdefizite weitgehend im Griff hätten, sollten eine expansive Politik betreiben. Dazu zählt er Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, aber auch Holland, Norwegen, Österreich und die Schweiz.

„In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung seit Frühjahr 1982 spürbar verbessert“, bemerkte Schmidt. Der Preisanstieg liege unter vier Prozent, die Leistungsbilanz sei im Plus, das Haushaltsdefizit „hat seinen Höhepunkt schon hinter sich“. An der Konsolidierung des Haushalts müsse festgehalten werden. Auf das Beschäftigungsprogramm der SPD angesprochen, entgegnete er, die Diskussion sei „künstlich hochgeputscht“.

Den expansiven Kurs (mehr Staatsausgaben, Inkaufnahme höherer Preissteigerungen, lockere Geldpolitik) könne man dagegen anderen Staaten nicht empfehlen. Dazu rechnet Schmidt Frankreich, Italien und Kanada. Vor allem die französische Wirtschafts- und Finanzpolitik erhält von ihm eine sehr zurückhaltende Zensur.

Seite 12: Biedenkopf: Tal ist erreicht

Luns: Propaganda des Ostens entgegentreten

„Ich kann Enttäuschung der USA verstehen“

BERNT CONRAD, Bonn

NATO-Generalsekretär Joseph Luns hat die Bündnispartner aufgefordert, der auf Hochtouren laufenden sowjetischen Propaganda gegen den *NATO-Doppelbeschluß* mit klaren Worten entgegenzutreten. Gleichzeitig müßten im Westen bestehende „Informationsdefizite“ behoben werden.

„Diese Aufgabe halte ich in der gegenwärtigen Lage für ebenso wichtig wie die Aufrechterhaltung ausreichender Verteidigungsanstrengungen, zumal zwischen beiden ein enger Zusammenhang besteht“, sagte Luns in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn.

Der Generalsekretär fuhr fort: „Ich kann die Amerikaner gut verstehen, wenn sie darüber enttäuscht sind, daß in unseren Medien immer wieder Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres Verhandlungswillens geäußert und das oft wiederholte klare Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten zur Rüstungskontrolle ignoriert wird. Es ist in der Tat verwunderlich, daß östliche Vorschläge ein größeres Echo finden als unsere eigenen.“

Der NATO-Generalsekretär: „Dabei ist doch leicht erkennbar, daß alle bisherigen sowjetischen INF-Vorschläge eines gemeinsam haben, nämlich das Ziel, sich das sowjetische Monopol auf dem Gebiet der landgestützten nuklearen Mittelstreckensysteme vertraglich für alle Zeiten absichern zu lassen.“

Erforderlich ist nach den Worten von Luns ein hohes Maß an sichtbarer Solidarität in der nordatlantischen Allianz, die den Versuch Moskaus, Keile zwischen die Verbündeten zu treiben, von vornherein als aussichtslos erscheinen läßt. „Das Jahr 1983 ist ein Prüfstein für diese Allianzsolidarität.“ Worauf es ankomme, seien Festigkeit und Geradlinigkeit, nicht zuletzt im Blick auf die Genfer Verhandlungen.

„Welchen Anreiz sollte die Sowjetunion denn haben, am Verhandlungstisch echte Kompromißbereitschaft zu zeigen, wenn sie ihr erklärtes Ziel, die Nachrüstung zu verhindern, auch auf billigere Weise erreichen kann?“ fragte der NATO-Generalsekretär in seiner Bonner Rede.

Mit Kohl abgestimmt

● Fortsetzung von Seite 1

Amtsantritt, daß der Westen Moskau nicht das propagandistische Feld überläßt. Vor diesem Hintergrund gab es bereits am 18. Dezember 1982 und am 17. Januar 1983 einen Briefwechsel – die jeweiligen Anreden „Lieber Ronald“ und „Lieber Helmut“ lassen eine freundschaftliche Umgangaform erkennen. Bis kurz vor der Rede Reagans gab es dann noch acht weitere Schreiben zwischen Kohl und Reagan, in denen unter anderem auch die Akzente für den Besuch von Vizepräsident Bush Ende Januar in Bonn und Berlin verabredet worden waren. Dazu gehörte der „Offene Brief“ Reagans an die Europäer, den Bush in Berlin verlesen hat. Kohl ging es dabei neben der engen Abstimmung in der Sache darum, daß deutlich gemacht wird, wie starr sich Moskau, das zwar Flexibilität nach außen hin signalisiere, tatsächlich verhalte.

Angesichts des vielfachen und diskreten Konsultationsprozesses zwischen Kohl und Reagan wird im Kanzleramt der Offene Brief des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel an den Präsidenten als geradezu peinlich empfunden. Reagan hat angekündigt, er werde Vogel noch darauf antworten.

Der Bundeskanzler rechnet es sich als persönliches Verdienst an, daß die westlichen Regierungen in elementaren Sicherheitsfragen „eine Sprache“ sprechen und Geschlossenheit zeigen, auch für den Fall, daß nachgerüstet werden muß. Die Position der Bundesregierung wird aus den Antworten deutlich, die Kohl dem sowjetischen Außenminister Gromyko auf dessen zweimalige Fragen gegeben hat, was Bonn tun werde, falls bis zum Herbst 1983 eine Verhandlungslösung ausbleibe. Kohl zu Gromyko: „Dann werde ich das vollziehen, was mein Amtsvorgänger beschlossen hat.“

Weg frei für Aufarbeitung von Kernbrennstoff

dpa/AP, Karwit

Der Gemeinderat von Karwit (Kreis Lüchow-Dannenberg) ha mit fünf zu vier Stimmen die E richtung einer Wiederaufarbe tungsanlage für abgebrannte Kern brennelemente im Ortsteil Dra gahn grundsätzlich gebilligt.

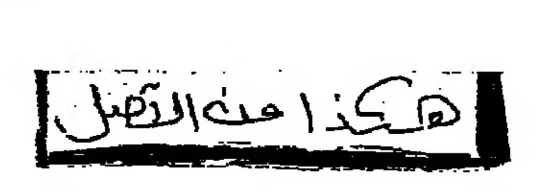
Die neun Ratsmitglieder, von de nen sieben der CDU angehöre und zwei als Parteilose auf de CDU-Liste kandidiert hatter stimmten ohne Aussprache de Plänen des niedersächsischen M nisterpräsidenten Ernst Albrech zu. Wenn auch der Gesamtgemein derat Lüchow-Dannenberg dieser Votum folgt, kann die von der nie dersächsischen Landesregierun und der „Deutschen Gesellscha für die Wiederaufarbeitung vo Kernbrennelementen“ angestrebt Standortuntersuchung beginnen.

Nach der Bekanntgabe des Al stimmungsergebnisses kam es ur ter den etwa 350 Zuschauern z heftigen Gefühlsausbrüchen. Ein ge protestierten, lautstark, ander weinten. Zwei Hundertschafte Bereitschaftspolizei hatten di Ratssitzung gegen Störungen vo außen abgesichert. Die bäuerlich „Notgemeinschaft“ und di Bürgerinitiative Lüchow-Danner berg kündigten umgehend weiter Proteste gegen die Errichtung de Wiederaufarbeitungsanlage an.

„Gefährliche Rolle der DKP“

DW. Hambur

Bundesinnenminister Friedric Zimmermann (CSU) hat davor g warnt, die subversive Arbeit de von Ost-Berlin finanzierten Deu schen Kommunistischen Part (DKP) in der Bundesrepubli Deutschland zu unterschätzen. I einem Interview der Zeitschri „Praline“ verwies Zimmerman darauf, daß aus der Zahl der b Wahlen für die DKP abgegebene Stimmen nicht gefolgert werde dürfte, die orthodoxen Kommun sten seien bedeutungslos. Vie mehr spiele die DKP innerhalb de „Friedensbewegung“, in der B triebsgruppenarbeit, aber „auch i nerhalb der Gewerkschaften u Großbetriebe eine ganz gefährlich Rolle, weit über ihre Mitgliederza hinaus“. Nach Angaben Zimme manns wird die DKP „mit 60 b 100 Millionen D-Mark im Jahr vo der DDR unterstützt“. Dieses Ge fließe gegenwärtig zu einem gr ßen Teil in die „Friedensbew gung“.



Kein Blick für Kosten

Bm. – Die Zinkhütte in Datteln in Westfalen wird zum Menetekel. Als sie 1968 in Betrieb ging, galt sie als ein Wahrzeichen für die Abkehr des Reviers von seiner Monokultur. Jetzt steht sie vor dem Ruin, obwohl sie die modernste Hütte der Welt ist. Der Preis aus Steinkohlestrom ist zu hoch.

So alt wie die Hütte in Datteln ist das Schlagwort „Kohle plus Kernenergie". Ausgerechnet der Bergbau prägte es und die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie stützte es – beinahe selbstlos. Doch man wußte, um was es ging. Das Industrierevier an der Ruhr konnte auf Dauer nicht auf den kostengünstigen Strom aus der Kernkraft verzichten, ja, Billigstrom war die Voraussetzung dafür, in das Zeitalter der Kohleveredlung einzutreten. Ausgerechnet in Nordrhein-Westfalen wurde die einzige deutsche Reaktorlinie entwickelt, der Kugelhaufen-Meiler von Jülich. Doch Reaktoren, die dieses energiehungrige Land mit kostengünstigem Strom hätten versorgen können, wurden nicht genehmigt. Seit über 10 Jahren wartet die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) auf die Genehmigung eines Leichtwasserreaktors bei Hamm. Sie kommt nicht. Und die VEW sind es, die die Hütte in Datteln mit Strom versorgen – mit teurem Kohlestrom, weil ihnen Kernstrom fehlt.

In Datteln sind jetzt die Hüttenwerker dabei, für die Sünden zu bezahlen, die die Landesregierung mit ihrer Verweigerungspolitik seit den siebziger Jahren betrieben hat. Damals kosteten Kernkraftwerke nur ein Sechstel der heutigen Preise. Der Zug ist also abgefahren. Aus eigener Kraft wird die Wirtschaft Datteln nicht helfen können. Soll die Hütte überleben, so wird der Steuerzahler wieder in die Tasche greifen müssen, um für eine Industriepolitik zu bezahlen, die arrogant den Blick auf die Kosten verweigerte.

Kassandras

ed. – Anlässe zu Schreckensrufen finden Kassandras immer. Jetzt haben sie den Ölpreisrückgang als Auslöser einer internationalen Finanzkrise entdeckt. Gewiß, einige bis über die Halskrause verschuldete Länder, die wie Mexiko außenwirtschaftlich vom Ölexport leben, bekommen nun noch größere Schwierigkeiten, und andere Ölexporteure wie Nigeria und Algerien müssen vielleicht neu in die Gruppe der Problemländer eingereiht werden. Aber die Liste jener Länder, die durch eine Verbilligung der Ölrechnung entlastet werden, ist wesentlich länger. Indirekt kommt ein sinkender Ölpreis selbst den hochverschuldeten Ölexportstaaten bis zu einem gewissen Grade zugute, nämlich durch eine Erleichterung der drückenden Zinslast; denn ein Ölpreisrückgang dämpft die Inflation und erleichtert eine Zinssenkung. Die Kassandras stellen die Wahrheit auf den Kopf. Sie ignorieren, daß die Ölpreisexplosion eine der Ursachen für die Beschleunigung der Inflation und damit auch der Zinseskalation war, die Länder der Dritten Welt in Schwierigkeiten stürzte.

STAHLINDUSTRIE / Experten sollen nun die Leistungsfähigkeit vergleichen

Lambsdorff: Bis zum 30. März müssen sich die Unternehmen entscheiden

J.GEHLHOFF/H. HECK, **Düsseldorf/Bonn**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff registriert bei Hoesch und Salzgitter erste Anzeichen von Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Klöckner. Zugleich ist der Minister gestern dem „schiefen Eindruck" entgegengetreten, als wollte die Bundesregierung Entscheidungen über ein neues Stahl-Konzept hinter den Wahltermin am 6. März schieben.

Bei einem Treffen der Minister Lambsdorff und Norbert Blüm mit den Vorstandsvorsitzenden der drei Unternehmen wurde vereinbart, daß Experten der drei Stahlhütten in den nächsten zwei Wochen „die technisch-betriebswirtschaftlichen Daten der Warmbreitbandstraßen ihrer Unternehmen gemeinsam ... prüfen, um ihre Leistungsfähigkeit vergleichen zu können". Die Arbeiten sollen mit dem „schwierigsten Punkt" (Lambsdorff), der Bremer Klöckner-Hütte, in dieser Woche beginnen. Lambsdorff betonte gestern im Deutschlandfunk, der Bundesregierung sei an einer raschen Klärung „nicht nur wegen des 6. März, sondern vor allem wegen des 30. März" gelegen. Bis dahin müsse Bonn der Brüsseler Kommission die Subventionsanträge vorlegen, „und bis dahin müssen sich die Unternehmen entschlossen haben, welchen Weg es denn nun langgehen soll". Der Minister gab sich zuversichtlich, daß dieser Termin zu halten sei.

Offensichtlich bis nach der Bundestagswahl will ungeachtet des Drängens von Bundesregierung und Klöckner zumal der Dortmunder Hoesch-Konzern warten, ehe er sich deutlicher (und im Zweifel doch noch positiv) zu dem von den Moderatoren vorgeschlagenen Zusammenschluß der Stahlaktivitäten von Hoesch/Klöckner/Salzgitter zur „Gruppe Ruhr" äußert. Nach vorherrschender Branchenmeinung spielen da sowohl Hoesch-Chef Rohwedder als auch Salzgitter-Chef Pieper (beide SPD-Mitglieder) auf Zeitgewinn, um die das Moderatorenkonzept ablehnende Haltung von SPD, IG Metall und der SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorerst zu stützen.

In diesem Urteil sehen sich die Branchenkenner auch durch die nun von den drei Konzernchefs in Bonn getroffene Vereinbarung bestärkt, als erstes mit gemeinsamem Expertenteam die technisch-betriebswirtschaftlichen Daten der drei in der „Ruhr-Gruppe" vorhandenen Warmbreitbandstraßen zwecks Leistungsvergleich zu überprüfen. Diese Daten seien dank der engen technischen Kooperation unter den deutschen Stahlunternehmen im wesentlichen längst bekannt.

Energisch werden andererseits von der Klöckner-Werke AG Gerüchte zurückgewiesen, wonach das Unternehmen wegen der hohen Zinslasten für seine noch junge Bremer Hütte bereits in dramatischen Liquiditätsschwierigkeiten stecke. Als bislang ohne auch nur ansatzweise solide Basis kommentiert dieser Stahlkonzern auch Spekulationen, daß ihm der bayerische Staat und Österreichs Staatskonzern Voest die oberpfälzische Maxhütte abkaufen wollen. Auch eine weitere neue „Landesversion", wonach Niedersachsen den Salzgitter-Stahlbereich lediglich mit Klöckners Stahlaktivitäten im Raum Osnabrück zusammenbringen möchte, bewegt sich bislang in reiner Spekulationssphäre.

Harte Tatsachen zur Neustrukturierung nach Moderatorenkonzept schaffen bisher allein Branchenführer Thyssen und der Krupp-Konzern. Die Thyssen AG schlägt ihrer Hauptversammlung am 8. April vor, den Massenstahlbereich in eine Thyssen Stahl AG (750 Millionen Mark Aktienkapital und 500 Millionen Mark Rücklagen, kein Organschaftsvertrag) auszugliedern, um ihn mit dem Minoritätspartner Krupp in die „Gruppe Rhein" einzubringen. Ferner sollen die Aktionäre den Zusammenschluß des Edelstahlbereichs mit dem Paritätspartner Krupp zur „Deutsche Edelstahlwerke AG" billigen (300 Millionen Mark Aktienkapital).

Am Rande des Aufbruchs zu neuen Strukturen in der deutschen Stahlindustrie meldet die als erste von der Krise in den Vergleichsstrudel gerissene Korf-Gruppe gleichfalls eine harte Tatsache: Die Baden-Badener Korf-Stahl AG wird ihren Aktionären auf einer außerordentlichen HV am 30. März die gesetzlich vorgeschriebene Mitteilung über den Verlust von mindestens der Hälfte des Aktienkapitals machen.

EG–JAPAN

Tokios Zusagen finden keinen ungeteilten Beifall

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Unterschiedlich bewertet haben die EG-Regierungen die Zusagen Japans für eine Exportmäßigung bei Video-Recordern und einigen anderen Industrie-Erzeugnissen. Während Frankreich und Großbritannien sich weitergehende Vereinbarungen gewünscht hätten, bekräftigte die Bundesregierung erneut ihre grundsätzlichen Bedenken gegen bilaterale Selbstbeschränkungsabkommen im Handel. Der Ministerrat verzichtete deshalb auf eine ausdrückliche Billigung der von den EG-Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp und Etienne Davignon erzielten Verhandlungsergebnisse. In einem nach der Aussprache veröffentlichten Kommuniqué ist lediglich von „Fortschritten in den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan" die Rede.

Statt dessen hebt der Rat die Notwendigkeit hervor, „die Einhaltung der von der japanischen Seite gegebenen Zusagen aufmerksam zu verfolgen". Die Kommission wird aufgefordert, ihre Bemühungen um eine weitere Öffnung des japanischen Marktes intensiv fortzusetzen und dem Ministerrat bis zum Juli erneut über den Stand der Handelsbeziehungen zu berichten.

Die vorsichtige Reaktion spiegelt die Einschätzung einiger Regierungen wider, daß bei den Gesprächen der Kommission noch wichtige Fragen offengeblieben seien. So machte Frankreich darauf aufmerksam, daß zum Beispiel noch keine Klarheit über die Aufteilung der Exporte von Video-Geräten auf die einzelnen EG-Länder und über die Einbeziehung der Lagervorräte in die Exportbegrenzung bestehe.

Diese und andere Fragen sollen in nächster Zeit noch in Expertengesprächen geklärt werden. Außerdem stimmte der Rat mit der Kommission überein, daß die industrielle Zusammenarbeit mit Japan verstärkt werden sollte. Frankreich jedenfalls hat vorerst keine Zusage gegeben, die als Schikane empfundene Konzentration der Zollabfertigung für Videogeräte auf das Zollamt in Poitiers wieder rückgängig zu machen. In EG-Kreisen wird allenfalls mit einer schrittweisen Lockerung dieser administrativen Handelsbeschränkung gerechnet.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff äußerte im Rat die Befürchtung, daß von den Vereinbarungen mit Tokio „falsche Signale" für die europäische Wirtschaft ausgehen könnten. Auch wenn h formal um eine einseitige Verpflichtung der Japaner handele, verschwimme immer mehr die Abgrenzung zu zweiseitigen Selbstbeschränkungsabkommen.

Als paradox bezeichnete Lambsdorff die Einbeziehung von Bauteilen für Video-Recorder in das Exportlimit, die für die europäische Produktion gebraucht würden. Hier gehe es allein in Berlin um 700 Arbeitsplätze. Auch die japanischen Export-Preiskartelle bei Video-Geräten und Wergzeugmaschinen könne er nicht als „Segnungen für die europäische Wirtschaft" verstehen. Sie führten lediglich zu höheren Kosten für die europäischen Abnehmer und zu höheren Kartellgewinnen der Japaner.

Seite 12: Unberechtigte Vorwürfe

Exportposition verbessert

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Der erste Überschuß der Leistungsbilanz seit 1969 und damit zugleich das beste Ergebnis seit mehr als zwanzig Jahren – das ist mehr, als man in Österreich für das vergangene Jahr erwarten konnte. Sicher, eine Konjunkturschwäche hat sich schon immer positiv auf die Handelsbilanz eines Landes ausgewirkt – wegen der nachlassenden Konsumgüterimporte. Doch kommen im Fall Österreich noch einige andere Faktoren hinzu.

Nach einem Defizit von drei Milliarden Mark 1981 registrieren die Statistiker in Wien für 1982 ein Plus von mehr als einer Milliarde Mark. Damit drängt sich die Alpenrepublik bei seit Jahren vergleichsweise niederen Inflations- und Arbeitslosenraten sowie überdurchschnittlichem volkswirtschaftlichem Wachstum nunmehr auch mit einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht in das internationale Spitzenfeld – wo sich der Kreis der Überschußländer auf die Bundesrepublik, Schweiz, Japan, Großbritannien und Norwegen beschränkt.

Wieviel der Leistungsbilanzverbesserung nun wirklich auf die schwache Konjunktur mit einem Wirtschaftswachstum von nur knapp ein Prozent zurückzuführen ist, bleibt ein Streitpunkt – die Schätzungen schwanken zwischen ein und zwei Drittel. Relativiert wird die Annahme über den konjunkturellen Einfluß aber auf jeden Fall durch internationale Vergleiche. Denn immerhin ist in Österreich eine stärkere Verbesserung der Leistungsbilanz aufgetreten als in der Bundesrepublik oder in der EG. Und dies, obwohl das Bruttoinlandsprodukt gleichzeitig stärker gewachsen ist. Dies legt den Schluß nahe, daß die Leistungsbilanzverbesserung wohl kaum vorwiegend eine konjunkturelle Begründung finden kann, daß eben die Konsum- und Investitionsgüteimporte übermäßig nachgelassen hätten.

Das Gegenteil war vielmehr der Fall. Denn insgesamt wurde fast gleich viel importiert wie 1981. Lediglich die Energie-Importe verringerten sich beträchtlich um über eine Milliarde Mark, während gleichzeitig die Einfuhren von Konsumgütern und Autos noch zugenommen haben. Die bisher geltende Ansicht über eine konjunkturelle Importbremse mag somit hauptsächlich für Energieträger beziehungsweise energieintensive Wirtschaftszweige gelten; hinzu kamen noch der Abbau von Vorratslagern und echte Einsparungen im Haushalt und im Verkehr. Alles in allem macht der Faktor Energie fast die Hälfte der Handelsbilanzverbesserung mit einer Defizitverminderung um 2,3 Milliarden Mark auf 8,8 Milliarden Mark aus.

Hinzu kommt aber: Das Angebot der österreichischen Unternehmen auf den Weltmärkten hat sich strukturell deutlich verbessert. Experten schätzen, daß während der letzten zwei Jahre ein Handelsdefizit im Industriewarenbereich von mehr als vier Milliarden Mark abgebaut wurde. Dabei hat Österreich als Nettoexporteur von Industriewaren mit der Schweiz und Schweden gleichgezogen, wird nur mehr übertroffen von der Bundesrepublik.

Daraus resultierende Nebenerscheinungen: eine Verbesserung der Terms of Trade – insbesondere im Bereich Endprodukte – um 4,2 Prozent (trotz tendenzieller Aufwertung und verschärfter Wettbewerbsverhältnisse) infolge eines Anstiegs der Exportpreise um 4,5 Prozent; und ein zusätzlicher Export von Know-how im Gegenwert von mehr als drei Milliarden Mark.

Eine Verbesserung der Arbeitskostenposition – nicht zuletzt dank einer im Vergleich mit der Bundesrepublik durchschnittlich seit 1977 um einen Prozentpunkt rascheren Zunahme der Stundenproduktivität – mag dabei wohl eine besondere Rolle gespielt haben.

Überraschend wie das Ergebnis der Handelsbilanz war auch die Tatsache, daß trotz eines Rückganges der Übernachtungszahlen die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr noch immer anstiegen, so daß das Handelsbilanzdefizit dadurch zu 80 Prozent abgedeckt wurde.

Zudem sorgte auch noch die Kapitalbilanz dafür, daß auf die österreichische Zahlungsbilanz insgesamt kaum ein Schatten fällt. Denn eine hohe Inlandsliquidität ermöglichte es den Banken, angesichts einer günstigen außenwirtschaftlichen Position auf den internationalen Kreditmärkten als Kreditgeber aufzutreten, so daß sich Österreich vom Kapitalimporteur zum Nettokapitalexporteur wandeln konnte. Schließlich wurden überdies Auslandsschulden vorzeitig beglichen, was in Zukunft eine geringere Belastung mit Zinszahlungen ans Ausland bedeutet.

AUF EIN WORT

„Ich glaube, daß die mittelständische Wirtschaft ihre Chance nutzen wird, wenn man ihr nur die Freiheit zur Entfaltung läßt."

Werner Klumpp, Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Saar. FOTO: FERDI HARTUNG

Devisenhandel ausgesetzt

rtr, **Caracas**

Venezuela hat am Mittwoch Devisenkontrollen angekündigt. Außerdem bleibt der Devisenhandel im Land bis zum Freitag ausgesetzt. Wie Finanzminister Arturo Sosa dazu am Mittwoch nach einer Kabinettsitzung unter Vorsitz von Staatspräsident Luis Herrera mitteilte, sind von dieser Maßnahme lediglich Transaktionen der Zentralbank des Landes ausgenommen.

Bereits am Montag hatte die venezolanische Regierung die Suspendierung des Devisenhandels für den 21. und 22. Februar angeordnet. Ziel dieser Maßnahme sei es, die massive Kapitalflucht zu stoppen. Aus dem gleichen Grund wird Venezuela nach den Worten des Finanzministers einen gespaltenen Wechselkurs einführen. Dabei werde der bisherige Kurs von 4,3 Bolivar für den Dollar für bestimmte Posten, wie wichtige Importe und die Rückzahlung von Schulden im Ausland beibehalten.

FRANKFURTER FRÜHJAHRSMESSE

Ifo: Das Konsumklima hat sich spürbar verbessert

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Anlaß zur Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung im Verlauf dieses Jahres sieht das Ifo-Institut, München, aufgrund seiner Branchenbefragung zur Frühjahrsmesse in Frankfurt (26. 2. bis 2. 3.). Das Klima hat sich nach Ansicht der Konjunkturforscher spürbar verbessert, der vorhandene Bedarf wird „unter entsprechend günstigen Bedingungen" auf eine rasche Befriedigung drängen. Realistisch hält das Institut aber fest, daß insgesamt auch in diesem Jahr noch mit einem Rückgang im privaten Verbrauch zu rechnen sei, wenn auch erheblich schwächer als im Vorjahr (real minus 1,5 Prozent).

Die Zeichen stehen also recht gut für die große Konsumgüterschau, die am Samstag in Frankfurt von Hessens Ministerpräsident Holger Börner und Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff eröffnet wird. An der Preisfront herrscht relative Ruhe, Erhöhungspläne über fünf Prozent hinaus wurden von den insgesamt 3924 Ausstellern, davon 37 Prozent aus dem Ausland, nicht genannt. Nach Angaben von Messechef Horstmar Stauber ist der Andrang so groß wie nie zuvor, viele Standwünsche konnten nicht erfüllt werden.

Die Aussteller setzen darauf, daß die vom Fachhandel besuchte Messe auch in diesem Jahr ihrem Ruf als „Ordermesse" gerecht wird, wie Norbert Streng (Bayerische Metallwarenfabrik, Nürnberg) betonte. Er sprach von „nie gekannten Kraftakten", mit denen sich Aussteller auf diese Messe vorbereitet hätten, nach dem Motto „Innovation ist Trumpf". Die dafür notwendigen Investitionen würden im übrigen völlig unabhängig von dem Wahltermin getätigt, betonte Streng, „wer streikt, fällt durch, gerade in der freien Marktwirtschaft".

GELDPOLITIK

Geiger: Inflationsproblem wurde zu lax behandelt

rtr, **Hamburg**

Eine zu laxe Behandlung des Inflationsproblems in wichtigen Ländern trägt nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, wesentlich zu den langanhaltenden rezessiven Tendenzen in der Welt bei. Vor dem Übersee-Club sagte Geiger am Dienstagabend, trotz einer Geldmengenpolitik der Notenbank bleibe der Zins die wichtigste Orientierungsgröße in der Geldpolitik. In der Bundesrepublik sieht Geiger Anzeichen für eine Konjunkturbelebung.

Die Höhe, Entwicklung und die Struktur des Zinses bestimmen nach den Worten Geigers die Verhaltensweisen von Investoren und Sparern. Ein System freier Wechselkurse setze gesunde ökonomische Verhältnisse und einen möglichst stabilen Geldwert voraus. Die USA trügen die größte Verantwortung, aber auch andere wichtige Welthandelsländer müßten durch sachgerechte Wirtschafts- und Geldpolitik den Prozeß der internationalen Integration stützen, sagte Geiger.

Eine Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte erwartet der Sparkassenpräsident erst dann, wenn die Staatshaushalte ihre Ansprüche an die Kreditmärkte reduzieren und mehr Mittel für die Finanzierung der produktiven Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stellten. So beliefen sich die jährlichen Zinskosten in der Bundesrepublik Deutschland für die öffentliche Verschuldung auf 50 Milliarden DM. Wenn jährlich gut sechs Milliarden DM an neuen Zinsbelastungen durch die Neuverschuldung hinzutreten würden, könnten die Finanzminister gar nicht so schnell Ausgaben kürzen und Steuern erhöhen, wie die steigenden Zinszahlungen ausmachten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

IW: Energie bleibt weiter knapp

Köln (rtr) – Trotz des gegenwärtig reichlichen Angebots wird nach Ansicht des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) die Energie in Zukunft knapp bleiben. Das Institut teilte mit, der Weltverbrauch an Primärenergie werde künftig wegen des steigenden Energiebedarfs der Entwicklungs- und Staatshandelsländer ansteigen. Dies könne auch nicht mit den erfolgreichen Sparmaßnahmen der Industrieländer ausgeglichen werden. Der Nachholbedarf der Länder der Dritten Welt sei besonders auf das starke Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Der Energieverbrauch in den Entwicklungsländern belaufe sich gegenwärtig auf 460 kg Steinkohleneinheiten (Ske) je Einwohner und Jahr, in den Staatshandelsländern auf 2000 kg Ske und in den Industrieländern auf 6000 kg Ske.

Stromerzeugung teurer

Essen (Bm) – Die Kosten für die Erzeugung von Strom aus fossilen Rohstoffen sind in den letzten drei Jahren nach Angaben der VEW, Dortmund, um 5,5 Milliarden Mark für die deutsche Elektrizitätswirtschaft gestiegen. Der kräftigste Auftrieb kam vom Gas, das die Brennstoffkosten je Kilowattstunde um durchschnittlich sieben Pfennig verteuerte. Schweres Heizöl, das jedoch nur noch zu drei Prozent an der Stromerzeugung beteiligt ist, verteuerte die Kilowattstunde um sechs Pfennig. Relativ gering war der Preisauftrieb, der von der Steinkohle kam. Er betrug gut zwei Pfennig je Kilowattstunde. Den geringsten Auftrieb verursachte der Kernbrennstoff mit 0,5 Pfennigen.

Neues Aktienrecht

Bern (rtr) – Mit einer am Mittwoch verabschiedeten Revision des Aktienrechts will die Schweizer Regierung vor allem die Information über die Vermögens- und Ertragslage der Aktiengesellschaften verbessern. Der Gesetzentwurf sieht nach Angaben des eidgenössischen Justizministeriums die Konsolidierungspflicht für Konzerne vor und verbietet die Verrechnung von Aktiven und Passiven oder von Aufwand und Ertrag. Der Gläubigerschutz soll verbessert und die Möglichkeiten der Vinkulierung eingeschränkt werden. Neu eingeführt wird dem Justizministerium zufolge eine Sonderprüfung zur Abklärung von Schädigungen durch Gesetzes- oder Statutenverletzung durch Gründer oder Organe.

Entlassungen bei Wabco

Hannover (dos) – Die Wabco Fahrzeugbremsen GmbH, Hannover, die in den vergangenen Monaten bereits Kurzarbeit eingeführt hatte, wird aller Voraussicht nach Antrag auf Massenentlassung stellen. Der nach eigenen Angaben größte europäische Hersteller von Nutzfahrzeug-Bremsen beschäftigt in den Werken Hannover und Gronau derzeit noch 2600 Mitarbeiter. Wie verlautet, soll diese Zahl um 300 verringert werden; die endgültige Entscheidung steht noch aus. Darüber hinaus beabsichtigt die Wabco-Geschäftsführung, bis September weitere 30 Tage Kurzarbeit zu beantragen.

RGW-Wirtschaftsgipfel

Berlin (AP) – In Ost-Berlin haben am Mittwoch die Vorbereitungen für die 37. Jahrestagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe des Ostblocks (RGW) begonnen. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur ADN wird das RGW-Planungskomitee, zu dem die Vorsitzenden der zentralen Planungsorgane der RGW-Staaten gehören, in mehrtägigen Beratungen die Materialien für den Wirtschaftsgipfel vorbereiten und Fragen der Zusammenarbeit für den Zeitraum nach 1985 erörtern. An den Zusammenkünften nähmen auch Vertreter Jugoslawiens, Südjemens und des RGW-Sekretariats teil. Aus der ADN-Meldung ging nicht hervor, wann der Wirtschaftsgipfel stattfindet.

Flankierende Maßnahmen

Brasilia (dpa/VWD) – Nach der Abwertung des Cruzeiro um 30 Prozent, die am Wochenbeginn in Kraft trat, hat die brasilianische Regierung als flankierende Maßnahme eine Senkung der geltenden Sonderabgabe für wichtige Rohstoffe von bisher 25 auf 15 Prozent verfügt. Für Maschinen und Geräte bleibt jedoch der bisherige Abgabensatz von 25 Prozent in Kraft. Kleinere und mittlere Privatunternehmen mit Devisenverschuldung sollen über staatliche Hilfsprogramme Unterstützung erhalten. In den nächsten Tagen soll ferner, so verlautete aus Kreisen des Energieministeriums, der Preis für Benzin und andere Mineralölprodukte um rund 21 Prozent angehoben werden.

LASTENAUSGLEICHSBANK

Die Eigenkapitalhilfen waren lebhaft gefragt

dpa/VWD, **Bonn**

Über eine lebhafte Kreditnachfrage berichtet die bundeseigene Lastenausgleichsbank (LAB) in Bonn. In den ersten sechs Wochen 1983 gingen bei dem Institut 2400 Anträge auf Existenzgründungsdarlehen im Rahmen des ERP-Programms in Höhe von 162 Millionen Mark ein. Das Darlehensvolumen lag damit um 69 Prozent und die Zahl der Anträge um 35 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Noch stürmischer waren Eigenkapitalhilfen gefragt. Die Bank verzeichnete 1142 Anträge (plus 238 Prozent) im Gesamtbetrag von 62 Millionen Mark (plus 434 Prozent). Im Rahmen des ERP-Standortprogramms hat sich die Zahl der Anträge mit 332 fast verdreifacht. Das Darlehensvolumen betrug 91 Millionen Mark (plus 394 Prozent).

Der Vorstand führte diese Entwicklung auf inzwischen verbesserte Konditionen, aber auch auf einen bemerkenswerten konjunkturellen Optimismus der Antragsteller zurück. Man sei zuversichtlich, daß eine anstehende Novelle zum „Gesetz über die Lastenausgleichsbank" noch 1983 das Parlament passieren werde. Dann könne entsprechend dem wachsenden Geschäftsvolumen das derzeitige Grundkapital der Bank von 25 Millionen Mark um 30 Millionen aus dem Bundeshaushalt und um weitere 25 Millionen Mark aus dem ERP-Sondervermögen aufgestockt werden.

Nach ersten Berechnungen hat die LAB 1982 bei einer Bilanzsumme von 11,5 (11,4) Milliarden Mark ein Geschäftsvolumen von 12,4 (12,3) Milliarden Mark erreicht. Bei 99 (64) Millionen Mark offenen Rücklagen stellten sich die haftenden Mittel auf 124 (119) Millionen Mark. Insgesamt wurden 45 600 (44 300) Kredite über 1,41 (1,34) Milliarden Mark bewilligt.

ARBEITSMARKT / Gewerkschaften gegen freiwilligen Lohn-Einbehalt

„Auswuchs der Arbeitsplatznot"

dpa/VWD, **Hamburg**

Vereinbarungen zwischen Unternehmensleitungen und Belegschaften über freiwilligen Lohn-Einbehalt, wie sie jetzt bei der Rendsburger Nobiskrug-Werft und der New York-Hamburger Gummiwarencompagnie in Hamburg getroffen werden, bleiben offensichtlich die Ausnahme. Wie aus einer dpa/VWD-Umfrage bei Verbänden, bei Industrie- und Handelskammern und Gewerkschaften hervorgeht, sind bundesweit bisher keine weiteren Abkommen zur Sicherung der Arbeitsplätze bekannt geworden. Ein Einzelfall bleibt auch die vom Konkurs bedrohte Arbed Saarstahl GmbH, bei der von den Arbeitnehmern die Hälfte des Weihnachtsgeldes für 1983 und 1984 einbehalten wird und erst ein Jahr später ausbezahlt werden soll.

Bei der Nobiskrug-Werft sollen für zwei Jahre die 1400 Belegschaftsmitglieder ihrer Firma demnächst monatlich fünf Prozent ihres Lohnes als Rücklage zur Verfügung stellen. Der Betriebsrat hat – trotz Kritik durch die IG Metall – zugestimmt. Bei der Gummiwarencompagnie werden nach dem Abkommen 4,5 Prozent der Löhne und der Gehälter der rund 600 Mitarbeiter einbehalten und nach drei Jahren verzinst zurückgezahlt werden. Hier hatte die IG Chemie nach den Worten eines Sprechers „nichts Negatives" gesehen.

Wie die Umfrage ergab, hat es in der Vergangenheit immer wieder Bestrebungen gegeben, die Arbeitnehmer zu einem freiwilligen Lohn-Einbehalt zu bewegen. So berichtet die Gewerkschaft Textil und Bekleidung von dem Versuch eines Bekleidungswerkes im niedersächsischen Nienburg, die Belegschaft an Samstagen ohne Zahlung von Zulagen arbeiten zu lassen. Hier wird immer wieder „mit der Angst der Leute um ihren Arbeitsplatz operiert", betonte die Gewerkschaft.

Auch in der DGB-Pressestelle in Berlin wurde von vereinzelten Bestrebungen in dieser Richtung gesprochen, doch sei es in keinem Fall zu einem Beschluß gekommen. Aus Mannheim war zu hören, daß dort Ende 1982 bei den Motoren-Werke (MWM) entsprechende Pläne bestanden hätten. Dem Unternehmen gehe es offensichtlich wieder besser, und die Pläne seien „völlig vom Tisch".

Wie die Umfrage weiter ergab, sind die Gewerkschaften gegen Abmachungen über freiwilligen Lohn-Einbehalt. Die IG Chemie in Niedersachsen spricht von einem „schrecklichen Auswuchs der Arbeitsplatznot". Man sehe die Vereinbarungen bei den Gummiwerken in Hamburg mit „Zähneknirschen". Der Berliner DGB lehnt Lohn-Einbehalte ab, insbesondere wenn sie auf „einen Lohnverzicht und eine Durchlöcherung der Tarifverträge hinauslaufen". Ablehnend äußerte sich auch ein Sprecher der IG Metall. Ein Sprecher der DAG hält nichts von Absprachen, solange sie nicht tarifvertraglich vereinbart sind. Wenn der Lohn-Einbehalt auf freiwilliger Basis geregelt werde, könne der Arbeitnehmer sein Geld besser zur Bank tragen, weil er dort sicher mit Zinsen rechnen könne.

ARBEITSMARKT

Biedenkopf: Tal ist erreicht

HEINZ HECK, Bonn

„Der neuen Bundesregierung ist es gelungen, das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit zum Stillstand zu bringen und die Voraussetzungen für eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt einzuleiten. Mit rund 2,5 *Millionen* Arbeitslosen ist der Tiefpunkt der Entwicklung im Arbeitsmarkt erreicht." Das erklärte gestern der stellvertretende CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf vor *Journalisten* und erläuterte Vorschläge seiner Partei zur Überwindung der Wirtschaftskrise.

Vorrangig geht es nach Meinung Biedenkopfs darum, die Diskriminierung des *Eigenkapitals und die* Überlastung der Arbeitsverhältnisse mit Nebenkosten abzubauen sowie die Erstarrung auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Zum Beispiel *mit einem* gespaltenen Körperschaftsteuersatz könnte der nicht entnommene, also reinvestierte Gewinn begünstigt (entweder befreit oder geringer besteuert) werden. In den hohen Lohnnebenkosten sieht Biedenkopf die Hauptursache für Schattenwirtschaft; sie stelle einen „Schwarzmarkt für Arbeit" dar, dessen Umsatz er auf etwa 100 Milliarden Mark schätzte. Diese Nebenkosten dürften künftig auf keinen Fall mehr erhöht werden. Zugunsten kleinerer und mittlerer Unternehmen sollten zum Beispiel die Kosten der Teilzeitarbeit auf größere Solidargemeinschaften verteilt werden.

Die von der SPD vorgestellten Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bezeichnete Biedenkopf als „ungeeignet und nicht finanzierbar". Mit ihrer Realisierung würde die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nicht verringert, sondern „drastisch" erhöht, zugleich die von der neuen Bundesregierung eingeleitete konjunkturelle Erholung unterbrochen.

NAMEN

Dr. Hans Adolf Esch, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Gießereiverbandes, Düsseldorf, vollendete am 22. Februar das 65. Lebensjahr.

Dr. Max Gennerich, geschäftsführender Gesellschafter der *Windmöller & Hölscher, Lengerich/* Westf. wird heute 70 Jahre.

Viktor Klinger (38) wurde zum Geschäftsführer der IBB Internationale Betriebe Beratungsgesellschaft mbH, München, bestellt.

USA / Starke Gewinneinbrüche im vierten Quartal, Konjunkturanregungen kann nur der Konsum geben

Die Investitionsneigung bleibt weiter gering

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Wirtschaft hat sich im vierten Quartal 1982 besser gehalten, als ursprünglich befürchtet. Wie die revidierten *Zahlen* des Handelsministeriums in Washington zeigen, schrumpfte das reale Bruttosozialprodukt statt um 2,5 nur um 1,9 Prozent. Zurückzuführen war das Minus auf den starken Rückgang der Lagerinvestitionen – vor allem bei Automobilen – und der Exporte. Dagegen zogen die Verbrauchsausgaben und die Einkäufe der Bundesregierung, verglichen mit der Juli-September-Periode, um 4,9 und 30,3 Prozent an. Inflationsbereinigt nahmen die Endverkäufe um 4,1 Prozent zu, während die Teuerungsrate, gemessen am Deflator, 3,7 Prozent ausmachte.

Im Gesamtjahr 1982 ist Amerikas Wertschöpfung real um 1,8 Prozent *gesunken, gegenüber minus 0,4* Prozent 1980 und plus 1,9 Prozent 1981. Der Konjunkturverlauf ähnelt einer Fahrt mit der Achterbahn, wobei die Talfahrten im vierten Quartal 1981 und im ersten Quartal 1982 (minus 5,3 und 5,1 Prozent) am tiefsten ausfielen. Im zweiten und dritten Quartal 1982 wuchs das US-Bruttosozialprodukt um 2,1 und 0,7 Prozent. Nominal erreichte es im vergangenen Jahr 3057,6 (1981: 2937,7; 1980: 2633,1) Milliarden Dollar; die Sparrate betrug 6,6 (6,4; 5,8) Prozent.

An der amerikanischen Wertschöpfung waren die Verbraucherausgaben 1982 mit 1971,3 (1981: 1843,2), die öffentliche Hand mit 647,3 (596,9), die privaten inländischen Bruttoinvestitionen mit 420,5 (471,5) und die Exporte von Güter und Dienstleistungen mit 18,5 (26,1) Milliarden beteiligt. Übers Jahr zurückgegangen ist die Nachfrage der Verbraucher nach dauerhaften Gebrauchsgütern (1,3 Prozent), die betrieblichen Investitionen (3,8), die Nachfrage nach Privathäusern (10,4) und die Käufe der Bundesstaaten und Gemeinden (1,0 Prozent).

Die Voraussetzungen für eine Konjunkturerholung, die nach den Prognosen des Handelsministeriums schon begonnen haben soll, sind also nicht so schlecht. Die Anstöße müssen jedoch von den Konsumenten kommen. Denn nach der jüngsten Umfrage des Ministeriums nimmt die Investitionsbereitschaft der US-Unternehmen 1983 weiter ab. Nominal verringern sich ihre Aufwendungen für neue Produktionsanlagen und Kapitalgüter, verglichen mit 1982, um 1,3 Prozent auf 315,7 Milliarden Dollar.

In der Weiterverarbeitung zeichnet sich ein Rückgang um 2,6 Prozent auf 119,5 Milliarden Dollar ab. Eliminiert man die Preisänderungen, *dann sieht das Bild noch düsterer* aus. Nach Angaben des Handelsministeriums macht das reale Investitionsminus 1983 rund 5,2 Prozent aus. 1982 hatte es schon 4,8 Prozent betragen, während die realen Zunahmen 1981 und 1980 nur magere 0,2 und 0,9 Prozent erreichten. Diese Entwicklung erklärt die eigentliche Schwäche der US-Wirtschaft, die sich in den enttäuschenden Produktivitätsfortschritten widerspiegelt. Verantwortlich dafür sind die gebremsten Absatzerwartungen, die ständig geschrumpften Erträge und die lange Phase der Hochzinspolitik des Federal Reserve Board.

In den USA gibt es kaum einen Wirtschaftszweig, der seine Inve*stitionsprogramme nicht wieder* zurückgeschnitten hat. Die Hersteller von langlebigen Gebrauchsgütern sowie Konsumartikeln stellen in diesem Jahr nur 57,4 und 62,2 Milliarden Dollar bereit. Zu konstanten Preisen (1972) sind das 3,5 und 7,6 Prozent weniger als 1982. Die Investitionen des Bergbaus werden auf 16,5, im Transportbereich auf 11,9, der Versorgungsunternehmen *auf 40,0* und im Handels- und Dienstleistungssektor auf 86,9 Milliarden Dollar veranschlagt. Hier beträgt das reale Minus 4,9, 2,6, 9,3 und 2,3 Pro*zent*.

Nun können die Investitionspläne natürlich nach oben revidiert werden, wenn der langerwartete Aufschwung wirklich eintritt. Das hängt aber von der Zinsentwicklung und den Unternehmenserträgen ab. Im vierten Quartal 1982 hat die Rezession den Firmen zum Teil übel mitgespielt. Legt man die Geschäftsberichte von 500 größeren US-Gesellschaften zugrunde, dann verringerten sich die Gewinne nach Steuern, verglichen mit der Oktober-Dezember-Periode 1981, um durchschnittlich 30 Prozent.

Der Sturz fiel steiler aus als im vorausgegangenen dritten und zweiten Quartal, als der Rückgang jeweils mehr als 18 Prozent ausmachte. Am stärksten betroffen waren die Elektronik mit minus 76, Baumaterialien mit 54 und Chemikalien mit 51 Prozent.

Die Gewinnvoraussagen für 1983 bleiben in den USA gedämpft. Aber alles spricht für eine Besserung. Die Erfahrungen zeigen, daß die Unternehmen bei steigender Produktivität zunächst erhebliche Kostenvorteile erhalten.

FRANKREICH / Vor neuer Franc-Abwertung?

Hohe Auslandsverschuldung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung ist gezwungen, zur Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite und zur Verteidigung des Franc immer stärker auf Auslandsanleihen zurückzugreifen. Bereits im Januar nahm Frankreich den internationalen Kapitalmarkt mit 1,64 Milliarden Dollar in Anspruch, wie sich aus der letzten Monatsübersicht des Kapitalmarktausschusses der OECD ergibt. Frankreich ist damit praktisch an die Spitze der Emittenten von Devisenanleihen gerückt. Die von den USA im Ausland begebenen Anleihen über 1,76 Milliarden Dollar sind nicht voll vergleichbar, da diese in nationaler Währung zurückgezahlt werden.

Im vergangenen Jahr rangierte der OECD zufolge Frankreich mit Auslandsanleihen von 14,5 Milliarden Dollar an dritter Stelle nach den USA (26,5) und Kanada (15,3). Im Monatsdurchschnitt haben also die französischen Kreditaufnahmen erheblich zugenommen. Dabei sind noch nicht einmal alle Auslandskredite berücksichtigt.

Dies gilt insbesondere für den Anfang 1983 von Saudi-Arabien dem französischen Schatzamt bereitgestellten Devisenkredit, der mindestens 2 Milliarden Dollar erreichen soll. Die inoffiziellen Schätzungen für die 1982 vom französischen Staat und den staatlichen Unternehmen effektiv aufgenommenen Auslandskredite bewegen sich zwischen 20 und 25 Milliarden Dollar.

Angesichts der inzwischen wohl 30 Milliarden Dollar überschreitenden Auslandsverschuldung Frankreichs hält man es in internationalen Finanzkreisen für wahrscheinlich, daß die sozialistische Regierung in absehbarer Zeit den Franc ein drittes Mal abwertet.

FRANKREICH / Paris: Unberechtigte Vorwürfe

Staatshilfe verlängert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Offensichtlich von amtlicher Seite inspiriert, beklagt die hiesige Presse die verschiedenen Verfahren, die von der Brüsseler Kommission gegen die französische Regierung wegen Verletzung der Freihandelsbestimmungen des EG-Vertrages eingeleitet worden sind. Während andere Mitgliedsstaaten bei ähnlichen Verstößen ausgesprochen glimpflich behandelt würden, versuche man Frankreich an den Pranger zu stellen.

Ausdrücklich zitiert dabei „Le Monde" die Bundesrepublik, die wegen angeblich vertragswidriger staatlicher Hilfen an die Stahlindustrie und protektionistischer technischen Normen von Brüssel nicht zur Rechenschaft gezogen worden sei. Um so mehr betätige sich der deutsche EG-Kommissar Narjes gegenüber Frankreich als Hüter des Freihandels.

Aber Paris beachtet die ungerechtfertigt erscheinenden Brüsseler Beanstandungen einfach nicht. Dies gilt insbesondere für die Behinderung der Einfuhr japanischer Video-Rekorder durch die umständlichen Zollformalitäten in Poitiers. Dabei werde es vorerst bleiben, erklärte Außenhandelsminister Jobert am Dienstagabend in Brüssel. Denn zunächst müsse kontrolliert werden, ob sich die Japaner tatsächlich an die von ihnen zugesagten Exportbeschränkungen halten. Außerdem hat die französische Regierung angekündigt, daß sie entgegen den Brüsseler Beanstandungen die vor einem Jahr geschaffene Staatshilfe für die Textil- und Bekleidungsindustrie um ein weiteres Jahr verlängern würde. Hiervon haben 1982 insgesamt 2785 Unternehmen mit 350 000 Beschäftigten (zwei Drittel der Branche) profitiert.

Teletex – billiger und schneller als Telex

GISELA REINERS, Bonn

Der gute alte Fernschreiber wird vermutlich in ein paar Jahren ausgedient haben – Teletex hat ihn eingeholt. Der neue Fernmeldedienst der *Deutschen Bundespost arbeitet* schneller, billiger und mit mehr Möglichkeiten als Telex. Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) eröffnete soeben die erste *interkontinentale Verbindung mit* Kanada. Mit Österreich besteht sie schon, mit den USA steht sie unmittelbar bevor.

Teletex ermöglicht es, schriftliche Mitteilungen unter Beibehaltung von Format und Layout in durchschnittlich zehn Sekunden zwischen den Teilnehmern auszutauschen, die über eine für den *Teletexdienst* zugelassene kommunikationsfähige Speicherschreibmaschine, Text- oder Datenverarbeitungsanlage besitzen. Über eine Umsetzeinrichtung kann eine Verbindung *zwischen Teletex und* Fernschreiber hergestellt werden (z. B. zu Telexanschlüssen des Seefunks, der Telegrammaufnahme usw.).

Die Vorzüge von Teletex liegen vor allem bei der Geschwindigkeit der Übermittlung und seinen niedrigen Kosten. Ein zweiseitiges Schriftstück mit 2000 Zeichen verursacht *Übertragungsgebühren* von einer Mark bei einer Übertragungszeit von 15 Sekunden. (Brief: 1,20 DM, 8 bis 10 Tage; Luftpost: 1,40 DM, 2 bis 4 Tage; Telex: 16,50 DM, fünf Minuten; Telefon: 22 DM, 3 Minuten). Innerhalb der Bundesrepublik kostet das gleiche Schreiben nur 28 Pfennig. Bis Ende 1983 rechnet die Post mit 5000 Teilnehmern, in fünf Jahren mit 50 000 (z. Zt. 2000).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Roswitha *Meier*; **Alzey:** Herbert Wermke, Bäcker u. Konditor; **Berlin:** HAF-Beteiligungsges. mbH, Dreieich; **Betzdorf:** Gregor Landermann, Heckenhof; **Bielefeld:** Wolfgang Weber, Inh. e. Lackiererei-Betriebes; Helbert-Hausbau-GmbH, Schloß Holte-Stukenbrock; GHB Bauges. mbH, Schloß Holte-Stukenbrock; **Bochum:** Dagmar Bettner, Herne 1; Klaus Mennerich; **Calw:** Gerhard Waidner, Bad Herrenalb-Rotensol; **Dannenberg/E.:** Gerhard Volk, Bäckermeister, Gartow; **Essen:** Nachl. d. Hans Paulig, Polizeihauptmeister; **Hagen:** Nachl. d. Maria Elisabeth Eller geb. Kieseier; **Hamburg:** E. P. Feinchemikalien Handel GmbH; **Kassel:** United Trading Comp. GmbH; ET-Türelemente GmbH, Helsa; **Kiel:** Playsland GmbH Spielwarengroßhandlung, Melsdorf; **Köln:** *Gottfried Hagen AG*; **Michelstadt:** Notstrom-Anlagen GmbH; **Mönchengladbach:** RHE Fenster + Metallbau GmbH i. L.; **Nördlingen:** Horst Martin Bauwerksabdichtungen GmbH; **Osnabrück:** Niemann, Schwalb & Co. GmbH; **Schweinfurt:** Walter Grom, Kaufm., Bad Kissingen; **Soest:** Holzwerk Gröver GmbH & Co. KG, Rüthen; **Walsrode:** Rodger Fahl, Bauingenieur; Willi Hahn, Schachtmeister; **Wuppertal:** Calmotherm – Fenster GmbH, Velbert 1.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Berlin: Askanische Bank Trautwein & Co. (KG) i. L.; **Hameln:** Andrea Spangenberg KG, Vogue-Moden; **Heilbronn:** Böckinger Ziegel GmbH; **Ludwigshafen/Rhein:** Kaiser Omnia Bewehrungs*elemente GmbH, Fussgönheim*.

Vergleich eröffnet: Baden-Baden: TWS Trent Werbeservice GmbH, Bühl; **Worms:** Wolfram Muth, Kaufm., Gimbsheim.

Vergleich beantragt: Hamburg: KG i. BWB Bauträgerges. f. d. Wohnungsbau mbH & Co.; BWB Bauträgerges. f. d. Wohnungsbau mbH; **Neu-Ulm:** Josef Stadler GmbH & Co; Fahrzeuge Stadler GmbH & Co.; **Stuttgart:** Optura-Brillenfabrik Dr. Gustav Gammert GmbH & Co. KG, Leonberg; **Schleswig:** Helmut Siefert, Klein Rheide; **Vechta:** B. Webebrink KG, Dinklage; **Wuppertal:** Thomas-Werkzeuge Paul Thomas GmbH & Co. KG.

GROSSBRITANNIEN / Linotype will Produktion nach Frankfurt verlagern

Heftige Empörungswelle im Unterhaus

WILHELM FURLER, London

Die Entscheidung des US-Konzerns Allied Corporation, die Produktion ihrer Tochterfirma Linotype-Paul im englischen Cheltenham zu schließen und auf das deutsche Werk in Frankfurt zu konzentrieren, hat in politischen Kreisen in Großbritannien Empörung ausgelöst. Mitglieder der Geschäftsführung von Allied Corporation werden am Freitag mit dem britischen Industrieminister Patrick Jenkin zusammentreffen, um ihre Entscheidung zu erläutern.

Bislang produzieren die 500 Mitarbeiter von Linotype-Paul in den zwei Werken in Cheltenham elektronische Satzmaschinen, die auch im Frankfurter Werk hergestellt werden. Nach Angaben der Ge*schäftsführung sind die Aussich*ten für diesen Produktionsbereich nicht sehr günstig. Die Fertigung in den USA sei bereits eingestellt worden, und der Entschluß, die Produktion nun auf Frankfurt zu konzentrieren, sei nicht leicht gefallen.

Ausschlaggebend seien allein Gesichtspunkte im Bereich Forschung und Entwicklung gewesen. Dagegen haben in den letzten Tagen Abgeordnete im Unterhaus schwerwiegende Beschuldigungen gegen die deutsche Bundesregierung vorgetragen. Sie habe mit „unrechtmäßigen finanziellen Anreizen" die Geschäftsführung von Allied Corporation dazu bewogen, die mit Überstunden und vollen Auftragsbüchern arbeitenden Linotype-Paul-Werke in Cheltenham zu schließen und die Produktion nach Deutschland zu verlegen.

Andererseits hat der britische Industrieminister gerade ein Schreiben der EG-Kommission in Brüssel erhalten, die ihn darin auffordert, zu ähnlichen Beschuldigungen Stellung zu nehmen. In diesem Fall geht es um den amerikanischen Gabelstapler-Produzenten Hyster, der sich nach langem Hin und Her entschlossen hat, sein Werk in Schottland doch nicht zu schließen und sogar weiter auszubauen, dafür aber den Betrieb in Belgien stillzulegen und die Belegschaft im holländischen Werk stark zu reduzieren. London soll der US-Firma zusätzlich zwölf Millionen Pfund an Regionalhilfen zur Verfügung gestellt haben.

FAG KUGELFISCHER / Dürkopp-Sanierung greift

Wieder mit schwarzen Zahlen

VWD, Schweinfurt

Die FAG Kugelfischer Georg Schäfer & Co., Schweinfurt, wird auch im Geschäftsjahr 1982 schwarze Zahlen schreiben. In einem Pressegespräch in Schweinfurt erklärte Otto Schäfer, einer der geschäftsführenden Gesellschafter, es sei nicht leicht gewesen, bei einem Umsatz, der in der deutschen Firmengruppe nur knapp das Vorjahresniveau erreicht habe und damit real um mehr als 5 Prozent hinter dem Vorjahr zurückblieb, die „30jährige Tradition der schwarzen Zahlen fortzusetzen". Daß es dennoch gelungen sei, in der deutschen Firmengruppe einen Jahresüberschuß zu erwirtschaften, der voraussichtlich bei zwei Dritteln des Vorjahreswertes von 22,44 (32,86) Mill. DM liegen werde, sei auf die Anpassung von Kosten und Ausgaben an die geringer gewordenen Produktions- und Absatzmöglichkeiten zurückzuführen.

Da man die Entwicklung des Jahres 1982 zumindest von der Tendenz her sehr frühzeitig realistisch eingeschätzt habe, sei es durch den richtig dosierten Einsatz von Kurzarbeit gelungen, die „damals noch etwas zu hohen" Bestände abzubauen, wenn die Ziele des *Bestandsabbaus* wegen der sich stark und damit „etwas unerwartet" abschwächenden Nachfrage im zweiten Halbjahr auch nicht ganz erreicht worden seien. Mit dem Bestandsabbau um rund 30 Mill. DM zeigte sich Schäfer allerdings „doch einigermaßen zufrieden". Auch die Bankverbindlichkeiten konnten im Vergleich zum Abschluß 1981 um rund 60 Mill. DM vermindert werden. Dies sei möglich gewesen, obwohl auch 1982 bei auf 120 Mill. DM angestiegenen Abschreibungen rund 100 Mill. DM *reinvestiert wurden*.

Unvermeidlich sei es 1982 gewesen, den Personalbestand in der deutschen Firmengruppe um durchschnittlich 4,9 Prozent zu vermindern. Mit Ausnahme der Sonderfälle Dürkoppwerke und Ultra sei dies überwiegend im Zuge der natürlichen Fluktuation geschehen.

Die Dürkoppwerke GmbH, Bielefeld, hat 1982 wieder mit Gewinn abgeschlossen, nachdem im Vorjahr ein Verlust von mehr als 20 *Mill. DM entstanden* war. Wie Wolfgang Masuch, Mitglied des Direktoriums der Unternehmensführung der FAG Kugelfischer, erklärte, habe das Unternehmen aus eigener Kraft schwarze Zahlen geschrieben. Der Umsatz sei mit 125 Mill. DM gehalten worden.

Kugelfischer	1982	±%
Firmengruppe Welt		
Umsatz (Mrd. DM)	2,43	– 1,4
davon Ausland	1,40	– 3,7
Firmengruppe Inland		
Umsatz	1,99	– 0,3
davon Export	0,97	– 2,4
FAG Kugelfischer		
Umsatz	1,80	– 1,5
davon Export	0,87	– 2,2
Auftragsbestand Inland-Gruppe (in Monaten)	5,4	(7,3)
Mitarbeiter (31. 12.)		
weltweit	28 300	– 5,0
Inland	23 300	– 4,9

Adig sieht gute Börsenchancen

cd. Frankfurt

Die Adig, mit 6,2 Mrd. DM Fondsvermögen und 21,7 Prozent Marktanteil zweitgrößte deutsche Investmentgesellschaft, berichtet über durchweg zweistellige Wertsteigerungen ihrer Zertifikate in der zweiten Hälfte 1982 und einen Mittelzufluß von 266 Mill. DM nach einem Rückfluß von 92 Mill. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Als enttäuschend empfindet die Adig die trotz guter Börsenentwicklung immer noch vorherrschende Zurückhaltung der Sparer gegenüber Aktienfonds.

Für 1983 erwartet Geschäftsführer Lutz Wille einen deutlichen Aktienkursanstieg und einen Zinsrückgang, der beim Diskontsatz bis auf drei Prozent (jetzt fünf Prozent) gehen kann. Die Anlagepolitik des „Adirenta", der zeitweilig bis zu 25 Prozent US-Renten enthielt, ist inzwischen durch eine Rückführung dieser Position auf 17 Prozent geprägt. Auch am US-Aktienmarkt ist Adig beim „Fondis" auf die Verkäuferseite gegangen. (Abbau von 60 auf 40 Prozent). Mehr Chancen sieht Wille an der deutschen Börse, wo Bau- und Baunebenwerte, BMW, Daimler und Siemens kräftig aufgestockt wurden.

O & K mit deutlich kleinerem Verlust

J. G. Düsseldorf

Eine „deutliche" Verringerung des Vorjahresverlustes (50 Mill. DM) kündigt der zur Hälfte dem Hoesch-Konzern gehörende Dortmunder Maschinen- und Anlagenbauer Orenstein & Koppel AG (O & K) für 1982 an. Nach weiterem Griff in die Rücklagen werde die Bilanz abermals ausgeglichen abschließen. Der Weltumsatz fiel 1982 auf 1,13 (1,26) Mrd. DM, der AG-Umsatz auf 0,91 (1,01) Mrd. DM zurück. Bei der AG blieb der Auftragseingang mit 930 Mill. DM um 18 Prozent unter dem Vorjahreswert, dies vor allem wegen der um 28 Prozent auf 400 Mill. DM gesunkenen Inlandsnachfrage.

Während der letzten Monate beobachtet O & K bei Standard-Produkten eine „deutliche Belebung" der Inlandsnachfrage. Das Kostensenkungsprogramm führte zu einer weiteren Verringerung der AG-Belegschaft um 11 Prozent auf 6453 Leute. Mit jeweils weltweiter Produkt- und Ergebnisverantwortung wurde eine neue Konzernstruktur auf Basis von vier Unternehmensbereichen geschaffen: Baumaschinen / *Gewinnungstechnik*, Tagebau / Schiffstechnik, Zementanlagen / Aufbereitungstechnik und Rolltreppen.

SCHWABENGARAGE / Kräftiger Schub vom „Sierra"

Neuzulassungen nehmen zu

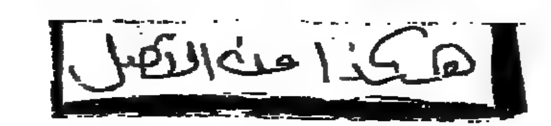
WERNER NEITZEL, Stuttgart

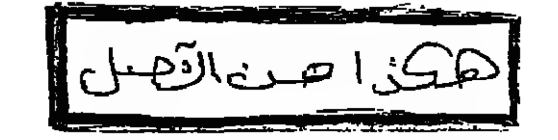
Am jahrelang von Schrumpfung gekennzeichneten inländischen Automobilmarkt ist der Knoten geplatzt. Dies ist jedenfalls die Einschätzung der Schwabengarage AG, Stuttgart, des größten deutschen Ford-Händlers. Nachdem schon das letzte Quartal 1982 steigende Zulassungszahlen signalisierte, hielt dieser Trend auch im neuen Jahr an.

Nach Angaben von Vorstandssprecher Lothar Pulvermüller registrierte die Schwabengarage in den ersten beiden Monaten 1982 im Pkw-Geschäft um 25 Prozent höhere Auftragseingänge. Er begründete diesen Umschwung mit der allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven und im Falle Ford von dem kräftigen Schub durch das neue Modell „Sierra". Von diesem Typ habe man bis heute 2500 Einheiten verkauft. Das für 1983 gesteckte Ziel von 5000 Einheiten werde spielend erreicht werden. Insgesamt geht Pulvermüller für 1983 von einer Steigerung des Fahrzeugumsatzes seiner Gesellschaft von 15 Prozent aus. Belebungsansätze sieht man auch für den Nutzfahrzeugsektor und den Bereich Baumaschinen.

In 1982 verbuchte die Schwabengarage einen Umsatzanstieg von 6,6 Prozent auf netto 388,6 Mill. DM, wobei das Wachstum aus der Übernahme von zwei Ford-Betrieben *in* Frankfurt und Pforzheim sowie aus der Erweiterung des Verkaufsgebiets für Baumaschinen (der IBH-Gruppe) resultiert. Die Auslieferung von Ford-Neuwagen *verringerte sich um 4,9 Prozent auf* 13 717 Einheiten, doch vergrößerte sich hier durch den Trend zum höherwertigeren Fahrzeug der Umsatzanteil um 7,1 Prozent auf 291 Mill. DM.

Deutlich angestiegen sind die Leasing-Umsätze um 12,9 Prozent auf 54 Mill. DM, wobei das Privatleasing immer mehr in den Vordergrund rückt. Rückläufig (um 4,7 Prozent) waren die Werkstattumsätze. Hier wurde teilweise auch kurzgearbeitet. Die Schwabengarage habe – so Pulvermüller – insgesamt schwarze Zahlen geschrieben.





ZINKHÜTTEN / Bald Strompreiserhöhung

1000 Arbeitsplätze gefährdet?

HANS BAUMANN, Datteln

Es war ein Protest- und Diskussionsforum zugleich. Der Konzernbetriebsrat der Metallgesellschaft (MG) AG, Frankfurt, hatte 50 Betriebsratsvorsitzende deutscher Metallhütten nach Datteln gerufen, wo die Metallgesellschaft 50 Prozent der Ruhr-Zink GmbH hält. Und diese Ruhr-Zink GmbH mit ihren rund 1000 Beschäftigten ist in ihrer Existenz bedroht, wenn eine Sondervereinbarung zwischen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) Ende des Jahres ausläuft und die VEW statt bisher rund 4 Pfennig je Kilowattstunde Strom 7 Pfennig kassieren.

„Es ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung, wenn eine Hütte nach der anderen geschlossen wird", hatte Rolf Joppen vom Konzernbetriebsrat einleitend erklärt und dann das Wort dem Bürgermeister der Stadt, Bundestagsabgeordneten und einem Ministerialen aus Düsseldorf erteilt, die Lösungsvorschläge unterbreiten sollten, bevor die Betriebsräte in die Diskussion eingriffen.

Das Faktum: Die Zinkelektrolyse in Datteln ist die modernste der Welt. Doch die Strompreise der ausländischen – subventionierten – Konkurrenz liegen bei 30 bis 60 Prozent des Aufwandes für Strom in Datteln. Ein Strompreis von 7 Pfennig wird zur Schließung der Hütte führen, einer von vier Pfennig bedeutete das Überleben.

Eine Patentlösung hatte natürlich niemand parat, sieht man von den Rufen nach direkten Subventionen ab. Der Bundestagsabgeordnete der FDP, Klaus Beckmann, setzt auf Kampf gegen den Protektionismus und auf energische Interventionen in Brüssel. Ferner glaubt er an niedrigere Strompreise durch Förderung moderner Energietechniken (Brüter, Hochtemperaturreaktoren). Der Landesregierung von NRW wirft er vor, zwar moderne Techniken gefördert, sie aber im gleichen Zuge durch übertriebene Umweltauflagen wieder gestoppt zu haben.

Ludwig Gerstein von der CDU-Bundestagsfraktion warnt vor neuen Rufen nach dem Staat. Er beklagt, daß das Wirtschaftsministerium von NRW die Stromkosten der Aluminium- und Zinkhütten immer wieder herunterspiele. Er plädiert für kürzere Genehmigungsverfahren und fragt, ob in Industrierevieren der Umweltschutz höchste Priorität haben muß, dessen Kosten überhaupt nicht berücksichtigt würden. Sein Petitum an die Politik: Ausgleichsmechanismen für eine Übergangszeit – bis die Konjunktur wieder anspringt.

Während Kurt Offers vom Wirtschaftsministerium in Düsseldorf auf Wege verweist, die Bonn aus dem Dilemma suchen müsse, meint der Energieexperte der SPD, Ulrich Steger, daß man aus dem Topf des Kohlepfennigs schöpfen sollte, um die Metallhütten überleben zu lassen. Mit diesem Instrument lasse sich aktive Beschäftigungspolitik betreiben. Auch er fordert Hilfe von Bonn. „Wir dürfen es bei den Metallhütten nicht so laufen lassen wie beim Stahl."

Horst Niggemeier, Bürgermeister von Datteln, mag nicht auf Hilfe aus Brüssel warten. Er ist der Meinung, daß man nicht Kohlepolitik unter dem Begriff „nationaler Reserve" betreiben und gleichzeitig Kohleabsatzpolitik vernachlässigen kann. Niggemeiers Rat: Kohlepolitik und damit Kohlepreispolitik darf nicht länger Angelegenheit des Bundes und des Landes NRW sein. Kohlepolitik habe eine Bundesaufgabe zu sein. Hier sei der Bundesrat gefordert.

BRAUN / Ergebnis wurde deutlich verbessert

Neuheiten sichern Erfolg

INGE ADHAM, Frankfurt

Weltweit sieht es gleich aus: Die Verbraucher halten sich ziemlich zurück, der Handel plant deshalb äußerst vorsichtig. Mit einer kurzfristigen Änderung dieser Situation ist nicht zu rechnen, meint der Vorstand der Braun AG, Kronberg. Nach der Konzentration auf die Hauptproduktlinien – Foto- und HiFi-Geschäft wurden abgegeben – und einem „verstärkten Einsatz von Forschung und Entwicklung für innovative technische Produkte" sieht sich das Unternehmen jedoch in seiner „Widerstandskraft" gestärkt.

Erste Früchte der Umstrukturierung erntete das Unternehmen bereits im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.). Der von der AG ausgewiesene Jahresüberschuß von 14,7 (0,9) Mill. DM liegt leicht über dem Ergebnis vor Aufgabe der beiden Produktsparten Foto und HiFi; nach zwei in etwa ausgeglichenen Jahren schließt man damit wieder an die frühere Entwicklung an, heißt es im Geschäftsbericht.

Aber auch für 1981/82 wird die Muttergesellschaft, die amerikanische Gillette Company, Boston, die alle Stimmrechtaktien (Stammaktien) und 99 Prozent der stimmrechtslosen Vorzugsaktien hält (Grundkapital 50 Mill. DM) wieder auf eine Dividende verzichten. An die wenigen freien Aktionäre sollen 15,20 (7,50) DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet werden (Hauptversammlung am 7. April).

Die Konzentration auf das weltweite Geschäft mit Elektrokleingeräten brachten der Braun-Gruppe im vergangenen Jahr trotz weltweit rezessiver Erscheinungen 984 (989) Mill. DM Umsatz. Klammert man das Foto- und HiFi-Geschäft aus, errechnet sich ein Plus von 3,6 Prozent. Insgesamt 71 (70) Prozent des Umsatzes entfallen auf das Ausland. Für die AG werden 602 (622) Mill. DM Umsatz ausgewiesen, 3,3 Prozent weniger als im Vorjahr. (Ohne Foto und HiFi plus 2,8 Prozent.)

Der Erfolg der Braun AG, die auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder diverse Design-Preise einheimsen konnte, steht und fällt mit den Neuheiten. So war der Sektor der Haarpflegegeräte mit einem Umsatzplus von 21 Prozent (in der Gruppe) die erfolgreichste Produktlinie, vor allem mit netzunabhängigen Geräten. Bei der Haustechnik wurde ein Plus von 9 Prozent in der Gruppe erreicht, in Deutschland allein machte der Zuwachs 34 Prozent aus. Ähnlich gut seien die Ergebnisse in einigen westeuropäischen Ländern, in Skandinavien, in Nahost und im pazifischen Raum gewesen.

Absolute Umsatzanteile der einzelnen Produktlinien nennt Braun traditionell nicht, betont aber die führende Marktposition bei Haarpflegegeräten in Europa und die Marktführerschaft bei Rasierern in der Bundesrepublik. Dieser Bereich habe im übrigen unter dem abgeschwächten Rasierermarkt gelitten, was auch bei Braun zu einem leichten Umsatzrückgang in diesem Sektor geführt habe.

Als Folge der Umstrukturierung sank die Mitarbeiterzahl bei Braun in der Bundesrepublik auf 4247 (4928) Beschäftigte zum Ende des Geschäftsjahres, im Ausland nahm analog zum steigenden Auslandsanteil die Beschäftigtenzahl um knapp 5 Prozent zu, so daß in der Gruppe jetzt 7650 (8175) Mitarbeiter tätig sind. Investiert wurden, überwiegend in Deutschland und für neue Produkte, 48 (46) Mill. DM.

AEG

Gespräche mit dem Bankenkonsortium

VWD, Frankfurt

Eine wichtige Vorentscheidung für das Zustandekommen des AEG-Vergleichs wird von der für den 25. Februar anberaumten Sitzung des AEG-Bankenkonsortiums erwartet. Der AEG-Vergleichsverwalter Wilhelm Schaaf und der AEG-Vorstand werden dabei den 25 wichtigsten Gläubiger-Banken den für die Gläubigerversammlung (9. März) vorbereitenden Vergleichsstatus erläutern.

Den Banken ist dazu in diesen Tagen bereits ein etwa 100 Seiten umfassender Bericht über den AEG-Jahresabschluß 1982 übermittelt worden. Wie dazu verlautete, hat sich danach der AEG-Verlust mit rund 980 Mill. DM in der schon im September vergangenen Jahres prognostizierten Größenordnung gehalten. Dabei haben sich für die einzelnen AEG-Konzernbereiche allerdings noch deutliche Verschiebungen nach oben und unten ergeben.

Bei den 980 Mill. DM handelt es sich dem Vernehmen nach um das Ergebnis vor der Belastung durch weitere Strukturmaßnahmen, die mit zusätzlich rund 1 Mrd. DM anzusetzen seien. Unterrichtete Kreise halten es für weitgehend gesichert, daß die sich aus dem Vergleich ergebende Entlastung von Forderungen der Banken und sonstigen Gläubigern es ermöglichen wird, für 1982 und 1983 eine ausgeglichene Doppelbilanz vorzulegen.

Die derzeitige Liquidität des Konzerns gilt in Finanzkreisen als gut, zumal die dem Vergleichsverwalter zur Verfügung gestellten Massedarleben über 2,2 Mrd. DM und die Bundesbürgschaft (600 Mill. DM) nur teilweise beansprucht worden seien.

PAPIERINDUSTRIE / Ärger über Subventionsunwesen

Mit Vorsicht durch Flaute

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit einem blauen Auge ist die deutsche Papierindustrie im konjunkturschwachen Jahr 1982 davongekommen. Bei einem von ihrem Verband auf weitere 4 (1) Prozent geschätzten Rückgang des Verbrauchs an Papier und Pappe auf dem Inlandsmarkt ging die Produktion dank weiter gestiegenem Export und nochmals rückläufigem Importanteil auf nun noch 38,5 (39,4) Prozent der inländischen Marktversorgung nach 3 Prozent Plus im Vorjahr nur um schätzungsweise 1 Prozent zurück.

Weit reicht die Freude ob des moderat gebliebenen Produktionsabfalls beim Verbandspräsidenten Carl-Ludwig Graf von Deym freilich nicht. Denn nach seiner Einschätzung ist die Kapazitätsauslastung der noch 220 (226) deutschen Betriebe der Branche auf 87 bis 88 (nach 90) Prozent zurückgefallen. Mindestens 90 (statt der erstrebten 85) Prozent müßten es beim heutigen Erlösniveau für das Erreichen der Gewinnschwelle sein. Eine im Branchendurchschnitt unbefriedigende Ertragslage signalisiere denn auch der bei etwa 7 Prozent des Umsatzes gebliebene Brutto-Cash flow der Betriebe, der „eigentlich" bei 12 bis 13 Prozent liegen müßte.

Daran wird sich 1983 voraussichtlich wenig ändern. Von Preiserhöhungen ist kaum die Rede. Vom Markt erwarten die Produzenten keine nennenswerten Impulse. Man richtet sich auf ein Produktionsniveau wie 1982 ein, mithin auf weitere Kurzarbeitsperioden, und obendrein auf ein bestenfalls gleichbleibendes Investitionsniveau, bei dem Rationalisierung klar im Vordergrund steht.

Auch längerfristig sieht der Verband die Branche nur noch mit einer Jahresrate von 1 Prozent auf dem Wachstumspfad. Er mahnt zur Vorsicht bei Kapazitätserweiterungen.

Ärgerlich ist für die deutschen Produzenten die auch in ihrer Branche zunehmende Subventionsseuche. Frankreichs Regierung stützt eine bedeutende Papierfabrik mit Monatszuwendungen von etwa 4 Mill. DM, desgleichen eine „überflüssigerweise gerade vergrößerte" Zellstoffabrik. Hollands Regierung subventioniert den Altpapiereinsatz mit 25 Prozent. Italiens Regierung verschafft den Papierfabriken des Landes im Gegenwert von 0,5 Mrd. DM zinsverbilligte Kredite. Schwedens Regierung schließlich hat die Krone binnen zwölf Monaten um ein Viertel abgewertet.

Diese und andere Sünden mehr haben nach Ansicht des Verbandes Deutscher Papierfabriken für die heimischen Produzenten ein mittlerweile nur noch „schwer erträgliches" Ausmaß erreicht. Von einer Gegenwehr mit Protektionismus hält man nichts. Die Bundesregierung aber müsse tätig werden, um auch in dieser Branche das Subventionsunwesen in der EG auf ein wenigstens möglichst niedriges Niveau wieder herabzuschleusen.

Papierindustrie	1982¹)	± %
Produktion (1000 t)	7 750	– 1
dav. graph. Papiere	3 800	+ 1
Verpack.-Papiere	1 830	– 2
Verpack.-Karton	1 150	– 5
Hygiene-Papiere	540	0
Spezialpapiere	380	+ 1
Export	2 010	+ 3
Import	3 600	– 6
Verbrauch²)	9 340	– 4
Umsatz (Mill. DM)	11 500	+ 2
Beschäftigte	49 000	– 2
Investitionen	720	– 20

¹) geschätzt, ²) rechnerischer Verbrauch. Produktion minus Export plus Import

Spitzenpapiere weiter gesucht

Für die meisten Aktien jedoch Kaufinteresse erst zu sinkenden Kursen

DW. – In den deutschen Spitzenaktien lagen wieder Kaufaufträge aus dem Ausland vor. Obwohl auch bei ihnen ständig Kursgewinne realisiert werden, zogen Papiere wie Siemens leicht an. Verunsichert wurde das Aktiengeschäft durch die vorangegangene schwächere Börse in New York sowie durch den Preiseinbruch am Goldmarkt. Da jedoch auf ermäßigter Basis sofort Kaufinteresse geltend gemacht wurde, hielten sich die Abschwächungen in fast allen Aktien in engen Grenzen. Im Zusammenhang mit den sinkenden Ölpreisen gerieten die sogenannten Rohstoffwerte unter Druck, so gaben Preussag um 5 DM nach.

Einen überraschenden Kursanstieg um rund 10 Prozent verzeichneten die AEG-Aktien im Zusammenhang mit der sich bessernden Aussicht über die Durchführbarkeit des Vergleichsverfahrens. Lufthansa Vorzugsaktien profitierten weiter von den sinkenden Ölpreisen und setzten ihren Anstieg auf 101 DM (plus 1 DM) fort, eine Kurshöhe, die seit langem nicht mehr erreicht worden war. Bauwerte gerieten unter Abgabedruck; man fürchtet, daß die stark im Ausland engagierten Firmen Auftragseinbußen hinnehmen müssen, wenn bei den Ölförderländern die Einnahmen zurückgehen. Maschinenbauwerte gingen teilweise zurück, besonders die Aktien solcher Gesellschaften, die stark in den Ländern des Nahen Ostens engagiert sind.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten um 20 DM auf 500 DM und Ford um 20 DM auf 920 DM. AEG Kabel verbesserten sich um 4 DM auf 196 DM und Gildemeister um 3 DM auf 59 DM. Stahl Bochum stockten um 3 DM auf 138 DM auf. Kochs Adler verminderten um 4,50 DM auf 212 DM und Rehag um 10 DM auf 400 DM. Bei den Versicherungen gaben Victoria um 40 DM und Allianz Leben um 15 DM nach.

Frankfurt: Buderus notierten 350 DM plus acht DM, Cassella 309 DM minus acht DM, Rheinelektra 398 DM minus sieben DM, MAN-Roland 407 DM minus 13 DM, Braun-Vorzugsaktien 335 DM plus 10 DM und Zeiss Ikon 296,50 DM minus 11,50 DM. International schwach waren die Gold- und Ölaktien.

Hamburg: *Phoenix Gummi kam* auf 79 DM (plus 1 DM) und Beiersdorf lagen bei 280 DM unverändert. HEW gaben um 1,30 DM auf 110,50 DM nach, während NWK-Vorzüge bei 158,20 DM (minus 0,30 DM) knapp gehalten waren. Bremer Wolle wurde mit 122 DM (minus 1 DM) bezahlt. *Hapag-Lloyd* setzten mit 42 DM (unverändert) ein, gaben dann auf 41,10 DM nach.

München: Augsburger Kammgarn erhöhten um 4,50 DM auf 76,50 DM und Leonische Draht um 11 DM auf 311 DM. Süd Chemie stockten um 10 DM auf 310 DM auf. Nachgeben mußten Dywidag um 5,50 DM auf 274,50 DM und Gehe AG um 7 DM auf 159 DM. Hutschenreuther verloren 6 DM auf 229 DM.

Berlin: Berliner Kindl konnten sich um 4 DM, Dt. Hypobank Berlin um 2 DM, Schering um 1,50 DM, AEG um 1,30 DM, Berthold und Engelhardt um je 1 DM verbessern. Dt. Eisenhandel wurden um 3 DM höher taxiert. DeTeWe gaben um 3 DM nach.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzbk., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann, MAN, Mercedes-Hold., Metallges., Preussag, RWE St., RWE VA, Rütgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips, Royal D., Unilever

Inlandszertifikate · Ungeregelter Freiverkehr · Freiverkehr · Unnotierte Werte · Auslandszertifikate (DM) · Fremde Währungen · Junge Aktien · WELT-Aktienindex

DM-Anleihen

Ausländische

Ausland

New York · Toronto · Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · London · Wien · Brüssel · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 23. 2.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5⅜–5½	2½–2⅝
3 Monate	8⅞–9⅛	5⅜–5⅝	2⅞–3⅛
6 Monate	9⅛–9⅜	5½–5¾	3⅛–3⅜
12 Monate	9⅜–9⅝	5½–5¾	3⅛–3⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23. 2.: Tagesgeld 5,4–5,5 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,8 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 23. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 23. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1390,00	1689,35
10 US-Dollar (Indian)**)	973,00	1235,09
5 US-Dollar (Liberty)	413,00	562,74
1 £ Sovereign alt	269,00	326,57
1 £ Sovereign Elizabeth II	267,00	324,31
20 belgische Franken	202,00	262,16
10 Rubel Tscherwonez	284,00	349,17
2 südafrikanische Rand	266,00	323,18
Krüger Rand, neu	1183,00	1381,98
Maple Leaf	1182,00	1380,86
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	263,00	331,09
20 schweiz. Franken „Vreneli"	233,00	291,54
20 franz. Franken „Napoleon"	230,00	288,15
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1097,00	1307,41
20 österr. Kronen (Neuprägung)	222,00	273,46
10 österr. Kronen (Neuprägung)	116,00	148,03
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	510,00	615,85
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	121,00	159,23

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die am Dienstag am New Yorker Markt eingesetzte Erholung des Dollarkurses setzte sich am 23. 2. an den europäischen Märkten fort mit einem Tageshöchstkurs von 2,4375. Zur Eröffnung lag der Dollarkurs bei 2,4230. An der Börse wurde er mit 2,4236 notiert. Aktivitäten der Deutschen Bundesbank wurden nicht beobachtet. Als Grund für diesen Anstieg nannte der Markt Eindeckungen der Baissespekulation und den scharfen Rückgang der Goldnotierung. Die Ankündigung einer möglichen Preisübereinkunft innerhalb der OPEC führten zu einer Erholung des englischen Pfundes um 1,7 Pfennige auf 3,675. Mehr als die D-Mark litt der Schweizer Franken unter dem Dollar-Anstieg, der sich an der Börse um 82 Pfennige auf 119,13 abschwächte. Die anderen Währungen lagen überwiegend in der Nähe ihrer Vortagsnotierung. US-Dollar in: Amsterdam 2,6825; Brüssel 47,81; Paris 6,8845; Mailand 1399,45; Wien 17,0380; Zürich 2,0344. Pfund/Dollar 1,5163.

Devisenterminmarkt

Die flüssige Verfassung der Euro-DM sorgte am 23. Februar für etwas höhere Abschläge bei den US-Dollar-Swapsätzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,70/0,60	2,18/2,08	4,33/4,13
Pfund/Dollar	0,32/0,28	0,92/0,87	1,58/1,53
Pfund/DM	2,46/1,06	6,23/4,83	10,90/9,50
FF/DM	50/34	150/134	256/240

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,90) – 8,50 (7,21)

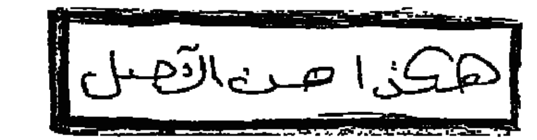
Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,00, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,5, Rendite 7,35.

Devisen und Sorten

Optionshandel





Renten nicht ganz einheitlich

Am Rentenmarkt konnte sich wieder keine klare Linie durchsetzen, obwohl die Zinsen in den USA leicht gesunken sind. Die Anleger waren aber offensichtlich irritiert durch den gestiegenen Dollarkurs. Öffentliche Anleihen lagen aber gegenüber den Vortagsnotierungen meist etwas besser. Die beiden Klöckner-Anleihen wurden massiert angeboten und mußten mit Minusankündigungen notiert werden, eine Folge der Gerüchte über den Finanzstatus des Unternehmens.

Sonderinstitute

	23. 2.	22. 2.
[illegible]	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	86	85
7 dgl. Pf 63	92bG	92bG
[illegible]	102	102
[illegible]	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	100	100
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5	99,5
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6½ dgl. IS 90	90,95	90,95
7½ K. f. W. 70	100,8	100,8
8 dgl. 70	101,7G	101,7
8 dgl. 76	101,65G	101,65
7½ dgl. 79	99,75	99,25
10 dgl. 81	112,05G	112,05
8½ dgl. 82	104,1	105,8
[illegible]	99,25	99,25G
[illegible]	99,25G	99,25G
7½ dgl. 27	100,25G	100,75G
8 dgl. 29	100,25G	100,25G
[illegible]	105,15	105,15
[illegible]	100,65G	100,65G
10 dgl. 120	106G	106G
8½ dgl. 127	105,25G	105,25G
9 dgl. 131	104,75G	104,75G
7¼ LAG 76/16	101,7	101,7
[illegible]	102,8G	102,8
6½ dgl. 77/18	97,3	96,6G
5½ dgl. 78/19	95,65	95,6
[illegible]	99,4	99

Bankschuldverschreib.

	23. 2.	22. 2.
7 All. Hyp. Pf 2	100	100
6½ dgl. Pf 7	91G	91G
6½ dgl. Pf 98	95G	95G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
6½ dgl. Pf 100	100G	100G
7½ dgl. Pf 101	100G	100G
6 dgl. KO 1	84G	84G
6½ dgl. KO 66	100	100G

	23. 2.	22. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,25G	101,25G
10 dgl. KO 125	103,85G	103,85
9 dgl. KO 179	106G	105,9
9¾ dgl. KO 180	109G	109G
9½ dgl. KO 181	108,9G	108,9G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82
7 dgl. Pf 123	98,45	98,45G
6½ dgl. KO 125	95,6G	95,6G
[illegible]	84G	84G
[illegible]	95	95G
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	102,65	102,65
7½ dgl. Pf 84	101,35	101,35
6 Fr. Hyp Pf 98	82G	82G
7 dgl. Pf. 113	93	93
6½ dgl. Pf 119	88G	88G
10 dgl. Pf 168	101,85	101,85
8 dgl. KO 220	102,5G	102,5G
7¾ dgl. KO 222	101,9G	101,9G
10 dgl. KO 226	106,15	106,15
9¾ dgl. KO 228	110,15	110,15
8½ dgl. KO 231	103,5G	103,5G
9 dgl. KO 232	104,3G	104,3G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	81	81
[illegible]	100,75	100,75
10 dgl. IS 46	101,4	101,4
9½ dgl. IS 53	104,6	104,6
[illegible]	102,25	102,25
8 dgl. IS 96	102	102
9½ dgl. KO 110	108	108
9 dgl. KO 111	105,75	105,75
5½ H. Ldbk. Pf 48	80G	80G
7 dgl. Pf 54	95,2G	95,2G
[illegible]	100,05G	100,05G
9 dgl. Pf 76	102,8G	102,8G
6 dgl. Pf 87	99,8G	99,8G
[illegible]	82G	82G
6½ dgl. KO 81	87G	87G
[illegible]	96,5G	96,5G
7¾ dgl. KO 204	98,6	99,7G
6 Hyp.LHbg. Pf 46	83	83
[illegible]	91	91
9 dgl. Pf. 117	100,48	100,45
8 dgl. Pf 248	101,75	101,6
9 dgl. KO 125	101,35	101,35
[illegible]	101,75	101,75
[illegible]	104,4	103,95
9¾ dgl. KO 242	104,7	104,7
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	85,75G	85,75G
7 dgl. Pf 24	96,25G	96,25G
6 dgl. Pf 26	88,75G	88,75G
[illegible]	96,8G	96,8G
[illegible]	100	100G
[illegible]	99,95G	99,95G
6¾ dgl. KO 154	97,25G	97,25G

	23. 2.	22. 2.
8½ dgl. Pf 174	102,65	102,65
8½ dgl. Pf 175	105	105
9½ dgl. Pf 178	105	105
6 dgl. KO 39	83	83
7½ dgl. KO 170	99	99
9 dgl. KO 180	104,1	104,1
6½ Mil.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
[illegible]	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	97,15	97,15
6½ dgl. Pf 34	88	88
6 dgl. KO 27	85,25	85,25
[illegible]	100,85	100,85
8 Old. Lbk. IS 75	100,55	100,55
[illegible]	102	102
8 dgl. IS 76 II	102,4	102,4
[illegible]	101,7	101,7
6 dgl. IS 78	97,6	97,6
6 Pfälz. Hyp. 57	90,7G	90,25G
7 dgl. Pf 99	100G	99,65G
8½ dgl. Pf 124	102,35G	102,25G
7½ dgl. Pf 191	98,9G	98,65G
[illegible]	102,4G	102,35
9¾ dgl. Pf 196	103,35G	103,35G
7¾ dgl. Pf 197	101G	100,8G
8½ dgl. KO 169	102G	101,85
8 dgl. KO 175	100,25G	100G
7¼ dgl. KO 180	100,9G	100,9G
[illegible]	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
[illegible]	84	84
7 dgl. Pf 20	92,5	92,5
[illegible]	87,25	87,25
8½ dgl. Pf 51	106,5	106,5
[illegible]	88,65G	88,65G
7½ dgl. Pf 66	100,15	100,15
8 dgl. Pf 65	100G	100G
[illegible]	102,45G	102,65G
7½ dgl. KO 33	100,3G	100,3G
6 Südboden Pf 41	90	90
5½ dgl. Pf 57	79,5	79,5
7 dgl. Pf 105	99,9	99,9bG
6 Vbk. L. Nbg. Pf 84	91,25	91,25
7 dgl. Pf 102	94,25	94,25
9 dgl. Pf 131	102,25	102,25
10 West LB IS 577	101,5bG	101,6
6½ Westhyp. KO 56	95,35	95,35
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	84G	84G
[illegible]	85G	85G
7 W. Ldbk. KO 44	98,2G	98,2G
[illegible]	100,3G	100,3G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	97,7G	97,7G

Optionsanleihen

	23. 2.	22. 2.
8½ BASF 74 m O	127bG	127bG
8½ BASF 74 oO	100,75	101
3½ Stumpf 88 mO	95	95
3½ Stumpf oO	75	72

Währungsanleihen

	23. 2.	22. 2.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¾ Kopenhagen 72	92,25G	92,25T
7,875 Norwegen 78	97,75G	97,75G
9½ dgl. 79	99G	99G
7¼ Sira-Kvina 68	–	–

Optionsanleihen

	23. 2.	22. 2.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	101	100G
3½ dgl. 78 oO DM	87,75bG	87,5
4½ C F Dt. Bk. 77 mO $	114,25G	114,25G
4½ dgl. 77 oO $	83,75	84,25
6½ Wells F. 73 mO DM	110T	110T
6½ dgl. 73 oO DM	95,6T	95,6T

Optionsscheine

	23. 2.	22. 2.
8½ BASF 74	136,5	137,5

Wandelanleihen

	23. 2.	22. 2.
5 Bayer 69	100,9	100,4bG
8 Bay Wa 75	102T	102T
8 Beiersdorf 82	140,5	140,5
4½ Commerzbk. 78	98,75	98,8bG
9 Ginnes 74	295bG	302

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Limit Down schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Kassa-Gold sackte um 25,70 auf 480,00 Dollar und der verfügbare Silberkontrakt um 81 Cents auf 13,73 Dollar je Feinunze ab. Mit weniger drastischen Verlusten ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee überwiegend fester notierte, mußte Kakao durchweg Einbußen hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	22. 2.	18. 2.
März	332,50	343,75
Mai	345,00	356,00
Juli	354,70	363,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	22. 2.	21. 2.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	233,46
Amber Durum	geschl.	209,16
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	118,80	119,50
Mai	121,90	122,50
Juli	125,50	125,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	98,70	99,90
Mai	95,70	97,10
Juli	96,90	98,00
Hafer Chicago (c/bush)	22. 2.	18. 2.
März	148,75	154,00
Mai	158,25	163,50
Juli	164,50	169,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	275,50	278,00
Mai	285,50	163,50
Juli	293,75	169,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	22. 2.	21. 2.
März	102,00	103,80
Mai	103,50	105,50
Juli	105,30	107,00
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	22. 2.	18. 2.
März	9,65	9,68
Mai	9,80	9,86
Juli	9,89	9,95
Sept.	9,55	9,58
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,75	17,75
Mai	18,00	18,00
Sept.	18,10	18,10

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	22. 2.	18. 2.
Terminkontr. März	125,50	126,49
Mai	121,00	120,80
Juli	119,74	119,10
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1770	1825
Mai	1815	1880
Juli	1842	1903
Umsatz	4800	2150
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	6,38	6,87
Mai	6,50	7,07
Juli	6,88	7,40
Sept.	7,27	7,78
Okt.	7,51	8,03
Umsatz	23 654	10 807
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	22. 2.	18. 2.
	geschl.	5,71
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	22. 2.	21. 2.
Kontr. März	1693–1695	1685–1698
Mai	1652–1655	1641–1642
Juli	1547–1549	1522–1523
Umsatz	3098	2820
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1288–1290	1296–1300
Mai	1302–1303	1323–1324
Juli	1319–1320	1338–1339
Umsatz	4571	1462
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker März	113,05–113,15	114,00–114,25
Mai	116,05–116,10	117,15–117,25
Aug.	124,50–124,60	125,25–125,50
Okt.	131,75–131,80	132,00–132,25
Dez.	137,00–137,25	137,50–137,75
März	147,00–147,15	146,75–147,25
Umsatz	3221	1879

Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	22. 2.	21. 2.
schw. Sarawak spez.	277,50	272,50
weißer Sarawak	345,00	340,00
weißer Muntok	350,00	345,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	22. 2.	18. 2.
März	110,50	110,80
Mai	110,70	111,00
Juli	110,50	111,60
Sept.	111,00	111,50
Nov.	109,75	220,00
Umsatz	1000	2000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	22. 2.	18. 2.
Südstaaten fob Werk	geschl.	26,00
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	24,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	17,21	17,69
Mai	17,61	18,13
Juli	17,96	18,48
Aug.	18,15	18,60
Sept.	18,30	18,75
Okt.	18,40	18,85
Dez.	18,55	19,10
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	geschl.	18,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	17,25
Choise white hog 4% fr. F.	geschl.	14,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	geschl.	15,25
fancy	geschl.	14,75
bleichfähig	geschl.	14,25
yellow max. 10% fr. F.	geschl.	11,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Febr.	52,60	58,90
April	54,52	54,50
Juni	54,56	56,95
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	76,67	78,90
März	77,30	78,75
Mai	76,47	79,40

Häute		
Chicago (c/lb)	22. 2.	18. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	37,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	45,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
März	588,00	600,00
Mai	603,50	615,00
Juli	617,50	639,00
Aug.	620,50	629,00
Sept.	621,50	634,00
Nov.	632,00	644,00
Jan.	645,00	656,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
März	176,30	178,60
Mai	180,06	182,60
Juli	184,00	186,60
Aug.	185,50	188,50
Sept.	186,80	189,50
Okt.	188,30	191,00
Dez.	192,00	195,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	22. 2.	21. 2.
März	288,00	289,10
Mai	294,50	295,80
Juli	301,10	302,70
Kokosöl		
New York (c/lb)	22. 2.	18. 2.
Westküste fob Werk	geschl.	20,25
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	23. 2.	22. 2.
jegl. Herk. cif	445,00	455,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	397,50	400,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	362,50	365,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	104,60	104,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	487,50	487,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	257,00	258,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	22. 2.	18. 2.
Kontrakt Nr. 2:		
März	68,75	66,00
Mai	69,85	67,99
Juli	70,90	69,14
Okt.	69,35	68,00
Dez.	68,88	67,95
März	70,20	68,10
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	geschl.	51,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	22. 2.	21. 2.
März	361–362	360–362
Mai	373–382	375–380
Aug.	395–397	397–403
Umsatz	53	101
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge.	22. 2.	21. 2.
Mai	42,50	42,60
Juli	43,80	43,80
Okt.	44,40	44,40
Dez.	45,10	45,10
Umsatz	0	9000
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	22. 2.	21. 2.
März	531,5–533,0	537,0–538,0
Mai	552,5–554,0	556,0–557,0
Juli	565,0–566,0	567,0–570,0
Umsatz	183	129
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	22. 2.	21. 2.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	22. 2.	21. 2.
Febr.	14 080	14 000
März	14 123	14 170
Kautschuk		
London (p/kg)	22. 2.	21. 2.
Nr. 1 RSS loco	68,50–70,50	65,00–67,50
März	68,80–69,70	65,00–66,00
April	69,90–70,80	66,00–67,00
April/Juni	70,50–71,00	67,10–67,30
Tendenz: stetig		

Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	22. 2.	21. 2.
Nr. 1 RSS loco	219,00–220,00	210,00–211,00
März	223,00–224,00	214,00–215,00
April	234,00–235,00	224,00–225,00
Nr. 2 RSS März	216,50–217,50	207,00–208,00
Nr. 3 RSS März	215,00–216,00	204,50
Nr. 4 RSS März	207,00–208,00	198,00
Tendenz: unsicher		
Jute London (£/lgt)	22. 2.	21. 2.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–), BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	23. 2.	22. 2.
laufend. Monat	107,70–107,88	111,05–111,23
drittfolg. Monat	112,21–112,30	115,45–115,63
Zink: Basis London		
laufend. Monat	161,27–161,46	164,18–164,56
drittfolg. Monat	166,61–166,79	169,69–170,06
Produz.-Preis	182,07	180,00
Reinzinn 99,9%	3411–3445	3423–3457

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	23. 2.	22. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	398,50–400,42	411,22–413,42
Blei in Kabeln	115,50–116,50	118,75–119,75
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	23. 2.	22. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	331–338	337–345
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	371–372	375–379
MS 63	375–377	384–387

Zinn-Preis Penang

Straits Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	22. 2.	21. 2.
	29,49	29,47

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	23. 2.	22. 2.
Leg. 225	269–284	269–284
Leg. 226	272–286	272–286
Leg. 231	315–330	315–330
Leg. 233	330–347	330–347

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	23. 2.	22. 2.
Platin (DM je g)	39,80	39,80
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	37 900	39 300
Rücknahmepr.	37 100	38 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	37 800	39 220
Rücknahmepr.	36 670	38 040
verarbeitet	39 670	41 180
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	37 570	38 920
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1054,00	1128,30
Rücknahmepr.	1017,10	1088,80
Verarbeitet	1100,70	1176,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	23. 2.	22. 2.
10.30	479,25	503,25
15.00	470,25	485,50
Zürich mittags	469,50–470,50	502,50–503,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	105 250	109 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	878,80	943,00
3 Monate	907,65	968,70
6 Monate	924,95	992,60
12 Monate	972,95	1044,50
Platin (£-Feinunze)		
London	22. 2.	21. 2.
fr. Markt	302,65	310,10
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	77,45	80,55

New Yorker Preise	22. 2.	18. 2.
Gold H.& H.Ankauf	485,50	503,50
Silber H.& H.Ankauf	1412,00	1448,00
Platin fr. Händlerpr.	470,00–473,00	470,00–473,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	122,00–124,00	124,50–126,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Febr.	1375,00	1454,00
März	1406,00	1458,00
April	1417,50	1467,00
Mai	1430,00	1482,00
Juli	1454,20	1508,00
Sept.	1478,50	1558,00
Dez.	1515,00	1586,00
Umsatz	28 000	28 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	22. 2.	18. 2.
Febr.	75,55	77,8
März	75,80	78,3
April	76,55	78,8
Mai	77,40	79,4
Juli	78,85	80,5
Sept.	80,20	82,2
Dez.	82,20	84,0
Umsatz	27 000	15 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	23. 2.	22. 2.
Kasse	844,00–845,00	842,00–843,00
3 Monate	841,50–842,00	869,50–870,00
Blei (£/t) Kasse	292,50–293,00	296,50–297,50
3 Monate	304,70–305,00	309,00–309,50
Kupfer		
Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1069,0–1069,5	1109,0–1110,0
3 Monate	1101,0–1101,5	1142,0–1143,0
abends Kasse	–	1093,5–1094,0
3 Monate	–	1126,0–1127,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1045,5–1046,5	1069,0–1071,0
3 Monate	1076,0–1077,0	1100,0–1102,0
Zink (£/t) Kasse	438,00–438,50	444,00–445,00
3 Monate	452,50–453,00	459,50–460,00
Zinn (£/t) Kasse	8856–8858	8634–8635
3 Monate	8850–8851	8831–8835
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)		78–8[illegible]

هكذا من الأصل

Wer hat da wen geleimt?

M. v. Z. – Die arme Sofia Loren. Dem Gefängnis ist sie zwar entkommen, aber ungeschoren will sie ihr Heimatland doch nicht lassen. Die Steuerbehörden zeigen sich ihr und Carlo Ponti gegenüber unerbittlich. Sie ließen einfach 152 Bilder aus dem Besitz der beiden beschlagnahmen, um damit die fälligen Steuern und Exportschulden zu begleichen. Natürlich zog die Schauspielerin vor den Kadi und durch alle Instanzen. Doch genützt hat das nichts. Das Kassationsgericht lehnte die Berufung des Paares ab.

So werden die Loren und Carlo Ponti ihr Heim künftig weder mit Klassikern der Moderne wie Morandi, Magritte, Grosz, Balla, Severini, Francis Bacon oder dem zauberhaften Pastellporträt, das Kokoschka 1970 von dem „Cipi" genannten Carlo Ponti junior malte, schmücken können. Und auch die beiden großformatigen Veduten Canalettos und fünf weitere Bilder aus dem Settecento wurden schon neuen Wänden zugeteilt. Das Ministerium für Kunst und Umwelt hat nämlich in einem Dekret bestimmt, daß diese sieben Bilder zusammen mit 18 – allerdings nicht sehr bedeutenden – russischen Ikonen einem neu zu gründenden Museum in Marino bei Rom übereignet würden. Die 145 Modernen sollen dagegen der Grundstock eines Museums Moderner Kunst in Caserta werden.

Das hat in Italiens Kunstwelt einigen Ärger ausgelöst. Denn die verschiedensten Galerien hatten sich ein Häppchen aus der Beute erhofft. Carlo Bertelli, Direktor der Mailänder Brera, schimpft denn auch: „In Italien, wo allerorten herrliche alte Fresken zerfallen und die wenigen Museen moderner Kunst dringend Nachschub brauchen, ein teueres Museum in Caserta zu bauen und ein zweites für Croste in Marino, das ist ein Wahnsinn, den zu verhindern ich alles versuchen werde."

Das ist nämlich der wunde Punkt an der ganzen Geschichte: Durch die Steueraffäre stellte sich heraus, daß die „Canalettos" und die fünf anderen Bilder aus dem achtzehnten Jahrhundert, für die das Museum in Marino gebaut werden soll, „Croste", also Fälschungen sind. Und damit beginnt das große Rätselraten, wer da nun wen geleimt hat.

EITSCHRIFTENKRITIK: „Literaturanzeiger"

Välzer in der Mühle

u den Aufgaben von Zeitschriften gehört das Rezensionswe- – genauer gesagt die Sammg, Sichtung und Wertung der ährlich erscheinenden Bücher. der gewaltigen Anstrengung deutschen Klassik, von der wir te noch zehren, gehörten auch großen Rezensionszeitschriften etwa die „Allgemeine Litterazeitung" (1785–1849) oder die naische Allgemeine Literaturtung" (1804–1841). Sie halfen Deutschland den Weg in die derne zu bahnen.

Die heutige Lage läßt sich in em Satz zusammenfassen: Die ndesrepublik hat kein „Times erary Supplement". Auch wenn TLS nicht mehr ist, was er zur t der anonymen Rezensionen ch war – es ist doch zum mindesn für die angelsächsische Buchduktion ein Netz, das kaum ein htiges Buch der Literatur oder Wissenschaft passieren läßt.

Das liegt nicht nur daran, daß e Wochenausgabe des TLS hr Rezensionen enthält als bei „Zeit", FAZ und „Süddeutse" zusammen während zweier chen. Das immer noch vorhane englische „fair play" gegenr Außenseitern und das gene eingeräumte Einspruchsrecht gen Verrisse verhindert, daß das S zu einer bloßen Spielwiese rd, auf der sich ein zahlenmäßig d auch sonst beschränktes Kul-Establishment gegenseitig eichelt.

Wie steht es bei uns mit den zensionszeitschriften? Von den ch 1945 gegründeten Organen ser Art ist „Welt und Wort" 46–1971) eingegangen, die 1946 gründete „Universitas" ist zwar ch da, aber ziemlich geschrumpft. Der auf das Literarische verzichtende WLA alias „Wissenschaftlicher Literaturanzeiger", im 20. Jahrgang, kommt zur Zeit zweimal jährlich in DIN-A4-Heften in Typoskript von je 100 Seiten heraus, und zwar im Verlag Manfred Veit (4834 Hersewinkel 1).

Was ist von den immerhin über 1000 Rezensionen pro Jahrgang des WLA zu halten? Sie bestreichen das Gesamtgebiet der Wissenschaften, von „Philosophie und Wissenschaftstheorie" bis zu Chemie und Technik; die Rezensenten sind in der Mehrheit Hochschullehrer. Auffällig ist, daß auch Autoren besprochen werden, die bei Hofe nicht zugelassen sind. Das Hauptgewicht liegt allerdings auf den konformen Produkten. Dem letzten Habermas wird bestätigt, sein „originäres Denken" finde „derzeit kaum vergleichbare Konkurrenz, obgleich sicherlich manche Überlegungen des Autors kritisierbar sind". Bei weniger bekannten Linken wagt man etwas mehr zu sagen.

Einige der Professoren besprechen so viele von den rund 1000 Titeln, daß man nachzurechnen beginnt, wieviel Zeit sie wohl auf jeden einzelnen Wälzer verwendet haben. Da es bei uns kein TLS gibt und beim WLA das Jahresabonnement nur DM 16,– beträgt (zum Vergleich: Das TLS kostet einen deutschen Abonnenten 35 Pfund), kann man sagen: WLA ist besser als gar nichts. Zumal er etwas tut, was gar nicht mehr selbstverständlich ist: Er gibt mit einiger Ausführlichkeit den ungefähren Inhalt jedes Bandes wieder. Das haben sich unsere Starrezensenten längst abgewöhnt – die schreiben nur noch über sich selber.

ANTON MADLER

orum der Berlinale

Chinatown ist gut für Scherze

tzfleisch brauchte man ja immer schon beim „Internationa- Forum des jungen Films". Nun och bei der 13. Veranstaltung ist hvermögen mitzubringen, um Andrang auf den Einlaß ins lphi-Theater oder ins „Arsenal" ner Platzangst Herr werden zu nnen.

Beängstigende Überfüllung rscht in den „anderen" Kinos r Berlinale. Wie stets dominiert Jugend jeglichen Alters im Pukum. Leute, die auch so aussen, als seien sie über 30, haben ihe, die Fünf-Prozent-Klausel zu erspringen. Dritte Welt, drittes schlecht und ein drittes Auge den avantgardistischen Film d nach wie vor die proammatischen Attribute der ern Wahl von Ulrich Gregors annschaft. Vor diesem Publikum doch zeigt man nicht ungestraft das Kino und schon gar nicht, enn man ein Szenenthema aufeift.

Diese Erfahrung machten der st 60jährige Hans Stempel und in Freund, der fast 50jährige artin Ripkens, beide Filmkritiker s München, mit ihrem ersten pielfilm „Eine Liebe wie andere ich" über eine homosexuelle Ehe bürgerlich gesitteten Verhältnisn. Der Film fand wenig Gnade r Berlins Insidern, die offenbar eber das „Taxi zum Klo" benuten als das schicke Sylt-Cabriolet, it dem Stempel und Ripkens ihre aubermänner ins Tuntenhaus hren lassen, um einen alten Tepch für Minderbemittelte der Minerheit abzugeben.

Doch auch Minderheiten haben m einmal eine schweigende ehrheit von Menschen, die es rziehen, sich auf anständige Weie anzupassen, anstatt auf provokave Weise den Bekennermut herszukehren. Dazu gehören die iebenden des Films, der Deutschhrer Wieland und der Buchhändr Wolf. Beide sind Ende 20 und übsch, beide haben wenig Angst or Virginia Woolf, lesen Klaus ann, sind meist nett zueinander, ochen gern Mousse au chocolat, aben die beste Freundin und machen stets einen gut gewaschenen



Durchtriebener Thriller: Szene aus „The Draughtsman's Daughter" vom Forum der Berlinale FOTO: DIE WELT

und gekämmten Eindruck. Die Dialoge, die ihnen Stempel und Ripkens in den Mund legen, stammen ebenfalls aus dem Bilderbuch. Alles ist ein bißchen zu schön, um wirklich wahr sein zu können.

Sehr viel mehr Realitätssinn und Kinoverstand im Umgang mit einer Minderheit beweist der in Hongkong geborene Amerikaner Wayne Wang in seinem Low budget-Film „Chan is missing" (Chan ist verschwunden), dem größten Publikumserfolg der ersten Forum-Runde. Der brillant inszenierte Film spielt unter amerikanischen Chinesen oder chinesischen Amerikanern in Chinatown und Manilatown von San Francisco.

Zwei Taxifahrer sind auf der Suche nach ihrem Geschäftspartner Chan, der sie um Geld geprellt hat. Statt Chan zu finden, geraten die beiden unfreiwilligen Detektive in eine höchst vergnügliche menschliche Komödie mit einer Unmenge von Nebendarstellern, die in kein Klischee passen, am wenigsten in das vom Chinesen in Chinatown. Neben „Chan is missing" erscheint einem „Hammett" von Wim Wenders geradezu als Kulturfilm.

Ungewöhnliches Vergnügen bereitet auch der in Venedig bereits erfolgreiche ironisch überdrehte Kostümfilm „The draughtsman's contract" (Der Vertrag des Zeichners) des Engländers Peter Greenaway über unfeine englische Art auf feinstem englischen Rasen. Das ist der lustigste und durchtriebenste Thriller seit Hitchcocks Meisterwerken. Ein großer Kinofilm im aus allen Nähten platzenden kleinen Forum.

BERND PLAGEMANN

Zur Situation der Komponisten in der „DDR"

Begabte Mystiker dürfen durchatmen

Als der Dresdner Komponist Udo Zimmermann, Jahrgang 1943, im Auftrag der Berliner Philharmoniker sein Oratorium „Pax Questuosa" komponierte, da hat er als Schlußchor ganz einfach das „Dona nobis pacem" aus Bachs h-Moll-Messe" zitiert, mit allen Trompeten und Drum und Dran. Es paßte, und dem Pubklikum paßte es auch – es hat nicht gemurrt und nicht gepfiffen. Auf solcher Basis ist augenblicklich ein Einvernehmen mit dem „bürgerlichen" Konzertpublikum in Ost und West zu erzielen, das mit „linken", avantgardistischen Experimenten nie zustande käme.

Udo Zimmermann hat als Musikdramatiker gerade in der Bundesrepublik einen Widerhall gefunden wie sonst niemand unter den jungen Komponisten. Musik aus dem anderen Teil Deutschlands scheint demnach keine „Anti-Welt" zu repräsentieren. Im Gegenteil: Eher wird hierzulande mancher das als „bürgerlich" oder gar als „kommerziell" abschätzig betrachten, was drüben in Hochachtung das Etikett „humanistisch" erhält.

Bezogen auf die Bilder des Leipzigers Werner Tübke schrieb kürzlich jemand, dort drüben werde derzeit „deutscher" gemalt als bei uns. Man könnte auch schreiben, dort werde „deutscher" komponiert, mehr aus einem (stillschweigend zu denken: gesamtdeutschen) Traditionsbewußtsein, als dies in der Bundesrepublik gewöhnlich geschieht.

Das, was da neu komponiert wird, tritt jedoch in den Hintergrund gegenüber dem, was an „kulturellem Erbe" Gegenstand einer zielbewußten Pflege von Staats wegen war und ist. Mit der Propagierung ihrer zeitgenössischen Komponisten wie Paul-Heinz Dittrich, Christfried Schmidt, Rainer Kunad, Friedrich Schenker, Friedrich Goldmann, Reiner Bredemeyer oder Lothar Voigtländer hält sich die „DDR" sichtlich zurück. Bei den Dresdner Musikfestspielen, die 1978 mit großem Pomp und beachtlichen Zuschüssen als internationales Musikfestival installiert wurden, führen die einheimischen Neutöner eher ein Mauerblümchendasein.

Es waren oft viel eher westliche Festivals und Rundfunkanstalten oder der „Warschauer Herbst", die mitteldeutschen Nachwuchskomponisten jenes Interesse entgegenbrachten und zu jener internationalen Anerkennung verhalfen, die ihre Stellung dann auch zu Hause festigte.

Von Natur aus verhält sich diese Heimat gegenüber musikalischen Experimentatoren eher reserviert. Der 1930 im Erzgebirge geborene Paul-Heinz Dittrich, ein Kontrapunktiker der Neuen Musik in besten Bachschen Traditionen, könnte ein Lied davon singen, wie er beim Musikfestival Royan und bei den Wittener Tagen für Neue Kammermusik „entdeckt" und gleichzeitig als Dozent aus der Ostberliner Musikhochschule hinausgeworfen wurde, weil sich seine Rückkehr aus Frankreich wegen eines Verkehrsstreiks zwei Tage verspätete. Oder wie er seine Klangvorstellungen nur im Elektronischen Studio des Polnischen Rundfunks realisieren konnte, weil es in der „DDR" bis zum heutigen Tage kein solches Studio gibt.

Doch Dittrich wird dieses Lied nicht singen, denn inzwischen hat er dank dieser „internationalen" auch eine „nationale" Anerkennung erfahren. Er wurde zum Professor ernannt, und mehr kann man ja in Deutschland Ost oder West kaum erwarten. Wie er wird die mittlere Generation der Komponisten allmählich akzeptiert. Sie behauptet ihren Platz sogar in Abonnementskonzerten.

Freilich: Diesen oder jenen Komponisten in die Bundesrepublik einzuladen, diese oder jene Aufnahme im Programmaustausch der Rundfunkanstalten dem westlichen Publikum zugänglich zu machen, kann unüberwindliche Schwierigkeiten verursachen. Einige haben unter diesen Schwierigkeiten resigniert und sind – wie viele Schriftsteller – mit Dauervisum in die Bundesrepublik gegangen: Tilo Medek, nachdem man ihm seinen Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung verargte, mehr unfreiwillig als freiwillig; der Jazzmusiker und Klangexperimentator Hans-Karsten Raecke, den man auf seinen Eigenbau-Instrumenten wohl in Warschau oder Budapest improvisieren ließ, aber nie in Bremen oder Köln; oder der Leipziger Bühnenkomponist Uwe Ködderitzsch, der für seine grandiosen Gesamtkunstwerk-Visionen auch im Westen nur schwer einen Partner finden kann.

Bei dem Generationswechsel, der in den letzten Jahren zu beobachten ist, sind solche Abwanderungen eher die Ausnahme als die Regel. Vieles wurde möglich. Die Situation für experimentierende Musiker hat sich gebessert. So vermag die offizielle Kulturpolitik einen Komponisten wie den 1943 geborenen Jörg Herchet, einen hochbegabten Schüler von Rudolf Wagner-Regeny, Ruth Zechlin und Paul Dessau, zu tolerieren, der kein Hehl aus seiner mystischen Orientierung macht, im Sinne jener religiösen Erneuerungsbewegung, wie sie die junge Intelligenz nicht nur in der Sowjetunion erfaßte.

Trotz solcher „Normalisierungen" kann jedoch von einem unbefangenen Verhältnis zur Neuen Musik nicht die Rede sein. Die Furcht vor einer „Verwestlichung" führt zu einer besonderen Eingrenzung in die eigenen politischen Belange und damit zum Versuch einer Abgrenzung gegenüber einer unverbindlich-allgemeineuropäischen Neuen Musik. „Unsere Neue Musik" betiteln sich die Platten aus der Eterna-Serie, die diese Musik nun allmählich doch in breiterem Umfang dokumentiert.

In jüngster Zeit kann man außerdem die Ermahnung hören, die jungen Komponisten, deren Werk im Westen so geschätzt werde, sollten sich in diesem Werk doch stärker politisch engagieren – für die Belange ihres Staates, versteht sich. Daß Neue Musik in ihren Mitteln freier, in ihren Zwecken gebundener sein könnte, wäre darum eine denkbare Version der Entwicklung.

Hierbei darf man sich den Inhalt vertonter Texte nicht zu eindimensional vorstellen: einen geduldeten Spielraum von Kritik und Auseinandersetzung gibt es inzwischen, man muß nur genau hinhören. Die Kunst, zwischen den Zeilen zu lesen, trainieren die Bewohner sozialistischer Staaten ja seit Jahrzehnten, und ohne sie begreift man nur die Hälfte. Da macht es schon einen Unterschied, von welchen Schriftstellern welche Texte in einem erwünschten Friedensopus zitiert werden, und das Publikum registriert diesen Unterschied.

Von jener Unbefangenheit allerdings, mit der in den vergangenen 25 Jahren beim „Warschauer Herbst" alle Richtungen der zeitgenössischen Musik einfach zum Kennenlernen dokumentiert wurden, kann trotz aller „Öffnungen" weder in Dresden noch in Ost-Berlin bislang die Rede sein.

DETLEF GOJOWY

Wiesbaden: Rückkehr zur Kanaille mit „Die Räuber"

Rettet doch den Vater!

Will man Schillers „Räuber" als ein Revolutionsstück „für heute" spielen, dann stören die vielen Stellen, an denen Karl Moor sich als schweren Sünder mit verlorener Unschuld und als kindisch-utopischen, von Gott verworfenen Weltverbesserungsprahlhans erkennt. Ebenso ärgerlich ist es dann, daß die antiautoritären Reden am Anfang dem zur Schurkerei entschlossenen Franz Moor in den Mund gelegt werden.

In den sechziger Jahren wurde man leicht damit fertig. Heyme gab 1966 in Wiesbaden dem Stück einen psychoanalytischen Touch: Franz, von Kind auf frustriert, also mildernde Umstände, Karl, von Kind auf verzärtelt, also krankhafte Reaktion auf verletzte Liebe, und als Fazit der Vater: ein wirrköpfiger Esel. Neuenfels strich 1971 in Mannheim alle Großmut und Skrupel Karls und machte ihn zu einem hechelnden Wolf, der am Schluß von der eigenen Bande erschossen wird, als Narr. Auch hier hieß die Kanaille nicht Franz, sondern Vater. Der größere Teil des Publikums brüllte wütende Buhs.

Und jetzt wieder in Wiesbaden, Regie Alois Michael Heigl, Bühnenbildner Klaus Gelhaar (der auch damals in Mannheim für Neuenfels die Bühne herrichtete), jetzt ohne jeden Versuch, das 200 Jahre alte Stück wenn nicht zu aktualisieren, so doch für die heutige Welt- und Menschenkenntnis verständlich zu machen.

Fast alles, was das Stück an kraftmeierischem Sturm und Drang, an dramaturgischen Schwächen, an Melodramatik, an papierener Hysterie enthält, kommt unbefangen über die Rampe und wird vom Publikum nicht als komisch empfunden, weil Schillers „Räuber" nun einmal Schillers „Räuber" sind und weil das Publikum dankbar dafür ist, daß die Revolution in einem Habitus vorgeführt wird, der niemanden stört. Man kann sich statt dessen ins rührende Familiendrama und in die Großmut und Reue Karls vertiefen.

Und das wird in der Tat so gezeigt, wie Schiller es gemeint hat. Franz (Wilfried Grimpe) wird aus seiner Freigeisterei begründet und geht an ihr zugrunde, Karl (Hannes Gastinger) bleibt stets bedauerns- und bewundernswert, beide sind geschlossene Persönlichkeiten. Der Vater (Gisbert Rüschkamp) bleibt die Schillersche schlecht motivierte Figur, die durch Texttreue allein nicht zu retten ist. Bei Amalia (Heidelore Kress) hat man von jeher die Wahl zwischen traurig süßem Mädchen und entschlossenem Schillerschen Heldenweib, und für dies entschied sich die Regie.

Das Ganze war, wie gesagt, ganz einfach Schiller und sonst nichts. Gesprochen wurde gut, manchmal zu gut, nämlich als gesetzte Rede auch in den aufwühlendsten Momenten. Das Stück lief zäh an, so daß man bis zur Pause nicht recht sah, wo es hinauswollte. Danach zielte es straff und ohne viel Umschweife ins heldische Finale. Ausgezeichnet waren die Bühnenbilder Klaus Gelhaars, sie gaben dem Stück eindrucksvolle Weite.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Huldigung an Kalifornien: „Have a nice day, Mr. Hockney" (1982) von Peter Blake, aus der Londoner Ausstellung FOTO: KATALOG

Londons Tate Gallery: Das Werk von Peter Blake

Rot ist des Pagen Ohr

Daumengroße Gartenzwerge picknicken im Stadtpark, im Rücken Michelangelos heroischen David. Im nächsten Raum gibt es ein strenges schwarzes Konzeptbild mit weißer Schrift und die Bildnisse der Beatles. Wieder einige Schritte weiter äugen dunkelhäutige Boxer mit Spiegelglatze hinüber zu professionell posierenden Pin-up-Girls. Haarfein gemalte Nymphchen erhalten von ihren prächtigen Altarrahmen halbgöttliche Weihen, und Gummipuppen finden sich in einem Glaskasten wieder. Sie alle sind Kostproben ein und desselben Meisters: Peter Blake hält zur Zeit Hof in der Londoner Tate Gallery. Es ist die erste große Übersicht mit 234 Gemälden, Collagen, Aquarellen, Zeichnungen und Skulpturen.

Sie formieren sich unter den Klängen von Beatles-Evergreens eher zu einem Varieté denn einer strengen Kunstschau. Und genau das hat der Maler auch im Sinn: Mit Zauber und Magie will er sein Publikum unterhalten. Leichthändig jongliert er mit allen Techniken der Kunstgeschichte, gewürzt mit einem Witz, der immer freundlich bleibt.

Bekannt wurde der inzwischen Fünfzigjährige in den sechziger Pop-Jahren mit seinen Comic-Strips lesenden Mädchen und Jungen und einem Panoptikum der Show-Berühmtheiten von Elvis Presley, den Beatles bis zu Jean Harlow. Seine Bilder basieren auf Fotografien, doch nimmt er ihnen Glätte und Schärfe durch Verwischungen oder malerische Eingriffe.

Der Engländer, der passioniert Triviales wie Kitschpostkarten, Mickymäuse und Zigarettenschachteln hortet, füllt auch seine Bilder mit amüsanten Details: In seinem Schlüsselwerk „Der Balkon" zum Beispiel spielt er alle Arten von Balkon-Variationen durch von Manets berühmtem Balkon-Bild bis zum gemalten Foto der Standardpose der königlichen Familie auf dem Balkon von Buckingham-Palace. Er plaziert auch einen pagenköpfigen Knaben hinein mit Ohren so rot wie das Pflaster auf seiner Stirn, setzt ihm eine modische goldgeränderte Sonnenbrille auf und spiegelt sich – in der Manier alter Meister – selbst im rechten Glas.

Bei Boxern, Zirkusleuten und Exoten kombiniert er die gemalten Porträts häufig mit dreidimensionalen Pointen: Einem trutzig grinsenden Kamikazeflieger setzt er dessen grimmige Maske auf den Rahmen, während bei einem Konterfei von Wildwest-Helden Figürchen deren Duell vorspielen. Je kleiner die Formate, desto feiner, altmeisterlicher handhabt Blake seine Zobelpinsel, greift er zu ungewöhnlich leuchtendem Türkis oder flammendem Rot.

In den siebziger Jahren zog Peter Blake aufs Land und gründete mit einigen gleichgesinnten Malern den Klub der „Ruralisten": Diese Landliebhaber malten Pastorales und stellten zuweilen gemeinsam aus. Blake konzentrierte sich dabei auf die eher phantastische Seite und malte Shakespeare-Geschöpfe wie Puck, Titania oder Ophelia. Inzwischen verwandelte sich Blake wieder in einen Londoner Stadtmenschen zurück. Doch hat er als letzte Tat die Bruderschaft zu einer gemeinsamen Serie von Akten überredet, die denn auch in seiner Ausstellung sechsfach in Lebensgröße paradieren.

Blakes jüngste Arbeiten entstanden unter dem Eindruck einer Kalifornien-Reise. Nach Courbetschem Vorbild hat er in „Have a nice day, Mr. Hockney" sich selbst samt seiner Malerfreunde Howard Hodgkin und David Hockney, umgeben von Rollerskatern, Joggern und der strengen Silhouette kalifornischer Boulevards porträtiert.

Die Gartenzwerge picknicken übrigens in einem weitläufigen Miniatur-Skulpturenpark, den Blake mit Hilfe von Chrissy Wilson mit Klassikern der Skulptur bis zu zeitgenössischen Extravaganzen, wie einen übergroßen Tennisschuh von Claes Oldenburg, bestückt hat. Und auch die Besucher sind vortrefflich charakterisiert. Eine Fundgrube für künstlerisches wie menschliches Verhalten (bis zum 20. März; Hannover: 4. April bis 22. Juni).

HEIDI BÜRKLIN

Jerusalem: „Mitschleppsel" aus 6000 Jahren

Flaschen unter sich

Was sind „Mitschleppsel"? Eine anschauliche Antwort auf diese Frage gibt die Ausstellung „Portables" im Israel-Museum in Jerusalem. Sie zeigt etwa 200 originelle Gegenstände (zusammengestellt aus den Schatzkästen des Museums), die nur eines gemeinsam haben: Sie wurden alle auf die eine oder andere Weise, in fernen und nahen Landen, in fernen und weniger fernen Zeiten aus allen möglichen Gründen und zu allen möglichen Zwecken vom Menschen an sich oder mit sich getragen: auf dem Kopf, in den Händen, am Hals, auf dem Rücken, in den Taschen.



Fund aus dem Negev: Tonfigur aus dem 4. Jahrtausend v. Chr., aus der Jerusalemer Ausstellung FOTO: KATALOG

Die ältesten Ausstellungsobjekte sind 6000 Jahre alt. Darunter ist eine Tonfigur mit ihrer offensichtlich schweren Kopflast aus dem 4. Jahrtausend vor Christus, die in Gilath im westlichen Negev gefunden wurde. Der Zugehörigkeitsbereich der Ausstellungsobjekte scheint unerschöpflich: Amulette, Masken, Symbole und rituelle Objekte, Kleidung und Schmuck, Waffen, Werkzeug, ein Schlüssel aus der Zeit Bar-Kochbahs, aufgefunden in einer der Qumran-Höhlen am Toten Meer.

Eine Ringflasche aus Ton aus dem 11. Jahrhundert vor Christus, eine tönerne Doppelflasche aus der späten kanaanitischen Epoche (14.–13. Jhdt. v. Chr.), eine japanische Sake-Flasche aus dem 18. Jahrhundert (am Gürtel getragen) und eine kleine Schnapsflasche aus Metall in Lederschutz aus dem 20. Jahrhundert (England) erzählen die Geschichte des portablen „Schlucks aus der Pulle". Und auch der „Walkman" fehlt nicht – als „letzter Schrei" der Portabilien. Daß es früher leiser zuging, beweist eine Kuriosität aus China: ein aus deinem ausgehöhlten kleinen Kürbis gebastelter „Grillenkäfig" aus dem 18. Jahrhundert, der als eine Art „Musikbox" diente. Er verdeutlicht gleichzeitig auch einen wichtigen Vorzug der modernen Technik: Es kann auch ausgeschaltet werden. (Bis 14. April; kein Katalog)

ILANA BRÜNELL

JOURNAL

Hamburger Staatsoper bei Edinburgher Festspielen

dpa, Edinburgh

Die Hamburger Staatsoper wird in diesem Jahr bei den Festspielen von Edinburgh die Bundesrepublik mit den Werken „Eine florentinische Tragödie" und „Der Geburtstag der Infantin" von Alexander von Zemlinsky sowie Mozarts „Zauberflöte" vertreten. Das vorläufige Programm der Festspiele vom 21. August bis zum 10. September nimmt den 100. Todestag von Richard Wagner und den 100. Geburtstag von Anton Webern zum Anlaß, Werke dieser beiden Komponisten in den Mittelpunkt der traditionsreichen Festspiele zu stellen.

Psychosomatik-Kongreß in der Bundesrepublik

dpa, Hamburg

Zum ersten Mal findet der Weltkongreß für Psychosomatik in diesem Jahr auf deutschem Boden statt, und zwar vom 17. bis zum 22. Juli in Hamburg. Rund 1000 Teilnehmer werden über die Wirksamkeit psychotherapeutischer Behandlungen und ihre Integration in die Allgemeinmedizin sowie den Einfluß belastender Lebensumstände – zum Beispiel Arbeitslosigkeit – auf die Entstehung psychosomatischer Erkrankungen erörtern.

Bilderbuch für Kinder der Dritten Welt

AFP, Paris

Ein Buch mit 72 Bildern des Zeichners Benn, der derzeit am Pariser Sitz der Unesco ausstellt, ist von der UNO-Unterorganisation herausgegeben worden. Der Erlös aus dem Verkauf des Werks soll für Unesco-Hilfsprogramme für Kinder der Dritten Welt verwandt werden. Benn (Jahrgang 1905) ist durch seine engagierten Anti-Kriegs-Bilder bekannt geworden.

Ägyptische Hieroglyphen aus der Ramses-Ära

AFP, Riad

Hieroglyphen aus dem Ägypten der Pharaonen, aus der Ramses-Ära, sind zum ersten Mal in mit Sand bedeckten Hügelgräbern in Saudi-Arabien gefunden worden. Die Grabstätten sollen „älter als 5000 Jahre" sein und im östlichen Teil des Königreichs, südlich von Dhahran, liegen, wo mehr als tausend Tumuli gefunden worden seien.

Zum 8. Mal Festival des humoristischen Films

AFP, Chamrousse

Eine Hommage für den französischen Schriftsteller Marcel Pagnol (1895–1974), der in seinen heiteren Romanen die sprichwörtlich gewordenen Figuren Topaze und Marius erfand, steht am Anfang des 8. Festivals des humoristischen Films, das vom 14. bis 20. März in Chamrousse (französische Alpen) stattfindet.

Pariser Tanzgruppe wieder eingesetzt

dpa, Paris

Vierzig Tänzerinnen und Tänzer der Pariser Oper, die in einer Neu-Inszenierung von Johann Strauß' „Fledermaus" zugunsten fast unbekleideter Mannequins auf ihren Auftritt hatten verzichten müssen (s. WELT vom 23. 2.), dürfen wieder auf die Bühne. Die Opernleitung ließ die Gruppe jetzt wieder auftreten, nachdem sie mit Streik gedroht hatte.

Robert Payne gestorben

dpa, New York

Der britische Schriftsteller Robert Payne, der durch Biographien bekannt wurde, ist in Bruda im Alter von 71 Jahren den Folgen eines Herzanfalls erlegen. Payne schrieb Biographien von Charlie Chaplin, Greta Garbo, Hitler, Stalin, Lenin und Trotzki. Auch Gandhi, Albert Schweitzer, Dostojewski, Tschiang Kai-schek, Shakespeare und Alexander dem Großen widmete er Lebensbeschreibungen.

Zwei Gutachter ringen um das Völkerrecht

Diplomatie scheint Tabatabai Verurteilung zu ersparen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Das mokante Lächeln des Sadegh Tabatabai signalisiert den Zuschauern im Saal III des Düsseldorfer Landgerichts schon gestern morgen: „Seht her, ich bin ein Opfer der voreiligen deutschen Justiz." Sein Anwalt Heinz Kroppen: „Bei dem Verfahren handelt es sich um eine Amtsanmaßung." Da aber irrte der Rechtskundige. Denn nur das Gericht kann feststellen, ob den iranischen Geschäftsmann und Politiker Immunität schützt. Tabatabai wird zur Last gelegt, 1717,6 Gramm Roh-Opium in die Bundesrepublik geschmuggelt zu haben.

Gestern präsentierte die Verteidigung einen Gegen-Gutachter, der feststellen sollte, daß Tabatabai zur Tatzeit – am 8. Januar – tatsächlich Immunität besaß. Der Karneval sei schuld gewesen, erklärte Kroppen die Verspätung. Daher hätten die Anwälte erst jetzt einen kundigen Völkerrechtler bitten können. Der allerdings kommt nicht aus den rheinischen Hochburgen der tollen Zeit, sondern aus dem nüchternen Kiel: Professor Rüdiger Wolfrum, Leiter des dortigen Instituts für Völkerrecht. Wolfrum führte aus, die „protestlose Akzeptanz" der deutschen Behörden, die den Brief des iranischen *Außenministeriums vom 31. Januar* entgegengenommen hatten, in dem nachträglich um Immunität für Tabatabai gebeten wurde, „stellt schon einen besonderen Vertrauenstatbestand her". Wegen der Vertraulichkeit der geheimen Mission des Iraners sei vorher keine „Notifizierung" erfolgt. Dies sei aber nun nachträglich getan worden und damit müsse Tabatabai Immunität zuerkannt werden. Das rief den zweiten Wahlverteidiger, Georg Greeven, auf den Plan: „Jede Fortsetzung des Prozesses bedeutet einen Verstoß gegen das Völkerrecht." Doch vermochte er den Vorsitzenden Richter Otto Strauß nicht zu beeindrucken.

Er ließ Wolfrum das Gutachten weiter vortragen, das mit dem Schluß endet: Wenn Sonderbotschaften eingerichtet werden, schließt das eine automatische Immunität des Adhoc-Missionärs ein. Wolfrum gab zwar zu, daß dies kein Völkergewohnheitsrecht sei, aber es sei durchaus üblich. Dem hielt der vom Gericht bestellte Gutachter, der Heidelberger Völkerrechtler Karl Doehring, ein Feuerwerk von Zitaten entgegen: Weder das Bundesjustizministerium noch das State Department noch das Foreign Office verbinden danach mit Sonderbotschaften automatisch den Status der Immunität. „Seite 113, Herr Kollege", half er dem blätternden Wolfrum. Doehring: Es bedürfe also einer besonderen Abmachung des Status, die Aufgabe und die Immunität betreffend. Alle drei Kriterien aber erfülle Tabatabai nicht. Doehring tat aber noch ein übriges – und gab dabei unbewußt dem Auswärtigen Amt Schützenhilfe. Denn es müsse auch gefragt werden, so Doehring, ob nicht die nachträgliche Ernennung Tabatabais zum Sonderbotschafter und die Akzeptanz der Immunität von seiten des Auswärtigen Amtes auch ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren bedeute.

Kein Wunder, daß Richter Otto Strauß die Öffentlichkeit aussperrte, als dann Ministerialdirektor Walter Gorenflos, Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, aussagte. Denn Gorenflos sollte die Version des Auswärtigen Amtes bestätigen, nach der Tabatabai mit Wissen und Akzeptanz der deutschen Behörden „in geheimer Mission" unterwegs sei und Immunität besitze.






Gert Fröbe auf dem Weg durch die Jahrzehnte – als „Otto Normalverbraucher", als „Staatsrat Gawrisoff", als „Peachum" und als „Torwart". FOTOS: ULLSTEIN / ROTARY / KEYSTONE / WEREK

Unser aller „Otto" wird siebzig

FRIEDRICH LUFT, Berlin

Geboren ist er vor 70 Jahren in Planitz, einem Industriestadtteil von Zwickau. Er ist Sachse. Er ist Gesamtdeutschlands liebster Sachse geworden mit den vollen Jahren seiner Reife und darstellerischen Herrlichkeit – Gerd Fröbe.

Früh ging er zur Bühne, aber als Bühnenbildner wollte er sich das Entree beim Theater schaffen. Er schaltete um. Erich Ponto wurde sein Schauspiellehrer in Dresden. Ein besserer Lehrmeister war nicht denkbar. Fröbe fand Engagements in Wuppertal, Frankfurt, sogar in Wien. Nach dem Kriege begann er neu in München. Er trat im neu gegründeten Künstlerkabarett „Simpl" auf. Der große Erich Engel nahm ihn an die Kammerspiele und nutzte die groteske Naturkomik des jungen Mannes schon weidlich. Aber der Film, ein Film machte ihn mit einem Schlage berühmt. R. A. Stemmle hatte die glückliche Hand, nach dem jungen, verhungert wirkenden, bizarren Typ zu greifen, als er Günter Neumanns „Berliner Ballade" fürs Kino vorbereitete. Fröbe, damals noch ein tristes, schmales Handtuch von Gestalt, ein Hungertyp mit Köpfchen und Humor, spielte die Figur des „Otto Normalverbraucher". Er gestaltete auf Anhieb wie mühelos das ganze Elend der präsenten Zeitgeschichte. Und er verstand es, Gegenwart gleichzeitig erträglich, einsichtig, sogar lachenswert zu machen. Wir erkannten uns in ihm alle wieder. Sein Filmruhm war etabliert.

Es vergingen ein paar Jahre im schauspielerischen Wartestand. Fröbe spielte fleißig viele Chargen. Aber der frühe Erfolg schien nicht wiederholbar. Er setzte Erfahrungen und Speck an. Er wurde mächtig. Er personifizierte mit seiner neuen, nun gewaltig angewachsenen Körperlichkeit sozusagen persönlich die „Wirtschaftswunder"-Jahre.

Der französische Film wurde auf seine Komikererscheinung neugierig. Der Mann aus Planitz wurde international gefragt und gesucht. Die lange Latte seiner Filme ist unvergleichlich. Fröbe hat im letzten Vierteljahrhundert Hauptrollen immer wieder in Paris, in London, in Hollywood und natürlich auch in deutschen Ateliers gespielt. Er stand neben ziemlich allen internationalen Stars; er war selber einer. Er ist ein ehrenvoller deutscher Exportartikel.

Warum? Er ist nicht nur ein bizarrer Komiker; er hat Humor im Blut. Er ist geradezu verwandlungswütig. *Er stemmt sich in jede* neue Gestalt, sich selber und seiner intelligenten Freude an der jeweiligen Verwandlung treu bleibend. Das gibt es selten. Er kann unheimlich wirken, schreckniserregend. Aber er ist zugleich immer liebenswert. Er ist („Hotzenplotz") der Liebling der Kinder und die Jubellust der Unmündigen. Er kann dann aber auch die kompliziertesten Gestalten vollkräftig füllen, den hochgestochenen Beschauer belustigen und ihm jedesmal ein Licht aufstecken. Ein Bursche von unendlichem (sächsischen) Humor.

Fröbe ist eine hochintelligente Kraftnatur. Diese Verbindung ist so rar. Er geht immer wieder, dieser internationale Star, mit Programmen für ein kleines, vor Vergnügen röchelndes Publikum durch die Lande. Er rezitiert Ringelnatz, Morgenstern oder Busch. Wer solche Fröbe-Klein-Darbietungen je erlebt hat, wer sich seiner prangenden Wortwucht, seiner *darstellerischen Zärtlichkeit*, seiner poetischen Wandlungsfähigkeit je selig aussetzte, der hat es nicht vergessen. Fröbe, den das deutsche Fernsehen auf allen Kanälen dieser Tage mit Recht fleißig feiert, ist ein Unikum und ein Unikat.

Wir Deutschen hätten keinen Humor? Fröbe widerlegt das Vorurteil schon seit Jahrzehnten eigenhändig. Man muß es ihm sehr danken!

Libysche Luftpiraten ließen alle Geiseln frei

dpa, La Vallett[a]

Die Entführer einer libysche[n] Verkehrsmaschine haben nac[h] 64stündigen hartnäckigen Ve[r]handlungen mit der Regierung vo[n] Malta eingelenkt und gestern mitta[g] ihre 160 Geiseln freigelassen. Min[i]sterpräsident Dom Mintoff ve[r]sprach ihnen, sie nicht nach Libye[n] auszuliefern, sondern mit ihne[n] über ein Asylland zu verhandel[n]. Die Boeing 727 der „Libyan Ara[b] Airways" war Sonntag abend a[uf] einem Inlandsflug von Sebha nac[h] Tripolis nach Malta entführt wo[r]den. Zunächst bestanden die En[t]führer auf einem Auftanken de[r] dreistrahligen Maschine zum We[i]terflug nach Marokko, doch ließe[n] sie diese Forderung fallen und ve[r]langten nur noch sicheres Geleit b[ei] der Ausreise in ein Land ihrer Wah[l]. Seit der Landung in La Vallett[a] waren weder Wasser noch Leben[s]mittel oder Medikamente in di[e] Maschine gebracht worden. Krank[e] Passagiere und Kinder wurden u[n]verzüglich in eine im Flughafe[n] errichtete behelfsmäßige Kranke[n]station gebracht. Aus offizielle[n] maltesischen Kreisen war zu höre[n], daß die Bundesrepublik Deutsch[land] von den Entführern als mögl[i]ches Asylland genannt wurde.

Schlechter Unterricht: Straf[e]

dpa, Koblen[z]

Ein Lehrer, der seinen Unterrich[t] nicht ordentlich hält, muß mit Ge[]haltskürzungen rechnen. Das Ko[]blenzer Verwaltungsgericht hat e[i]nem Realschullehrer das Gehalt fü[r] ein Jahr um zehn Prozent gekürz[t]. Die Richter befanden den Lehre[r] für schuldig, mit fehlerhaftem U[n]terricht seine Dienstpflichten ve[r]letzt zu haben.

Giftalarm nach Diebstahl

rtr, Lond[on]

Drei Trommeln mit hochgiftige[m] Natriumzyanit sind aus einer Fabri[k] in der mittelenglischen Stadt Bi[l]ston gestohlen worden. Das bei de[r] Metall-Verarbeitung verwendet[e] Gift reicht aus, um eine halbe Mi[l]lion Menschen zu töten.

73 Millionen für Shergar

rtr, Dubli[n]

Die Besitzer des vor zwei Woche[n] entführten irischen Rennpferde[s] „Shergar" verlangen von der z[u]ständigen Regionalbehörde, aus de[]ren Bereich der Hengst gestohle[n] wurde, umgerechnet rund 73 Milli[o]nen Mark Schadenersatz. Die Fo[r]derung basiert auf dem geschätzte[n] Verlust an Deckgeldern, der bei To[d] oder Verletzung des Tieres en[t]stünde.

63 Tote im Schnee

AP, Beir[ut]

*Die Zahl der Todesopfer der ta[ge]*lang in Zentral- und Nordliban[on] tobenden Schneestürme hat s[ich] bis gestern auf 63 erhöht. Einheite[n] der multinationalen Friedenstru[p]pe bemühen sich, die von d[en] Schneemassen eingeschlossene[n] Ortschaften zu erreichen und d[ie] Verbindungen zur Außenwelt w[ie]der herzustellen.

Teurer Fehlalarm

rtr, Lünebu[rg]

Der Polizeieinsatz bei Fehlala[r]men durch elektronische Alarman[]lagen ist nach einer Entscheidun[g] des Oberverwaltungsgerichtes Lü[]neburg für den Betreiber koste[n]pflichtig. Anders sei die Lage b[ei] einer begründeten Alarmierung. I[n] diesem Falle erhebe die Poliz[ei] schon von sich aus keine Gebühre[n], sagte der Sprecher des Gerichts.

Ein Toter bei Hausexplosion

dpa, Unlinge[n]

Bei einer Explosion in einem Ein[]familienhaus in Unlingen (Kreis Bi[]berach) ist gestern ein Hausbewoh[]ner ums Leben gekommen. Dre[i] Menschen wurden schwer verletz[t]. Der Sachschaden beträgt 500 00[0] Mark. Als Ursache der Explosio[n] vermutet die Polizei einen Defekt a[n] der Gasfeuerung.

Giftskandal: Ganze US-Stadt wird umgesiedelt

HANS-J. STUCK, Eureka

Die amerikanische Regierung hat sich jetzt zu einer beispiellosen Wiedergutmachungsleistung in einem Umweltskandal entschlossen und umgerechnet knapp 80 Millionen *Mark für die Umsiedlung einer ganzen* Kleinstadt zugesagt, deren Grundfläche von einem gefährlichen Gift verseucht ist. Mit dem Geld erwirbt Washington die Eigentumsrechte an allen Grundstücken in Times Beach im US-Bundesstaat Missouri, dessen Einwohner jetzt in einer großangelegten Aktion neue Heimstätten zugewiesen bekommen.

Der Giftskandal in der kleinen Gemeinde Times Beach südwestlich von St. Louis erregte vor drei *Monaten Aufsehen, als nach dem* Rückgang eines Hochwassers alarmierende Rückstände des aus der Pflanzenschutz-Produktion stammenden Giftes Dioxin im Boden festgestellt wurden. Seitdem haben bereits einige hundert Einwohner der 2400 Einwohner zählenden Stadt ihre Häuser verlassen.

Wie sich herausstellte, war die Chemikalie vor zehn Jahren zusammen mit Altöl versprüht worden, um die Staubentwicklung auf den ungepflasterten Straßen der Stadt einzudämmen. Das dabei verwandte Dioxin stammte aus einem Chemiewerk, in dem das im Vietnam-Krieg verwandte Entlaubungsmittel Agent Orange hergestellt wurde. Tierversuche ergaben, daß Dioxin Nieren, Milz und Leber angreift.

Mit dem Millionenangebot aus Washington endete einer der größten Umweltskandale in den USA. Times Beach aber wird von der Landkarte verschwinden. Für die Bekanntgabe des großzügigen Umsiedlungsplans hatte die Regierung einen für sie besonders günstigen Zeitpunkt gewählt. Sie erfolgte auf dem Höhepunkt einer seit langem schwelenden Kontroverse um die Arbeit der Bundesumweltbehörde, der vorgeworfen wird, sich nur höchst mangelhaft um die Beseitigung schädlicher Abfälle gekümmert zu haben. (SAD)

Ausbrecherkönig droht Frankreichs „Super-Flic"

François Besse will „Lehrer" Jacques Mesrine rächen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs „Super-Flic" Robert Broussard, seit fünf Wochen Polizeipräfekt auf der Insel Korsika, mit dem Auftrag, der Nationalen Korsischen Befreiungsfront (FNLC) und ihren Bombenleger-Kommandos das Handwerk zu legen, hat einen neuen unvorhergesehenen Gegner zu fürchten, der gleichzeitig ein alter Bekannter ist: François Besse, den Ausbrecherkönig Frankreichs. Besse gilt zur Zeit als der gefährlichste Gangster des Landes. Von seinem Kumpanen und Vorgänger Jacques Mesrine, der von Broussards Männern im November 1979 auf der Straße



Wüste Drohung nach sechstem Ausbruch: François Besse FOTO: UPI

gestellt und erschossen wurde, hat er den wenig beneidenswerten Titel „Frankreichs öffentlicher Feind Nummer eins" geerbt. Damit ist er für alle französischen Polizisten vogelfrei.

Am vergangenen Donnerstag konnte Besse in Madrid auf dem Wege zu einem Verhör bei einem spanischen Untersuchungsrichter seinen Bewachern entkommen und in der Menge untertauchen. Es war der sechste Ausbruch im bisher 38 Jahre währenden Leben des zweimal lebenslänglich verurteilten Verbrechers. Besse war wegen Waffenschmuggels in Alicante im Süden Spaniens verhaftet worden.

Inzwischen hat der Gangster, ein körperlich eher schwächlicher, kränklich-blaß wirkender Sohn der öffentlichen Fürsorge, von sich hören lassen. Per Telefonanruf in einer Pariser Polizeiwache ließ er wissen, daß er den Kommissar Broussard in Korsika umbringen werde, und dies aus zweierlei Beweggründen: Einmal habe er seinen Freund Mesrine zu rächen, zum zweiten wolle er der gerechten Sache der korsischen Freiheitskämpfer mit der Beseitigung ihres gefährlichen Gegners einen Dienst erweisen. Die Polizei ist überzeugt, es bei dem Anrufer tatsächlich mit Besse zu tun gehabt zu haben, ohne allerdings zu wissen, von wo der Anruf kam.

Mesrine und Besse hatten sich *1978* im streng bewachten Pariser Santé-Gefängnis kennengelernt und angefreundet. Mesrine nannte den Jüngeren damals lobend „seinen besten Schüler", der es an Härte als einziger mit ihm selbst aufnehmen könne. Kurz darauf brachen beide nach einer tollkühnen Geiselnahme unter den Wärtern aus dem Gefängnis aus. Für Besse war es der vierte Ausbruch, für Mesrine der dritte und letzte.

Heute ist der bärtige Kommissar aus der Bretagne in einem Nebenflügel der Präfektur von Ajaccio mit der Auswertung seiner ersten Ermittlungen über den korsischen Widerstand beschäftigt. Noch hat er nicht zugeschlagen. Sein Büro dagegen war bereits einmal Ziel eines Bombenanschlags.

In der Pariser Polizeipräfektur glaubt man nicht, daß es Besse *gelingen kann, auf die streng be*wachte Insel zu kommen. „Es sei denn als Kampfschwimmer, aber dazu hat er nicht das Training." Als „typische Gangsterreaktion" wird Besses Eintreten für den FNLC gewertet. Jeder Verbrecher ist versucht, so erläutern Polizeipsychologen, seine Taten mit einem moralischen, zuweilen politischen Mantel zu umgeben, eine „Fahne hochzuziehen". Damit aber wird er für die Polizisten nicht furchterregend. „Irgendwann wird er wie Mesrine unter den Kugeln der Polizei fallen", prophezeite der Pariser „Figaro".

Richterspruch zu Zigaretten und Gesundheit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Darstellung von Zigaretten zu Werbezwecken zusammen mit Lebensmitteln und „Gesundheit" suggerierender Kulisse ist nicht erlaubt – zu diesem Schluß ist das Oberverwaltungsgericht Berlin in einer rechtskräftigen Entscheidung gekommen, die das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit „richtungweisend" nennt.

Mit dem Slogan „. . . denn Gutes gehört zusammen" hatte eine Berliner Lebensmittel-Filialkette in gemeinsamer Plakatwerbung mit einem Zigarettenhersteller einen Warenkorb mit Wein, Trauben, Käse, Brezeln und Nüssen gezeigt, daneben, wie im Urteil des Gerichtes (AZ: 14 A 758/79) hervorgehoben wurde, „eine geöffnete Zigarettenpackung mit vier *herausgezogenen* Zigaretten". An dieser Darstellung nahmen Vertreter der Abteilung Gesundheitswesen des Amtes Tiergarten Anstoß. Gegner ihrer Klage waren der Verband der Zigaretteindustrie und die plakatierende Zigarettenfirma. Das Gericht, so stellt das Familienministerium in Bonn fest, hält „gewisse Praktiken der Zigarettenwerbung für unvereinbar mit dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz". Danach ist es verboten, in der Werbung den Eindruck zu erwecken, daß der Genuß von Tabakerzeugnissen gesundheitlich unbedenklich sei. Das Ministerium verweist besonders auf die Tatsache, daß seit Oktober 1981 Zigarettenpackungen und Zigarettenwerbung obligatorisch mit dem Aufdruck „Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit" versehen sein müssen. Das Urteil sei von besonderer Bedeutung, weil mit ihm erstmals ein Obergericht bei der „Bewertung von wirkungsbezogenen Werbemaßnahmen für Tabakerzeugnisse praktische Entscheidungshilfen gibt". Mit dem Urteil in der Tasche soll nun gegen die Kampagne einer anderen Firma vorgegangen werden, die mit dem Spruch „In unserem Haus muß alles schmecken" Zigaretten vor „ländlichen Szenen" zeigt.

Wenn der Rotstift die Hauptrolle spielt

Zwang zum Sparen kostet die 33. Berlinale Glanz

M. v. SCHWARZKOPF, Berlin

Die jugendlichen Fans vor dem Hotel Kempinski, ausgestattet mit viel Ausdauer und Autogrammblöcken, frieren in diesem Jahr fast umsonst. Denn Stars sind bei den 33. Berliner Filmfestspielen noch dünner gesät als in den vergangenen Jahren. Eine Jeanne Moreau macht noch keinen Frühling. Und meist gelingt es der Präsidentin der diesjährigen Berlinale-Jury, so unauffällig aus dem Hotel zu eilen, daß nur sehr aufmerksame Fans die Frau in Schwarz als Frankreichs berühmte Schauspielerin erkennen.

Es wird heuer gespart in Berlin – nicht an Filmen, aber an Festen. Und das sehr zum Kummer all jener, für die Filmfestivals ein Anlaß zum dauerhaften Feiern bedeuten. Schon über dem traditionellen Eröffnungsempfang lastete der dunkle Schatten des fiskalischen Rotstiftes. In früheren Jahren drängelten sich bei diesem Empfang an die 2000 Gäste im Hotel Intercontinental. Da floß der Sekt in Strömen, und über gut belegten Brötchen knüpften die Vertreter der Medien und der Filmwirtschaft zu den Filmemachern erste Kontakte.

In diesem Jahr wurde der Umfang des Ereignisses auf 1200 geladene Gäste reduziert, auch wenn es wie immer eine Menge ungeladener Besucher gab. Gefeiert wurde im „Theater des Westens" auf drei Stockwerken. *Da* war man dann meistens zur falschen Zeit auf der falschen Ebene, immer auf der frustrierenden Suche nach Eßbarem und Trinkbarem. Die Getränke flossen nur tröpfchenweise, und über den Mangel an Atmosphäre konnte auch die Show nicht hinwegtrösten, die ab Mitternacht im Theatersaal für Berliner Entertainment sorgte.

Mehr Glanz brachte der Empfang des Bundespräsidenten im Schloß Bellevue. Professor Carstens lud nach der Premiere des brillanten britischen Films über das Nordirland-Problem, „Belfast 1920", etwa 600 Vertreter aus Presse, Politik und Film in die Säle des Bellevue ein. Er griff damit eine *alte Berliner Tradition wieder auf,* die vier Jahre lang schlummerte, nachdem Bundespräsident Scheel 1979 zum letzten Mal während der Berlinale ins Bellevue gebeten hatte.

Wie Carstens jedoch betonte, sei der Film aus der Berliner Kulturlandschaft nicht fortzudenken und solle deshalb auch in Zukunft Unterstützung aus Bonn erhalten. Während die einen noch vom Präsidenten-Treff sprechen, reden die



Macht noch keinen Frühling: Jeanne Moreau. FOTO: CAMERA PRESS

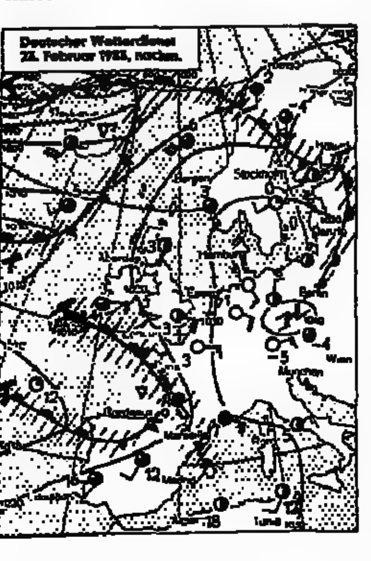
anderen bereits von einem Fest ganz besonderer Art, das am Samstag um Mitternacht im alten Metropol-Kino steigen soll: Rosa von Praunheim, Deutschlands Enfant terrible des Films, lädt zu einer Fete ein, die sich vielversprechend „Filmball der verlorenen Seelen" nennt. Die Karten zu dieser Festivität – etwa 2000 Stück – sind schon vergriffen. Anlaß für diesen „Ball der Alternativen": die Premiere von Praunheims jüngstem Werk „Stadt der verlorenen Seelen" und der Wunsch des Regisseurs, der Berlinale mit dem Filmball ein Geschenk zu machen – eins allerdings, zu dem seine Gäste ihr Scherflein beitragen müssen. Denn sparen muß nicht nur der Senat . . .

ZU GUTER LETZT

Aufkleber an einem Lastwag[en] in Bonn: „Hier fährt der Henk[er] selbst."

WETTER: Kalt und sonnig

Wetterlage: An der Westflanke des beständigen mitteleuropäischen Hochs bestimmt trocken-kalte Luft auch weiterhin das Wetter in Deutschland.



Stationen 12 bedeckt, Wind Stärke 5, 16°C. bedeckt, Nebel Sprühregen Regen Schneefall Schauer. Gebiete Regen Schnee Nebel Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung warm kalt. Fronten Warmfront Kaltfront Okklusion. Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

Ganz Deutschland: Verbreitet sonnig und trocken. Temperaturen nachmittags um + 3 Grad, in Bayern um minus 2 Grad. Nächtliche Tiefstwerte im Westen bei aufkommender Bewölkung um minus 4 Grad, sonst zwischen minus 6 und minus 12 Grad, in Bayern örtlich unter minus 15 Grad. In Schleswig-Holstein Frühnebelfelder mit Reifglätte. Schwacher bis mäßiger Südostwind.

Weitere Aussichten:

Im Westen Bewölkungszunahme und Milderung, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	17°
Bonn	1°	Kopenh.	3°
Dresden	–2°	Las Palmas	18°
Essen	1°	London	3°
Frankfurt	1°	Madrid	12°
Hamburg	1°	Mailand	2°
List/Sylt	1°	Mallorca	14°
München	–5°	Moskau	–8°
Stuttgart	–2°	Nizza	9°
Algier	18°	Oslo	–6°
Amsterdam	1°	Paris	3°
Athen	3°	Prag	–3°
Barcelona	10°	Rom	5°
Brüssel	2°	Stockholm	0°
Budapest	–2°	Tel Aviv	12°
Bukarest	–3°	Tunis	12°
Helsinki	1°	Wien	–4°
Istanbul	2°	Zürich	–5°

Sonnenaufgang * am Freitag: 7.17 Uhr, Untergang: 17.54 Uhr, **Mondaufgang:** 15.12 Uhr, Untergang 6.37 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Fliegendes Fernrohr bietet neue Aussichten

Infrarot-Astronomie erschließt Nasa neue Wege zur Erforschung des Alls

W. WILL/Bru. New York/Bonn

„Tarantula" ist 155 000 Lichtjahre von uns entfernt. Nasa-Wissenschaftler mit subtilem Sinn für Horrorvisionen haben dem astronomischen Wolkengebilde den Namen gegeben. Mit „Tarantula", die sich auf den astronomischen Bildern als feines Spinnennetz abzeichnet, glauben die Forscher die Geburtsstunde eines Sternenmonsters entdeckt zu haben – tausendmal massiver als unsere Sonne.

Noch ist alles ein wenig Spekulation. Aber die Hochstimmung im „California Institute of Technology" ist unverkennbar – Astronomen, Kosmologen und Astrophysiker sind begeistert. Eine neue Dimension hat sich ihnen aufgetan: Infrarot-Astronomie.

Seit dem 25. Januar umrundet ein 80 Millionen Dollar teures Teleskop die Erde. Innerhalb nur einer einzigen Minute sammelte das ins Universum gerichtete Kunstauge mehr astronomische Daten und Informationen, als es ganze Armaden hochfliegender Forschungsflugzeuge und -ballons im Verlauf von Jahren oder Jahrzehnten vermocht hätten. Grund: Das rund eine Tonne schwere und in 896 Kilometer Höhe kreisende Observatorium ist mit 62 hochsensiblen Detektoren ausgerüstet, die auf kosmische Wärmestrahlung ansprechen.

Diese Strahlung ist – wie das normale Licht – elektromagnetischer Natur. Sie „transportiert" spezifische Informationen mit Lichtgeschwindigkeit durch den Kosmos. Sie ist aber unsichtbar, und – größter Nachteil für die Astronomen – sie kann die Atmosphäre der Erde nicht von außen durchdringen. Anders ausgedrückt: Infrarot-Astronomie ist von erdstationierten Observatorien aus gar nicht möglich.

Die Barriere der Atmosphäre ist jetzt überwunden. Nach der optischen und der Radio-Astronomie verspricht jetzt die Infrarot-Astronomie ganz neue „Tiefblicke" ins All.

„Tarantula" ist der erste faszinierende Tiefblick. Hier sammeln sich, so interpretieren die Astronomen die ersten Infrarot-Bilder dieser Himmelsregion, interstellare Gase und Staubpartikel unter dem Einfluß der eigenen Schwerkraft. Materie verklumpt, konzentriert sich, häuft sich zum neuen Stern. Der „Frischling" ist noch kühl, leuchtet nicht, funkt nicht, nur eine matte Wärmestrahlung gibt Zeugnis von seiner Entstehung.

Was sich im „Kreißsaal" von „Tarantula" wirklich tut, weiß bisher niemand genau. Zu frisch sind die Eindrücke, zu groß die Flut der Informationen, die es noch auszuwerten gilt. Einige Astronomen meinen, in der „Tarantula"-Wolke seien erst „kürzlich" viele sehr große Sterne entstanden, jeder möglicherweise zehn- bis hundertmal schwerer als unsere Sonne. Andere wiederum glauben, daß dort ein Monster von Stern „geboren" wurde, ein einzelner gigantischer Himmelskörper, der möglicherweise tausendmal massiver ist als unser Zentralgestirn. Einig sind sich die Astronomen bis jetzt nur in einer Hinsicht: Das neue, von den USA, Großbritannien und den Niederlanden entwickelte Observatorium, das zusätzlich mit einem optischen 55-Zentimeter-Teleskop ausgerüstet ist, arbeitet mit „großer Genauigkeit" und übertrifft alle Erwartungen. Bis zu einer Million neuer Objekte – Staub-, Partikelwolken und Sterne – werden mit dem Gerät voraussichtlich ausgemacht werden können. Darunter vielleicht auch der Zehnte Planet, der nach Ansicht einer immer größer werdenden Zahl von Astronomen zwischen Neptun und Pluto die Sonne umrundet.

Gäule leben auf teurem Fu[ß]

Um das Pflaster zu schonen: Diamanten für Fiaker-Pfer[de]

KURT POLLAK, Wien

Die Fiaker-Gäule der Mozart-Stadt Salzburg werden in naher Zukunft zu den wertvollsten Pferden auf Erden gehören. Statt mit gewöhnlichen Eisenstollen werden ihre Hufeisen mit Diamanten besetzt. Gegen diese Fiaker-Pferde werden sich selbst die edlen Lipizzaner-Hengste der Spanischen Reitschule in Wien ebenso wie die Repräsentanten reinrassigsten Arabergeblüts wie verarmte Öl-scheichs vorkommen.

Salzburgs „Pflasterhirsche", die ein ebenso wesentlicher Fremdenverkehrsbestandteil der Festspielstadt sind, wie die Mozart-Kugeln, dienen aber keineswegs als Aushängeschild irgend eines spleenigen zweibeinigen Pferdenarren. Mit ihren „Edelstein-Spikes" an den Hufeisen sollen sie der Festspiel-Stadt Salzburg jährlich rund zwei Millionen Mark einsparen helfen.

Das Straßenpflaster der von den Fiakern befahrenen verkehrsarmen Zone der Salzburger Altstadt besteht zum Teil aus dem überaus teuren Bozener Porphyr-Gestein, das unerhört empfindlich auf die bisher verwendeten Eisenstollen der Hufeisen reagierte. Die edlen Steinplatten brachen wie Zuckerguß.

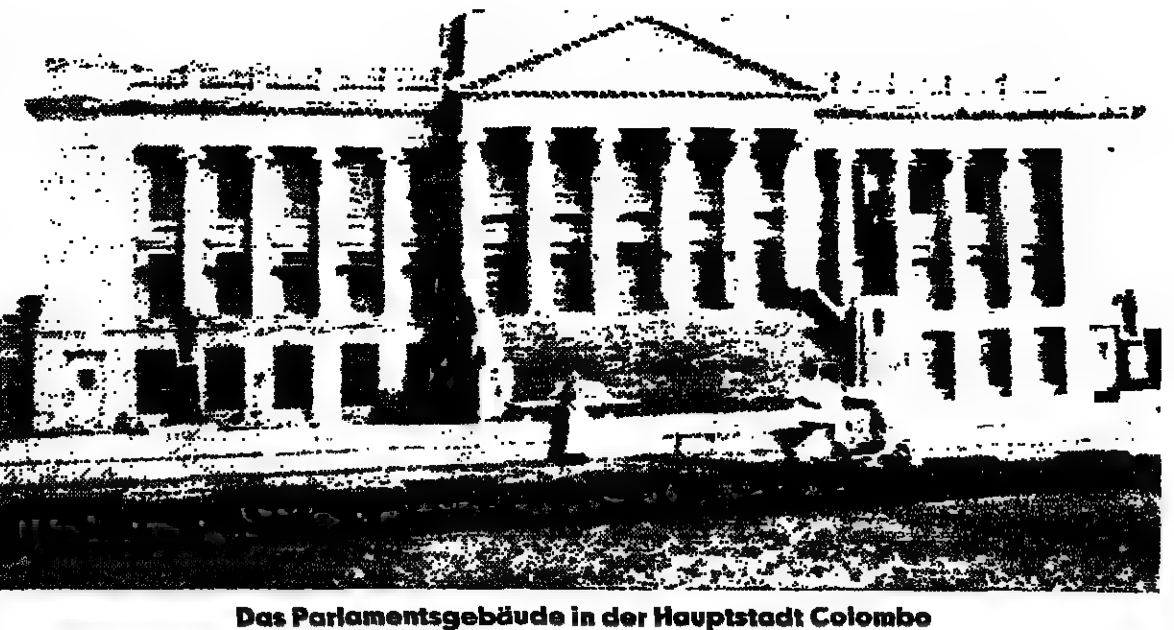
Salzburgs Stadtbaudirektor R[u]dolf Radics startete deshalb im v[er]gangenen Jahr einen Versuch m[it] den edelsteinbestückten Hufeise[n]. Nun sollen die Fiaker-Kutscher – rund zwanzig an der Zahl – vera[n]laßt werden, ihre Gäule nur me[hr] auf *diamantenen Sohlen* über d[as] wertvolle Altstadtparkett traben lassen.

Juweliere von Rang können [al]lerdings kaum mit Umsatzstei[ge]rungen rechnen; sie werden ih[re] Edelsteinkollektionen weiterh[in] betuchten zweibeinigen Kund[en] verkaufen müssen, denn Salzbur[gs] Edelfiaker werden sich mit Ind[u]striediamanten-Splittern beg[nü]gen. Diese werden an Stelle d[er] bisherigen langen Stahlspitzen [in] flache Stahlmatten eingegoss[en], damit die Gäule nicht ins Schl[it]tern geraten. Durch die breite A[uf]lagefläche der mit Diamanten [be]stückten Hufe wird das Straß[en]pflaster geschont.

Salzburgs Stadtbaudirektor R[adics] dies zur WELT: „Ich will, daß a[lle] Fiaker-Pferde mit Edelsteinen [be]schlagen werden. Ich weiß zw[ar] nicht den Preis dieser neuen M[e]thode. Aber ich weiß, daß [die] Stadtverwaltung Millionen eins[pa]ren wird, wenn dieses neuart[ige] „Pferdeschuhwerk" eingefüh[rt] wird."

SRI LANKA

Die letzten Wahlen in Sri Lanka bestätigten den Präsidenten Jayewardene in dem von ihm eingeschlagenen Kurs. Mit einer an westlichen Vorbildern orientierten freien Marktwirtschaft und demokratischen Verhältnissen will er die Insel im Indischen Ozean in eine stabile und wirtschaftlich gesunde Zukunft führen. Das Volk zeigte Vertrauen in diesen Kurs, wenn auch die Stimmen der Kritik laut wurden, die Vorbilder paßten nicht für ein Land der Dritten Welt. Aber bislang gibt der Erfolg Jayewardene recht. Was ihm vor allem hilft, ist das sozialistische Modell, das die Vorgängerin im Regierungsamt anbot, und das nicht den ersehnten Erfolg brachte. Die Regierung in Colombo kann sich heute jedoch auch verstärkt auf westliche Hilfe stützen. Aber an wenigen Orten ist auch der Boden so fruchtbar dafür wie hier.



Das Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Colombo

FOTO: BRUNING

Der „schlaue Fuchs" garantiert die hoffnungsvolle Entwicklung

Von M. WEIDENHILLER

Sie waren streitbare und zugleich mächtige Herrscher, die einstigen singhalesischen Könige, ren letzter in Kandy sich erst im . Jahrhundert den Briten unterarf. Auf sie beruft sich heute gern r Präsident der Republik Sri Lan-, Julius Richard Jayewardene, urz auch J. R. genannt. Über Prost erhaben und sich auf sein Geür für das Machbare verlassend, t er seine Macht abgesichert und sgebaut. Und dies seit seiner ahl im Jahre 1977, als seine Vereigte Nationale Partei (UNP) bei n Parlamentswahlen siegte.

Er führte ein Präsidialsystem ch französischem Vorbild ein und ancierte so vom Premier zum äsidenten. Er setzte das Verhältswahlrecht mit einer 12,5-Pront-Sperrklausel durch. Aber er tte nicht nur Sirimavo Bandanaike und deren linksgerichtete eiheitspartei (SLFP) von der acht vertrieben, sondern auch der openinsel eine neue politische d wirtschaftliche Ausrichtung geben. Dem sozialistischen Expenent seiner Vorgänger setzte er nen wirtschaftlichen Liberalisus mit den Zügen einer freien arktwirtschaft entgegen. Die rtschaft erhielt neue Impulse, die achstumsraten stiegen. Die Imrte weiteten sich massiv aus, aber e Exporte hielten nicht Schritt. e Erdölpreise schnellten hoch, ch die Inflationsrate.

In den nach anfänglichen Erfoln eingetretenen Schwierigkeiten nen sich diejenigen bestätigt, die Liberalisierung als wenig geeigt für ein Entwicklungsland wie Lanka halten. Es stellte sich dem die Frage, ob die Masse der völkerung von der Neuorientieng profitieren und den parallel zu verlaufenen Abbau des Wohlrtsstaates durchstehen könne. nders könnte man auch sagen: veifel tauchten auf, ob die Regieng die Herausforderung auch poisch meistern und überstehen irde.

Es blieb nicht aus, daß Mitte vergenen Jahres die hochpolitisieden Ceylonesen ausgiebig darer diskutierten, ob es vorgezoge Wahlen – fällig erst bis August 83 – und vorzeitige Präsidentschaftswahlen – fällig erst Anfang 1984 – geben würde.

Aber nicht umsonst gilt Jayewardene als ein „schlauer Fuchs". Er nutzte die kraftvolle Mehrheit seiner Partei im Parlament, um eine Wahlrechtsänderung zu erlangen. Sie besagt unter anderem, daß der Präsident Wahlen für dieses höchste Amt im Staate einberufen kann, wenn er es vier Jahre innehatte, daß er das Parlament auflösen und Abgeordnete aller Parteien zur Bildung einer Regierung heranziehen kann mit dem Ziel, die Stabilität im Lande zu sichern.

Im Oktober 1982 waren die Ceylonesen zur Wahl aufgerufen, für oder gegen ihn. 52,5 Prozent der Stimmen vereinigte Jayewardene auf sich – der alte Präsident war zugleich der neue. Er selbst sagte: „Ich bekämpfte keinen Gegner, sondern ich warb für das Ziel von 50 Prozent."

Einen wirklichen Gegner hatte er freilich nicht. Nicht nur profitierte er von einer uneinigen, schwachen Opposition, sondern auch von der Tatsache, daß Sirimavo Bandaranaike politische Askese auferlegt war. Wegen Mißbrauchs im Amt der Ministerpräsidentin waren ihr die Bürgerrechte aberkannt und somit das aktive und passive Wahlrecht entzogen worden.

Nur sie hätte die starke Position Jayewardenes erschüttern können. Denn der Name Bandaranaike hat den alten Glanz nicht verloren, er bindet noch immer die Massen.

Mit zweiter Wahl ins Stimmen-Rennen

Ex-Minister Hector Kobbekaduwa wurde ins Rennen gegen Jayewardene geschickt. Immerhin gewann der Mann der „zweiten Wahl" 39,1 Prozent, neun Prozentpunkte mehr als die Partei bei den Wahlen im Jahre 1977 einbringen konnte.

Hohe Preise, Inflation mögen da dem mangelnden Appeal nachgeholfen haben. Aber die Wähler haben offenbar auch nicht vergessen, daß während der Regierungszeit von Frau Bandaranaike Reis und Zucker rationiert werden mußten und permanent Mangel an Grundbedarfsgütern herrschte. Heute sind die Geschäfte zwar voll von Waren; sie sind aber teuer. „Die Menschen haben gelernt, mit den hohen Preisen zu leben. Aber den ständigen Mangel könnten sie *nicht mehr ertragen*", meinte seinerzeit ein UNP-Politiker.

Der „mathematische" Sieg Jayewardenes wurde als Ausdruck seiner Popularität im Lande und als Unterstützung seiner Wirtschaftspolitik gewertet. Da Erfolg sich selbst weiter zum Erfolg verhilft, zögerte Jayewardene nicht, die Chance zu ergreifen. Er kündigte nicht etwa vorgezogene Parlamentswahlen an, sondern ein Referendum. Das Volk sollte entscheiden, ob die Legislaturperiode des Parlaments für weitere sechs Jahre verlängert werden sollte – ohne Wahlen.

Protest kam schnell und stürmisch. Den Vorwurf, leichtfertig mit der Demokratie umzugehen, wies der Präsident von sich und meinte: „Wir verbieten die Wahlen ja nicht, sondern lassen das Volk selbst darüber entscheiden."

Die Bürgerrechtsbewegung (CRM) empörte sich, daß die Regierung im Jahre 1981 ein Datum sehr feierlich begangen habe – die Einführung des Wahlrechts vor 50 Jahren auf der Insel. Jetzt sei die parlamentarische Demokratie in Gefahr.

Das Referendum fand im Dezember statt – mit dem erwünschten Ergebnis. Bei Wahlen hätte Jayewardene seine Mehrheit nicht so leicht behaupten können. Denn sie haben auf Sri Lanka fast ausnahmslos die herrschende Partei von der Macht vertrieben – ein Regierungswechsel aber, so folgerte der starke Mann wohl nicht zu Unrecht, hätte die hoffnungsvoll begonnene Entwicklung stören, ja zunichte machen können.

Seine UNP stützt sich auf 30 bis 35 Prozent Stammwähler, die Freiheitspartei auf 25 bis 30 Prozent. Um die Gunst der unentschiedenen Wähler müssen die Parteien kämpfen. Sie tun es hart und rücksichtslos. Nach der Wahl hätte dies in Gewalt umschlagen können.

Befürchtet wurde dies wohl schon bei den Präsidentschaftswahlen. Der Ausnahmezustand wurde verhängt – ein Instrument der „Disziplinierung", das Jayewardene seit 1977 etwa ein halbes dutzendmal einsetzte, wie etwa beim Generalstreik, als ein Zyklon die Insel heimsuchte, als es zu Unruhen zwischen Singhalesen und Tamilen kam.

Die Tamilen, die ethnische, sprachliche und religiöse Minderheit auf Sri Lanka, fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Jayewardene hat das Problem der Tamilen als existenzgefährdend für die Republik erkannt. Er hat ihren Status verbessert und einen Dialog begonnen. Reformmaßnahmen wie etwa die Errichtung von regionalen Entwicklungsbehörden mit weitgehenden Selbstverwaltungsvollmachten für die beiden Tamil-Provinzen trugen unglücklicherweise nicht zu einer Abflachung, sondern zur Verschärfung des Problems bei.

Nach dem Vorbild der Naxaliten

Denn innerhalb der Tamilenpartei (TULF) wurden damit diejenigen isoliert, die nach einem „Eelam", nach einem unabhängigen Staat der Tamilen riefen; sie wandten sich den „Tigers" zu, die sich ihren Staat mit Terror erkämpfen und ertrotzen wollen. Als Vorbild dienen ihnen die Naxaliten, die in den siebziger Jahren als Stadtguerrilla in Westbengalen wüteten.

Neben wirtschaftlichen und Entwicklungsproblemen ist somit die Frage der inneren, der nationalen Befriedung vordringlich. Hier wie auch bei dem ehrgeizigen Ziel einer regionalen Zusammenarbeit Südasiens kann nur eine Politik der kleinen Schritte Maßstab sein. Bei seinem Bemühen, Aufnahme bei den Asean-Staaten zu finden, blieb Sri Lanka erfolglos.

Gleichzeitig mit Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal und Malediven strebt es jetzt eine Kooperation auf Gebieten an, die von der Gesundheit über Landwirtschaft bis hin zur Telekommunikation reichen. Zwei Treffen fanden bereits statt, es wurden Arbeitsprogramme ausgearbeitet und Arbeitsgruppen erstellt. Ereignisse wie die Besetzung Afghanistans und die wieder schrilleren Töne zwischen Indien und Pakistan machen eine solche Zusammenarbeit schwieriger, aber auch dringlicher.

Wirtschaft auf neuem Kurs

Einen „Musterfall für erfolgreiche Entwicklungshilfe der westlichen Welt" nannte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bei einem Besuch Sri Lanka.

Andere stellten bereits Vergleiche mit Singapur an. Nun, soweit ist es sicherlich noch nicht. Aber die Entwicklung der letzten Jahre mit einem Wachstum, das auch international nicht versteckt werden muß, basiert letztlich auf einem radikalen politischen und wirtschaftspolitischen Kurswechsel.

Die Volksfrontregierung mußte 1977 nicht nur abtreten, sondern der Sozialismus war in dieser ehemals britischen Kolonie gescheitert.

Und das, obwohl die Insel bei der Unabhängigkeit für so reich gehalten wurde, daß der Übergang ins Paradies eigentlich nur eine Frage der Zeit sein mußte.

Am Ende sah es ganz anders aus: Lange Schlangen vor fast leeren Läden; wenn es noch etwas gab, dann nur auf Bezugschein. Ceylon war zu einem Almosenstaat geworden.

Der neue Präsident Jayewardene warf das Ruder herum. Er startete ein dynamisches Experiment, obwohl der Staat der wichtigste Arbeitgeber und Investor blieb. Aber der Währungskurs wurde freigegeben, die Importkontrollen wurden aufgehoben. Die Subventionen, an denen sich der größte Teil der Verbraucher bereits gewöhnt hatte und die einen erheblichen Teil des Staatsbudgets verschlangen, wurden abgebaut oder umgestellt.

Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wurden die Investitionen und der Export angekurbelt.

Das Tempo der Entwicklung wurde überdies durch zwei Riesenprojekte forciert. Einmal wurde das Mahaveli-Bewässerungsprojekt in Angriff genommen, zum anderen wurde ein Wohnungsbauprogramm gestartet, in dessen Rahmen mehr als 100 000 Einheiten geschaffen werden sollen.

Immerhin konnte der Präsident bereits nach gut drei Jahren stolz verkünden, durch seine Politik habe sich die Zahl der Arbeitslosen auf rund 700 000 halbiert, was allerdings immer noch einer Arbeitslosenquote von 15 Prozent entsprach. Die gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten hatten sich nach dem Regierungswechsel mehr als verdoppelt. Überdies stellte sich eine ganze Serie von Rekordernten ein. Damit wurde das Land bei dem Hauptnahrungsmittel, dem Reis, wieder von Einfuhren unabhängig.

Wo viel Licht ist, gibt es auch Schatten. Durch die expansive Politik, die auch noch durch den reichlichen Zustrom von Entwicklungshilfegeldern geschürt wurde, schnellte die Inflation nach oben. Für 1981 wird sie auf 40 Prozent veranschlagt. Damit verteuerten sich die Grundnahrungsmittel erheblich. Und für manchen Ceylonesen wurden sie damit wieder unerschwinglich.

Denn rund 60 Prozent der 15 Millionen Einwohner verfügen nur über ein Einkommen von weniger als 400 Rupien oder 50 Mark im Monat. Rund fünf Millionen bringen es noch nicht einmal auf 300 Rupien. Sie erhalten daher Lebensmittelbons von 100 Rupien je Familie. Betroffen von dieser Entwicklung sind vor allem die Stadtbevölkerung und die Beamten. Bei ihnen hielt der Einkommensanstieg mit der Inflation nicht Schritt.

Inzwischen wurde allerdings die Inflationsrate wieder auf 20 Prozent gesenkt.

Obwohl sich weitere Einschnitte bei den staatlichen Wohltaten abzeichneten, sprach das Volk im Herbst sein Urteil über diesen Kurs. Es bestätigte mit großer Mehrheit den Präsidenten in seinem Amt. Die Chancen sind nicht schlecht, daß es gelingen wird, die auf viele Jahre angelegten Vorhaben zu Ende zu bringen und dann die Früchte zu ernten.

Immerhin hält der Präsident an seinem liberalen Kurs fest und fließt das Geld aus dem Ausland weiter. Außerdem ist das Land stolz auf sein Gesundheitswesen. Die Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung nach vorn sind also vorhanden.

In den Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Sri Lanka steckt noch Luft. Die deutschen Importe beliefen sich 1981 auf 150,7 Millionen Mark. Gleichzeitig wurden Waren für 176,3 Millionen Mark in das ehemalige Ceylon ausgeführt. Der deutsche Überschuß betrug 25,6 Millionen Mark.

Die deutschen Firmen kaufen vor allem Rohstoffe. Die Entwicklung des Handels leidet unter der schwachen konjunkturellen Entwicklung in fast allen Industriestaaten.

Ein Interesse an Sri Lanka ist in der Bundesrepublik vorhanden, nicht nur bei den Touristen. Im vergangenen Jahr hat sich besonders die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) und der Ostasiatische Verein um dieses Land bemüht.

Insgesamt sind in Sri Lanka sieben Projekte mit deutscher Beteiligung registriert. An vier von ihnen ist die DEG beteiligt, die eigenkapitalähnliche Darlehen für deutsche Beteiligungen in der Dritten Welt zur Verfügung stellt.

In der deutschen Entwicklungspolitik steht das Land hoch im Kurs. 400 Millionen wurden für das Talsperrenprojekt zugesagt. Davon flossen im vergangenen Jahr 15 Millionen an langfristigen Krediten und 22,5 Millionen an Zuschüssen ab.

OTTO LATTROST

INTERVIEW MIT PRÄSIDENT JAYEWARDENE

„Die Privatwirtschaft ist sich der Stabilität unserer Politik bewußt"

WELT: In den meisten Demokraen mit einem Mehrparteien-Sym wechseln die Regierungen n Wahl zu Wahl. Das war auch in Lanka so. Jetzt jedoch kehrte e Regierung sowohl bei den äsidentschaftswahlen als auch im Referendum mit einer Mehrit ohne Beispiel an die Macht rück. Worauf führen Sie das rück?

Präsident H. E. J. Jayewardene: s ist richtig, daß unsere Regieng mit einer klaren Mehrheit im nt bestätigt wurde. Ich glaube, s ist ein Hinweis darauf, daß die ähler unsere Regierungspolitik zeptiert haben. Sie haben es zu hätzen gewußt, daß die gegenärtige Regierungspolitik sowohl m Volk als auch dem Land zugukommt.

WELT: Sri Lanka zählt zu den Länern der Dritten Welt, die bei der ntwicklungshilfe besonders berzugt werden. Das gilt auch für e Bundesrepublik. Was sind Ihr Meinung nach die Gründe für ese besondere Hilfe für Sri anka?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Zunächst deswegen, weil wir ein demokratisches System haben mit freien Wahlen und einer Opposition. Zweitens, weil wir eine neue Verfassung haben, die dem Volk seine grundlegenden Freiheiten garantiert und den ausländischen Investor schützt. Die Geberländer wissen, daß Sri Lanka eine hohe Wachstumsrate erreicht hat in den letzten 5 oder 6 Jahren und daß die fremde Hilfe in einer Weise genutzt wurde, von der die breite Mehrheit unseres Volkes profitiert.

WELT: Das Mahaweli-Entwicklungsvorhaben ist eines der führenden Projekte Ihrer Regierung. In welcher Weise kann es die Lebensqualität Ihres Volkes verbessern?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Es gibt ein breites Nutzungsspektrum aus dem Mahaweli-Programm. Eines ist das Anwachsen der hydroelektrischen Energie, die für die beschleunigte Industrialisierung unseres Landes erforderlich ist. Zweitens wird es Tausende von Häusern mit elektrischem Strom versorgen, die über diese Dienstleistung noch nicht verfügen. Das Mahaweli-Programm wird uns auch in die Lage versetzen, Tausenden unserer Leute eine profitable Beschäftigung zu geben, insbesondere in der Landwirtschaft. Denn die Bewässerung eröffnet zusätzlich 350 000 Morgen Land zur Nutzbarmachung. All das hilft, den Lebensstandard und die Lebensqualität zu verbessern, indem unserem Volk Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.

WELT: Sri Lanka hat in den letzten fünf Jahren eine rasche Entwicklung hinter sich und eine hohe Wachstumsrate erzielt. Erwarten Sie eine weitere Beschleunigung in den nächsten sechs Jahren, wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Wir erwarten, das Entwicklungstempo beibehalten zu können, indem wir auch in Zukunft eine ähnliche Politik verfolgen, zum Beispiel eine freie Marktwirtschaft, und indem wir noch mehr ausländische Investoren anlocken, bei der Entwicklung unseres Landes mitzutun.



In Amt und Kurs bestätigt: Präsident Jayewardene

WELT: Der Privatsektor in Sri Lankas Wirtschaft hat auf die Politik Ihrer Regierung geantwortet und einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung des Landes geleistet. Erwarten Sie, daß die Privatwirtschaft in den nächsten Jahren eine noch bedeutendere Rolle spielen könnte, und in welchen Branchen?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Die Privatwirtschaft hat einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes geleistet. Allerdings fehlt ihr das notwendige Kapital, und wir hoffen, daß ausländische Investoren sich zu Joint Ventures bereitfinden. Die Privatwirtschaft ist sich der Stabilität unserer Politik bewußt. Und ich glaube, daß sie unsere Politik in den Jahren, die vor uns stehen, noch besser wird nutzen können, vor allem bei der Industrie zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

WELT: Glauben Sie, daß der Bundesrepublik und vor allem ihrer Privatwirtschaft eine Rolle bei der Entwicklung Sri Lankas zufällt, durch Joint Ventures und ähnliches?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Ich bin überzeugt, daß Ihr Land mit seiner fortschrittlichen Technologie eine wichtige Rolle zu übernehmen hat bei der Entwicklung unseres Landes. Und ich hoffe sehr, daß deutsche Firmen in Sri Lanka investieren werden.

WELT: Die touristische Erschließung Ihres Landes macht gewaltige Fortschritte. Wo liegen Ihrer Meinung nach die Hauptanstrengungen?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Unsere Bemühungen richten sich vor allem darauf, Sri Lanka in Übersee als ein Tourismusland bekannt zu machen. Wir erwarten auch, die Unterbringungsmöglichkeiten zu verbessern und unseren Gästen bessere Dienstleistungen anzubieten.

WELT: Ihr Land liegt wie kein anderes exponiert im Indischen Ozean, der in den strategischen Überlegungen der Supermächte eine große Rolle spielt. Was sind Ihre Vorstellungen für eine friedliche Entwicklung der ganzen Region?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Wir sind einer Politik der Blockfreiheit und der Beilegung von Konflikten auf dem Verhandlungsweg verpflichtet. Wir hätten gerne den Indischen Ozean frei von ausländischer Intervention.

WELT: Ihr Land feiert den 35. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Nicht alle Länder können auf eine so erfolgreiche Geschichte zurückblicken. Wie konnte Sri Lanka seine Probleme lösen, was gewiß keine einfache Aufgabe war?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Der wichtigste Punkt ist darin zu sehen, daß wir die Freiheit unseres Volkes grundsätzlich geschützt haben, obwohl es schwierige Zeitabschnitte gab. Wir hatten damit Erfolg. Der Hauptgrund ist darin zu sehen, daß die demokratische Staatsform uns die notwendige Stabilität verliehen hat.

WELT: Neue Weltwirtschaftsordnung, Nord-Süd-Dialog. Das sind Schlüsselworte einer Diskussion von lebenswichtiger Bedeutung. Was halten Sie davon?

Präsident H. E. J. Jayewardene: Wir befürworten den Nord-Süd-Dialog sehr. Wir würden es aber vorziehen, wenn konstruktive Schritte unternommen würden anstelle der bloßen Wörter, die es immer gibt. Worte, nichts als Worte. Ich bin ziemlich pessimistisch.

GESCHICHTE / Die prachtvolle Insel lockte alle

Sir Winston was here, doch vor ihm schon Salomos Boten

Das heutige Sri Lanka kannte vielerlei Namen und *allerlei* fremde Herrscher. Seine Flagge symbolisiert in den Farben und Proportionen die Zusammensetzung der Inselbewohner: der legendäre Löwe mit Schwert im großen Rechteck für die Mehrheit der Singhalesen, davor die gleichgroßen Felder in Safran für die Tamilen *und in Grün für die Moslems.*

Lange Zeit bevor die europäischen Kolonialmächte ihre Hände nach der „Prachtvollen Insel" – so heißt Sri Lanka in Hindu – ausstreckten, war sie schon den Römern und Griechen unter dem Namen Taprobane bekannt. Im China jener Zeit wußte man von ihr als „Insel der Edelsteine", und König Salomon entsandte Boten nach Ratnapura, der „Stadt der Edelsteine", um Prätiosen für die Königin von Saba zu beschaffen.

Als die portugiesischen Seefahrer im Jahre 1505 auf der Insel landeten, die wie ein Edelstein im Indischen Ozean funkelt, gaben sie ihr den Namen Ceilão. Ihnen folgten 1658 die Holländer. Sie machten Ceilon aus Ceilão. Ihr Bleiben währte auch nur knapp anderthalb Jahrhunderte. Dann nahmen die Engländer die Insel in Besitz – als Ceylon.

Bei der Auflösung des britischen Empire nach dem Zweiten Weltkrieg erlangte Ceylon im Jahre 1948 die Unabhängigkeit. Es blieb als *unabhängige* Nation im britischen Commonwealth, die sich im Jahre 1972 zur Republik Sri Lanka proklamierte. Queen Elizabeth II. ist seither nicht mehr Staatsoberhaupt, aber noch nominelles Oberhaupt des Commonwealth.

Ein Außenposten des Empire

Nuwara Eliya, eine kleine Stadt im zentrale Bergland Sri Lankas, mutet heute noch fast wie ein Außenposten des Empire an. Hier errichteten in einem milden Klima englische Besitzer von Tee-Plantagen ihre Landsitze, bauten eine anglikanische Kirche und gründeten 1866 einen Golfclub. Die Anlage wird bestens in Schuß gehalten, auch nachdem die Briten nach der Verstaatlichung der Tee- und Kautschuk-Plantagen nach Hause zurückgekehrt sind.

Sir Winston was here – könnte unprosaisch am ehrwürdigen Hill Club stehen. Unter einem großen Porträt an der Wand der Bar ist zu lesen: „The Right Hon. Sir Winston *Churchill*, K. G., O. M., C. H., M. P." Zu dieser Aufzählung von Orden und Titeln und des Mandats im Unterhaus wurde der Hinweis angebracht: „Der Premierminister feierte seinen achtzigsten Geburtstag am Dienstag, dem 30. November 1954." Sehr britisch, das ganze.

Im Speisesaal des Hill Club blikken ausgestopfte Jagdtrophäen von den Wänden, und die eine Stirnseite des Saales wird von einem großen Kamin beherrscht. Barfüßige Kellner in makellos weißer Livrée servieren hier zumeist Besucher-Gruppen aus dem Ausland. An Feiertagen aber ist der Club für seine Mitglieder reserviert, vorwiegend Bürgern des jun*gen Staates Sri Lanka.*

Auf der Fahrt über kurvenreiche Straßen durch die terrassenförmig angelegten Tee-Plantagen begegnet man noch den Namensschildern der alten Estates – Westward Ho, Glenloch, Delta, Rothschild, Melfort und Storfield.

Nach buddhistischen Chroniken wurde die Insel bereits 543 vor *Christus von dem nordindischen* Fürsten Widschaya unterworfen. Mahinda soll 247 vor Christus den König Tissa zum Buddhismus bekehrt haben. Die südindischen Tamilen, gegen deren Einfälle die Könige der Insel seit dem zweiten Jahrhundert vor Christus zu kämpfen hatten, schwangen sich schließlich zu den Herren des Nordteils der Insel auf.

Das Zentrum der singhalesischen Macht war seit etwa 1500 das Königreich Kandy. Im Inneren der Insel, abgeschirmt durch die hohen Berge, blieb es noch über Jahrhunderte intakt, auch wenn europäische Kolonialherren an den Küsten und Kaps von Ceylon sich vorübergehend festsetzen konnten.

Als 1815 der letzte König von Kandy gefangengenommen und von den Briten in die Verbannung geschickt wurde, endeten dreiundzwanzig Jahrhunderte dieser Dynastie. Die Einwohner von Kandy fühlen sich deshalb wohl auch gegenüber den anderen Inselbewohnern *erhaben. Inmitten einer atem*beraubenden landschaftlichen Szenerie steht der „Tempel des Zahnes". Er ist der heiligste Ort des Buddhismus in Sri Lanka; denn hier wird nach der Überlieferung ein Zahn Buddhas aufbewahrt.

Früher war es Besuchern strikt untersagt, die Zeremonien der Bettelmönche in diesem Tempel zu fotografieren. Aber als Konzession an den Tourismus, der sich in der Handelsbilanz der Insel nach Tee, Kautschuk, Kokosnüssen mit steigender Tendenz an vierter Stelle niederschlägt, ist es heute erlaubt. Die Diener Buddhas posieren sogar gern für einen Obolus.

Zu Zehntausenden pilgern die buddhistischen Inselbewohner während des Mond-Monats Esala – im Juli oder August – zum „Tempel des Zahnes". Die wenigsten werden bis zu dem Schrein vordringen, um den herum kahlgeschorene Mönche in safrangelben Gewändern tanzen, auf Trommeln schlagen und Flöte spielen. Die Reliquie wird von Panzerglas geschützt.

Verehrter Zahn ruht in Kandy

Kandy ist die letzte Aufbewahrungsstätte; der verehrte Zahn befand sich vordem im Allerheiligsten älterer Singhalesischer Königreiche. Von der Bedeutung des *Buddhismus künden noch* die Ruinen der mittelalterlichen Hauptstadt Polonnaruwa, die gut hundert Kilometer von Kandy entfernt liegt. Diese Stadt war im zwölften Jahrhundert von Parakrama Bagu dem Großen erbaut worden.

Die befestigte Stadt beherbergte Königliche Paläste, Lustschlösser, öffentliche Parks und Bäder, kunstvolle Gärten und heilige Stätten. Ihr Erbauer wünschte, Polonnaruwa sollte eine „festliche Oase" sein, als lebte man unter einem Baum, der alle Wünsche in Erfüllung gehen läßt. Nordwestlich von Polonnaruwa wurde die erste Hauptstadt der Insel – Anaradhapura – ausgegraben. Sie stand in Blüte vom fünften Jahrhundert vor Christus bis zum elften Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Amerikanische Archäologen stellten staunend fest, daß sie eine größere Ausdehnung als das moderne Chicago hatte ...

Einige Kanäle aus vergangenen Zeiten, die zu einem kunstvollen System der Wasserversorgung für *diese großen Ansiedlungen* in einem Trockengebiet gehörten, werden bei dem gigantischen Projekt zur Bewässerung weiter Landstriche in diesen Tagen wieder nutzbar gemacht. Dieses Einverständnis von Vergangenheit und Gegenwart ist in Sri Lanka vielerorts gegenwärtig, am sinnfälligsten in der Mentalität seiner Menschen.

MARTIN GENTZEI

Auf einen Blick

Fläche
Sri Lanka (früher Ceylon) ist ein an der Südspitze des indischen Subkontinents östlich vorgelagerter und von Indien durch die zum Teil nur 35 km breite Palkstraße getrennter Inselstaat. Die Bodenfläche beträgt 65 610 qkm.

EINWOHNER
ca. 15 Millionen.

RELIGION
Buddhisten 67,3 Prozent, Hindus 17,6 Prozent, Moslems 7,1 Prozent, Christen 7,9 Prozent.

STÄDTE
Größte Städte Sri Lankas sind die Hauptstadt Colombo (mit Vororten 920 000 Einwohner), Jaffna (118 000), Moratuwa (104 000), Kandy (103 000) und Galle (79 000).

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Sri Lanka ist ein Agrarstaat mit stark aufkommender Industrialisierung und wachsendem Fremdenverkehr. Tee, Kautschuk und Kokosnußprodukte erbringen rund 65 Prozent des gesamten Ausfuhrerlöses. Die Industrieproduktion wird etwa je zur Hälfte von privaten Unternehmen und von 25 staatlichen Gesellschaften bestritten.

HANDELSBILANZ
(in Millionen US-Dollar)

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1977	644	747	+ 103
1978	898	845	– 53
1979	1304	981	– 323
1980	2047	1071	– 976
1981	1803	1036	– 767

VERWALTUNG
Ceylon ist seit dem 22. 5. 1972 die Republik Sri Lanka und seit dem 7. 9. 1978 die „Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka" (Präsi*dialdemokratie unter dem* Präsi*denten J. R. Jayawardene*). Das Parlament hat 168 für sechs Jahre gewählte Abgeordnete. Das Land ist verwaltungsmäßig in neun Provinzen und 22 Verwaltungsbezirke aufgegliedert, die ernannten Beauftragten (Government Agents) der Zentralregierung unterstehen. Die Gemeinden haben beschränkte Selbstverwaltung, die Städte eigene Verwaltungen.

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka, Rolandstraße 52, 5300 Bonn 2, Tel.: 02 28 / 33 20 55.
Generalkonsulate: Pickhuben 9, 2000 Hamburg 11, Tel.: 040/367140. Schäferstraße 3, 8000 München 2, Tel.: 0 89 / 22 24 15. Konsulat: Tannenbergallee 28, 1000 Berlin 19, Tel.: 0 30 / 3 04 13 03.
Fremdenverkehrsamt Sri Lanka, Kaiserstraße 13, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 28 00 10.
Sri Lanka Trade and Investment Centre Emanuel-Leutze-Straße 1, 4000 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 59 30 53
Air Lanka, Flughafen, 6000 Frankfurt 74, Tel.: 06 11 / 6 90 48 22.

IN SRI LANKA
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 40, Alfred House Avenue, Colombo 3, Tel.: 009 41 / 58 04 31.
Goethe-Institut, 92, Rosemead Place, Colombo.
Travel Information Centre, 25, Galle Face Centre Road, Colombo 3, Tel.: 3 21 78.
Lufthansa, c/o Air Lanka, 63, Janadhipathi Mawatha, Tel.: 2 77 31.

TIPS FÜR REISENDE
Sri Lanka, zwischen dem 6. und 10. nördlichen Breitengrad gelegen, hat ausgesprochen tropisches Monsumklima, das durch den Einfluß des Indischen Ozeans etwas gemildert wird. Jahreszeiten als solche gibt es nicht. Die Halbinsel Jaffna im Norden des Landes ist heiß und trocken; die Küstengebiete sowie das Flachland im Süden und Westen sind warm und feucht; das zentrale Bergland mit Höhen bis 2500 Meter ist teils trokken, teils feucht, aber kühler als das Flachland. In Colombo und dem Südwesten regnet es im allgemeinen von Mai bis August und im Nordosten von November bis Februar. Im Bergland regnet es meist von Juli bis November. Durchschnittstemperaturen in der Ebene: 29–35° C, in den Bergen: ca. 22°C. Die wärmsten Monate sind März und April. Saison für das Bergland ist April, sonnig, jedoch noch nicht so warm sind Februar und März. Beste Reisezeit für die Nordostküste ist April–September; für die Südwestküste Oktober bis April.

ZEITVERSCHIEBUNG
MEZ plus fünf Stunden. 12.00 Uhr Bonn entspricht 17.00 Uhr in Sri Lanka.

GESUNDHEITSVORSORGE
Der Nachweis einer Pocken- und Choleraimpfung wird nicht verlangt. Gelbfieberimpfung ist nur nötig, wenn auf der Reise Gelbfiebergebiete berührt wurden. Typhus- und Paratyphusimpfung, Malariaprophylaxe und Tetanusimpfung sind bei längerem Aufenthalt empfehlenswert. Wasser aus der Leitung, Eiswürfel in Getränken, ungewaschenes Obst und Speiseeis unbedingt vermeiden.

EINREISE
Bei gültigem Reisepaß bis zu dreißig Tagen Aufenthalt ohne Visum.

WÄHRUNG UND REISEDEVISEN
1 Sri-Lanka-Rupie (S. L. Re.) = 100 Cents. 1 S. L. Re. = 0,11 DM.
Landeswährung: Noten in der Landeswährung dürfen bei der Ein- und Ausreise nicht mitgeführt werden.
Fremdwährung: Für die Einführung von Fremdwährung bestehen keine Beschränkungen (indische oder pakistanische Währung nicht erlaubt). Deklaration des mitgeführten Bargeldes, der Kreditbriefe sowie der Reiseschecks erforderlich, und zwar auf einem besonderen Formular, der sogenannten „D-Form", die vom Zoll bestätigt werden muß. Fremdwährung darf nur bei Banken und autorisierten Wechselstellen umgetauscht werden. Jeder Umtausch muß in die „D-Form" eingetragen werden. Ausfuhr in Höhe der deklarierten Einfuhr abzüglich des Umtausches gestattet. Die „D-Form" ist deshalb sorgfältig aufzubewahren.

ZOLL
Alle Dinge des persönlichen Bedarfs – zwei Fotoapparate und 2. Filme, 1 Filmkamera und 20 Filme, Radio, Fernglas etc. – können frei ein- und wieder ausgeführt werden. Zur Sicherheit in die „D-Form" eintragen lassen. Der Export von Antiquitäten, Tierfellen und Elfenbein ist untersagt.

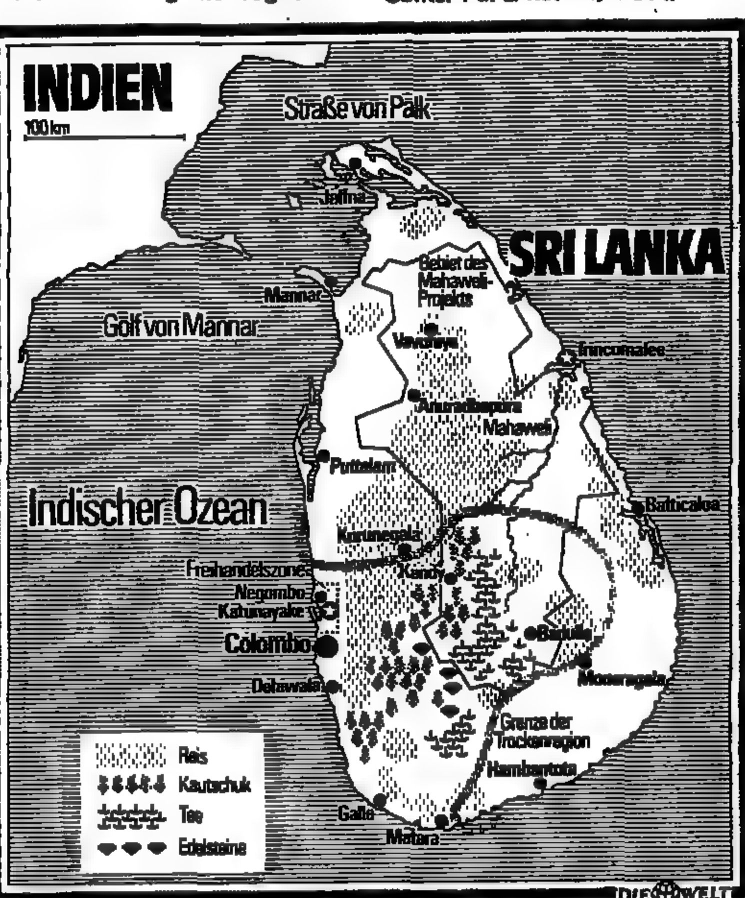
GESCHÄFTSZEITEN
In Sri Lanka besteht die Fünftagewoche. *Die Dienstzeit der Behörden* ist von 8.30 bis 16.15 Uhr mit halbstündiger Mittagspause, die Bürozeit der Firmen von 9.00 bis 17.00 Uhr mit einstündiger Mittagspause. Die Banken sind von 9.[illegible] bis 13.00 Uhr geöffnet.

TOURIST BOARD
Das nationale Fremdenverkehrsamt Sri Lankas fördert die touristische Entwicklung innerhalb des Landes und wirbt um Besucher aus dem Ausland. In der Bundesrepublik hat es eine Vertretung in Frankfurt. (s. o.)

Bis zum Ende des Jahres 19[illegible] verfügte Sri Lanka über 119 Hotels mit 7239 Zimmern und 12 306 Betten. 17 Hotels sind nach Sternen *klassifiziert. Weitere Hotels sind* im Bau, so der Robinson Club in Bentota, der Aidiana Club in Unawatuna an der Südküste, das Taj Lanka Hotel und das Galadari Meridien.

Daneben gibt es 105 Guest-Houses, und 352 Häuser dürfen Zimmer vermieten. Zusätzlich führt das Tourist Board nationale Erholungsstätten für Ausländer und auch solche für Einheimische.

Auch auf den Konferenz-Tourismus hat man sich eingestellt, die Bandaranaike Memorial International Conference Hall kann über 3000 Personen aufnehmen. Daneben haben auch eine Reihe anderer Hotels die notwendigen Facilities, und das Tourist Board bietet *die „Holiday package."*



EISE NACH TRINCOMALEE / Frei vom Commerz

:eim Einsiedler on Bawa's Rock

. Lanka ist etwa so groß wie ayern. Aber das reicht aus, daß ıer irgendwo die Sonne eint. Wenn an der Südwestkü- mit Colombo und den bekann- Badeorten Negombo und Ben- ideales Urlaubswetter scht, gehen an der Ostküste ısunregen nieder. Und umge- rt.

er in der Zeit zwischen April September nach Ceylon reisen , der meide die Westküste, son- wähle sein Strandquartier auf anderen Inselseite, bei Battica- Kalkudah oder Trincomalee. dlich von Trincomalee – kurz co genannt – sind in den letz- Jahren hübsche Hotelanlagen tanden, an einem Strand, der os zu sein scheint. Ceylons önster Sandstrand – mit ein Felsen dazwischen, mit einem , an dessen Ufern noch Kroko- leben, mit einigen Buchten …

e vier oder fünf guten Hotels Strandabschnitt von Nilaveli Trinco) liegen unter Palmen teckt. Man wohnt in flachen äuden und Bungalows. Der sesaal ist offen. Bougainvilleas roten Hochblättern, die Blüten äuschen, umstehen den Swim- gpool. Manchmal tauchen schnell wilde Affen auf und ı durch Bäume und über das ıendach der Strandbar. Der nd ist breit und feinsandig. Es seicht ins Wasser. Im Som- zur Nicht-Monsunzeit, gibt es e Brandung.

:heln ohne Rupie

e Menschen hier an der Ostkü- aben ihren fröhlichen Charme nicht kommerzialisiert. Nicht ı Fotolächeln muß mit einer e bezahlt werden. In und um omalee leben vorwiegend Ta- n, die einst aus Südindien ein- nderte Minderheit im Insel- der Singhalesen. Dunkelbrau- neist schlanke Menschen, die en wie überall in Ceylon mit nprächtigen Saris.

uptsächlich wird Fischfang eben. Plantagen aus Kokos- en wie auf der anderen Insel- gibt es hier nicht. Die Land- chaft ist kärglicher. So üppig ın der Westküste und im Berg- präsentiert sich die Tropen- schaft nördlich von Trinco Zum andern liegt dieser Kü- trich weitab vom dichten Ver- snetz und vom blühenden schaftsleben des Südwestlan-

Nur Trincomalee selber, der große Naturhafen, über den Ende des 18. Jahrhunderts die Engländer Ceylon eroberten und die Holländer vertrieben, diese Verwaltungs- und Garnisonstadt am Endpunkt der Eisenbahnlinie von Colombo, verfügt über bescheidene Industrie und rührige Händler. Im zweiten Weltkrieg diente Trinco den westlichen Alliierten als Flotten- und Luftwaffenbasis. So kam es, daß japanische Bomben fielen.

Wer in Nilaveli seinen Urlaub verbringt, sollte ein eifriger Strandgänger sein. Große Ansprüche an programmierte Touristik-Unterhaltung darf er nicht stellen. Da gibt es schon mal einen Folkloreabend, auch spielen einige kleine Bands, doch sonst bleibt jeder seinem süßen Nichtstun überlassen.

Auch die Sehenswürdigkeiten hier haben keine fünf Sterne. Einen Besuch aber lohnen sie allemal. So sollte man in Trinco den Swami Rock hinaufsteigen – erklimmen. Auf dieser 130 m hohen Klippe, die steil ins Meer abfällt, stand einst der „Tempel der tausend Säulen". 1622 zerstörten ihn missionierende Portugiesen, und Holländer bauten aus seinen Steinen 1676 das Fort Frederick.

Doch die Tamilen haben schon lange einen neuen Tempel errichtet, bunt und bizarr, wie die hinduistische Götterwelt nun einmal ist. Von oben meint man im klaren Wasser Reste des alten Heiligtums zu erblicken.

Etwas außerhalb von Trinco – etwa 10 km – gibt es heiße Quellen. Einst ein sakraler Badeplatz, was ein alter Tempel daneben verdeutlicht, sind die sieben Thermalbrunnen heute jedermann zugänglich. Sieben in Stein gefaßte warme bis heiße Quellen unter freiem Himmel. Blecheimer, zerbeult und arg durchlöchert, liegen bereit, um sich das warme Naß über den Körper zu schütten. Rheumakranken verheißt es Linderung. Aber auch Gesunde finden Wohlbehagen an diesen Wasserspielen. Für Touristen, die ihre Badehose vergessen haben, hält der Bademeister, sozusagen ein ceylonesicher Kneipp, ein Handtuch bereit, das um die Hüfte geschlungen wird. Und schon beginnt es mit den warmen Güssen. Die umherstehenden Einheimischen freuen sich mächtig, wenn einem Fremden ein solcher vom Bademeister mit offenbar geübtem Griff schnell mal in die gelüftete Badehose geschüttet wird.



Katamarane an den malerischen Küsten Sri Lankas

FOTO: DIE WELT

Eindrucksvoll ein Besuch bei dem Einsiedler von Bawa's Rock. Ibrahim heißt der Alte, ein Moslem. Er haust in wohnlich hergerichteten Höhlen auf steilem Fels. Gästen zeigt er stolz ein Fotoalbum mit Bildern, die Touristen aufgenommen und ihm geschickt haben, viele davon aus Deutschland. Seit 16 Jahren meditiert der weise Mann auf seinem Fels, von dem er über flaches Buschland blickt, in dem noch Leoparden, Schakale und an einem Flußlauf Krokodile hausen.

Nur wenige Touristen fahren über schmale Straßen im Hinterland bis zu dem buddhistischen Tempel Hirigadu Seya. Im achten Jahrhundert ein bedeutendes Heiligtum, soll sich doch in seiner Dagoba ein Haar Buddhas befinden, steigen heute nur vereinzelt Gläubige die 260 Stufen empor. Die Gegend ist dünn besiedelt und das mächtige runde Bauwerk arg zerfallen.

Mit einem Katamaran gelangt man schließlich schnell auf die vor dem Nilavelistrand glegene Taubeninsel. Dort nistet eine sonst nur in Südindien vorkommende Taubenart. Das von Korallenbänken umgebene Eiland ist auch bei Schnorchlern und Unterwasserfischern beliebt. Eine andere Bootstour führt einen Fluß hinauf, an dem Krokodile leben. Allerdings braucht man Glück, um sie länger als für Sekunden im Ufergebüsch ausmachen zu können.

Soweit die nahegelegenen Sehenswürdigkeiten. Will man die berühmten Ausgrabungsstätten von Anuradhapura und Polonaruwa, zwei einstige Hauptstädte, besuchen, hat man es von Trincomalee wesentlich näher als beispielsweise von Negombo.

Am Fallschirm

Natürlich sollte Wassersport – von Windsurfen bis Tauchen – bei den Urlaubern am Nilavelastrand an erster Stelle stehen. Die Hotels verleihen Boote, Tauchgerät usw. Auf Schwindelfreie wartet das seltene Vergnügen, sich an einem Fallschirm hängend von einem Schnellboot in die Lüfte ziehen zu lassen. Ein Über-dem-Strand-Schweben, das in Acapulco entwickelt wurde.

Doch viele Urlauber belassen es beim Strandwandern, bei konventionellem Schwimmen, leichtem Ballspiel und beim Zuschauen, wenn die Fischer ihre Netze einholen. Die meiste Zeit dösen sie in der Sonne oder im Schatten und bestellen ab und zu einen kühlen Drink. Denn man kann auch ohne Schwimmflossen nach Trincomalee reisen und einen schönen Erholungsurlaub verleben.

Die Handvoll Hotels bietet zwar keinen Luxus, aber genügend Komfort mit Klimaanlage und gutem Essen. Der Hummer ist preiswert. Zuweilen fällt der Strom aus. Eine Taschenlampe sollte man mitbringen. Ebenso Mückenspray und kleine Geschenke für die unzähligen Kinder am Wegrand und am Strand: Kugelschreiber, Schulhefte, Bonbons usw.

Übrigens ist die Sommerzeit sozusagen Ceylons Hochsaison religiöser Festivitäten. In Kandy, der hübsch gelegenen Bergstadt, wälzt sich in den Vollmondnächten des August die bekannte Elefanten-Prozession zu Ehren eines heiligen Zahns Buddhas mit großem Getöse durch die dunklen Straßen.

RALF-D. UHLIG

MAHAWELI-PROJEKT / Superlativ

Regenschatten des Massivs überlistet

Die Regierung von Sri Lanka braucht bei ihrem Mahaweli-Projekt keine Superlative zu scheuen: Es handelt sich um das größte Vorhaben in ganz Südostasien zur Bewässerung von Trokkengebieten und zur Stromerzeugung. Die Kosten werden auf mehr als drei Milliarden Mark veranschlagt.

Stolz konnte Präsident Junius Richard Jayewardene erklären: „Nach ersten Planungen sollten die Bauarbeiten dreißig Jahre dauern. Es ist uns aber gelungen, die Fertigstellung zu beschleunigen. Bis Mitte der achtziger Jahre werden fünf Staudämme an unserem größten Fluß vollendet sein."

Weitere Staudämme sollen folgen. In nicht allzu ferner Zukunft können dann nahezu 120 000 Hektar Ackerland bewässert werden, die im Regenschatten des Zentralmassivs der Insel liegen. Denn die Monsun-Regen erreichen nur den fruchtbaren Südwesten und kaum den Norden und Osten des Tropenstaates.

„Die Landwirtschaft wird aufblühen, wenn die künstliche Bewässerung fertiggestellt ist", prophezeit Jayewardene, „und es wird eine Million neuer Arbeitsplätze geben." Durch die neuen Wasserkraftwerke, die an einigen Staudämmen gebaut werden, wird sich die Strom-Kapazität Sri Lankas in wenigen Jahren, wenn alles nach Plan geht, verdreifachen.

Als erster soll der Staudamm Madura Oya, den ein kanadisches Unternehmen baut, fertiggestellt werden. Diese Sperrmauer dient nur als Auffangbecken zur künstlichen Bewässerung. Am Victoria-Damm, den ein britisches Konsortium errichtet, wird auch ein Kraftwerk entstehen. Dessen Kapazität von 420 MW in der Schlußphase liegt höher als die derzeitige gesamte Stromerzeugung.

Obwohl am Victoria-Damm geologische und organisatorische Schwierigkeiten auftraten, wird das Vorhaben planmäßig bis zum April nächsten Jahres vollendet. Ausführende dieses Projektes sind die Balfour Beatty Construction und die Edmund Nuttal. Bei Baubeginn fehlte die vorher zugesagte Infrastruktur: breite Zufahrtsstraßen und Siedlungen für die Arbeiter.

So traten Verzögerungen in der Anfangszeit auf; denn es mußten zunächst ausreichende Rollbahnen für das schwere Baugerät und Unterkünfte für das Personal angelegt werden. Mit großem Eifer aller Beschäftigten konnten die Rückstände im Zeitplan aufgeholt werden. Der Damm erreicht eine Länge von 520 Metern und eine Höhe von 120 Metern. Er schließt eine enge Schlucht nördlich der Victoria-Fälle.

Entworfen wurde der bogenförmige Damm von der britischen Firma Alexander Gibb, die mit der Schweizer Firma Losinger zusammenarbeitet. Weil der Untergrund sich als nicht so stabil wie erwartet herausstellte, mußten 254 000 Kubikmeter Felsen mehr als geplant gesprengt und abgetragen werden.

Da der Wasserspiegel der Mahaweli zwischen der Regen- und der Trockenzeit beträchtlich schwankt, war es unerläßlich, die Fundamente bis Januar 1982 vor Beginn der Regenzeit fertigzustellen. Es wurde in zwei Hälften vorgegangen: Zunächst zog man die Teile entlang des Flußbettes hoch und dann – nach Umleitung des Wassers – das Schlußstück in der Mitte.

Durch den Einsatz zusätzlich herangebrachter Geräte und Arbeitskräfte gelang es, die von der Natur vorgegebenen Fristen einzuhalten. Die Umleitung des Flusses konnte am 14. Januar 1982 beginnen. Doch dann traten neue Schwierigkeiten auf. Bei der Anlage des 5,8 Kilometer langen und 7,2 Meter breiten Wasserkanals zum Turbinenhaus stießen die Bohrtrupps auf Schichten weichen Gesteins, so daß Sickerwasser ausfloß.

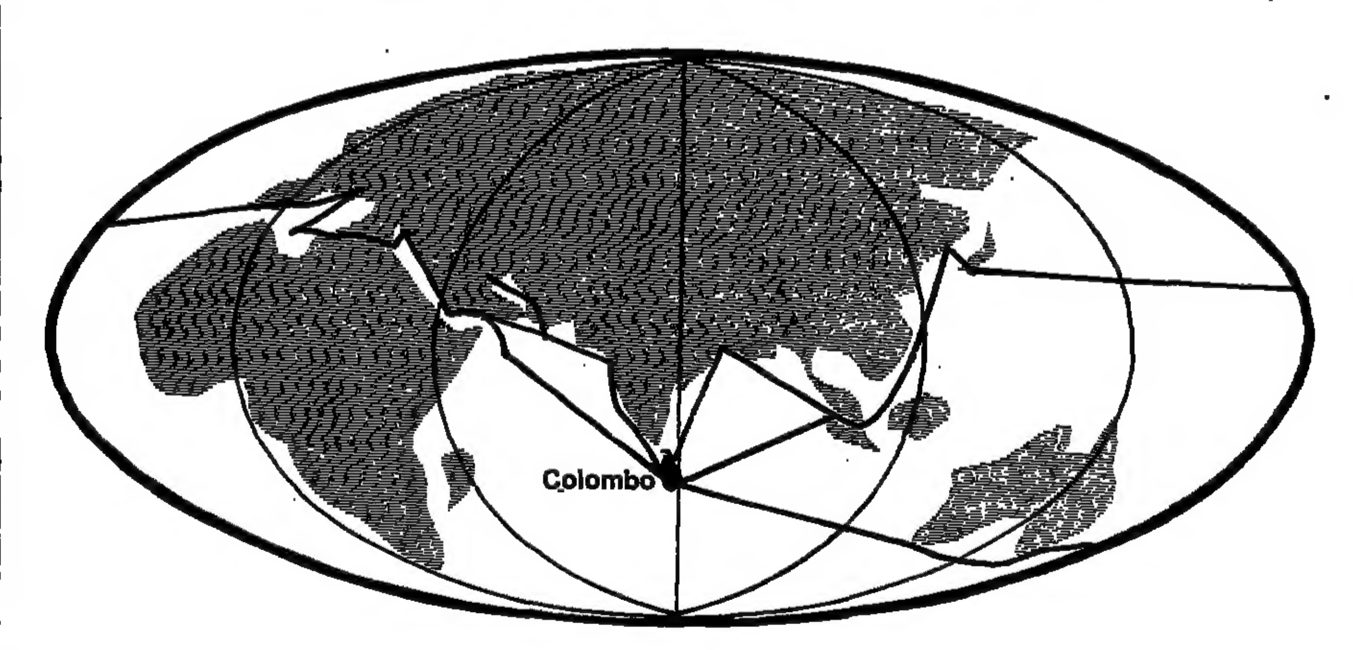
An einer Stelle ereignete sich ein Stolleneinbruch, bei dem zum Glück niemand verschüttet oder verletzt wurde. Der Zwischenfall brachte allerdings in diesem Bausektor eine Verzögerung um vier Monate. Man mußte die geplante Linienführung aufgeben und auf anderer, vom Gestein her sicherer Strecke einen neuen Anfang machen.

Immerhin konnten die Bohrarbeiten im November vorigen Jahres beendet und planmäßig zum 1. Januar dieses Jahres die Auskleidearbeiten in Stahlbeton begonnen werden. Man wendet dabei die Teleskop-Methode an. Damit ist sichergestellt, daß etwaige weitere unvorhergesehene Vorkommnisse aufgefangen werden können, sagt die Bauleitung.

Allerdings sind die Baukosten um ein Erhebliches emporgeschnellt; man spricht von einer Jahressumme.

WALTER SCHRADER





INVESTITIONEN / Deutsche Firmen zeigen das größte Interesse

Unternehmer-Reisen in ein paradiesisches Land

Adam und Eva sollen in Sri Lanka gelebt haben, weil es dem Paradies so ähnlich sei. Nach Adam und Eva haben unzählige Touristen diese Erfahrung machen können und neuerdings auch Investoren.

In der Bundesrepublik bemüht sich das Sri Lanka Trade and Investment Centre um Unternehmer, die daran Interesse haben, einen Produktions- oder Vertriebsstandort in Sri Lanka zu eröffnen.

Der Vertreter dieser staatlichen Organisation in der Bundesrepublik, A. Abraham, ist daher auch regelmäßig damit beschäftigt, für Geschäftsleute aus Deutschland Reisen in seine Heimat zu organisieren, die auf ihre speziellen Wünsche und Interessen abgestimmt sind. Abraham in seinem Büro in der Emanuel-Leutze-Str. 1a, 4000 Düsseldorf 11, Tel. 02 11 / 59 30 53 und 54 hofft allerdings, bald auf das mühevolle Zusammenstellen von Programmen und Terminwünschen verzichten zu können: „Wenn wir erst einen ausreichend kräftigen Nukleus ausländischer Industrie in Sri Lanka versammelt haben, läuft das von selbst. Unsere Aufgabe wird dann darin bestehen, anfallende Probleme auszuräumen, die lassen sich ja nie vermeiden."

Noch aber laufen Abrahams Spezialreisen mit wachsendem Erfolg. So war beispielsweise im Jahre 1980 erst eine deutsche Firma in der Free-Trade-Zone oder außerhalb vertreten. Heute sind es innerhalb alleine 8.

Überlegungen, sich in Sri Lanka zu engagieren, wurden von 14 Firmen für die Free-Trade-Zone und von 11 für einen Bereich außerhalb dieser Freihandelszone, die in der Nähe von Colombo liegt, angestellt.

Im September 1982 nach Seminaren in Düsseldorf, Hamburg und Frankfurt war das Interesse und der Erfolg da. In der Freihandelszone hatten sich 4 Firmen aus den Bereichen Spielzeug, Lederbekleidung, Elektronik und Modebekleidung angesiedelt. Zwei Firmen betrieben ihre Niederlassung und 14 Firmen diskutierten ein Engagement.

Außerhalb der Freihandelszone hatten sich drei Firmen niedergelassen, drei weitere waren im Vorbereitungsstadium und sieben stellten dahingehende Überlegungen an. (Jeweils deutsche Firmen.)

Der Grund für diesen Erfolg in der Bundesrepublik liegt natürlich nicht allein in den Anstrengungen des Sri Lanka Trade and Investment Centre, das Land bietet bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 6,5 Prozent (1978–1981), bei einer Steigerung des bilateralen Handels mit der Bundesrepublik Deutschland von 31 Prozent im Jahr 1981 und einer Zunahme der deutschen Investitionen um 167 Prozent eine Vielzahl von Möglichkeiten:

Sri Lanka produziert und exportiert hauptsächlich Textilien, Tee, Gummi, Kokosnußprodukte, Edelsteine und Schmuck. Deutschland liefert vorwiegend Maschinen, Chemikalien, Elektrowaren und Kraftfahrzeuge. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ, hat seit Mai 1982 einen von ihr finanzierten Handelsberater in Colombo.

Die Investitionen konzentrieren sich besonders auf die Freihandelszone. Dort gibt es bereits 4500 mit deutscher Beteiligung geschaffene Arbeitsplätze. Dabei weist Abraham jedoch darauf hin, daß geringere Lohnkosten bei der Überlegung, einen Produktionsstandort im Ausland zu wählen, regelmäßig nicht den Ausschlag geben: „Die größte Rolle spielt die Absatzsicherung durch eine größere Nähe zum Markt. Das gilt gerade für Asien, den Absatzmarkt von morgen."

Tatsächlich aber sind die Lohnkosten Sri Lankas immer noch die günstigsten in Asien. Pro Stunde wird durchschnittlich etwa eine Mark gezahlt. Hinzu kommt auch, daß das Potential an Arbeitskräften eine hohe Qualifikation ausweist, nach asiatischem Standard. Die Analphabetenrate liegt bei nur 15 Prozent.

Als weitere Trümpfe in der Hand der Regierung in Colombo nennt Abraham: „Erstens die politische Stabilität, zweitens der Umstand, daß schon mehrere deutsche Firmen vor Ort sind, drittens die Steuervorteile, eine komplett ausgebaute Infrastruktur in der Freihandelszone und die Tatsache, daß der zukünftige Investor nur mit einer Behörde zu verhandeln hat, viertens die verkehrsgünstige Lage. Liegt doch Sri Lanka näher an Europa als die konkurrierenden Länder Asiens und inmitten der wachsenden Märkte Asiens, zum Beispiel in unmittelbarer Nähe Indiens. Fünftens schließlich die vorteilhaften Zukunftsaussichten für die Firmen, die sich durch die Standortwahl als wettbewerbsfähig erwiesen haben, der schlechten Wirtschaftslage zum Trotz. Sechstens der heimische Arbeitsmarkt."

Colombo forciert ausländische Investitionen natürlich nicht primär, um fremden Firmen einen Gefallen zu tun: Es ist darauf angewiesen.

Das Volk von 15 Millionen Menschen hat 1 Mio. Arbeitslose. Der Arbeitsmarkt vergrößert sich jährlich um etwa 120 000 Menschen. Die Golfregion bietet langfristig keine Chance mehr zur Aufnahme. Heute arbeiten etwa 40 000–50 000 Ceylonesen im Ausland.

Eine Entlastung des Arbeitsmarktes ist auch am besten geeignet, der Gefahr von Rassenunruhen zu begegnen, die zwar nicht latent, aber doch ins Kalkül zu ziehen ist.

Schließlich haben das stürmische Wachstum des Bruttosozialproduktes in den letzten Jahren und das kostspielige Großprojekt des Mahaweli Budgetdefizite und eine kletternde Inflationsrate zur Folge gehabt. Die Gelder der Entwicklungshilfe, die von allen Seiten reichlich fließen, drohten zu versanden.

Der Internationale Währungsfonds zog den Entwicklungsplanern in Colombo den Gürtel enger. Die Projekte mußten überarbeitet und auf ein realistische Maß beschränkt werden. Mit Erfolg, die Inflationsrate wurde gesenkt, die Entwicklung des Landes verlor ihre Überhitzung.

So soll das Wachstum des Bruttosozialproduktes im laufenden Jahr nurmehr 5 Prozent betragen. Bei den Investitionsvorhaben wurde gestrichen, mehr Wert auf die Schaffung von Arbeitsplätzen als von Prestige gelegt.

In diesem besseren Klima tendierten auch die Auslandsinvestitionen nach oben.

Dabei wird von beiden angebo[tenen] Möglichkeiten Gebrauch [ge]macht. Einmal die Schaffung [eige]ner Auslandsbetriebe innerh[alb] des von der Greater Colombo E[co]nomic Commission (GCEC) ges[etz]ten Rahmens. Das bedeutet Sta[nd]ortwahl innerhalb der Freihand[els]zone und keine Einfuhr der P[ro]dukte nach Sri Lanka. In die[ser] Freihandelszone sind besond[ers] Betriebe erwünscht, die Rohst[offe] des Landes verarbeiten wie K[au]tschuk, Graphit oder Kokosfas[er].

Hinzu kommen folgende Be[rei]che: Bau landwirtschaftlicher [Ma]schinen, Fahrzeug-, Boots-, M[ö]renbau, Elektronik, Elektro, W[erk]zeuge, Foto, Optik, Schreib-, N[äh]maschinen, Spielwaren, Uh[ren] u. a.

Die Vergünstigungen innerh[alb] der Freihandelszone schließen [den] freien Transfer von Kapital (ke[ine] Steuer- und Devisenkontrol[le,] Kapitalwertsteigerungen und [Li]quidationserlösen ein. Auf Mas[chi]nen und Materialien lastet k[ein] Einfuhrzoll. Bis zu 10 Jahren [be]steht eine 100prozentige Ste[uer]freiheit. Das ausländische Pers[onal] unterliegt während dieser [Zeit] nicht der Einkommensbest[eue]rung. Diese Zeit kann noch ver[län]gert werden.

Auch innerhalb der Freihand[els]zone ist ein Joint Venture mit e[iner] ceylonesischen Firma in jeder [be]liebigen Höhe der Beteilig[ung] möglich. Das GCEC hat eine L[iste] von Angeboten vorrätig.

Für Investitionen außerhalb [der] Freihandelszone ist eine an[dere] Behörde zuständig, das Foreig[n In]vestment Adrisory Commmitee.

MARIA MA[...]

DEUTSCHE INVESTITIONEN IN SRI LANKA — Stand: 30. 4. 1981

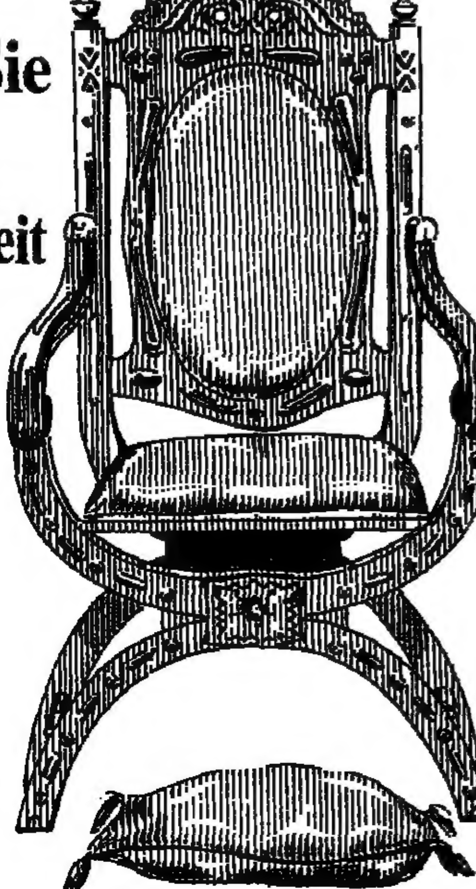
Standort	Zahl der Projekte die arbeiten / im Bau sind	Zahl der Projekte in Planung	Zahl der Projekte in Diskussion
Freihandelszone	0	2 Lederjackets, Schlösser	14 Elektronik, Haushaltsgeräte, Ledererzeugnisse u. a.
Außerhalb der Freihandelszone	0	5 Gummikomponente, Küstenschiffe, Hotels, Container, Düngemittelmaschinen	11 Gummiprodukte, Schmuck, Kokosfaserprodukte u. a.
Unterverträge	0	3 Spielzeug, Kunstblumen, Schnallen	0
HANDELSFÖRDERUNG:		Erteilte Aufträge: 0 Produkt-Promotion: Shrimps, Passionsfrucht-Saft, Parkett	

DEUTSCHE INVESTITIONEN IN SRI LANKA — Stand 30. 9. 198[2]

Standort	Zahl der Projekte, die arbeiten / im Bau sind	Zahl der Projekte in Planung	Zahl der Projekte in Diskussion
Freihandelszone	4 Spielzeug, Lederbekleidung, Elektronik, Modebekleidung	2 Segel für Windsurfer, Gummikomponente	14 Obstverarbeitung, Schuh-Oberleder, Schlösser, Keramik, Lederprodukte, Elektronik u. a.
Außerhalb der Freihandelszone	3 Gummikomponente, Küstenschiffe, Düngemittelmaschinen	3 Schmuck, Hotels, weiches Spielzeug	7 Kokosmatten, Reißverschlüsse, Lederbekleidung, Karosseriebau u. a.
Unterverträge	1 Gestickte Bilder	4 Spielzeug, Kokosläufer, Gummiprodukte	3 Spielzeug, Strümp[fe], Lederbekleidung
HANDELSFÖRDERUNG		Erteilte Aufträge: Wert in US-$ 924 000 Produkt-Promotion: Bekleidung, Baumwollhandschuhe usw.	

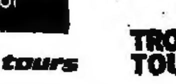
















BANKEN / Wichtige Rolle bei der Entwicklung

Spezielle Dienste in der Freihandelszone

Auch die ceylonesische Entwicklung wäre ohne die Einschaltung von Banken nicht denkbar gewesen. So hat die National Development Bank of Sri Lanka seit ihrer Gründung im Jahre 1979 67 Projekte mit einer Gesamthöhe von 898 Mio. Rs direkt finanziert. Die Gesamtsumme der Investitionen bei diesen Objekten beläuft sich auf 2,203 Mrd. Rs.

Vierzehn dieser Projekte haben eine ausländische Beteiligung, weitere zwei genießen eine ausländische technische Zusammenarbeit.

Dabei tauchen die verschiedensten Staaten auf, darunter die Bundesrepublik Deutschland. Die ausländische Kapitalbeteiligung bei diesen Objekten beläuft sich auf 67,33 Mio. Rs, die der einheimische Partner auf 151,88 Mio. Rs. Alle Joint Ventures mit Ausnahme der Colombo Thread Co. Ltd. haben eine Mehrheit ceylonesischer Anteilseigner.

Die Bank of Ceylon arbeitet mit der Deutschen Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft mbH) zusammen, die ihr ein Darlehen von 5 Mio. Mark zur Verfügung gestellt hat.

Damit soll Industriefirmen geholfen werden, die im Bereich landwirtschaftlicher Geräte aktiv sind, bei Serviceleistungen, Herstellung und Reparatur. Ausgewählte Firmen aus der Privatwirtschaft erhalten Gelder in Höhe von 1,5 Mio. bis 1,8 Mio. Rs. Gedacht ist zunächst an den Ausbau bestehender Betriebe.

Die DEG stellt 70 Prozent des gesamten Volumens zur Verfügung, 30 Prozent übernimmt die Bank of Ceylon, die auch die praktische Abwicklung der Darlehensvergabe in Händen hat.

Die Kredite, rückzahlbar in 5 bis 7 Jahren, bewegen sich generell im Rahmen von 1,3 bis 16,2 Mio. Rs.

Wegen der liberalen Wirtschaftspolitik haben sich auch eine Reihe von ausländischen Privatbanken in Colombo niedergelassen, zuletzt die Citibank, American Express International Banking Corporation, Indo-Suez Bank, Bank of Credit and Commerce International, Bank of Oman und die Overseas Trust Bank Ltd., Hongkong.

Andere Bankinstitute sind schon länger vor Ort wie beispielsweise eine Reihe indischer Banken.

Außer den schon erwähnten Banken National Development Bank und Bank of Ceylon gibt es an nationalen Banken Sri Lankas noch die Peoples Bank, die Commercial Bank und die Hatton National Bank.

Diese Banken haben in ihrem Angebot auch die Beratung potentieller Investoren, sie stellen Studien an über die Finanzierbarkeit bestimmter Projekte und übernehmen auch selbst die Finanzierung.

Nunmehr können die Handelsbanken auch Geschäfte in Fremdwährung durchführen. Zugelassen sind die führenden westlichen Währungen, dto. auch die Mark. Diese Dienste werden speziell Unternehmen innerhalb der Freihandelszone und solchen ohne Niederlassung in Sri Lanka angeboten.

Ihr Schwergewicht in der Exportfinanzierung hat die Sri Lanka Export Credit Insurance Corporation (SLECIC). Sie bietet Bankbürgschaften, damit Exporteure ceylonesischer Produkte und Dienstleistungen die notwendigen Bank- und Kreditzusagen der Handelsbanken erhalten.

Unter dem Export Payments Insurance Scheme bietet die SLECIC Versicherungspolicen für das Risiko an, für Lieferungen im Ausland verspätet oder gar nicht die Bezahlung zu bekommen.

Die finanzielle Abwicklung einer Niederlassung innerhalb der Freihandelszone sollte durch eigenes Kapital in Fremdwährung, durch Kreditaufnahme über eine ausländische Bank und durch die Fremdgeldaufnahme in Foreign Currency Banking Units (FCBUs), einer einheimischen ceylonesischen Bank, sichergestellt werden.

Geldinstitute, die daran interessiert sind, sich in Sri Lanka auf dem Gebiet der Investitions- und Exportfinanzierung zu betätigen, können die Central Bank of Ceylon, P./O. Box 590, Colombo, anschreiben.

Die National Development Bank of Sri Lanka ist zu erreichen: 6th and 7th Floor, Ceylinco House, Colombo 1.

Coc.

Internationale Sonderbeilage Sri Lanka
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Redaktion und Gestaltung: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans-Heinrich Lange, Hamburg
Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co KG.
Leo C. F. Bursky
W 158/2/83

VERKEHR

Die Natur baute einen Hafen

„Colombo wird eines Tages der wichtigste Transithafen im südasiatischen Raum sein", so optimistisch äußerte sich unlängst die „Sri Lanka Port Authority" über ihre Hafen-Möglichkeiten. Die Fortschritte im Verkehrswesen der Insel sind allerdings auch unübersehbar.

Bereits 1979 wurde ein Regierungsprogramm beschlossen, das Sri Lanka per Schiff an das weltweite Netz des Containerverkehrs anschließen sollte. 1982 ist das Ziel fast erreicht. Ein Großteil des einstigen Stückgutes, das über den Inselstaat geleitet wurde, ist bereits containerisiert.

Und was immer noch als Stückgut, also in Kisten, Kästen oder in Säcken, nach Colombo oder anderen Inselhäfen kommt, wird dort in Container umgepackt und zu Umschlagplätzen in Ostindien und Bangladesh weitergeleitet.

Die Zahl der umgeschlagenen großen Behälter nahm von Jahr zu Jahr zu. Waren es 1980 noch monatlich nur 2000, stieg die Zahl inzwischen auf 6000.

In allen Häfen der Insel wurden im letzten Jahr rund drei Millionen Tonnen Güter umgeschlagen.

Um dem wachsenden Güteraufkommen und der selbst zugedachten Rolle als Transithafen immer besser gerecht werden zu können, ist der Bau eines neuen Containerhafens bis 1984 geplant. Das günstigste Angebot ist von einem japanischen Konsortium mit 70 Millionen Mark unterbreitet worden. Die neue Anlage soll in Colombo gebaut werden.

Während für Colombo die Ausbaupläne genehmigt worden sind, gibt es hinsichtlich der kleineren Häfen des Landes nicht viel mehr als Absichtserklärungen. Da 95 Prozent aller Im- und Exporte des Landes über den Hafen in der Hauptstadt abgewickelt werden, besteht auch, so viele Beobachter, nicht die Notwendigkeit einer stärkeren Verlagerung. Dennoch ist langfristig daran gedacht, Trincomalee und Galle auszubauen.

In Trincomalee soll eine große Verteilerstelle für Güter aus Übersee für Indien, Bangladesh, Burma und Indonesien entstehen. Der Hafen der Stadt ist nach San Francisco und Sydney der größte Naturhafen der Welt. Mit einer Wassertiefe von 2000 Meter wäre ein Ausbau keine teure Investition, da lediglich Kaianlagen und Handling-Operations gebaut werden müßten bzw. bestehende modernisiert.

PETER FRIEDRICHS

TOURISMUS / Tausendundein Tag

Katzenaugen glühen seit Jahrtausenden

Sri Lanka – strahlend schönes Land – so heißt seit 1972 die einer Träne gleich südlich des indischen Subkontinents liegende Insel.

Und in der Tat: Sie gleicht mit ihrer üppigen Vegetation, der reichen Tierwelt und den vielfältigen Landschaften einem Juwel.

Schon in der Antike waren Gewürze, Edel- und Halbedelsteine sowie Elfenbein aus Ceylon begehrte Handelsobjekte für Römer, Griechen und Araber. König Salomon sandte seine Unterhändler nach Ratnapura, dem auch heute noch bestehenden Edelsteinzentrum, um Edelsteine für seine Königin von Saba zu erwerben. Marco Polo war 1292 ebenso von dem Reichtum der Insel beeindruckt wie vor ihm schon Sindbad, der Seefahrer, der auf mindestens zweien seiner Seereisen aus Tausendundeiner Nacht die Insel besucht haben muß.

Auch der moderne Tourist erliegt der Faszination dieser Insel, wenn er nur genügend Zeit mitbringt und sich nicht nur auf Baden und Sonnen beschränkt. Die nur 426 km lange und 225 km breite Insel ist uraltes Kulturland und quillt über von Zeugnissen der Vergangenheit, die weit über zweieinhalb Jahrtausende zurückreicht.

Rund 70 Prozent der 14 Mio. Einwohner zählenden Bevölkerung sind Singhalesen, deren Vorfahren rund 500 vor Chr. aus Nordindien einwanderten und den Buddhismus in seiner ursprünglichen Form mitbrachten. Weitere 20 Prozent der Bevölkerung bilden die hinduistischen Tamilen, die zum Teil vor Jahrhunderten schon aus Südindien einwanderten, zum Teil seit 1830 von den Engländern als Arbeitskräfte auf den Tee-, Kaffee- und Gummiplantagen von Südindien auf die Insel gebracht wurden. Daneben gibt es Moslems, deren Vorfahren im 7. Jahrhundert mit dem Islam ins Land kamen. Erwähnenswert sind noch die Burghers, wie die christlichen Nachfahren der europäischen Kolonisten genannt werden. Und in wenigen unzugänglichen Dschungeldörfern sind die Weddas, die Ureinwohner der Insel, anzutreffen.

Das günstige Klima im zentralen Hochland veranlaßte die Engländer im letzten Jahrhundert, anstelle von Reis zunächst Kaffee, später Tee anzubauen. Es entstanden riesige Teeplantagen, die die noch heute bestehende einseitige Ausrichtung der ceylonesischen Landwirtschaft begründeten.

Die terrassierten Berghänge mit dem typischen Grün der Teepflanzen bieten einen zauberhaften Anblick, den man sich nicht entgehen lassen sollte.

Das zentrale Hochland der Insel mit seinen manchmal in blau-grauen Nebel verhangenen Bergen ist nur ein Gesicht der von liebenswürdigen Menschen bewohnten Insel. Der Norden ist ständig heiß und trocken und trägt in weiten Teilen wüstenähnlichen Charakter.

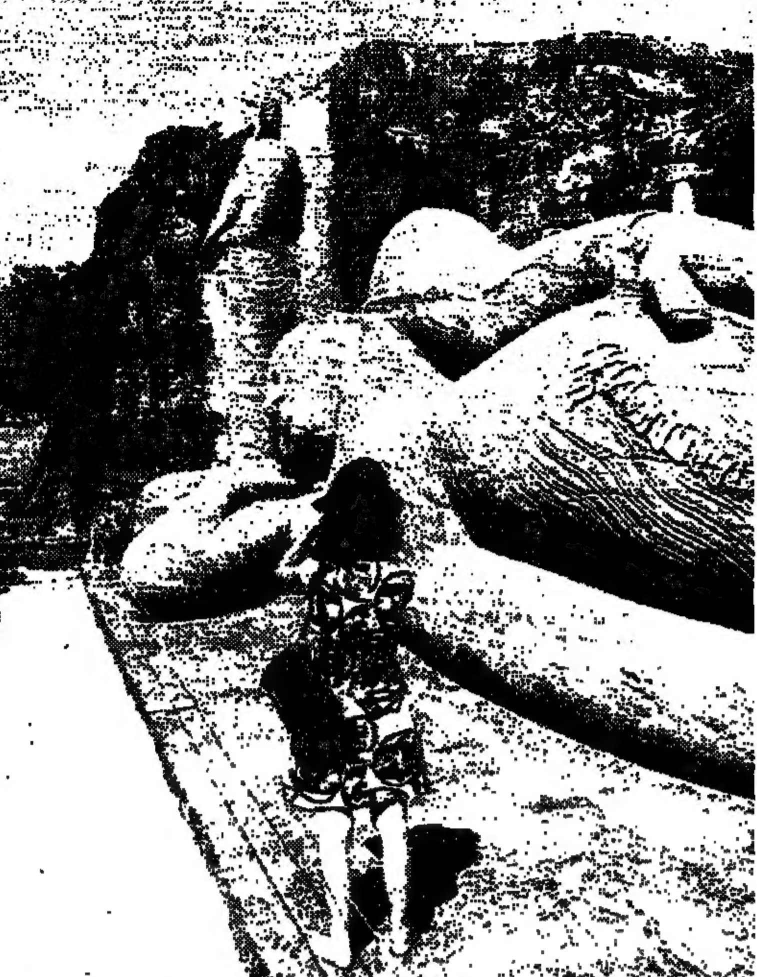
Ein Besuch der im äußersten Norden der Insel gelegenen Stadt Jaffna ist lohnenswert. Jaffna, das wirtschaftliche Zentrum des Tamilen-Königreiches. Ende des 17. Jahrhunderts errichteten dort die Holländer das gut erhaltene Fort.

Ganz im Gegensatz zum trockenen Norden ist der Südwesten und der Südosten des Landes mit tropischem Urwald bedeckt. Wie es sich für ein Paradies gehört, gibt es es auf Sri Lanka keinen Winter. Es herrscht praktisch das ganze Jahr über Reisezeit. Allerdings empfiehlt es sich, den vom Monsum betroffenen Südwesten in der Zeit von Oktober bis etwa Ende März zu bereisen, um den häufig recht heftigen Regenfällen zu entgehen.

Dies braucht den Badefreuden suchenden Urlauber nicht zu stören, da die goldgelben und einsamen Strände der Ostküste an Schönheit denjenigen der Südwestküste in nichts nachstehen. Tauchen, Fischen, Segeln und Surfen lassen sich in Trincomalee an der Ostküste genauso ausüben wie in Hikaduwa oder in Galle an der Südwestküste oder in Kogalla an der Südspitze des Landes.

Das Verkehrswegenetz Sri Lankas ist sehr gut ausgebaut. Mit dem Bus oder der Bahn lassen sich nahezu alle Teile der Insel gut erreichen. Die Fahrt im Bus oder in der Bahn bietet zudem Gelegenheit, Kontakte zu der Fremden gegenüber aufgeschlossenen Bevölkerung zu schaffen und deren sprichwörtliche Gastfreundschaft kennenzulernen.

Zum Pflichtprogramm eines jeden Touristen sollte eine Fahrt zu den berühmten Königsstädten gehören. Die Ruinenstadt Anuradhapura war die älteste, im 5. Jahrhundert vor Chr. gegründete Hauptstadt der Insel. Hier sind sehenswert die zahlreichen Dagobas, wie die riesigen glockenförmigen Buddhaschreine genannt werden.



In Polonnaruwa: Anando, der Lieblingsschüler Buddhas, betrauert des Meisters Tod. FOTO: WILHELM KNÜTTEL

In Anuradhapura ist auch der berühmte Bodhibaum zu sehen, der im 3. Jahrhundert aus einem Ableger des Baumes gepflanzt wurde, unter dem Buddha in Nordindien seine Erleuchtung gefunden haben soll.

In Polonnaruwa, der mittelalterlichen Hauptstadt Ceylons, sind der Königspalast, Pavillons, Bäder und Parks zu besichtigen. Interessant sind vor allem die im 12. Jahrhundert gebauten und heute noch in Betrieb befindlichen riesigen Wassertanks und Bewässerungskanäle.

Nicht vergessen werden darf ein Besuch des berühmten „Löwenfelsens" Sigiriya, einem 200 m aus der Dschungelebene ragenden Gneisfelsen. Dort sind in einer Felsengalerie die berühmten lebensgroßen Fresken der schönen vollbusigen ceylonesischen Mädchen dargestellt.

Kandy schließlich, in eine unglaublich schöne Landschaft eingebunden, war Sitz der letzten, dann von den Engländern vertriebenen singhalesischen Könige. Hier steht der Tempel, in dem ein Zahn Buddhas aufbewahrt wird. Wer das Glück hat, Kandy im Hochsommer zu besuchen, kann den „Heiligen Zahn" während der rund 10 Tage dauernden farbenprächtigen Perahera, einem religiösen Umzug, sehen. Während dieser Zeit ist Kandy der Mittelpunkt der buddhistischen Welt, das größte Pilgerziel Asiens.

Auch für denjenigen, der keine Edelsteine aus Sri Lanka mitbringen will, ist ein Besuch des Zentrums der Edelsteinindustrie in Ratnapura interessant. Das unglaubliche Angebot an schönen Rubinen, Topasen, Katzenaugen und Saphiren in allen Farbschattierungen hat die Menschen bisher noch zu allen Zeiten in seinen Bann gezogen.

Dies wird wohl auch der Grund gewesen sein, weshalb – nach einer islamischen Legende – Adam seinen Fuß zuerst auf diese Insel gesetzt hat, als er aus dem Paradies vertrieben worden war. Wer es nicht glaubt, kann noch heute auf dem Adam's Peak, einem 2243 m hohen Berg, den Abdruck seines Fußes besichtigen.

RAINER GOETZENDORF

ENERGIE / Mahaweli ist auch hier die Hoffnung

Neben Wasserkraft Holz, später Öl

Erst drei Monate ist es her, daß Sri Lankas Präsident J. R. Jayawardene und der Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) per Knopdruck die erste Baustufe für ein riesiges Wasserprojekt freigaben. Mit dem Knopfdruck wurde die erste Sprengung für das Randenigola-Wasserkraftwerk am Mahaweli-Fluß ausgelöst.

Bis 1986 soll mit deutscher Hilfe der längste und größte Fluß der Insel durch Dammbauten und Stauseen zur Energiequelle gemacht werden. Die Kosten des Projekts steigen von der Planungsphase bis heute von einer auf drei bis vier Milliarden Mark. 400 Millionen Mark beträgt der Anteil der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt wird das Projekt noch von anderen westlichen Staaten und der Weltbank finanziert.

Drei Ziele sollen mit dem Projekt erreicht werden, das nach den Worten des ceylonesischen Finanzministers „höchste Priorität genießt". Das teure Import-Öl soll als Hauptenergiequelle durch „relativ billige" Wasserkraft ersetzt werden. Über 100 000 Hektar neuer landwirtschaftlich nutzbarer Fläche sollen durch Bewässerung gewonnen werden. Auf diese Weise soll ein Beitrag geleistet werden, um das Land weitgehend von Nahrungsmittelimporten unabhängig zu machen.

Schließlich sollen über eine Million Menschen aus dem dichtbewohnten Gebiet an der Westküste umgesiedelt werden, und zwar in ein neu erschlossenes Gebiet im Nordosten.

Die Energieversorgung Sri Lankas ist zu über 30 Prozent von Erdölimporten abhängig. Daher kommt der Erschließung der Wasserkraft höchste Bedeutung zu. Da erst nach Fertigstellung des Staudammprojektes am Mahaweli-Fluß mit einer Besserung der desolaten Stromversorgung zu rechnen ist, sollen zwischenzeitlich zwei Gasturbinenkraftwerke in Colombo mit einer Leistung von je 120 MW gebaut werden. Außerdem werden 275 Kilometer Stromleitungen auf der Insel mit einem Gesamtkostenaufwand von 150 Millionen Mark modernisiert, um so den Leistungsabfall beim Transport zu reduzieren.

Die Erzeugung elektrischer Energie betrug 1982 rund 2668 Millionen kWh.

Im Rahmen des Staudammprojektes wurden weitere Energie-Einzelpläne für diese Region von der Regierung im Rahmen des Investitionsplanes 1979/83 verabschiedet. So sieht das Gesamtprogramm zur Nutzung des Flusses die Errichtung einer Vielzahl von kleineren Stauanlagen einschließlich von Mini-Kraftwerken sowie der Anlage weiterer 250 000 Hektar Agrarland innerhalb des Mahaweli-Beckens und im Norden der Insel vor.

Neben Wasserkraft soll Holz weiter verstärkt zur Energiegewinnung herangezogen werden.

Mit einem Anteil von 27 Prozent (1960 waren es noch 80 Prozent) trägt Holz zur privaten Energieversorgung bei. Mit einem großen Aufforstungsprogramm soll Öl insbesondere bei den Teetrocknungsanlagen durch Holz ersetzt werden.

Vor den Küsten wird ungeachtet aller Wasserkraftprojekte nach Öl gesucht. Nach offiziellen Schätzungen hat eine Lagerstätte im Gebiet von Mannar einen Umfang von etwa 200 Millionen Tonnen Öl. 1976 ist in der Palk Bay die erste erfolgreiche Bohrung einer amerikanischen Gesellschaft im Küstengebiet niedergebracht worden. Sri Lanka hat eine Reihe von Konzessionen zur Erdölerschließung international ausgeschrieben.

HANS MANK